

1. Jahrgang · Nr. 1 · Januar 1983 · Preis: 5 DM

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



Schwerpunkt: Kritik der kapitalistischen
Produktivkraftentwicklung ★ Genossenschaften
— politische Ökonomie der Arbeit
gegen politische Ökonomie des Kapitals

Neu im Frühjahr '83



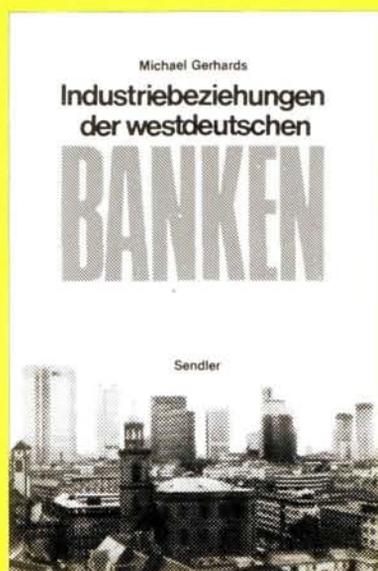
Patriarchalischer Ideologie war sowohl der faschistische Staat und die konservative Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung verbunden. Anhand untersuchter Texte aus den 20er und 40er Jahren wird in diesem Buch deutlich gemacht, wie vielfältig die ideologische Verwandtschaft zwischen Teilen der Frauenbewegung und Faschismus war. Die Thematik hat aktuellen Anlaß: reaktionäre Weiblichkeitsmythen sind nicht nur eine Erscheinung der Vergangenheit.

340 Seiten, 22,00 DM



Der Gründer und 1. Vorsitzende der Internationalen Hegel-Gesellschaft stellt verschiedene großzügige, programmatisch und summarisch verfahrenende Hegel-Deutungen vor und setzt sich mit ihnen auseinander. Den Hauptakzent legt Beyer auf den gegenwärtigen Stand der Hegel-Beschäftigung. In dem Kapitel „Chefideologen, Parteifunktionäre und andere Machthaber im geheuchelten Respekt vor Hegel“ unterscheidet Beyer, gerade für die hegelsche Nachwirkung, zwischen Philosophie und Philosophiebetrieb.

147 Seiten, 20,00 DM



Trotz der Bedeutung des Kreditwesens für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise sind marxistisch orientierte Analysen darüber selten. Der Autor setzt sich mit Hilferdings „Finanzkapital“ und in dessen Tradition stehenden Theorien des Staatsmonopolistischen Kapitalismus kritisch auseinander. In einem zweiten Abschnitt wird die Zentralisation und Profitentwicklung des westdeutschen Bankensektors und die Industriebeziehungen der westdeutschen Banken an Fallbeispielen untersucht, insbesondere auch die Entwicklung von AEG und ihren Bankbeziehungen.

270 Seiten, 24,00 DM

Aus unserem Programm

Georg Lukács **Moskauer Schriften**

173 Seiten, 12,00 DM

Deutsche Erstveröffentlichung, herausgegeben von Frank Benseler.

Neben den bisher unveröffentlichten Artikeln zur Literaturdebatte 1939/40 enthalten die „Moskauer Schriften“ ebenfalls als deutsche Erstveröffentlichung, zwei literaturtheoretische Arbeiten über den Roman von 1934/35, in denen Lukács entscheidende Korrekturen an seiner alten „Theorie des Romans“ vornimmt.

Henry Jacoby **Davongekommen — 10 Jahre Exil 1936 – 1946**

Prag – Paris – Montauban – New York – Washington

150 Seiten, 16,00 DM

„Davongekommen“ ist ein Ausschnitt aus unserer jüngeren Geschichte. Nüchterne Wahrheit, die sich wie ein fesselnder Roman liest. Geschildert werden Leben und Überleben im französischen Exil und die politischen Auseinandersetzungen über den Kampf gegen den Faschismus, den spanischen Bürgerkrieg und die Einschätzung der Sowjetunion nicht nur innerhalb der beiden großen Arbeiterparteien, sondern auch unter den „Linkskommunisten“.

G. Koenen, K. Koenen, H. Kuhn **Freiheit, Unabhängigkeit und Brot**

Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen

3. erweiterte Auflage
320 Seiten, 12,00 DM

Nikolai Bucharin **Kautsky und Sowjetrußland**

Anhang Karl Kautsky:
Die Internationale und Sowjetrußland
250 Seiten, 14,80 DM

F. Kaminski, H. Karuscheit, K. Winter

Antonio Gramsci Philosophie und Praxis

Grundlagen und Wirkung der Gramsci-Debatte
320 Seiten, 29,00 DM

Aktuell

<i>Bundestagswahlen:</i> Schleudern bei der Rechtskurve.	5
<i>Grünes Wirtschaftsprogramm:</i> Viel beschlossen, wenig geklärt in Sindelfingen	6
<i>Kommentar:</i> Räteprinzipien im Parlament!?	7
Saarland – Eine Region vor dem Ruin	10
<i>Wirtschaft:</i> Abgesackt oder Abgesoffen?	14
<i>Haushalt:</i> Der anständige Deutsche isst Kohlsuppe und Brei. Eine Leistungsbilanz	20
<i>Tarifkampf:</i> Auftakt mit Dissonanzen und tarifpolitisches Durcheinander	22
<i>Abrüstung:</i> Was Neues aus dem Osten?	25
<i>USA EG:</i> Starker Seegang im atlantischen Wirtschaftsbündnis	27
Landschaft nach der Schlacht. Polen nach einem Jahr Kriegsrecht	31
Zimbabwe fast drei Jahre unabhängig: Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?	33

Schwerpunkt

Mehr-Produkt kostet Lebenssteigerung. Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung	37
Genossenschaften – politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals	46

Dokumentation

<i>Interview:</i> Zbigniew Bujak Die Bilanz eines Jahres	53
---	----

Feuilleton

<i>Faschismus und Judenverfolgung:</i> Noch immer deutsche Schuld? Nicht Bewältigung der Vergangenheit, aber Aneignung und Verarbeitung	57
<i>Kommentar:</i> Der Hitler im Kopf	61
<i>Reisebericht Nicaragua:</i> „Wir haben gemerkt, was es heißt, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.“	62

Rubriken

Editorial	4
Impressum	9
Wirtschaft & Soziales	18
Gewerkschaften	24
Internationale Nachrichten	30
Zeitschriftenschau	64
Rezensionen	65/66

Titelbild: Neunkirchen im Saarland. König Stumm vor der Hütte. Er scheint sie zu überleben. Das Stummsche Kapital hat die Stahlbranche inzwischen verlassen und seinen Wert anderweitig verkörpert.



Wende hin oder her ein Ende der Wirtschaftskrise ist nicht abzusehen. Eher sind zusammenbruchartige Erscheinungen auf dem Weltkapitalmarkt zu erwarten. Bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Krise geht es nicht einfach um die Untersuchung von langen Zahlenreihen, sondern um die Schicksale von Millionen von Menschen und ganzer Regionen. *Friedemann Bleicher* untersucht die wirtschaftliche Situation **S. 14** *Theo Mehlen* behandelt die mit der wirtschaftlichen Krise wachsenden Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA **S. 27** *Kajo Breuer* berichtet über die Situation im Saarland **S. 10**

Die Sowjetunion spielt ihre Abrüstungstrümpfe nach und nach aus. Zum erstenmal hat sie einen Abbau ihrer SS-20 angeboten, vorausgesetzt, daß die Nato die Pershing II und Cruise Missiles nicht stationiert. Wieviel SS-20 sie für eine US-Nulllösung noch bietet, bleibt abzuwarten. Sie hat einiges Spiel. Den USA passen sowieso die ganzen Verhandlungen nicht. Sie wollen auf jeden Fall stationieren. Die Friedensbewegung in Westdeutschland fordert die Ablehnung der US-Stationierung bedingungslos. Das ist gegenüber der US-Kriegsvorbereitung, die mangels Truppen in Europa in erster Linie auf atomare Erstschlagwaffen baut, trotz SS-20 ganz angemessen. Die Forderung nach einem Abzug der ausländischen Truppen aus Europa, in erster Linie der sowjetischen aus Osteuropa, wäre die richtige Ergänzung zum Kampf gegen die Nato-Nachrüstung, aber auch die richtige Antwort auf Andropows Abrüstungsavancen. Mit den Bestrebungen der osteuropäischen Völker würde sich diese Forderung treffen. *Willi Preßmar* setzt sich mit Andropows Vorschlägen auseinander **S. 25**

Die Linke ist antifaschistisch und jung. Weder mit der Machtergreifung noch mit dem Faschismus hat sie was zu tun. So konnte man wenigstens denken. Aber als die Linke den israelischen Aggressionskrieg gegen den Libanon kritisierte und manche linke Schreiber und Sprecher verbal machtvoll zuschlügen, wurden sie von jüdischen Linken an die Vergangenheit unseres Volkes erinnert und zur Vorsicht ermahnt. *Fritz Güde* diskutiert die Schuldfrage für die Generationen, die mit dem Nazireich „nichts“ zu tun hatten **S. 57**



Die Hoffnung mancher auf die gemeinsame Zeitschrift der Linken, die oben- und unten noch aus eingebildeten Ghettos herauszuführen soll, kann die Kommune bestimmen genauso wenig erfüllen wie andere Projekte. Wir sind uns auch nicht so sicher ob diese Hoffnung auf eine gemeinsame Zeitschrift der Linken überhaupt vernünftig ist, ob ihre Erfüllung tatsächlich so erstrebenswert wäre. Wir setzen uns aber zum Ziel, eine Zeitschrift herauszugeben und zu redigieren, die analytische und politische Vielfalt entwickelt, ohne irgendeinem Proporz zu folgen und auf eine redaktionelle Stoßrichtung zu verzichten.

Als Herausgeberkreis und Redaktion wollen wir bei theoretischen und politischen Ansätzen, die uns zunächst eher fremd sind, prüfen, was an ihnen dran ist, welche emanzipatorischen Bedürfnisse sie vielleicht zum Ausdruck bringen, die wir übersehen haben, welche Überlegungen angestellt werden, die uns vielleicht nur deshalb fremd sind, weil wir das zugrundeliegende Problem nicht oder nicht in seiner Bedeutung erkannt haben. Das ist deshalb mehr als leeres Versprechen, weil diese Absicht aus unseren politischen Erfahrungen entspringt.

Zu diesen Erfahrungen gehört auch, daß wir längere Zeit über einigen Wunderlichkeiten der Ökologiebewegung und der GRÜNEN übersahen, daß sie mit der Forderung nach Umwälzung des Industriesystems einen grundlegenden Aspekt der Umwälzung der kapitalistischen und staatsmonopolistischen Produktionsweise aufgriffen, den wir in unserer Ausrichtung auf die Umwälzung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse übersahen oder jedenfalls nicht ins Zentrum unserer Überlegungen stellten.

Über unserer Kritik an gefühlsmäßigem und oft auch dogmatischem Pazifismus haben wir eine Zeitlang übersehen, daß sich eine neue Friedensbewegung entwickelte, die mit der Kritik der Waffen beginnt, um zunehmend alle Verhältnisse zu kritisieren, in denen der Appell zu den Waffen das letzte Wort bleibt.

Über unserer ökonomisch vertretbaren Kritik an der Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit haben wir oft den Wert der analytischen Bemühungen der Frauenbewegung unterschätzt. Vor allem haben wir den Sinn eigener Organisationsformen der Frauenbewegung wenig verstanden.

Rasche Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung haben wir dagegen oft lange eher zu hoch veranschlagt. Jeder Streik ist zwar eine Schule des Klassenkampfes, aber in vielen Streiks kann aufgrund ihrer begrenzten Ziele halt kaum das

ABC des Kommunismus geübt werden. Streikziele entwickeln sich aber nicht beliebig, sondern abhängig von Situation und Bewußtsein.

Wir haben also die Erfahrung gemacht, daß man an wichtigen Tatsachen und Tendenzen der sozialen und politischen Bewegung vorbeisehen kann, obwohl man aus der Bewegung kommt und mit ihr verbunden bleiben will. Daher unsere Absicht, ein Forum zu schaffen, auf dem Kontroversen sichtbar werden und zum Austrag kommen.

Wir alle haben mehr oder weniger lange und an mehr oder weniger verantwortlicher Stelle an der *Kommunistischen Volkszeitung* und *Kommunismus und Klassenkampf* mitgearbeitet.

Neu an der *Kommune* ist außer ihrer Form vor allem, daß sie unsere im Verlauf der letzten Jahre geänderten Ansichten auch durch eine Änderung des Namens zum Ausdruck bringt, daß Herausgeberkreis und Redaktion von vornherein die Zusammenarbeit mit anderen Kräften und ihre Mitarbeit suchen. Um das zu erleichtern, wird die *Kommune* in persönlicher Verantwortung herausgegeben. Die Mitarbeit an der Zeitschrift und die Zusammenarbeit in der Zeitschrift soll nicht durch irgendwelche organisatorischen Schranken erschwert werden. Solche Schranken sind für uns und, wie wir hoffen, für viele andere auch überholt.

Die Redaktion lädt die Mitarbeiter aus Frankfurt und Umgebung für Dienstag, den 1. Februar, 19.30 Uhr, zu einer Versammlung in die Mainzer Landstraße 147 ein, um die erste Nummer der *Kommune* und die weitere Planung und Gestaltung der Zeitschrift zu besprechen. Alle Leser und wer sich sonst dafür interessiert sind herzlich eingeladen.

Nummer 2 der *Kommune* wird am 19. Februar erscheinen. Redaktionsschluß ist am 7. Februar

In dieser Nummer der *Kommune* wird nicht eine politische Plattform des Herausgeberkreises oder der Redaktion festgeschrieben, obwohl sie natürlich in groben Umrissen existiert. Die *Kommune* braucht jetzt kein genaues Programm oder eine

scharf umrissene Plattform. Ihre Richtung wird sich mit dieser und den weiteren Nummern entfalten.

Der *Schwerpunkt* dieses Heftes mit den beiden Artikeln zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung und zu den Genossenschaften als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Form einer Ökonomie der Arbeit steht im Zusammenhang mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Debatte, befaßt sich aber weniger mit nächsten Maßnahmen als von verschiedenen thematischen Ausgangspunkten her mit den Inhalten und Formen der Produktionsweise, die aus der gesellschaftlichen Umwälzung entstehen soll. Dabei werden die Anhaltspunkte in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise gesucht. Die Debatte solcher grundsätzlicher Fragen wollen wir fortsetzen. Sie kann auch dazu beitragen, die Differenzen um ein Wirtschaftsprogramm zu klären. Die noch schwache Übereinstimmung in Analyse und in Perspektiven geht sonst oft unvermittelt an der Differenz über einzelne Maßnahmen zu Bruch.

Im *aktuellen Teil* des Heftes gibt es Artikel zu den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion, zur wirtschaftlichen Lage usw. In diesem Teil wird an einigen Stellen über die GRÜNEN geschrieben. Im nächsten Heft werden, so hoffen wir, GRÜNE selber eingies schreiben. Jan Kuhnert von der Landtagsgruppe der GRÜNEN-HESSEN hat bereits zugesagt, über die bisherigen Erfahrungen im Landtag zu schreiben. Ein Artikel über die Bedeutung wirtschaftspolitischer Fragen für Politik und Wahlkampf der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen ist geplant.

In der *Kommune* wollen wir ein Feuilleton entwickeln, in dem literarische oder andere künstlerische Themen behandelt, historische oder moralische Fragen, im weitesten Sinn kulturelle Fragen diskutiert werden können. In diesem Heft setzt sich Fritz Güde mit der Schuld des deutschen Volkes am Faschismus und den Judenverfolgungen auseinander. Gibt es eine solche Schuld heute noch, gab es sie je?

Leserbriefe finden sich in diesem Heft natürlich noch nicht, sollen in den nächsten Heften jedoch regelmäßig veröffentlicht werden.

Natürlich bemühen wir uns von uns aus um feste und/oder gelegentliche Mitarbeiter der Zeitschrift. Aber über unaufgefordert eingesandte Manuskripte freuen wir uns erst recht.

Neben der Mitarbeit sind die Abonnements die wichtigste Existenzgrundlage der Zeitschrift. Wir bitten unsere Leser, sich an der Abonnentenwerbung zu beteiligen. □

So zäh die Wende vorbereitet wurde, So fleißig und rasch schritt man zur Tat. Zu rasch und eifrig, fürchten die Klügeren von rechts: Die Wende könnte nicht gut geheißen. Verblaßt, ja schon wieder verdreht sind die Bilder vom letzten Herbst. Wie geht das an?

Der 6. März als Wahltermin schien doch aus ihrer Sicht gar nicht schlecht gewählt. Die Früchte der Wende würden noch nicht so ausgereift und spürbar sein, als daß sie die CDU das Rennen kosten könnten. Der Bonner Wechsel nebst Umständen könnte durch demonstratives Regieren rasch genug vergessen sein. Doch scheint's nicht so einfach zu gehen. Die Wechsler scheinen die Menschen und die tiefgreifenden Veränderungen der letzten 15 Jahre unterschätzt zu haben.

Inzwischen nimmt sich der Slogan, der das Kohl-Bildnis zielt, „Miteinander schaffen wir's“, schon wie eine Beschwörungsformel aus, wie eine Reaktion auf den Wählerschwund in Hamburg, darauf, daß sich viele, die im letzten Sommer noch der CDU einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere zutrauten, nicht anders als reingelegt vorkommen. Das geht bis tief ins eigene Wählerpotential hinein. In der Kritik, die die Kohl-Regierung aus den eigenen Reihen trifft, spiegelt sich das angeschlagene Image der christlich-biedereren Volkspartei wider. Die Entscheidung, die Investitionsanleihe nun doch der einst so heftig bekämpften Ergänzungsabgabe anzunähern, den Reichen nicht auch noch dieses Opfer zu ersparen, ist der Versuch einer Antwort darauf.

Doch dieser neue Dreh könnte geeignet sein, rechtsaußen im Wählervolk ein Bröckeln zu bewirken. Lamsdorff könnte einige derjenigen, denen nun womöglich „durch eigene Tüchtigkeit Erworbenes“ genommen werden soll (wie Fides Krause-Brewer sich uneigennützig sorgt), für seine Rest-FDP gewinnen. Die macht schließlich keinen Hehl aus ihrer Mauer zur Partei ausschließlich der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

So mag es Gründe für den Tadel von Strauß, die Bruderpartei habe die Opferbereitschaft in der Bevölkerung überschätzt, und die zugleich vorsorgliche Schuldzuweisung für ein mögliches Verfehlen der absoluten Mehrheit geben – derweil ist die Post für die Sozialdemokraten noch lang nicht abgegangen.

Im schlechtesten Fall könnte die CDU/CSU auch mit weniger als 50% den Kanzler stellen, dann nämlich, wenn FDP und GRÜNE, letztere womöglich um 0,1% oder so, die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen. Dann ergäbe sich rechnerisch zwar wahrscheinlich eine Mehrheit links der

Schleudern bei der Rechtskurve

Aber nur ein Wahlerfolg der GRÜNEN kann absolute Mehrheit der Rechten verhindern

herrschenden Koalition, in der Mandatsverteilung würde sie sich aber nicht ausdrücken. Man muß nicht davon ausgehen, daß sich die Bewegung bis in die Gewerkschaften hinein damit abfinden würde, aber der Spielraum für reale Veränderungen wäre doch denkbar gering. In vier Jahren könnte sich das Gesicht der Republik schon wandeln, und Wut in verzweifelten Protest genauso wie in Resignation umschlagen. Daß alles vom außerparlamentarischen Kampf abhängt, kann man nicht wünschen.

Erreichen aber die GRÜNEN die fünf Prozent und bleibt die CDU unter 50, nehmen wir also ein Ergebnis wie in Hessen an. Hessische Verhältnisse wird es nicht geben. Ein Kanzler müßte gefunden werden. Eine linke Sammlungspartei (und das sind die GRÜNEN trotz aller Eigentümlichkeiten in relativ hohem Grad, zumindest von ihren Wählern her) stünde dann vor großen taktischen Problemen. Ihre Präsenz allein wäre eine qualitative Änderung der politischen Verhältnisse im Parlament.

Das Problem, wie damit umgehen, stellte sich von beiden Seiten: Die SPD und ihr Kanzlerkandidat deuten wohl auf entscheidenden Gebieten, Mittelstreckenraketen, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Atomenergie, eine Änderung ihrer Positionen gegenüber dem Schmidt-Kurs an, doch ein neuer Kurs ist – mangels Festlegungen – wahrlich schwer erkennbar. Und hätte die SPD den Mut, ihn zu fahren?

Wie sieht nun die Wahlkampfstrategie der GRÜNEN aus? Kompliziert wie die Lage. Mit Recht kreiden sie der Sozialdemokratie die rasche Wandlung zum für „grüne Themen“ zugänglichen Paulus an, die all die restriktiven Schritte der alten Regierung vergessen machen soll. Trotzdem wollten einige – vor allem Nicht-Anhänger Bahros – auch im Wahlaufuf verankert sehen, daß GRÜNE im Bundestag einen Vogel zum Kanzler wählen würden, wenn sich tatsächlich etwas ändert. Ein Antrag aus Hamburg nannte Bedingungen: keine Raketenstationierung, mit dem Ausstieg aus der Atomenergie konkret beginnen, Durchsetzung von sozial und ökologisch sinnvollen Investitionen zum Abbau von Arbeitslosigkeit und haushaltspolitische Maßnahmen, die den Sozialabbau aufhalten. „Für selbstverständlich halten wir“ hieß es dort auch,

„daß die SPD des weiteren zu den von ihr selbst gegebenen Versprechungen steht, das neue Mietengesetz der CDU/CSU/FDP zurückzunehmen, die BAföG-Streichung rückgängig zu machen und eine Ergänzungsabgabe einzuführen.“

Doch über solche Aufforderungen an die SPD konnte auf der Bundesversammlung gegen Sonntagabend nicht mehr diskutiert werden, notwendig wäre es gewesen. Denn zu befürchten ist, daß die SPD zwar nicht die aus dem beliebten Tucholsky-Zitat bekannten Revolutionsklamotten wieder vorzieht, aber doch auch grüne Wähler gewinnt, ohne viel dafür zu tun; daß andererseits die GRÜNEN bei der Schmähung des kleineren Übels stehenbleiben und beide große Parteien, ihre Zielsetzungen und die Motive ihrer Wähler nicht gründlich zu verstehen suchen. In diese Richtung scheint die nun auch nicht mehr neue Aufforderung an alle Parteien zu öffentlichen Gesprächen zu gehen, ebenso wie die noch aus dem Sozialkundeunterricht geläufige Formulierung vom hohen Haus, das „wieder eine echte Opposition“ brauche.

Zu was taktisch Schlüssigem, Koalition mit Mindestbedingungen, Verhandlungen statt Gesprächen, können sich die GRÜNEN im Moment jedenfalls nicht durchringen. Für SPD und GRÜNE ist eine unbestimmte Bündnislage das Bequemste: für die SPD von wegen Kreditwürdigkeit, für die GRÜNEN von wegen Bewegung. Die SPD ist dabei der klügere Part, denn eine Regierung in Koalition mit den GRÜNEN wäre zwar nicht regierungsunfähig, aber ein richtiges Natoland wäre die Bundesrepublik so auch nicht mehr. „Modell Deutschland“ könnte einen anderen Sinn bekommen. Eine Mehrheit von SPD und GRÜNEN ist denkbar und wünschenswert. Sie wäre ein mittleres Durcheinander. Aber ohne das wird sich die Lage kaum klären im günstigen Sinn. Wir Linken müssen irgendwann lernen, den Unterschied von Bewegung und Parlament zu begreifen. Das Parlament bleibt gegenüber der Bewegung konservativ ob die GRÜNEN koalieren, tolerieren oder fundamental opponieren. Eine Fraktion im Parlament wird der Bewegung nur nutzen, wenn sie ihre Aufgaben nicht mit denen der Bewegung verwechselt. Sonst wird sie unbeweglich sein und über dem Maximum, das die Bewegung anstrebt, das Minimum verfehlen, das im Parlament zustande gebracht werden kann. cf



Beschlossen, aber zu wenig geklärt in Sindelfingen

Die GRÜNEN verabschiedeten ein Wirtschaftsprogramm, das die Debatte um wirtschaftspolitische Fragen in der Linken konzentrieren kann

Die Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN in Sindelfingen, der Stadt von Daimler-Benz und IBM, hat ihre Aufgabe erfüllt und ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm verabschiedet. Einige Belegerscheineungen allerdings müssen ernüchternd wirken.

Ernüchternd muß wirken, daß viel mehr über undurchsichtige Einzelanträge, Verfahrensfragen sowie über Diäten, Rotation und Basisanbindung der erhofften MdBs diskutiert wurde als über die grundlegenden Fragen des Wirtschaftsprogramms. Zumal der Bär, dessen Fell in der Diätenregelung verteilt wird, am 6. März erst noch erlegt werden muß. Nach Hamburg ist ein Mißerfolg durchaus möglich; aber allein schon die Tatsache, daß darüber kein Wort verloren wurde, zeigt, wie sehr man auf das Glück des Gerechten setzt und auch darauf angewiesen ist.

Ernüchternd muß auch die eigentliche Debatte um das Wirtschaftsprogramm wirken. Die an der Vorlage der Bundeswirtschafts-AG beschlossenen Änderungen sind zum größten Teil Öffnungen für ökologische Ausstiegsideologie, wobei fast noch schlimmer ist, daß eine Reihe umfangreicher oder weitreichender Veränderungen und Ergänzungen ganz oder fast ohne Diskussion in das Programm aufgenommen wurden.

Ernüchternd muß schließlich auch der vom verbliebenen Teil der Delegierten im Verlaufe des Sonntag nachmittag verabschiedeten Kurz-Wahlaufruf wirken. Er ist das getreue Spiegelbild einer ungeklärten Debatte, in der viel mit plausibel vernetzten Eindrücken gearbeitet wird, diese Ein-

drücke aber nicht auf ihren Kern gebracht werden. So nimmt der Kurz-Wahlaufruf die Schwächen des Wirtschaftsprogramms in voller Schönheit auf und bringt alle Vorurteile, denen die angebliche ökologische Utopie eine höhere Weihe verleiht.

Da wird völlig unnötig herzhaf übertrieben („Ob unsere Kinder noch Wälder sehen werden, ist fraglich“); die „industrielle Wirtschaftsweise“ ist das Hauptübel; die Ausbeutung der Dritten Welt besteht in ihrer Überflutung durch „technisch-materialistische Einheitszivilisation“; alle Investitionen der Vergangenheit haben zur heutigen Arbeitslosigkeit geführt; gesättigte Märkte, die nicht noch mehr Produkte verkraften, machen „Vollbeschäftigung“ unmöglich; die Finanzierung des ökologischen Investitionsprogramms ist ein Kinderspiel – und für die Regierbarkeit sind die großen Parteien verantwortlich, haben sie doch 90% der Stimmen.

Dies alles muß man in Rechnung stellen, wenn der darauf spezialisierte Teil der Linken in nächster Zeit im Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN die Klarheit des kommunistischen Manifests missen wird. Dem in Sindelfingen verabschiedeten Papier wird man damit nicht gerecht. Es ist keine theoretisch ausgereifte Plattform, sondern tatsächlich der „Konsens“ einer Organisation, in der sich Kräfte verschiedener Strömungen und verschiedenster politischer Erfahrung und Ausbildung zusammengefunden haben.

Die GRÜNEN werden ohnehin nicht zusammengehalten durch ihre wirtschaftspolitischen Auffassungen. Ihre Einheit besteht zunächst im Kampf gegen die Zerstö-

rung der Umwelt, die unbestreitbar zu einer Überlebensfrage geworden ist; weitgehend in der Kritik der kapitalistischen Prägung der Produktivkraftentwicklung, auch wenn dies unter Industriekritik firmiert; sodann in der Kritik an der allumfassenden Unterwerfung der Gesellschaft unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, was als Zivilisationskritik läuft; weiter in der Forderung nach uneingeschränkter Demokratie und Volkssouveränität; in internationalen Fragen im Kampf gegen den Krieg und für die unbedingte Solidarität mit den unterdrückten Völkern.

Für den dialektischen Materialismus sind die Beziehungen in der materiellen Produktion grundlegend für das Bewußtsein des Individuums und die geistigen, kulturellen und politischen Beziehungen einer Gesellschaft. Deshalb ist für ihn die Kritik der politischen Ökonomie die Fortsetzung der Kritik der Religion und der Philosophie. Jede wirkliche gesellschaftliche Umwälzung setzt die Umwälzung der ökonomischen Beziehungen voraus, wenngleich sie weder damit eingeleitet wird noch sich darin erschöpft.

Völlig anders sind bekanntlich die GRÜNEN auf die Notwendigkeit eines wirtschaftspolitischen Programms gestoßen worden. Sie stehen für eine Bewegung, die ganz aus ihrer Erfahrung lebt und entschieden für die Lebensinteressen der Gesellschaft eintritt. Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen beschränkte sich bisher weitgehend auf die Entlarvung von Interessengruppen etwa hinter dem Kernenergieprogramm. Erst das endgültige Ende der Wachstumsphase des westdeutschen Kapi-

talismus hat die systematische Befassung mit wirtschaftlichen Fragen erzwungen. Erst allmählich werden sie dabei als Fragen der gesellschaftlichen Umwälzung überhaupt begriffen.

Das Sindelfinger Programm ist die vorläufige Zusammenfassung der Debatte um diese Fragen, und zwar nicht nur innerhalb der GRÜNEN, sondern innerhalb der Bewegung. Der Vorteil besteht dabei darin, daß ausgegangen wird sowohl von der Unterhöhung der Natur wie der Arbeit, daß nach konkreten Formen der Emanzipation der Arbeit unter Kritik des Kapitalismus wie des Staatsmonopolismus gesucht wird, daß schließlich die verschiedensten Probleme angegangen werden. Natürlich ist das Programm ein Kompromiß, und Kritik an den Schwächen und Fehlern ist notwendig. Sie sollte sich aber nicht über die aufgeworfenen Probleme erheben.

Auch Ernst Hoplitsek hat unrecht, wenn er in einem provokativen Beitrag die Vorlage der Bundeswirtschafts-AG als Ausdruck der Machtverhältnisse in dieser Arbeitsgemeinschaft verwarf, als geprägt vom Versuch der Sozialstaatsfraktion bei den GRÜNEN, eine Schiene zur SPD zu bauen. Auch wenn hinter den Kulissen manches geschoben und von den Delegierten im großen und ganzen nur noch abgesegnet wurde, was in formellen und informellen Arbeitsgruppen abgeklärt war, die Ausschläge nach der einen oder anderen Seite ziehen sich nicht prägend durch das Programm, keine Seite muß sich ausgeklammert vor kommen.

Zurück zur Konsumkritik

Wichtige Änderungen waren die Ersetzung des ersten Teils der Präambel durch eine überarbeitete Fassung einer Dreier-Kommission, die Ersetzung des Präambel-Teils „Perspektiven grüner Wirtschaftspolitik“ durch einen Alternativ-Entwurf aus NRW, die Streichung eines Passus zu einem Bundesverband der Arbeitslosen, die Aufnahme eines längeren Teils zur Dritten Welt und zur Landwirtschaft sowie eine hektische Auseinandersetzung um die Einbeziehung der mittleren Einkommensklassen in den Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung.

Die Bundeswirtschafts-AG hatte in ihrem Programmentwurf versucht, das Interesse an der Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensbedingungen und das Interesse der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung an einem dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte angemessenen Lebensstandard gleichermaßen zu berücksichtigen. Wie wenig fundiert allerdings diese Einheit ist, zeigt sich an der Auseinandersetzung um die Präambel sowie um die mittleren Einkommen.

Die Ersetzung des Perspektiven-Teils in

Räteprinzipien im Parlament!?

js. Die Quadratur des Kreises war schon immer schwierig. Eine ähnlich schwierige Aufgabe haben die GRÜNEN ins Zentrum ihres Interesses gestellt. Für Modelltütfler ein weites Feld.

Es geht um das Problem, wie Räteprinzipien in das Parlament eingeführt werden können, und zwar über die Partei, eine Organisationsform also, die eher dem Parlamentarismus als der Rätebewegung entspringt. Rotationsprinzip, Diätenfrage und Basisanbindung wurden auf dem Bundeskongreß der GRÜNEN ausführlich diskutiert und schließlich auch geregelt, keineswegs zur allgemeinen Zufriedenheit der Delegierten, die sich an dieser Auseinandersetzung eher mehr beteiligten als an der Debatte um das wirtschaftliche Sofortprogramm.

Die Abgeordneten für den deutschen Bundestag werden durch Parteien als Kandidaten aufgestellt, von den Wählern direkt oder über die Landeslisten der Parteien ins Parlament gehievt und sind dort über die vierjährige Legislaturperiode hin ausschließlich ihrem Gewissen verantwortlich. In der Praxis sind sie weitgehend der Fraktionsdisziplin der Parteien unterworfen, die in der Bundesrepublik in den Rang eines Verfassungsorgans gehoben sind. Die Parteien entscheiden dann darüber, ob der gute Mann (Frauen gibt es im Bundestag ja nur wenige) nach vier Jahren wieder aufgestellt wird oder nicht und damit die Chancen zur Wiederwahl hat. Durch die 5%-Klausel sind dabei die staatstragenden Parteien und ihr Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments besonders gesichert.

Alle Macht geht vom Volk aus, aber wo geht sie hin, fragte Bert Brecht. In der BRD geht sie an die Parteien, die aber agieren nicht im luftleeren Raum, sondern sind über Milieu, Staatskredite und Wirkungsweise des Kapitalismus mehr oder weniger fest an die Interessen jener gebunden, die als Kapitalisten ohnehin das Sagen haben.

Anders die Kommune oder die Räte. Souverän ist nicht der auf gelegentliche Stimmabgabe zurechtgeschnittene Staatsbürger, sondern das tätige Volk, die konkreten Individuen, die sich in ihrer Arbeits- und Lebenssphäre zusammenschließen und ihre Vertreter in die Kommune entsenden. Über die Pflicht zur Rechenschaftslegung gegenüber ihrem Wahlkörper und die Abwählbarkeit sind die Vertreter an ihre Wahlkörper gebunden. Das geht jederzeit, weil die Vertretungsorgane über das Delegationswesen von unten nach oben gegliedert sind, so daß jeder Wahlkörper abwählen und

wählen kann, wie er es für notwendig hält, ohne allgemeine Wahlen abwarten zu müssen. Entwicklungen in den Betrieben und Stadtteilen wirken sich rasch auf die Zusammensetzung und Meinungsbildung in der Kommune aus und Entwicklungen in den Kommunen auf die Zusammensetzung der Bundesvertretung. Durch Bezahlung nach Facharbeiterlohn oder Durchschnittslohn kann die Vertretungspflicht nicht so leicht in ein Recht auf Pfründe umschlagen. Wichtig ist, daß die Beschlusorgane direkt für die Ausführung ihrer Beschlüsse verantwortlich sind und die Beamten berufen, statt daß eine sich selbstrekrutierende Bürokratie in Wirklichkeit herrscht. Beamte sind jederzeit absetzbar und werden ebenfalls nach Arbeiter oder Durchschnittslohn bezahlt.

Und doch bliebe all das eine Farce, wenn die politische Form der Emanzipation nicht zur ökonomischen und sozialen Befreiung genutzt würde. In Richtung Kommune und Räte haben sich bisher noch alle großen gesellschaftlichen Bewegungen entwickelt, vor allem die Arbeiterbewegung, wenn sie die Macht- und Staatsfrage aufwarfen. Das ist jetzt bekanntlich nicht der Fall. Schön wärs heute schon, wenn mit den GRÜNEN ein Stück Bewegung ins Parlament käme.

Rotationsprinzip, Diätenfrage und Anbindung an die Basis sind keine künstlichen Probleme der GRÜNEN, sondern das Problem jeder Emanzipationsbewegung, die sich innerhalb des Parlaments Ausdruck verschaffen will. Kitzig wird das Ganze, wenn DIE GRÜNEN den Zugriff der Bewegung auf die Abgeordneten durchgängig durch den Zugriff der Partei ersetzen. Der Abgeordnete wird zum Parteiangestellten, die Partei rotiert, die Partei verwandelt die Abgeordnetendiäten in ein Parteigehalt, die Partei übt das imperative Mandat aus. Dem Abgeordneten bleiben im Zweifelsfall immer noch sein Gewissen und damit die vollen Diäten, die ganze Legislaturperiode und seine Politik.

Aber was bleibt den Wählern, der Bewegung, der wirklichen Basis also? Ihr bleibt das Vertrauen in die Partei. Das ist aber ein bißchen wenig. Indem DIE GRÜNEN die Prinzipien der Kommune innerhalb des Parlaments über die Rechte der Partei hochhalten, laufen sie Gefahr, mit dem Rasenmäher an die Individualität der Abgeordneten zu gehen und die Einflußnahme der Bewegung auf die Abgeordneten dennoch auszuschalten. Am Ende ist vielleicht weniger das Räteprinzip verankert als die Einheitspartei etabliert. □

der Präambel durch die Vorlage der Landeswirtschafts-AG NRW ist in meiner Sicht ein Rückschritt hinter das bereits erreichte Diskussionsergebnis. Argumentiert wurde wenig, mehr an Grundeinstellungen appelliert. Der Entwurf der Bundeswirtschafts-AG sei zu sehr auf die Eigentumsfrage fixiert, ökologisches Gedankengut käme zu kurz. Natürlich halte auch er die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums für notwendig, erklärte Eckhard Stratmann die NRW-Alternative; das dürfte aber nicht im Vordergrund stehen. Für Ernst Hoplit-schek lag das Gewicht des alten Entwurfs viel zu sehr auf der Umwälzung in den Betrieben, dieser Entwurf müsse zersetzt werden. Michael Stamm hielt dagegen, die elende Lage der arbeitenden Mehrheit verlange die Verteidigung der sozialen Interessen. Reinhard Pfriem (AL Berlin) wurde ganz pragmatisch und meinte, ein Beschäftigungsprogramm, das rasch wirke, komme nicht daran vorbei, Beschäftigung auch in solchen Bereichen zu fördern, in denen noch Lohnarbeit herrscht. Sozialpfarrer König aus Rüsselsheim warnte vor dem historischen Fehler, über die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung herzu ziehen.

„Eine ökologische Wirtschaft wendet sich ab von industriellem Wachstum als wirtschaftlichem Leitwert“, heißt es jetzt in der Präambel. Als ob „industrielles Wachstum“ der Leitwert kapitalistischer Wirt-

schaft wäre! Wahrscheinlich wissen auch die Autoren dieses Textes ganz gut, daß ungehemmtes Wachstum nur Begleiterscheinung und Folge der gegenüber dem Gebrauchswert gerade gleichgültigen Profitwirtschaft ist. Wahr ist, daß die heute existierende industrielle Produktion zunehmend die Umwelt ruiniert, damit ist aber die richtige Therapie noch lange nicht die Abschaffung des „Industriesystems“ Solch unzulässige Umkehrschlüsse aber werden mit jenen gutgläubig hingeschriebenen Behauptungen nahegelegt.

Nirgendwo in dem Papier wird positiv davon gesprochen, welche Bedeutung eigentlich der produktiven Basis zukommt. Das „Industriesystem“ frißt bloß noch seine Grundlage auf: Die Beziehung zwischen Mensch und Natur ist nur noch „Partnerschaft“, nicht auch Bedingung menschlichen Lebens; als gesellschaftliches Verhältnis existiert Produktion schon gar nicht; der Bauer ist nicht mehr Produzent von Nahrungsmitteln, sondern Anwender chemischer Produkte; der Austausch zwischen Regionen erscheint lediglich als Ursache von Energieaufwendung und Transportkosten, nicht als Austausch zwischen Kulturkreisen und als Ersparnis von Arbeit. Da wird verbrauchernahe Produktion zum Prinzip erhoben, wo doch klar sein könnte, daß z.B. die verbrauchernahe Aufbereitung von Rohstoffen auf Kosten der Dritten

Welt geht, daß die verbrauchernahe Stahlproduktion bereits im chinesischen „Großen Sprung“ gescheitert ist.

Wieso wird die verknöcherte Arbeitsteilung usw. abgelehnt, nicht aber ihre Entstehung untersucht? Der Kapitalismus war in der Geschichte der Menschheit eine revolutionäre Produktionsweise und konnte sich überhaupt nur durchsetzen, weil er die produktiven Potenzen zur Entfaltung gebracht hat, womit die Arbeitsteilung einherging. Die Folgen für Natur und Mensch, die aus dieser Produktionsweise heute eine überholte machen, sollten nicht dadurch aufgehoben werden, daß der Entwicklungsstand der Produktivkräfte – damit übrigens auch das kulturelle Niveau, man sehe sich die Verbreitung von Literatur in Entwicklungsländern an – zurückgeführt wird.

„Ökologisches Wirtschaften sieht den gesellschaftlichen Reichtum nicht in einem möglichst hohen Warenausstoß (gemessen am Bruttosozialprodukt), sondern in umwelt- und gesundheitschonenden Produktionsverfahren und langlebigen Gebrauchsgütern.“ So heißt es in der verabschiedeten Präambel. Verschleißproduktion entfalle, und „so kann die gesellschaftlich notwendige Arbeit zur materiellen Versorgung der Bevölkerung verringert und freie Zeit für soziale und künstlerische Tätigkeit gewonnen werden“

So einfach ist es eben nicht. Selbst die

Sozialismus

- ist eine marxistische Zeitschrift
- tritt ein für die sozialistische Erneuerung in der Arbeiterbewegung
- diskutiert Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung
- bringt aktuelle Kommentare, Streitgespräche, Hintergrundanalysen und Grundsatzartikel zu
- Betrieb und Gewerkschaften/ - Politische Parteien/ - Soziale Bewegungen/ - Ökonomische und politische Situation der wichtigsten kapitalistischen Länder / - Internationale Arbeiterbewegung

Sozialismus

erscheint 2-monatlich mit 96 Seiten, vielen Abbildungen und Karikaturen.

Kennenlernangebot: Die beiden neuesten Hefte zum Kennenlernpreis von DM 10,- (Schein oder Scheck beifügen) bei

VSA, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

SPD: Aufbruch nach vorn

Einzelheft: DM 8,-; Abo: DM 42,-

SPD spricht längst von „qualitativem Wachstum“, und umwelt- und gesundheitschonende Produktionsverfahren allein machen die Entfaltung der Produktivkräfte nicht überflüssig, sondern sind Teil hier von. Wer sich vormacht, durch den Wegfall von Verschleißproduktion lasse sich die Menge der notwendigen Arbeit erheblich verringern, so daß über die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht mehr geredet werden muß, lügt sich in die Tasche.

So ist es nicht mehr weit, „Ehrfurcht vor dem Leben der Pflanzen und Tiere“ zu fordern, sich aber über die materiellen Lebensverhältnisse der Menschen weitgehend auszuschweigen. Und schon im nächsten Satz wird die „gegenwärtige Lebensweise in den Industriegesellschaften“, in der eingeschränkten Bedeutung von „Konsumstil“ und „Lebensstil“ für Umweltzerstörung und die Unterentwicklung der Dritten Welt verantwortlich gemacht. Also doch Beschneidung der materiellen Versorgung?

Seinen Niederschlag findet diese Auseinandersetzung stets auch in der Stellung zu den Gewerkschaften und in der Frage der Einkommen. Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, hieß es im Saarbrücker Programm. Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen heißt es nun in den meisten Landesprogrammen, die Sindelfinger Konferenz wollte den Lohnausgleich zunächst nur für untere Einkommen. In Zusammenhang mit der Tendenz der geänderten Präambel, nicht die Wirtschaftsweise, sondern den Lebens- und Konsumstil zum Ausgangspunkt des Übels zu machen, wäre dies eine offene Flanke für die reaktionäre Politik der Lohnsenkung und „Anspruchsdeflation“ geworden. Zudem hätten sich die GRÜNEN in diesem Punkt von der SPD nicht mehr abgehoben.

Erst eine zweimalige Intervention der Bundeswirtschafts-AG und ein eindringlicher Appell von Thomas Ebermann in ihrem Auftrag, nicht die Leinen zur Arbeiterbewegung zu kappen, führte zu einer Revision dieses Punktes. Lohnausgleich soll jetzt wieder für untere und mittlere Einkommen sein. Die Gegenposition, vorge tragen von Willi Hoss (Plakat-Gruppe), verwies auf die Unterschiede zur Dritten Welt und sah daher die Notwendigkeit, „die Rolle der Arbeiter in Frage zu stellen“

Die dahinter steckenden Fragen werden sicherlich nicht dadurch gelöst werden, indem gegenüber den Konsumkritikern nur „soziale Interessen“ in Anspruch genommen werden und nicht von gemeinsamen Interessen an der gesellschaftlichen Umwälzung ausgegangen wird.

Weitere Klärung

Reformistisch sei das Programm, heißt es. SPD-Wirtschaftsexperte Roth erklärt frank und frei, das meiste sei von der SPD abgeschrieben, und macht sich damit zum Kronzeugen dieser Linken. Die Wahrheit ist, daß es im Wirtschaftsprogramm heißt: „Wir GRÜNEN wollen die Lohnarbeit aufheben.“ Und trotz des Hangs zur Konsumkritik wird die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen, Produktionsmitteln und Banken „in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums“ gefordert. Das ist etwas gemächlich dahingeschrieben, und natürlich werden nicht die GRÜNEN die Lohnarbeit aufheben, sondern – wie auch auf dem Kongreß gesagt wurde – die Lohnarbeiter selbst, aber reformistisch ist das deshalb noch nicht.

Reformismus würde daraus, wenn die Illusion genährt würde, die ansonsten angestrebten Ziele, auch der Änderung der Lebensweise im umfassenden Sinne, ließen sich ohne Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, deren juristischer Ausdruck die Eigentumsverhältnisse sind, erreichen. Der Druck in diese Richtung ist groß. Zielsicher hat die CDU die Eigentumsfrage ins Zentrum ihrer Stellungnahme zu den Sindelfinger Ergebnissen gestellt, nachdem schon der Spiegel darauf wie ein rotes Tuch reagiert hatte. Die richtige Behandlung solcher Einwände wäre, klipp und klar zu sagen, daß es ohne Aufhebung des bürgerlichen Eigentums (auch wenn man an konsequenten Umweltschutz denkt) nicht geht, statt sich auf die Ausrede zu verlegen, das sei eigentlich nur ein Punkt unter vielen.

Wo es Ungereimtheiten gibt, muß weiter nach Antworten gesucht werden. Schon jetzt werden zahlreiche der von manchen Ökologen vorschnell zum Prinzip erhobene Arbeitshypothesen mit Einschränkungen versehen, die sie diskussionsfähig hal-

ten. So wird etwa nur noch die „Abkehr von der Großindustrie, soweit dies möglich und ökologisch sinnvoll ist“, gefordert; ähnlich in Punkten wie Dezentralisierung, internationale Arbeitsteilung usw. Offenbar liegt ein grundlegender Mangel darin, daß die ruinösen Tendenzen des Kapitalismus nicht als Produkt einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Dabei sind doch selbst solch scheinbar einfache Entscheidungen strittig wie der Ausbau der Fernwärme.

Der Kongreß mußte in vielen wichtigen Fragen mit seiner Beschlußfassung einer tatsächlichen Klärung vorgreifen. Dazu ließ der objektive Entscheidungsdruck keine andere Wahl. Es ist jetzt notwendig, den Hinweis, die Diskussion habe mit der Beschlußfassung in Sindelfingen erst richtig begonnen, ernst zu nehmen. fb

gegenstimmen
Solidarität mit der demokratischen und sozialistischen Opposition in Osteuropa

«Die neuen Schergen der neuen Herren gingen aus, jene auszurotten, die die Wahrheit sagten, die Namen jener in Schande auszulöschen, die davon sprachen, aufs neue zu beginnen. Doch so viele sie ihrer auch töteten, sie konnten die Hoffnung nicht vernichten, die als ist wie die Trauer und jung wie die Morgendämmerung.»

Manès Sperber

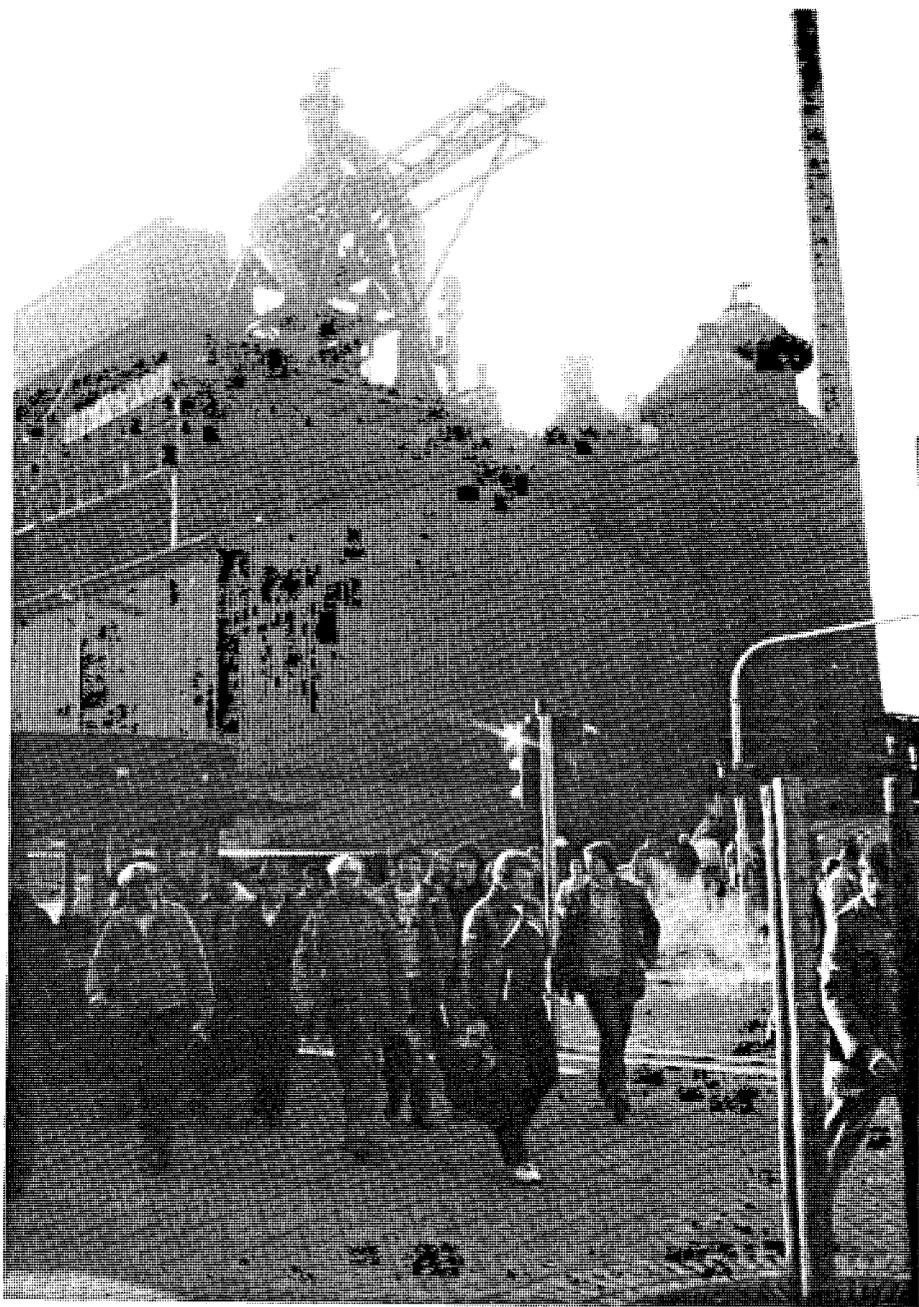
gegenstimmen berichtet vierteljährlich über Opposition, Repression, Alltag, Kultur und Krise in Osteuropa.



Beiträge, Gespräche von und mit:
 Bahro • Biermann • Chojecki • Dálos • Fainberg • Frasyniuk • Haraszi • Hegedüs • Iwanow • Kis • Kowalewski • Kuron • Lubarski • Markovic • Markow • Mlynár • Podrabinek • Suk • Szlajfer • Tolz • Tomin • Uhl • Vajda • Vosnesenskaja •

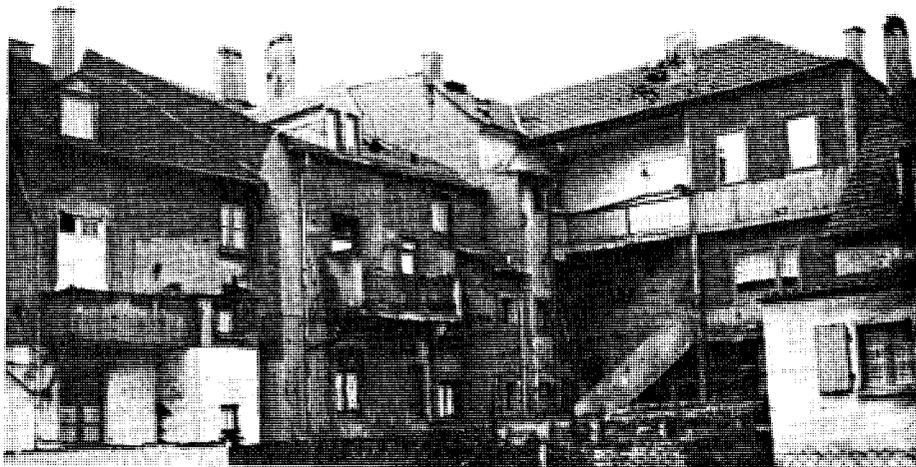
Jahresabo öS 80. Auslandsabo öS 120. Förderabo öS 200. (4 Nummern). Bestellungen und Probeexemplare: gegenstimmen, Postfach 41, A-1033 Wien

Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. **Gestaltung:** M. Ackermann. Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreislise 1/1983. **Satz und Druck:** CARO-Druck GmbH, Frankfurt. **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34. Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60). **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. ISSN 0723-7669



Saarland — eine Region vor dem Ruin

Von Kajo Breuer



Am unteren Ende der Neunkircher Ritzwiesstraße mit ihren braunverwitterten Häuserfronten verheißt die Aufschrift eines grüngestrichenen Eckhauses ein „Schatzkästlein“. Daß die Kneipe im Erdgeschoß damit gemeint sein könnte, kann man sich bei deren Äußerem kaum vorstellen; daß damit die Umgebung angesprochen sein könnte, noch weniger. Hinter der Biegung kauern auf der anderen Straßenseite ein halbes Dutzend windschiefer, erdgeschossiger Häuser im Schatten des Hüttenwerkes, ehemalige Werkswohnungen, baufällig, aber noch bewohnt; dahinter gewährt ein altersschwacher Zaun den Blick auf Ausläufer des Werkes: menschenleer die Anlagen, rostzerfressen das Gewirr der Eisenträger und Rohre, ein verwittertes Schild fordert Vorsicht bei der Benutzung eines Kranes. Nach einigen Schritten gelangt man auf die Hüttenbergstraße, die hinunter ins Zentrum der Stadt führt. Schweigend und eisern steht dort seit Jahrzehnten „König Stumm“ auf seinem Sockel vor den Toren des Neunkircher Eisenwerkes, das einstmals den Stumms gehörte.

„Ma Vadder had schon uff da Hidd geschaffd“

Die Zeit, da das Neunkircher Eisenwerk – von den Neunkirchern nur kurz „die Hidd“ oder „das NE“ genannt – noch das „Schatzkästlein“ Neunkirchens war, ist schon seit längerem und nun wohl auch unwiderruflich vorbei. Am 29. Juli vergangenen Jahres gingen nach fünfeinhalb Jahrhunderten im Eisenwerk die Feuer aus. OBM-Stahlwerk, Hochöfen, Kokerei und Gießerei wurden stillgelegt. Übriggeblieben sind zwei Walzstraßen, die noch etwa 2000 Arbeitern und Angestellten Beschäftigung geben werden. Mitte der 60er Jahre, zu einem Zeitpunkt, als durch die Kohlenkrise im Raum Neunkirchen 14000 Arbeitsplätze verloren gingen, arbeiteten 9153 Menschen auf der Hütte, vor Beginn der Restrukturierung der saarländischen Stahlindustrie im Jahre 1978 waren es noch 5600.

Über 100 Jahre galt die Gleichung Saarland = Kohle und Stahl. Noch heute arbeiten 35 Prozent der Industriebeschäftigten, mehr als 50000 Menschen, in der Montanindustrie. Kaum eine Familienchronik im Saarland, die nicht mit Bergbau und Stahlindustrie mehr oder weniger eng verknüpft ist. „Ma Großvadder und ma Vadder hann doch schon uff da Hidd geschaffd“, erzählt ein Arbeiter, Mitte 40, der dem sprichwörtlichen Rat seines Vaters gefolgt war: „Ge uff die Hidd, Bub, dort bischde sisch!“ Doch an eine Sicherheit glaubt inzwischen keiner mehr, Ratlosigkeit herrscht unter den Hüttenarbeitern, die Angst geht um. Trotz zugesagter öffentlicher Hilfen in Höhe von 500 Millionen DM für ein Sanierungsprogramm, das 15000 Arbeitsplätze retten soll, setzen nur wenige Arbeiter Vertrauen in die Zukunft des Unternehmens. „Daß das da funktioniert, das glaub' ich nicht“, gibt sich ein Arbeiter skeptisch, der

wie Hunderte anderer Kollegen darauf wartet, in das 30 km entfernte Völklingen versetzt zu werden, und bis dahin Bauarbeiten durchführt. „Die nächste Krise kommt bestimmt“, prophezeit sein Kollege, der sich fest davon überzeugt zeigt, „daß der Laden noch im Laufe des Jahres dichtgemacht wird.“ Wo er dann bleibe? „Ja, was soll ich machen, dann muß ich wohl ‚beim Stingl‘ gehn!“

„Beim Stingl“ waren Ende des Jahres genau 44641 Saarländer gemeldet, die Arbeitslosenquote an der Saar liegt bei 11,4 Prozent. Auf eine offene Stelle kommen 73 Arbeitslose, 35 mehr als im Bundesdurchschnitt. „Frostiges Klima am Arbeitsmarkt trotz des ausgebliebenen Witterungseinbruchs“, kommentiert lakonisch das Landesarbeitsamt die Lage. Am schlimmsten betroffen sind die „Stahl-Städte“ Neunkirchen, Völklingen und Saarbrücken, dort kletterte die Arbeitslosenquote auf 14 Prozent.

„Lassen Sie uns aber mit Hoffnung und Zuversicht ins neue Jahr gehen“, verströmte Ministerpräsident Zeyer CDU in seiner Weihnachtsansprache Optimismus. Dieser mag bei Walter Schild, 53 Jahre alt und seit acht Jahren arbeitslos, nicht so recht angekommen. „Ich möchte ja eigentlich gerne arbeiten, aber ich habe keine Hoffnung mehr, daß ich eine Stelle kriege.“ Zuerst hat er als Bäcker gearbeitet, dann als Gipser auf dem Bau. Allein schon wegen des Alters kommt er bei keinem Kapitalisten an. Alle drei Monate meldet er sich beim Arbeitsamt, eine reine Pflichtübung ohne Aussicht auf Erfolg. So sucht er sich im Haushalt nützlich zu machen. Das älteste seiner fünf Kinder teilt sein Schicksal. Die 17jährige hat keine Lehrstelle gefunden und besucht nun, um eine regelmäßige Beschäftigung zu haben, einen Nähkurs.

Saarland – Lohntarif – Zonenrandgebiet?

Ratlosigkeit findet sich auch bei den verantwortlichen Parteien und Politikern. Der saarländische Wirtschaftsminister Edwin Hügel (FDP) wartete zu Jahresbeginn mit dem ebenso grotesken wie dreisten Vorschlag auf, das Saarland in ein „Sonderwirtschaftsgebiet“ umzuwandeln, in dem etwa fünf Prozent weniger Lohn gezahlt würde als im Schnitt des übrigen Bundesgebietes. Bei Bildung eines solchen „Sonder Lohn-Preis-Landes“, eines „Quasi-Zonenrandgebietes“, „könnten wir uns vor lauter Ansiedlungen nicht mehr schützen“, fabulierte Hügel, der im letzten Jahr als erster einen möglichen Verzicht der Stahlarbeiter auf ihr Weihnachtsgeld in die Debatte gebracht hatte. Der nach dem Gerangel um den 13. Monatslohn vorgenommene Schritt in „tarifpolitisches Niemandsland“ reicht

dem Wirtschaftsminister offensichtlich nicht, sondern hat ihn auf den Geschmack gebracht, auszuprobieren, was die saarländischen Gewerkschaften als momentan schwaches Glied in der Kette der Arbeiterbewegung bereit sind, noch alles hinzunehmen. Das Saarland müsse den Kapitalisten „etwas Besonderes bieten“, so der Herr Hügel, der zusammen mit seinen Kabinettskollegen nach Bonner Vorbild auf fünf Prozent seiner Bezüge verzichtet und damit beispielhafte Opferbereitschaft demonstriert hat. Um sein kärgliches Leben zu fristen, muß Hügel außer auf sein verbleibendes Ministergehalt von 11400 DM auch auf den Profit zurückgreifen, den er als Kapitalist aus den 38 Beschäftigten seiner Druckerei herausholt.

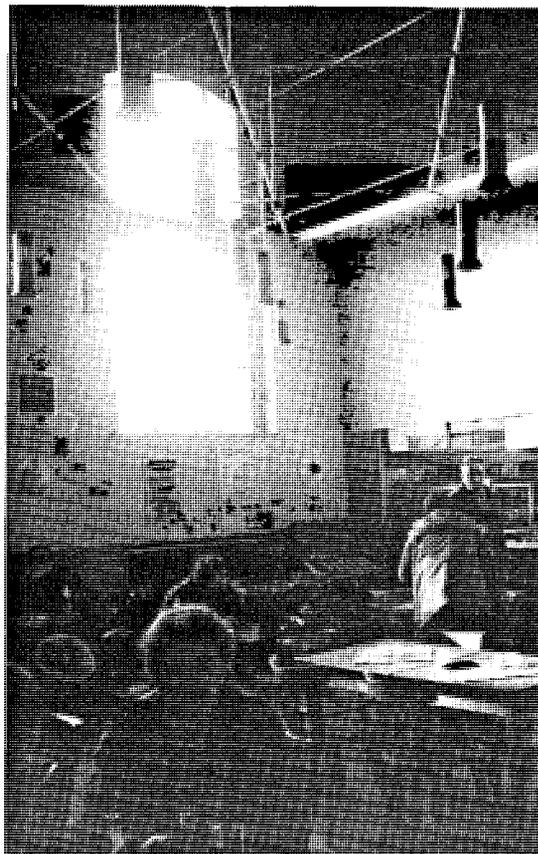
Für seine Vorstellungen von einem „Sonderwirtschaftsgebiet Saar“ hat Hügel bisher nur wenig Unterstützung gefunden. Sein Vorgänger im Amt, Werner Klumpp, ein Knappe Genschers und Chef der FDP Saar, findet die Idee zwar sympathisch, hält aber eine Verwirklichung nicht für möglich. Eine solche Lohnzone ließe die Verflechtung des Marktes und insbesondere des Arbeitsmarktes auf die Dauer nicht zu. Es ist jedoch auch die Frage, ob Hügel seinen Vorschlag selber so ernst genommen hat. Denn wenn das Lohnniveau für Ansiedlungen eine solche Bedeutung hätte, wie Hügel unterstellt, dann müßten sich in seinem Ministerium die Kapitalisten die Klinke in die Hand geben und das Saarland hätte schon lange unter den Bundesländern zu einem „Musterländle“ avancieren müssen. In den 60er Jahren nämlich lag das Lohnniveau im Saarland um etwa zehn Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, 1975 betrug der Lohnrückstand in der saarländischen Industrie sechs Prozent, gegenwärtig liegt er bei 3,5 Prozent.

Landes- und Gemeindefinanzen desolat

Wie schwer sich die CDU/FDP-Landesregierung bei der Suche nach einem Ausweg tut, mag man auch daran ersehen, daß sie den wichtigsten Teil ihres Landesentwicklungsprogramms, der die Perspektiven bis zum Jahre 1990 zum Thema „Wirtschaft“ enthalten soll, zwar schon vor Jahren angekündigt, aber immer noch nicht vorgelegt hat. Die weltweite Überproduktionskrise in der Stahlindustrie hat nicht nur die ARBED Saarstahl mit rund 20000 Beschäftigten, sondern auch das eine Million Einwohner zählende Bundesland an den Rand des Ruins gebracht. Da aufgrund einer vertraglichen Abmachung die Bürgschaften und die Zuschüsse an die notleidende saarländische Stahlindustrie je zur Hälfte von Bund und Land getragen werden, mußte das Saarland bisher über eine Milliarde Mark

allein für den Stahlsektor aufbringen oder als Bürge absichern. „Wir werden uns bis zum Ausbluten für die Stahlindustrie engagieren“ hatte Finanzminister Zeitel Mitte vergangenen Jahres geäußert. Das Jahr 1982 brachte einen gewaltigen Aderlaß: 320,5 Millionen Mark wurden in die Stahlindustrie hineingepumpt. In den Beratungen des Landeshaushalts 1983 beklagten alle Landtagsfraktionen die „bedrohliche Entwicklung“ der Landesfinanzen und insbesondere den Schuldendienst, „der uns zu erdrücken droht“ Im laufenden Jahr muß jede vierte Mark, die ausgegeben wird, über Kredite finanziert werden.

Auf der Suche nach einem Ausweg richtet sich der Blick nach Bonn. Neben den 218 Millionen Mark für 1983 und 1984, die dem Saarland aus einer Besserstellung innerhalb des bundesstaatlichen Finanzausgleiches zufließen, hoffen die Landtagsparteien auf besondere Strukturhilfen; die SPD verlangt gar eine „Generalsanierung“ der Landesfinanzen in Höhe von 2,5 Milliarden Mark durch den Bund und die „rei-



chen“ Länder sowie eine Neuaufteilung der öffentlichen Hilfen für die Stahlindustrie, die nach Auffassung der SPD zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel vom Land getragen werden sollten. „Nur durch drastische und strukturelle Ausgabeneinschränkungen vor allen Dingen im konsumtiven Bereich“ könnten die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden, verkündet

die CDU/FDP-Landesregierung auch mit Blick auf die saarländischen Gemeinden, deren Finanzlage ebenfalls düster aussieht. 31 der insgesamt 52 Saargemeinden haben in ihren Haushaltsplänen 1982 ein Defizit ausgewiesen. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist auf über 2000 DM angestiegen und liegt deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

Streichkonzert bei den Sozialleistungen

„Ich wäre schon froh, wenn wir in den kommenden fünf Jahren unsere städtischen Leistungen in den Bereichen Jugend, Kultur und Soziales erhalten könnten“, meint Dieter Schwan, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Saarbrücken, gegenüber Forderungen, die einkommensschwächeren Bevölkerungsteile stärker zu unterstützen. Häufig genug reagieren die Kommunalpolitiker auf die sinkenden Einnahmen mit Streichungen gerade in diesen Bereichen. Da muß die dreijährige Stephanie

ganz sparsam mit dem Klebstoff umgehen und darf nur einige wenige Walnußschalen auf das Papier kleben, bevor sie die Tube vorsichtig weitergibt, denn es handelt sich um die einzige und letzte Tube, die die Kinder im städtischen Kindergarten Jägersfreude, einem „Problem-Stadtteil“ Saarbrückens, für ihre Weihnachtsbasteleien haben. Den Kindergärtnerinnen ist das Geld ausgegangen, die Stadt hat die Mittel für die Anschaffung von Spielmaterial drastisch gekürzt. Dafür dürfen die Eltern, die ihre Kinder in städtischen Kindertageseinrichtungen schicken, tiefer in die Tasche greifen: 55 statt bisher 50 DM müssen im neuen Jahr für einen Platz bezahlt werden. Als wenige Tage später der Kindergarten nach einer Brandstiftung ein Raub der Flammen wurde, ließen die Behörden kurz entschlossen Räume einer zwei Kilometer entfernten Schule für die Kinder freimachen. Da der Kindergarten sowieso im Laufe des Jahres in einem neuen Gebäude untergebracht und mit neuen Möbeln ausge-

stattet werden sollte und die alten Einrichtungsgegenstände ohnehin versichert waren, hätte man in früheren Zeiten ohne großes Federlesen neue Sachen angeschafft. Diese Zeiten sind vorbei, der Stadt fehlt es an Geld, und so werden nun mühselig aus den übrigen städtischen Kindergärten reparaturbedürftige Stühle und Tische zusammengetragen und wieder in Ordnung gebracht.

Anfang Mai hatte der Oberbürgermeister im Sachkostenhaushalt für eine große Zahl freiwilliger Leistungen eine zwanzigprozentige Mittelsperre verfügt. Angesichts dieser Parforcetour ihres sozialdemokratischen Intimfeindes Lafontaine verschlug es sogar der CDU-Opposition vorübergehend die Sprache, während der SPD-Linke von einigen hundert im Sozialbereich Beschäftigten in einem offenen Brief linke Kritik zu hören bekam: „Okay, Oskar Lafontaine sagt was gegen den Rüstungswahnsinn, aber im Sozialbereich seiner Stadt soll es wohl an das Eingemachte gehen. Oder?“ Betroffen von

„Es muß eine andere Form gesellschaftlicher Kontrolle geschaffen werden“

Interview mit Günter Preßer, Mitglied des Betriebsrates und des IG Metall-Vertrauensleutekörpers des Neunkircher Eisenwerkes (NE), wo er seit 1969 beschäftigt ist und an der Feinstahlstraße arbeitet. G. Preßer ist außerdem Mitglied des Vorstandes der SPD, Stadtverband Neunkirchen, und des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Unterbezirk Neunkirchen.

Frage: Worin siehst Du die Gründe dafür, daß die Belegschaften der Stahlindustrie als eigenständige Kraft in der ARBED-Krise so gut wie nicht in Erscheinung getreten sind?

Preßer: Das ist schwer zu sagen. Vielleicht muß man die Gründe in der Montanmitbestimmung sehen. Wenn was geregelt werden mußte, bist du zum Betriebsrat gegangen, dann ist die Sache gelaufen. Betriebsrat und Gewerkschaften haben immer alles gemacht und die Leute niemals aufgefordert, selber irgendetwas zu machen. Die Kollegen sind nie mit in die Verantwortung gezogen worden. Du findest natürlich auch die Angst: was nützt denn das, denken die Kollegen, wenn wir demonstrieren, den Betrieb besetzen, und morgen bist du dann der erste, den sie auf die Straße setzen. Die Gewerkschaft trägt aber eine Menge Schuld an der Passivität. Ganz bewußt hat sie im-

mer versucht, die Leute ruhig zu halten. Die Gewerkschaft ist zu einer Art Versicherung geworden, in die ich mein Geld reinzahle und die dann etwas für mich tut. Die ist ja keine Kampfgemeinschaft, wo man dann sagt: ich bin ein Gewerkschafter. Und so sind denn auch die Leute gehalten worden: ohne Entscheidungsrecht, ohne Mitspracherecht. Sie sind niemals gefordert worden und das ist, glaube ich, das Ausschlaggebende, warum die Kollegen so ruhig sind.

Frage: Was könnte denn jetzt von gewerkschaftlicher Seite aus getan werden?

Preßer: Wir haben zum Beispiel im Betriebsrat angeregt, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich Gedanken darüber macht, was man mit den Anlagen anfangen kann. Also ähnlich, wie es das in der Rüstungsindustrie schon gibt. Da stehen riesige Hallen, da ist Strom, Wasser die ganze Infrastruktur für einen Betrieb, die man braucht, die ist ja da. Wir haben doch das neue Stahlwerk, da stehen Millionen an Elektronik drin, da tropft es rein, alles wird naß, das kannst du dann wegschmeißen. Es verrottet einfach alles. Das müßte man doch irgendwie nutzen können. Solch eine Arbeitsgruppe könnte vielleicht untersuchen, ob man die Anlagen nicht zur Wie-

dergewinnung von ja ich weiß nicht was gebrauchen könnte. Die Ingenieure könnten sich ja eigentlich auch etwas überlegen. Die Arbeitsgruppe müßte bestehen aus Arbeitern, Ingenieuren, Kaufleuten usw., die sich den Kopf darüber zerbrechen, was man an neuer Produktion, z.B. für den Umweltschutz, hierhin bringen könnte, und zwar Produktion nicht nur für ein paar Leute, sondern mit hoher Arbeitsintensität.

Frage: Welche Möglichkeiten siehst Du denn, so etwas politisch zu steuern?

Preßer: Zum Beispiel so, daß man bei der Vergabe von Zuschüssen an einen Betrieb genaue Auflagen festlegt, die sich an den Arbeitsplätzen festmachen und an qualifiziertem Wachstum.

Frage: Wie kann man das kontrollieren?

Preßer: Über Sozialräte, in denen die Arbeiter, die Gewerkschaften, Parteien usw. vertreten sind, die Einblick in die Bücher haben usw. Die Sozialräte müßten auch überbetrieblich bestehen, so daß bestimmt werden kann: Wenn ihr in den Ballungsgebieten Frankfurt, Stuttgart usw. investiert, bekommt ihr keine müde Mark und wenn ihr nach Ostfriesland geht, bekommt ihr eine Investitionszulage, wobei kontrolliert werden muß, daß damit tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen und richtige Sachen produziert werden. Privatunternehmer wird es zwar noch geben, aber Kontrolle muß sein. Das geht dann schon in Richtung sozialistischer Staat. Die Staatsbetriebe, die wir haben, die bringen es nicht, da ist ja keiner mehr verantwortlich, es muß da eine andere Form gesellschaftlicher Kontrolle geschaffen werden. □



den Kürzungen waren neben den Kindergärten Jugendzentren, Schülerhilfen, Abenteuerspielplätze, Gemeinwesenprojekte, Pro Familia und ähnliche Einrichtungen. Wie man da noch „den Auswirkungen von finanzieller Not und Arbeitslosigkeit wie z.B. Alkoholismus, Kriminalität, Verwahrlosung, Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen“ wirksam begegnen könne, fragten sich die betroffenen Beschäftigten und protestierten mit drastischen Worten in einem „Saarländischen Aufschrei“ gegen Streichungen im sozialen Bereich.

„Abwärts in die Zukunft für die Jugend?“

2100 Ausbildungsplätze zu wenig gab es 1981 im Saarland. Gertrud K., 19 Jahre, wollte ursprünglich Tierpflegerin werden, fand keine Ausbildungsstelle und ging, weil sie noch der Schulpflicht unterlag, „auf das BGJ für Hauswirtschaft, weil ich sonst nichts gefunden habe“. Danach hat sie sich in verschiedenen Berufsgruppen beworben und schließlich einen Ausbildungsplatz als Gärtnerin bei der Stadt Völklingen bekommen. „Dort mußte ich gleich eine Unterschrift leisten, daß ich nach der Prüfung nicht übernommen werde.“ Sie bestand die Prüfung und wurde, wie angekündigt, nicht angestellt. Seither ist sie, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, arbeitslos wie 4780 andere Jugendliche im Saarland auch.

„Ich habs zu Hause einfach nicht mehr ausgehalten“ meinte der 18jährige, „zuletzt gabs jeden Tag Krach.“ Nach einem Streit mit seiner Freundin macht er sich davon. Ohne Ausbildung und Arbeitsstelle hängt er herum und versucht, nachts bei Bekannten unterzukommen, und nächtigt auch schon mal in der Nichtseßhaften-Stelle der Caritas neben „etablierten“ Pennern, aber auch dem ehemaligen Hüttenarbeiter aus Burbach, Vater von fünf Kindern, der „es nicht mehr gepackt hat“. Neben den alten Gesichtern immer häufiger auch junge unter denen, die in der Saarbrücker Bahnhofstraße kauern, eine Dose vor sich und ein kleines Schild haltend, auf dem sie – manchmal wochenlang – kundtun, sie seien auf der Durchreise ohne Geld oder schlicht: „Ich habe Hunger“

Diese Bilder sind noch Ausnahmen, sie prägen noch nicht das Stadtbild. Hinter der Fassade des weitgehend intakt scheinenden städtischen Lebens lösen sich nach und nach alte soziale Strukturen auf. Auf dem Lande, wo etwa die Hälfte der Saarländer wohnen, ist dies kaum minder der Fall. Die

Saarländer sind bodenständig. Der Anteil derer, die ein eigenes Häuschen besitzen, liegt im Saarland höher als in jedem anderen Bundesland, selbst höher als bei den Schwaben. Sie haben gebaut am Rande der Stadt oder draußen im Dorf, aus dem sie stammen und wo das Bauland billig ist. Für die Freude am eigenen Haus nehmen sie auch stundenlange Fahrten zur Arbeitsstelle in Kauf. Ein großer Teil der Hüttenarbeiter kommt vom Land. Einer von ihnen ist Hans Klauk, 47 Jahre, der am Torhaus 1 des Völklinger Werkes auf die Abfahrt seines Busses wartend nach einem langen Schluck aus der Bierflasche erzählt, daß er aus einem Dorf namens Steinberg kommt, ganz im Norden des Saarlandes gelegen, und seit 24 Jahren fast Tag für Tag die Fahrt „zum Röchling“ antritt. Für die Frühschicht muß er morgens um viertel vor Vier aufstehen, einen Kilometer bis zur Haltestelle gehen, wo ihn der Bus um halb fünf Uhr auflieft, um ihn nach einer Stunde Fahrt vor dem Werkstor an der Völklinger Schlachthofstraße abzusetzen. Nachmittags gegen halb vier Uhr ist er wieder zu Hause. 108 DM blättert er monatlich zusätzlich zu den 72 DM des Unternehmens hin für die tägliche „sight-seeing tour“ quer durch das Saarland, von der er nichts hat, weil er entweder noch nicht oder nicht mehr

wach ist. Ist er wieder halbwegs fit, hat er noch am „Heisje ze knudelle“ Sie „missa imma ebbes ze knudelle hann“, die Saarländer, sonst fühlen sie sich nicht wohl.

Verödung der Region

Hans Klauk, der der Meinung ist, daß die Geschäftsführung von ARBED Saarstahl „noch gern die Jahrgänge 28, 29 und 30 in Pension schicken möchte, in diesem Jahr noch“ wird als Jahrgang '35 wahrscheinlich nicht ernsthaft erwägen, sein Haus zugeben und das Saarland zu verlassen. Einer ganzen Reihe seiner jüngeren Kollegen aber stellt sich dieses Problem. Trotz aller Bodenständigkeit haben seit der Kohlenkrise in den 60er Jahren Zehntausende das Saarland verlassen. Nach Prognosen der Landesregierung werden bis zum Jahre 2000 rund 87000 Saarländer dem Land den Rücken kehren, im Jahr 2050 wird sich die Einwohnerzahl des Saarlandes halbiert haben.

Daß „die Ausländer“ den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, die Arbeitslosigkeit herbeiführt haben oder in einer ähnlichen Weise für die wirtschaftliche Misere im Saarland verantwortlich seien, glauben nur relativ wenige Saarländer, folgt man den Umfrageergebnissen eines sozialwissenschaftlichen Instituts. Das mag auch damit zusammenhängen, daß Türken und Asylanter, Bevölkerungsgruppen also, an denen sich Ablehnung am häufigsten manifestiert, unter den Ausländern mit saarländischem Wohnsitz nur schwach vertreten sind. Zu bestimmen, wer oder was die ökonomische und gesellschaftliche Krise im Saarland verursacht hat, sind sich die meisten Saarländer unschlüssig; die Landesregierung, die Bundesregierung, die luxemburgische ARBED, die EG-Kommission, Kapitalisten und Politiker an Rhein und Ruhr die „die Saar über die Wupper gehen“ lassen wollen? Weithin sind Ratlosigkeit und oft genug auch Resignation zu beobachten. Für diesen Zustand tragen die Gewerkschaften ein Gutteil Verantwortung, die unter Ausklammerung der Mitglieder grundlegende Fragen des Landes immer nur auf höchster Ebene mit Kapitalisten und Politikern verhandelt haben. Die Belegschaft der Drahtseilzieherei Georg Heckel hält schon fast drei Monate das Werk in Saarbrücken-Burbach besetzt, um eine Schließung des Betriebes zu verhindern. Vielleicht sind die Saarländer doch nicht „das ruhige und friedliche Völkchen“ als das sie von den Regierenden so gerne angesehen werden? □



Abgetaucht oder abgedrosselt?

Von Friedemann Bleicher

Alle sind sie sich einig, landauf, landab: Die Arbeitslosigkeit ist das größte Problem. Keine Partei, die nicht dem „Beschäftigungsziel“ Vorrang einräumt (früher war von Vollbeschäftigung die Rede), kein Verband und keine Persönlichkeit, die nicht ihrer tiefen Sorge Ausdruck gegeben hätte. Auch wenn die Bekenntnisse von unterschiedlicher Ernsthaftigkeit sind, soviel Einigkeit macht stutzig.

„Die jährliche Arbeit jeder Nation bildet den Fonds, welcher sie ursprünglich versteht mit all den notwendigen und angenehmen Dingen des Lebens, die sie jährlich verzehrt“ – so heißt es in der Einleitung zu einem Buch, das über 200 Jahre alt ist. Adam Smith, der bedeutendste Ökonom, den die bürgerliche Klasse hervorgebracht hat, untersucht darin die „Ursachen der Steigerung der produktiven Kräfte der Arbeit“ Das Werk ist eine Streitschrift des tätigen Bourgeois, der die Arbeit in Bewegung setzt und ihre Wirksamkeit entwickelt, gegen den rentenziehenden Grundbesitzer, der sich dem Produktionsprozeß gegenüber untätig und bloß schmarotzend verhält.

Smiths schlichter Hinweis auf die Bedeutung der Arbeit und der Bedingungen ihrer Verwirklichung, den er den Feudalherren entgegenschleudert, ist höchst wissenschaftlich und fortschrittlich gegenüber den Spruchweisheiten unserer offiziellen Ökonomen heutzutage, gerade auch jener, deren ganze wissenschaftliche Tätigkeit sich auf die ständig wiederholte Verballhornung der Smithschen Entdeckung vom „Spiel der freien Kräfte“ beschränkt.

„Jenseits der Krise gibt es genug Arbeit für alle auf der Welt“, verkündet etwa der Sachverständigenrat, wo er grundsätzlich wird. Vom ureigenen Zweck der produktiven Arbeit und der Entfaltung ihrer Potenzen ist keine Rede mehr – allenfalls davon, daß „eigentlich“ alle Leute beschäftigt werden können sollten, und wer es nicht ist, ist selbst schuld.

Der wissenschaftliche Niedergang seit dem Beginn der bürgerlichen Epoche ist kein geistesgeschichtliches Ereignis. Er hat seine Ursache in der Entwicklung der wirklichen Verhältnisse. Hat die kapitalistische

Produktionsweise damals die Arbeit aus ihrer feudalen Verkrustung befreit, so ist sie heute zur Fessel geworden.

Mit dem Hinweis auf die enorme Arbeitslosigkeit ist die heutige Krise nur unzureichend charakterisiert, und es ist nichts geklärt, wenn sie als „Beschäftigungs Krise“ bezeichnet wird. In Wahrheit geht die Krise viel tiefer weil die Entwicklung der „produktiven Kräfte der Arbeit“ überhaupt in eine Krise geraten ist; daraus ist auch deren Hartnäckigkeit zu erklären.

Krise überall

Zu Beginn der jetzigen Krise, 1980, lautete die offizielle Diagnose „Wachstumspause“ Als die Pause Ende 1981 noch nicht beendet war festigte sich beim Sachverständigenrat immer noch die Einschätzung, „daß die nun anderthalb Jahre währende Stagnation in ihrem Kern nicht ein zyklischer Abschwung nach herkömmlichem Konjunkturmuster sondern eine hartnäckige Stockungsphase ist, die vornehmlich durch Störungen von außen verursacht und deren Bewältigung durch hausgemachte Probleme erschwert worden ist“ Doch damit hatten die Gutachter „im Kern“ unrecht; statt des erhofften Aufschwungs in der zweiten Hälfte von 1982 erfolgte ein erneuter Einbruch. Im neuen Gutachten, das im November erschienen ist, heißt es, die Stagnation habe sich „zu einer Rezession ausgeweitet“

Der westdeutschen Entwicklung entspricht die Verschlechterung der Lage in der Weltwirtschaft. Ein erneuter Absturz der weltweiten Industrieproduktion in der ersten Hälfte des vorigen Jahres hat neue Widersprüche aufgerissen. In den USA ist der starke Produktionseinbruch von Herbst 1981 bis Mitte 1982 zwar vorerst in eine nur noch schwache Abwärtsbewegung übergegangen. Indes war auch im November noch keine Umkehr des Trends erkennbar Ähnliches gilt für Großbritannien. Das einstmal führende Industrieland wird demnächst das zehnjährige Jubiläum des Stillstands der industriellen Entwicklung feiern. Auch in Japan herrscht seit Anfang 1982 praktisch Stagnation, und in Kontinental-

Die „Wachstumspause“ hat sich zur rasanten Abwärtsbewegung fortentwickelt. Nur „jenseits der Krise“ ist die Welt noch in Ordnung

europa kam der Abschwung für die meisten Auguren besonders überraschend.

Es gibt derzeit kein Industrieland mit merklich ansteigender Industrieproduktion, der Weltmarkt kontrahiert. Die Ausfuhren der Industrieländer lagen in den ersten drei Quartalen deutlich unter dem Niveau von 1981, im dritten Vierteljahr von Juli bis September wurde das Vorjahresniveau, in US-Dollar gerechnet, um 6% unterschritten. Über 30 Millionen Menschen waren als Erwerbslose registriert, 8 Millionen mehr als vor einem Jahr – überall wurden die Reallöhne beschnitten und Sozialleistungen gekürzt.

Bis über die Jahresmitte 1982 waren die Zinsen außerordentlich hoch, verglichen mit der Profitrate dürften sie sogar noch höher als 1981 gewesen sein. Die westdeutschen Unternehmen hatten die Hälfte ihres Bruttoprofits für Zinsen wegzuzahlen. Ausgangspunkt hierfür war die restriktive Politik der amerikanischen Notenbank, die ihre Banken an der kurzen Leine hielt und Geldkapitalisten damit eine hohe Verzinsung am Kapitalmarkt in den USA bot. Vorsichtige Kritik äußert sogar der Sachverständigenrat, wenn er vermerkt, daß dies „nur zu einem Teil unvermeidliche Folge der Abkehr vom früheren inflatorischen Kurs der amerikanischen Wirtschaftspolitik war“ Durch das Zusammenspiel von Notenbankpolitik und Haushaltsdefizit in den USA seien „die Kosten der Stabilisierung nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für die Weltwirtschaft im ganzen äußerst hoch“ gewesen. Die meisten Länder konnten sich dem von den USA diktierten Kurs nicht entziehen. Um den Kapitalfluß Richtung USA aufzuhalten, hielten die Notenbanken ihrerseits den Zinssatz höher als es den inneren Erfordernissen entsprechen hätte. Grundlage hierfür aber war die krisenhafte Situation in diesen Ländern selbst.

Seit Jahresmitte sind nun die Zinsen, ausgehend von den USA, um etwa vier Prozentpunkte gefallen. Davon allein dürfte aber kaum ein Anstoß ausgehen, zumal die Zinsrate immer noch gut drei Prozentpunkte über der Inflationsrate liegt, während die Zinsen im Aufschwung nach dem Krisen-

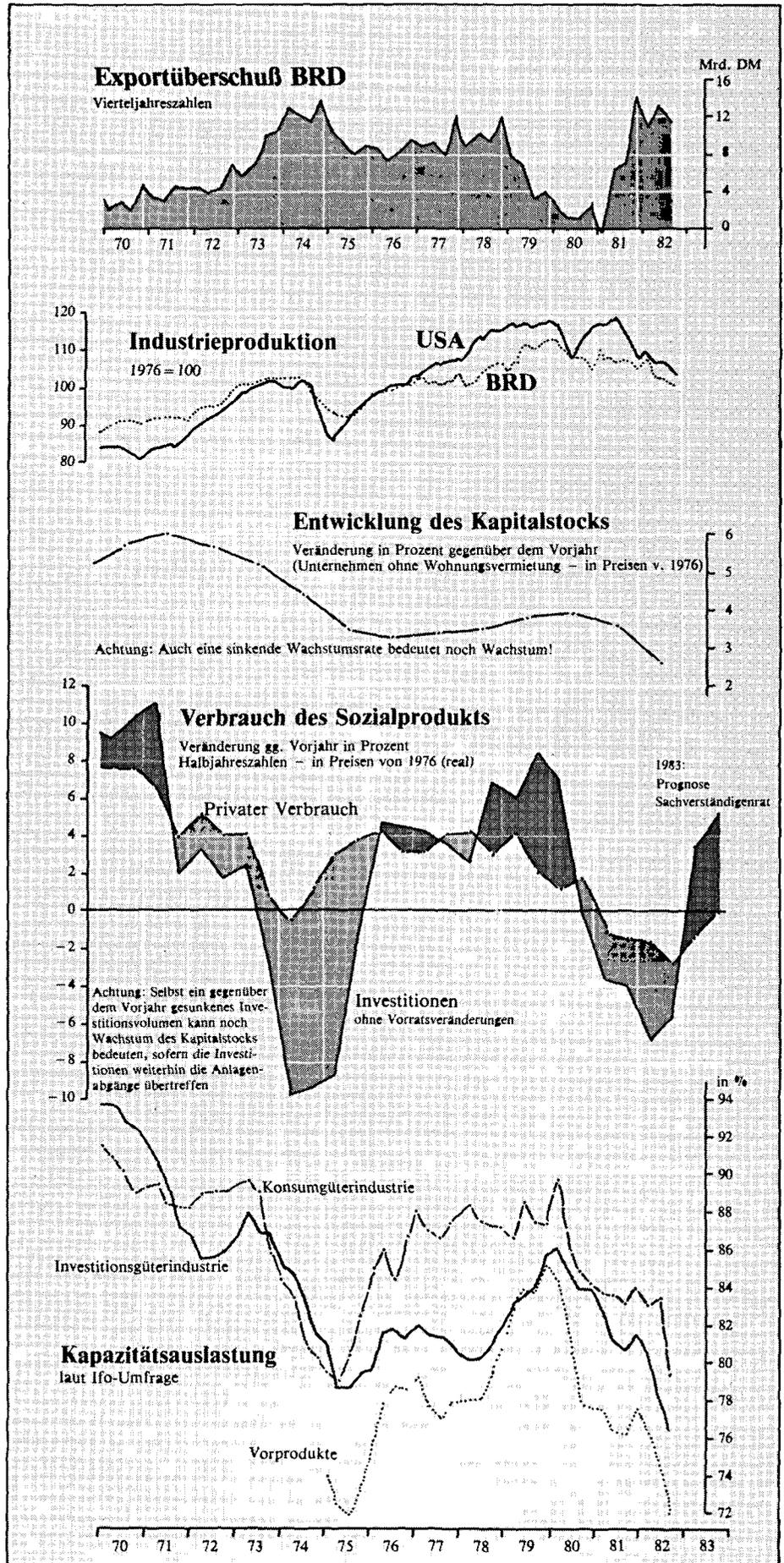
jahr 1975 deutlich unter der Inflation gelegen haben. Ähnlich verhält es sich in den anderen Industrieländern. In der BRD stand der „preisbereinigte Kapitalzins“ zuletzt bei 3,2% nach 4,4% im Jahr 1981. Der Drang des Geldes, auf dem Kapitalmarkt umherzuschwimmen, statt sich wieder in produktives Kapital zu verwandeln, bleibt daher groß. Der Kredit- und Kapitalmarkt bleibt aufgebläht, die toten Kosten, die seine Verwaltung verursacht, steigen weiter. In den USA hatten die Zinszahlungen 1950 einen Anteil von 1,8% am Nationaleinkommen, 1982 rund 11%.

Neben der Zinsrate hat sich die Inflationsrate scheinbar positiv entwickelt. Im Durchschnitt der Industrieländer ist sie von 10% im Jahr 1981 auf unter 7% im September gesunken. Angesichts schrumpfender Produktion unausgenutzter Produktionsmittel und eines überfüllten Marktes allerdings bleibt dieser Erfolg bescheiden.

Einen wirklichen Preisrückgang hat es 1982 nur auf den Rohstoffmärkten gegeben. Der IWF-Index lag im dritten Vierteljahr bei landwirtschaftlichen Rohstoffen und bei Metallen um 12 bzw. 11% unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwicklungsländer hat sich dies verheerend ausgewirkt, da ja gleichzeitig die verkauften Mengen geschrumpft sind.

Hier zeigt sich der Antipode des Niedergangs der alten britischen Kolonialmacht. Hat Großbritannien die geschwundenen Kolonialprofite nicht bewältigt, so tut sich für die Entwicklungsländer jetzt ihre ganze Abhängigkeit von den Industrieländern auf. Hatten sie ab 1973 grob gerechnet etwa doppelt so hohe Wachstumsraten wie die Industrieländer verbucht und damit auch jenen neue Absatzmärkte eröffnet, so sind sie jetzt selbst zum Krisenfaktor für die Weltwirtschaft geworden. Außer den Erlösen aus dem Rohstoffexport haben sich auch die Möglichkeiten ihrer bescheidenen Fertigwarenausfuhr verschlechtert: Handelsbarrieren vervollständigen das Recht des Stärkeren auf dem freien Weltmarkt. Die infolge steigender Zinssätze erhöhten Zinszahlungen verschlingen mittlerweile fast die ganze Neuverschuldung der Entwicklungsländer. Auch 1982 haben sich die Zinsen, die die Entwicklungsländer zu zahlen haben, noch erhöht, während die Zinsen in den Industrieländern bereits gesunken sind. Auf dem westdeutschen Kapitalmarkt hatten Entwicklungsländer im November einen Zins von 14,5% zu zahlen, Industrieländer dagegen 8,5%. 1981 lagen die Sätze bei 12,4% und 10,4%, mithin hat sich der Zinszuschlag für Entwicklungsländer von zwei auf sechs Prozentpunkte erhöht. Gleichzeitig sind die Entwicklungshilfeforderungen durchweg vermindert worden.

Infolge der verminderten Erlöse und ver



schlechterten Kreditbedingungen waren die Entwicklungsländer gezwungen, ihren Warenimport erheblich zu reduzieren. Entwicklungsprojekte mußten gekürzt werden, und auch auf die Politik der Importsubstitution, soweit sie verfolgt wird, hat dies keineswegs positiv gewirkt. Vielfach mußten die Währungen abgewertet werden, was die Importe verteuert, und die Krise der Staatsfinanzen erzwang die Streichung von Subventionen für Nahrungsmittel und den Grundbedarf der Bevölkerung. Erst dieser Tage hat die rechte Regierung des OPEC Landes Indonesien derartige Mittel um 40% vermindert. Es gehört wenig Phantasie dazu, um eine Verschärfung der sozialen Gegensätze in den nächsten Jahren vorherzusagen.

Auf den Weltmarkt und auf die Industrieländer wirken die verminderten Importe der Entwicklungsländer stärker als 1974 zurück. Viel gefährlicher ist aber das Schuldenproblem. 1981 noch hatten die Banken in Spekulation auf eine rasche Überwindung der weltweiten Stagnation vornehmlich die „Schwellenländer“ reichlich mit Kredit versorgt. Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage steht diese Sorte Entwicklungsmodell vor dem Zusammenbruch, und es fehlen die Mittel zur Zahlung von Zins und Tilgung. Allein Mexiko, Argentinien und Brasilien dürften Schulden von 200 Mrd. Dollar haben, worauf jährlich 30 Mrd. Dollar Zinsen fällig sind. Diese Verschuldungspolitik war seitens der Kreditgeber als Strategie des Melkens gedacht. Dennoch würde ein Ausfall jener Großschuldner manche Großbank an den Rand des Zusammenbruchs bringen, namentlich in den USA. Das Netz der Kreditbeziehungen würde daraus unweigerlich ein Beben machen.

Stabilitätsinsel ade

So oberflächlich die Sozialproduktberechnung ist, so zeigen die Halbjahreszahlen doch, daß sich die westdeutsche Wirtschaft am Ende des Jahres 1982 in einer schlechteren Lage befand als am Anfang des Jahres. Im ersten Halbjahr nämlich hatte das reale Bruttosozialprodukt das Vorjahresniveau nur knapp unterschritten, während der Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 2% betrug.

Allgemein wird der Rückschlag im Außenhandel für den erneuten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten verantwortlich gemacht. Das aber ist in doppelter Hinsicht nur die halbe Wahrheit.

Tatsächlich dürfte sich die Ausfuhr dem Volumen nach im Jahresverlauf um etwa 5% vermindert haben, gleichzeitig hat sich aber auch der Import vermindert, so daß der Exportüberschuß das ganze Jahr über in etwa auf dem im letzten Vierteljahr 1981

erreichten Niveau verblieben ist. Und das war bereits ein Rekordniveau, was das Gemjammer über Leistungsbilanzdefizit und Wettbewerbsfähigkeit aus den Propagandaarsenalen verbannt hat. 1981 hatte ein rasanter Exportanstieg den Absturz in die Krise vorerst aufgehalten, 1982 ist dieser Sonderfaktor entfallen, und die Krise hat voll durchgeschlagen. So ist zunächst einmal der simple Zusammenhang.

Auf den Export hat zunächst die weitere Schrumpfung der Märkte in den anderen Industrieländern gewirkt. Der Handel mit diesen Ländern wurde nicht weiter expandiert. Gesunken ist der Export in die OPEC-Länder und in die anderen Entwicklungsländer. Kein Land kann sich auf Kosten anderer aus der Weltwirtschaftskrise heraushalten, früher oder später schlägt sie auf den Binnenmarkt zurück. Das gilt, anders als 1974 auch für die BRD

nach Investitionsgütern vom Akkumulationstempo des Kapitals abhängt, so hängt die Konsumnachfrage davon ab, welche Beschäftigung und Lohnzahlung die Profitinteressen gestatten.

Naiv ist andererseits die Auffassung, jedes Angebot, d.h. jede Produktion, schaffe sich vermittels der dabei getätigten Ausgaben seine kaufkräftige Nachfrage. Sie liegt der Reaganschen Wirtschaftspolitik zugrunde, und auch der Sachverständigenrat hängt ihr insgeheim an.

„Im Prinzip und von den gegenwärtigen gravierenden Störungen einmal abgesehen, die die Produktionsmöglichkeiten kurzfristig auch objektiv begrenzen“ heißt es im Jahresgutachten, „erhalten Menschen Arbeit, wenn sie für andere etwas herstellen wollen und dafür im Austausch nicht mehr verlangen, als das, was sie herstellen, den anderen wert ist. Bei im übrigen ungestör



Zum zweiten aber konnte die Stagnation der äußeren Märkte nur deshalb als Schrumpfung der Produktion durchschlagen, weil die Genesung der Profitrate noch nicht weit genug gediehen war als daß sie diesen Rückschlag ausgehalten hätte.

Überhaupt geht die Krise nicht von der Nachfrage, d.h. von den Absatzmärkten aus. Deren Zustand kann lediglich Hinweise auf die weitere Entwicklung geben. Sie sind aber selbst Erzeugnis der Produktion und in den Kreislauf des Kapitals eingeschlossenes Element. So wie die Nachfrage

ten Rahmenbedingungen können so alle die es wollen, arbeiten.“ Man analysiert die Krise, indem man von ihren Entstehungsbedingungen absieht.

In Wahrheit schlummert bereits in der einfachsten Warenproduktion, auf die der Sachverständigenrat abhebt, die Möglichkeit der Krise, sobald Verkauf und Zahlung auseinanderfallen. Unser Jedermann hat geliefert, produziert bereits weiter und wartet auf die Zahlung seines Kunden. Bleibt die Zahlung aus eine Erfahrung, die Geschäftsleute derzeit haufenweis machen

so fehlt dem Jedermann, sobald ihm das öfter passiert, seinerseits das Geld, um seine Lieferanten zu zahlen. Eine Kettenreaktion setzt ein, wird der Ausfall nicht an anderer Stelle wieder ausgeglichen.

Zur Wirklichkeit wird die Krise in der kapitalistischen Produktion, wenn die Masse der Unternehmen, jedes für sich, Kapital akkumuliert hat, das akkumulierte Zusatzkapital dann aber keinen zusätzlichen Profit abwirft, weil die Expansion des Marktes relativ zurückgeblieben ist und die neuen Waren ihren Wert nicht realisieren. Überkapazitäten bilden sich, Zahlungsschwierigkeiten sind die Folge. Lieferanten wollen Bares sehen, Kreditgeld wird knapp. Erst steigen die Zinsen für kurzfristige Kredite, dann auch die Kapitalmarktzinsen. Daher die Zinsentwicklung als Krisenindikator. Der Kreditzusammenhang verallgemeinert die Krise, steigende Zinsraten engen den Unternehmensprofit ein. Die Investitionstätigkeit bricht zusammen, die Krise ist da. Entlassungen folgen, der Lohn wird gedrückt, und die ganz schlauen Kommentatoren stellen fest, „die Verminderung des privaten Verbrauchs hat zur Schrumpfung des Sozialprodukts geführt“ oder wenigstens beigetragen.

Aus heutiger Sicht wurden die Grundlagen der jetzigen Krise bereits im Boom Anfang der 70er Jahre gelegt. Verheißungsvolle Profite ließen die Kapitalisten in die Vollen gehen, kreditfinanziert. Die Kreditvergabe der Banken expandierte mit Wachstumsraten um die 20%. Anfang 1971 übersteigt der Kapitalstock die Absatzmöglichkeiten, die Kapazitätsauslastung sinkt. Noch in der zweiten Hälfte desselben Jahres wird das Wachstum des Investitionsvolumens vermindert, der Schritt zur Krise von 1974/75 ist unvermeidbar geworden. Die absolute Verminderung der Investitionen im zweiten Halbjahr 1973 leitet sie ein.

Vermindertes Investitionsvolumen bedeutet noch lange nicht, daß sich das fixe Kapital vermindert. Lediglich die Geschwindigkeit seiner Akkumulation vermindert sich. So stieg der Umfang des Bruttoanlagevermögens auch 1975 noch mit einer Rate von 4,1%. Doch die relative Vernichtung von Kapital, die Lohnsenkung und die Erschließung der OPEC-Märkte reichen aus, 1976 einen neuen Aufschwung einzuleiten. Die Expansionsrate des Investitionsvolumens übersteigt wieder die Zunahmerate des privaten Verbrauchs, die nächste Krise wird vorbereitet. Wieder erweist sich, daß die Expansion der Produktionsmittel ohne Rücksicht auf die Konsumtionskraft der Gesellschaft erfolgt ist. Was als verstopfter Markt erscheint, ist Ergebnis blindwütiger Akkumulation.

Die Akkumulationsrate erreicht nach 1975 nie wieder jene der vorigen Jahre. Sie

wird begrenzt durch die Tatsache, daß die Kapazitätsauslastung von 1970 nicht wieder erreicht wird. Tieferer Grund hierfür ist das langfristige Sinken der Profitrate, was verschiedenste Untersuchungen nachgewiesen haben. Ohne den Stachel des Profits läuft in der kapitalistischen Produktion nichts. Die neue Krise beginnt auf gesenktem Niveau und ist noch tiefer. Der Druck auf den Lohn und alles, was dazu rechnet (Sozialleistungen), wird zur Hauptsache. Arbeitskraft in seit der Wirtschaftskrise nicht mehr bekanntem Ausmaß wird außer Wirkung gesetzt.

Schlechte Aussichten

Den gewohnten Verlauf des industriellen Zyklus unterstellt, deutet lediglich die Zinsentwicklung der letzten Monate eine Verbesserung der Lage an. Allerdings heißt dies nur daß sich die Kreditbeziehungen entspannt haben, was nach den Säuberungen der letzten Jahre kein Wunder ist. So hat sich bislang lediglich der Finanzierungsspielraum der Banken erweitert, die Kreditvergabe hat sich nicht merklich verändert. Da die Unternehmen schon in der Vergangenheit ihre Geldvermögen angegriffen haben, kann sich die Lage rasch ändern, wenn ihre Umsätze nicht bald florieren. Seit der Doppelkrise in den USA ist das Bild bekannt.

Dennoch sind Sachverständigenrat und Wirtschaftsministerium optimistisch. Ihre Argumente für diesen Optimismus allerdings sind kaum haltbar. Zwar beurteilt der Sachverständigenrat den privaten Verbrauch „skeptisch“ (die Unschuldsgel!), um so mehr Hoffnung setzt er wie eh und je in die Investitionsentwicklung.

„Unausgelastete Kapazitäten, um nur dies eine Argument aufzunehmen, sind nicht unbedingt ein Hindernis für zusätzliche Investitionen. Sie sind es insbesondere dann nicht, wenn die unzureichende Auslastung Ausdruck von strukturellen Anpassungsproblemen ist, was derzeit für viele Unternehmen zutrifft. Hier gehen nicht selten der Abbau unrentabler Produktionsanlagen und der Aufbau neuer Anlagen Hand in Hand.“ Soweit der Sachverständigenrat.

Mit solcher Zuversicht wird der Druck unterschätzt, der von der negativen Entwicklung im zweiten Halbjahr 1982 ausgeht. Gerade die im Vergleich zu 1974/75 geringere Zurücknahme der Investitionen 1980 und 1981 kann jetzt umschlagen. Nachdem die erhoffte Re-Expansion der Märkte ausgeblieben ist, kann eine erneute Reduzierung der Investitionstätigkeit erst noch bevorstehen. Und tatsächlich haben sich im September/Okttober die aus dem Inland eingegangenen Bestellungen beim Investitionsgütergewerbe gegenüber dem

Vorjahr um 12,5% vermindert. Die jüngste Zahl über den November die günstiger liegt, ändert an diesem Bild insofern nichts, als sie mit dem Fristablauf für die Investitionszulage von 10% zusammenhängt. Angesichts dessen ist sie eher nochmals kläglich zumal zur Erlangung der Zulage zwar die Bestellung noch vor Jahresende abgegeben werden mußte, die Lieferung selbst aber viel später abgerufen werden kann.

Sieht man sich die Entwicklung der Kapazitätsauslastung an (die letzten Angaben spiegeln die Situation laut Ifo-Erhebung im September wider), so wird die Bundesbank recht haben, wenn sie unter Hinweis darauf schreibt, in den letzten Monaten habe sich die seit der ersten Jahreshälfte 1981 einsetzende Besserung der Unternehmensgewinne nicht mehr fortgesetzt. Da mag es noch so viele strukturelle Anpassungsprobleme geben, der Akkumulationsmotor leidet darunter. Daß die produktionsmittelbesitzende Klasse darüber nicht ins Darben kommt, wohl aber die Reproduktion der Gesellschaft beschnitten wird, steht auf einem anderen Blatt, exakt auf Seite 73 im Sachverständigengutachten. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen sind in den drei vergangenen Krisenjahren jeweils um 10%, 7,6% und 7,5% gestiegen.

Alle diese Faktoren kann keine Wirtschaftspolitik aus der Welt wischen, solange die vergegenständlichten Produktionsmittel in die Kapitalform eingepreßt sind und nur nach den Verwertungsbedürfnissen des durch sie verkörperten Kapitals Verwendung finden. Einerseits sind die reaktionären Konzepte in Großbritannien und den USA gescheitert, andererseits ist auch der französische Reformversuch unter dem Druck des äußeren Marktes zusammengebrochen. Erst erhebliche Kapitalabflüsse, Verfall des Franc und steigendes Handelsbilanzdefizit haben die Regierung Mitterrands zur Kursänderung gezwungen.

Die neue rechtsliberale Regierungskoalition in Westdeutschland will erklärtermaßen der Profitrate durch umfassende Senkung des Reproduktionsfonds der arbeitenden Klasse wieder auf die Sprünge helfen, im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin nicht bloß halben Herzens, sondern ganzen Herzens und voller Inbrunst. Eine grundsätzliche Erneuerung der ökonomischen Basis aber ist dadurch nicht möglich. Selbst wenn es doch noch 1983 zu einem Aufschwung kommt, was sich erst im Frühsommer absehen läßt, so werden auch die bereits verminderten Akkumulationsraten der Jahre nach 1974/75 nicht wieder erreicht werden. Sichtbar ist diese neue Qualität an der weitgehend bekannten Tatsache, daß selbst bei Vollausslastung der Sachkapazitäten ein Arbeitslosenheer von weit über 1½ Millionen verbleiben würde. □

Chancengleichheit per Staatsknete?

Seit März vorigen Jahres schon tagt die Kommission zur Reform der Parteien-Finanzierung. Zum Schutz des Bürgers vor dem Bazillus der „Staatsverdrossenheit“ hätten die Sachverständigen ihr Geheimnis offenbar am liebsten über den vorgezogenen Wahlkampf hinweg bewahrt. Doch daraus ist nichts geworden, die GRÜNEN sind verärgert aus der Kommission ausgezogen und haben den Schleier gelüftet.

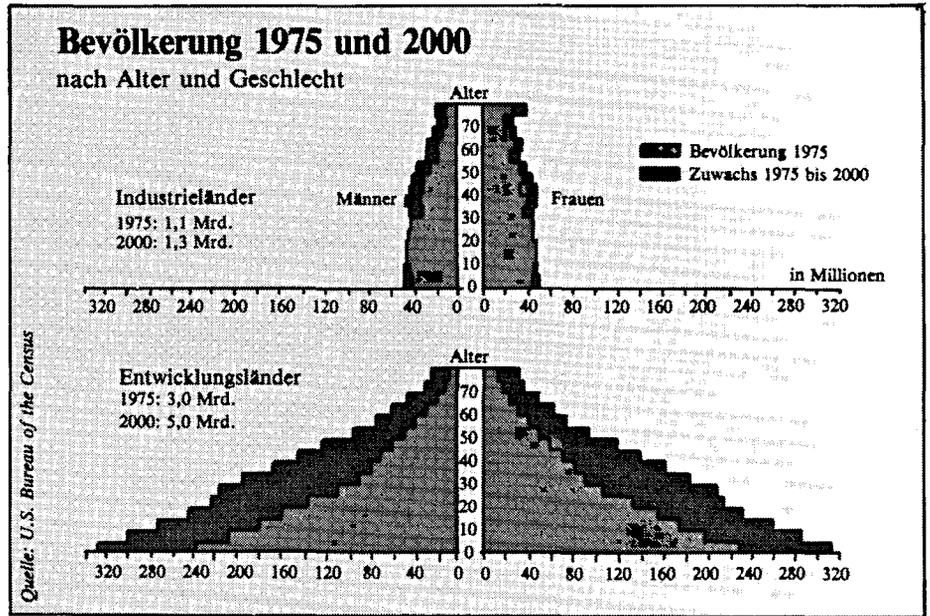
Der Kern der Kommissionspläne sieht vor, daß Parteispenden künftig in unbeschränkter Höhe vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden können und damit die Steuerschuld um bis zur Hälfte des Spendenbetrags vermindern. Das ist den Unionsparteien und der FDP auf den Leib geschneidert, und damit sich auch die SPD besser stellt, sollte sie mit einem karitativen Gemeinschaftsfonds bedient werden. Ausgeschlossen blieben auch hier Parteien wie die GRÜNEN, auf die nur rund 0,7% aller Spenden und Beiträge an Parteien entfallen.

Die finanzielle Bindung der Parteien an Firmenkassen und dicke Brieftaschen ist zwar ein untergeordnetes Mittel der Machterhaltung, unbedeutend aber ist es auch nicht. Genschers FDP verzeichnet fast ebensoviel Spendeneingänge wie die SPD und die Unionsparteien könnten ohne ihre Mäzene auch weniger Stimmen an sich ziehen. Würden die Kommissionspläne Wirklichkeit, die „Spendenaffäre“ wäre keine mehr Flick, Henkel oder Unilever könnten ihre Mittel dann ganz legal und steuerbegünstigt verteilen.

Aber nicht nur das muß kritisiert werden, sondern auch die Parteienfinanzierung aus dem Staatshaushalt. Zwar wirkt die Wählerpauschale der Abhängigkeit von der Finanzwelt entgegen, aber auch hier sind Fußangeln gelegt. Die Finanzierung aus dem öffentlichen Haushalt entspricht der Verwandlung der politischen Parteien in Verfassungsorgane.

Das Problem wird sofort klar, wenn man sich die Privilegierung der Parteien gegenüber Bürgerinitiativen und ähnlichen Zusammenschlüssen vor Augen hält. Wer für direkte Demokratie und die Selbstorganisation der Gesellschaft ist, muß prinzipiell gegen die Staatsfinanzierung der Parteien sein, weil ihnen damit ein Sonderstatus verliehen wird. Wahrscheinlich ist dieses Problem weitreichender als die zweijährige Rotation von Abgeordneten. Schon jetzt sind bei den GRÜNEN viele Tätigkeiten von staatlicher Finanzquelle abhängig.

Wer diesen Standpunkt für realitätsfern hält, nehme sich in dieser Hinsicht ein Beispiel an den Gewerkschaften. Die finanzieren sich auch aus Mitgliedsbeiträgen. fb



Frühere Prognosen über die Bevölkerungsexplosion müssen heute revidiert werden, die in den 60er Jahren vorhergesagte Explosion ist ausgeblieben. Die jährliche Wachstumsrate, die Mitte der 60er Jahre auf 1,99% gestiegen war, hat sich mittlerweile auf 1,72% ermäßigt. Die heutigen Prognosen rechnen mit einer Erdbevölkerung von 6,2 Milliarden im Jahre 2000. Jeder fünfte Erdbewohner wird dann in einer Region leben, wo das heutige Pro-Kopf-Einkommen unter 1000 Dollar liegt. Insofern wird sich der Widerspruch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter verschärfen. Indes zeigt die Alterspyramide der Bevölkerung der Industrieländer die ganze Widersprüchlichkeit des hier erreichten Lebensstandards. Verheerende Kriege, Wirtschaftskrisen und ungelöste gesellschaftliche Probleme haben ihre tiefen Spuren hinterlassen. Die Hinwendung zur stationären Bevölkerung ist alles andere als geplant.

Die Inflationsrate in der BRD belief sich im Dezember auf 4,6%. Sie hat sich damit weiterhin leicht ermäßigt. Unterdurchschnittlich war die Verteuerung der Nahrungsmittel mit 2,3%, überdurchschnittlich entwickelten sich die Wohnungsmieten mit 5,2%. Im Durchschnitt des Jahres 1982 lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 5,3% über dem Durchschnittsniveau von 1981.

Knapp 36 Mio. Tonnen Rohstahl hat die westdeutsche eisenschaffende Industrie im vergangenen Jahr erzeugt. Das sind fast 14% weniger als im Jahre 1981. Im Rekordjahr 1974 waren rund 54 Mio. Tonnen produziert worden. 50000 Stahlarbeiter haben seither ihre Arbeit verloren.

Die Maßnahmen gegen das Waldsterben, mit denen Innenminister Zimmermann hausieren geht, halten die GRÜNEN Baden-Württemberg für völlig unzureichend. Am vorliegenden Entwurf für eine Großfeuerungsanlagenverordnung kritisieren sie vor allem, daß die Luftverschmutzungsgrenzwerte viel zu hoch sind, daß die Übergangsfristen für den Filtereinbau in bestehende Anlagen viel zu lang sind, daß nur große Kraftwerke in den Geltungsbereich der Emissionsbegrenzung fallen und schließlich, daß mit den vorgesehenen großzügigen Ausnahmeregelungen praktisch die gesamte Verordnung umgangen werden kann.

Der Selbstversorgungsgrad der BRD mit Nahrungsmitteln hat sich im Wirtschaftsjahr 1981/82 nur bei wenigen Produkten merklich verändert. Nach Angaben des Ernährungsinstituts wurden bei Zucker mit 152% weit mehr produziert als verbraucht, bei Butter betrug der „Selbstversorgungsgrad“ 124%, bei Brotgetreide 100% (Vorjahr 104%). Dagegen wurden bei Kartoffeln nur 88% des Verbrauchs im Inland hergestellt, bei Obst gar nur 35%, bei Gemüse 37%. Bei Fleisch betrug der Selbstversorgungsgrad 88%, wovon allerdings die importierten Futtermittel abzuziehen wären.

Die brasilianische Wirtschaftskrise hat auch die Exportpläne der KWU erwischt. Gegen amerikanischen Widerstand hatte sich die Siemens-Tochter vor einigen Jahren den Auftrag für zunächst acht Kernreaktoren ergattern können. Die Vorbereitungsarbeiten für zwei Blöcke wurden jetzt vom brasilianischen Präsidenten wegen Geldmangel gestoppt.

Burda und Springer mußten ihre Fusionspläne zurücknehmen. Um Einwänden des Kartellamtes zu entgehen, begnügt sich Burda nun mit einer Beteiligung von 24,9% am Springer Verlag. Springer ist mit 2,1 Mrd. DM Jahresumsatz der größte Medienkonzern der BRD. Burda kommt auf einen Jahresumsatz von 800 Mio. DM. Das Kartellamt will „kritisch bleiben“

Progressionsrekord '83

Die Steuerprogression wird im kommenden Jahr einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung mehr als die Hälfte der nominalen Lohnerhöhung kassieren. Eine Bruttoerhöhung um die drei Prozent, wozu die Gewerkschaften schon ihr Einverständnis signalisiert haben, läuft dann im Durchschnitt auf eine Erhöhung des nominalen Nettolohnes von rund 2% hinaus. 1982 wurden knapp 45% der Steuerpflichtigen nach der Progressionszone besteuert, während es 1977 erst 33% waren. Mit der Inflation steigt damit automatisch auch der Steuerabzug. Knapp 40% lagen mit ihrem steuerpflichtigen Einkommen in der 22%-Zone. 16% hatten ein so geringes Jahreseinkommen, daß sie keine Lohnsteuer zu zahlen hatten. Mit dem Spitzensteuersatz von 56% wurden lediglich verschwindende 0,4% der Steuerpflichtigen besteuert; diese verfügten trotz reichlicher Absetzungen immer noch über 7,4% der gesamten Einkommen. Relativ immer weniger Einkommenssteuer zahlen die Kapitalisten. Während im Zeitraum von 1965 bis 1981 die „Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ viel langsamer gestiegen sind als die Bruttoeinkommen, war es bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gerade umgekehrt.

bezieht, was 40% des Sozialprodukts sind. Mexiko soll mit 80 Mrd. \$ oder 35% seines Sozialprodukts verschuldet sein. Banken treiben ihr Geschäft mit den Einlagen ihrer Kunden, sie verleihen die ihnen zugeträgten Gelder weiter. Bricht das Geschäft zusammen, weil eingeplante Kredite nicht zurückgezahlt werden oder Zinszahlungen ausbleiben, so sind die Bank oder Sparguthaben der Einleger auch futsch. Einige Banken sind mittlerweile von der Zahlungsunfähigkeit nicht mehr weit entfernt, weshalb jeder kritische Termin an den Euromärkten mit Nervosität verfolgt wird. Namentlich die Masse der kleineren und mittleren Banken, unter Führung der Großbanken ins Geschäft gezogen, scheinen nun mit aller Macht aus den heiklen Fällen aussteigen zu wollen, während die Großbanken sie als Polster einsetzen. Wie brisant die Lage ist, zeigt sich daran, daß von den insgesamt 506 Mrd. \$ privater Bankkredite, die vorwiegend von großen amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Banken an Entwicklungs- und Ostblockländer vergeben sind, fast die Hälfte innerhalb eines Jahres fällig wird. „Normalerweise werden am Markt Schuldner die nicht pünktlich zahlen, 'exekutiert'“ schreibt der Fuchs-Informationen. „Ihr Resteigentum wird gepfändet, bis zum letzten Hemd.“ Mexiko müßte seine Ölreserven an die Gläubiger abtreten, Argentinien seine Weizennernten, per Termin bis 1995, und die Polen die Förderung ihrer oberschlesischen Gruben.“ Der Fuchs-Brief ist für Führungskräfte.

Krise belebt Börse

Mit Rekordumsätzen und einem kräftigen Aufschwung der Aktienkurse haben die Börsen das letzte Jahr abgeschlossen. Nachdem die Produktion darniederliegt, zog es beschäftigungsloses Geldkapital vermehrt an die Börse. Die gestiegenen Kurse sind aber keineswegs Ausdruck von gesteigertem Optimismus des Börsenpublikums. Zunächst ist das lediglich eine Reaktion auf fallende Zinsen. Sinkende Zinsen treiben nämlich immer dann den Aktienkurs hoch, wenn keine erhöhte Dividende in Aussicht steht. An den westdeutschen Börsen trieb auch der Regierungswechsel die Kurse in die Höhe. Nach dem Zerfall der sozial-liberalen Koalition legten die Kurse innerhalb von 10 Tagen fast 7% zu, was eine Aufblähung des Aktienkapitals um weit über 10 Mrd. DM bedeutet. „Vor allem Titel aus den Bereichen Kraftwerksbau und Kommunikationstechnik standen als CDU-Titel im Mittelpunkt des Anleger Interesses“ schreibt die Commerzbank. Die Dividendenausschüttung wurde gegenüber 1981 gehalten, runde zwei Milliarden Mark dürften den Aktionären außerdem durch die Ausgabe neuer dividendenberechtigter Aktien zugeflossen sein.

Schuldenländer aufs Schafott gefordert

Die internationalen Kreditmärkte haben den bisher größten Sturm fürs erste überstanden, Entwarnung kann noch nicht gegeben werden. Mexiko und Argentinien haben Umschuldungsabkommen unterzeichnet, Brasilien verhandelt noch, nachdem es zu Neujahr die Tilgung fälliger Kreditzahlungen ausgesetzt hat. Brasiliens Auslandsschulden werden neuerdings auf 100 Mrd. \$



April: Lieder des Polnischen Sommer - Polen, Sommer '81; Februar '82 - 150 Jahre Hambacher Fest; Ohne Polen eine Geschichtslüge; Der Mann aus Marmor; Der Mann aus Eisen; Die Filme des Andrag; Was ist die Schrift und ihre Bilder; Übersicht über die arbeitsästhetische Schriftentwicklung; Dunstrose; Sofortiges Verklappungsverbot; magazin RA Härde; Hochst AG; Schulung - Satire; Zeitschriftenschau - Gitarrenkurs; Kalender; Ein Ogenantke entsteht; Mail; Dokumentation; Veranstaltung der DGB-Jugend; Stützpunkt; Wer hat Angst vor dem „chinesischen Virus“?; Schriftsteller gegen den Krieg; Möglichkeiten der Genmanipulation; Müß man sie verheiraten?; magazin Wylt; 1. Mai-Plakate; comics; neue presse; buch; theater; Gitarrenkurs; Aus dem Kriech; Bilder und Gedichte; Der Zauberberg - Thomas Manns Sicht der bürgerlichen Endzeit; Jüdt; Peter Brückner; Peter Weiss; John Dos Passos; USA-Trilogie; Zum Lesen empfohlen; Interview mit dem palästinensischen Künstler Burian Karkuti; Palästinensische Flüchtlinge in Jordanien; Ein Reisebericht über das Unvermögen des Strukturalismus; Anmerkungen zur Interpretationsmethode von Heide Gallas; Ludwig Börne; „Prädigt“ wider die Mault; Als die Sterne leuchten lernten; Von der Lithografie zum Offsetdruck; magazin; Ausstellung Arbeiterkultur; comics; Gitarrenkurs; Jüdt; Der Hahnen; „Eisenkrieg“ - eine verfilmte US-Parade; Ein Versuch zum Verständnis von Falkenbergers Filmschaffen; Goethe; Jünger; Brecht; und ein müder Kopf; Der Ball ist rund oder: Ist Fußball eine Wissenschaft?; Eine Mücke; „außergewöhnlich weit & selbstam“; Zur Geschichte des Blutes; Sonne + H₂O = H₂; Eine alternative Energiestrategie des AEG-Teilrunden Konzerns August; Auf der Suche nach palästinensischen Künstlerverbänden - dokumenta 7; Texte gegen den Krieg; Der eine im Museum ist, den anderen not der Polster? - zu Wilhelms Busch; Die Nacht sind alle Katzen grau; Die Familienreife und ihre Anwendung; Uwe; Fassbenders Filmästhetik; Profikritik und spezialisierte Notwendigkeiten; Bilanz zur Fußballweltmeisterschaft; magazin; Freiheit für alle Brecht/Angeklagten; Videofilm gegen den Krieg; Zeitschriftenschau; Schulung; „Nördhorn“; „Auton“; Technik der Karikatur; Gitarrenkurs; Beiträge; Aus den Materialien des Seminars; Die Ästhetik des Widerstands; von Peter Weiss; September; Documenta 82; Scherbenberg?; Komposthaufen?; Versuch, die Welt zu bestimmen; A. Mitscherlich; G. Anders; Die Aniquität des Menschen; Die Verwertung der deutschen Literatur; durch Peter Glöck; Kultur für alle; Albert SPD-Kulturpolitik in Frankfurt; Gesamtheit im Wohnungsbau - eine Alternative?; Der moderne Roman; Unpass von James Joyce; Schriftsteller gegen den Krieg; Streit um Koopmans; Heeresbericht?; magazin; Palästina; Karikaturen II; Antikriegsfilme; Theater im Zeit; Grundgedanken; Oktober; CDU Schattentaktik; „Perfid“; Jünger; Die ästhetische Arbeit in der Gesellschaft; Die neue Ästhetik; Vertauschungsbuch; 10. Jährten Band; 1. Schilling; Warum ist Frau Kaya Rallos?; Türkische Lieder; Zum letztenmal; E. Jünger; 2. UNESCO-Konferenz der Weltkultur; „Barbusse“; „Das Feuer“; Schriftsteller gegen den Krieg; magazin; Peter Weiss; Ästhetik des Widerstands; November; Ausenberot; zungen im Verband deutscher Schriftsteller; Theater und Politik; Zur Geschichte der deutschen Volkstheaterbewegung; Was soll das ganze Theater; Zum Treffen engagierter Theatergruppen in Recklinghausen vom 8.-10. Oktober; Augusto Boal; Theater der Unterdrückten; Gespräch mit dem Theatertheoretiker; Alles Realisierbar; meine subjektive Erfahrung bevor es zum Bild wird; Erfahrungsbild über Bilder; Florenz; Ein Reisebericht; Karles Wer behält hier wach bis auf den Grund; magazin; Bundeskongress der Arbeiteloten; Bücher; Karikaturen; Zeitschriftenschau; Grundgedanken; Dezember; ... wir fallen nicht aus Gottes Hand (N. Blum); Zeitgeist - eine Ausstellung; Freiheit oder was sonst?; Referendatausbildung einet und jetzt; Der Weg Maratens - ein Ausweg für uns?; Hausmusik; Zum Wegwarten zu schade; Und zu schönich; Die Krieger Pyroze; Mehr als einen Versuch wert; Arno Schmidt; Ein deutscher Joyce?; Galerie für Realismus; „Gale im Bunker“; magazin; Karikatur; Neue Hahnen Zeitung; Video-Filme; Grundgedanken

In Erwartung neuer Abonnenten: Wir machen eine marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft. Seit März 1982: Das nächste Heft ist am 6.2. fällig. Für 3,60 beim Buchvertrieb Hager - wie die KOMMUNE auch.

BAL2000GLOBAL2000GLOBAL
LUNGENNIBELUNGENNIBELUN
JDAWAJDAWAJDAWAJDAWA
SERWASSERWASSERWASSERWA
SWEISSWEISSWEISSWEISSWEISS
ELSBURGWEWELSBURGWEWELS
BAL2000GLOBAL2000GLOBAL
LUNGENNIBELUNGENNIBELUN
JDAWAJDAWAJDAWAJDAWA
SERWASSERWASSERWASSERWA
SWEISSWEISSWEISSWEISSWEISS
ELSBURGWEWELSBURGWEWELS
BAL2000GLOBAL2000GLOBAL
LUNGENNIBELUNGENNIBELUN
JDAWAJDAWAJDAWAJDAWA
SERWASSERWASSERWASSERWA
SWEISSWEISSWEISSWEISSWEISS
ELSBURGWEWELSBURGWEWELS
BAL2000GLOBAL2000GLOBAL
LUNGENNIBELUNGENNIBELUN
JDAWAJDAWAJDAWAJDAWA
SERWASSERWASSERWASSERWA
SWEISSWEISSWEISSWEISSWEISS

Der anständige Deutsche ißt Kohlsuppe und Brei

Eine Leistungsbilanz zur 100. Wiederkehr des Kanzlers des Vertrauens, des Anstands und der Würde auf der allabendlichen Mattscheibe

In den gut drei Monaten ihrer Amtszeit hat die neue rechtsliberale Regierungskoalition in Bonn den von ihr verkündeten geistigen Aufbruch bereits in erheblichem Ausmaß materiell abgesichert. Auch hat sie bereits klar gemacht, daß die Verminderung staatlicher Tätigkeit, dort wo gesellschaftliche Aufgaben übernommen werden, Hand in Hand geht mit einem Ausbau des Staatsapparates, dort, wo er die politische Gewalt über die Gesellschaft ausübt. So wurde, ohne daß ein Termindruck bestanden hätte, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit neuen Schikanen versehen, über die Beihilfen im öffentlichen Dienst wurde die Revision der Reform des §218 eingeleitet, und die CSU hat nach dem Reinfall mit dem Nürnberger KOMM-Prozeß die Verschärfung des Demonstrationsrechts angekündigt. In den Verwaltungen, Rundfunkräten, Schulen usw zeigt der neue Wind bereits Wirkung.

Der Eingriff mit den wahrscheinlich weitreichendsten ideologischen und politischen Folgen dürfte die völlige Neuordnung der *Ausbildungsförderung* (BAföG) sein. Statt Zuschüssen gibt es nur noch rückzahlbare Darlehen. Ausbildungskosten werden individualisiert (jedenfalls dort, wo sie nicht aus Vermögenseinkommen bestritten werden) und klassenmäßige Bildungsprivilegien formell wiederhergestellt.

Das neue *Mietrecht*, im Bundesgesetzblatt unter dem Titel „Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen“ am 23. Dezember auf den Gabentisch serviert, stärkt die Stellung des Haus- und Grundbesitzes, der Hypothekenbanken und Versicherungsunternehmen gegenüber denjenigen, die aufgrund ihres Einkommens auf die Anmietung von Wohnraum angewiesen sind. Rund 50 Mrd. DM an Zins haben die Banken vergangenes Jahr aus der Finanzierung des Wohnungsbaus (Miet- und Eigentumswohnungen) gezogen. Schon bisher war gesichert, daß es eine Heimstätte nur gibt, insofern für den Kapitalanleger die Kasse stimmt. Wohnungsmarkt ohne gesetzliche Einschränkung von Vermieterwillkür aber ist wie ein Arbeitsmarkt ohne Gewerkschaften. In diese Richtung marschiert die Liberalisierung des Mietrechts.

Die Einzelheiten dürften weitgehend bekannt sein, trotzdem fordern Vermieter al-

lerorten mehr, als ihnen selbst das geänderte Gesetz erlaubt. Die flinken Änderungen der Regierung Kohl gehen deutlich über die noch von der SPD/FDP-Koalition beabsichtigten hinaus, mit der ausdrücklichen Absicht, die Rendite der Kapitalgeber zu erhöhen. Jetzt tut die Ministerriege so, als hätte sie gar keine Mieterhöhungen gewollt, oder nur ganz kleine. Gleichzeitig wurde das Wohngeld erneut gekürzt.

Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld

	Dauer d. beitragspfl. Besch.	Anspruchsdauer
1976	6 Monate	78 Tage
Haushaltsstrukturgesetz	9 Monate	120 Tage
	12 Monate	156 Tage
	18 Monate	234 Tage
	24 Monate	312 Tage
1982 Arbeitsförderungskonsolidierungsges.	12 Monate	156 Tage
	18 Monate	234 Tage
	24 Monate	312 Tage
1983 Haushaltsbegleitgesetz für 1983	12 Monate	104 Tage
	18 Monate	156 Tage
	24 Monate	208 Tage
	30 Monate	216 Tage
	36 Monate	312 Tage

Abbau

Die hauptsächlichen Änderungen hat die CDU/CSU/FDP-Koalition im Rahmen des *Haushalts '83* vorgenommen. Global betrachtet zeigt sich die Ausrichtung in den folgenden Zahlen.

Das Gesamtvolumen des Bundeshaushalts 1983 übersteigt das des Vorjahres um 6,8 Mrd. DM. Allein Mehrausgaben in Höhe von 4,8 Mrd. DM sind für Zinsausgaben angesetzt, ein Posten von insgesamt 27,8 Mrd. DM. Im Verteidigungshaushalt ist eine Ausgabenerhöhung um 2,4 Mrd. DM vorgesehen, dagegen wird der Bereich Soziales um 3,1 Mrd. DM gekürzt und die Gelder anderswo verplant. Die fünf Milliarden an Kürzungen bei den Sozialleistungen, die schon die sozialliberale Regierung beschlossen hatte, wurden auf rund 12 Mrd. DM gegenüber altem Gesetzesstand aufgestockt. Streichungen bei den „selbstverwalteten“ Sozialversicherungen werden durch Reduzierung der Bundeszuschüsse realisiert.

Im Bereich der *Rentenversicherung* wird die Anpassung vom 1. Januar auf den 1. Juli 1983 verschoben. Außerdem wird von der Rente dann ein Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 1% abgezogen, so daß die Nettoerhöhung auf 4,6% reduziert wird. Aufs Jahr gerechnet ist das eine nominale Erhöhung um 2,3%, weniger hat es seit Einführung der „Dynamisierung“ in keinem Jahr gegeben.

Der Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung wird bis zum 1. Juli 1985 schrittweise auf 5% angehoben.

Die durchschnittliche Versichertenrente wird 1983 etwa 877 DM monatlich betragen, das sind rund 45% des durchschnittlichen Nettolohnes. Während Norbert Blüm vor der Presse von der Absicherung der Rentenfinanzen prahlt, schweigt er sich über die Reform '84 aus. Dabei geht es darum, die Mißachtung der weiblichen Arbeit bei der Rentenbemessung aufzuheben.

Ab September 1983 wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5% steigen. Die Beiträge der Arbeitslosenkasse für die Rentenversicherung werden nicht mehr nach dem vorigen Bruttolohn, sondern nur noch nach der Höhe des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe, des Kurzarbeitergeldes, Schlechtwettergeldes oder des Unterhaltsgeldes bemessen. Bei der Rentenberechnung soll vorerst eine entsprechende „Ausfallzeit“ berücksichtigt werden, was die künftige Rente noch nicht mindert. Für den Beginn der Legislaturperiode aber will die Bundesregierung „unter dem Gesichtspunkt größerer Beitragsbezogenheit eine grundsätzliche Neuordnung der Bewertung der Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten (in der Rentenversicherung), die weitgehend Solidarleistungen sind, in die Wege leiten.“ Das kann allerdings „grundsätzlich“ werden, denn die Beitragszahlung für Arbeitslose wird auf die Hälfte reduziert und bei den Männern sind 20% der anrechnungsfähigen Versicherungszeiten Ersatz usw -zeiten, bei Frauen etwa 8%. Im Klartext heißt dies, daß z.B. Arbeitslosigkeit in der Rente zusätzlich bestraft wird, ebenso etwa Frühverrentung, Krankheit usw

Bei der *Arbeitslosenversicherung* wird die Stufe erhöht, ab der es überhaupt Unterstützung gibt (siehe Tabelle). Vor allem Jugendliche sind betroffen. Die Bundesregierung: „Das Prinzip Leistung und Gegenleistung wird stärker betont.“

Der Beitragssatz wurde hier per 1. Januar von 4, auf 4,6% erhöht, wovon die Hälfte vom Bruttolohn abgezogen wird.

Das durchschnittliche Arbeitslosengeld beträgt derzeit rund 950 DM im Monat, das sind etwa 50% des durchschnittlichen Nettolohnes und -gehaltes der beschäftigten Lohnabhängigen. Der Regelsatz von 68%

In den letzten zwei Wochen hat mit den Verhandlungen in der Metallindustrie die erste Runde des diesjährigen Lohnkampfes begonnen. Darüber was sich in den Verhandlungen abspielt, dringt wenig nach draußen. Die IG Metall hat diese anstehende Tarifrunde als „schwierig“ und „langwierig“ bezeichnet. Dafür spricht auch manches.

Diese Verhandlungen sind der Auftakt. In den ersten vier Monaten des Jahres laufen für mehr als 15 Millionen Lohnabhängige die Lohn- und Gehaltstarife aus. Das sind fast zwei Drittel aller „abhängig Beschäftigten“ in der BRD und Westberlin.

Bereits zum Jahresende wurden die Tarife für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe (180000) und für die Holzverarbeitende Industrie (110000) fristgemäß gekündigt.

Ende Januar sind die Tarife für die Beschäftigten in der Metallindustrie (3,9 Mio.) ebenso wie die in der papier und pappeverarbeitenden Industrie (110000) fällig. Ende Februar steht für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (2,2 Mio.) hinzu kommen noch die 215000 bei der Post und die 153000 bei der Bahn die Kündigung der Einkommens-tarife an.

Später folgen dann der Einzelhandel, das Bauhauptgewerbe, Groß- und Außenhandel, das Bankgewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie und die Druckindustrie.

Die wichtigsten Branchen sind also darunter. In keiner von ihnen konnte in den letzten beiden Jahren der Reallohn gehalten werden. In dieser Situation, in der Geschlossenheit zwischen den Einzelgewerkschaften notwendig wäre, bieten die Gewerkschaften keinen erfreulichen Anblick.

Die ÖTV hat sich mit dem Bundesminister geeinigt, die ersten Gespräche über Löhne und Gehälter erst nach der Bundestagswahl zu führen. Damit soll der Lohnkampf aus dem Wahlkampf herausgehalten werden. Die ÖTV hat sich selbst eine zweimonatige Pause verordnet. Dabei hätte sie allen Grund gehabt, den Bundestagswahlkampf zu nutzen, um die Entscheidung der Regierungsparteien, den Beamten eine Einkommensbegrenzung auf 2% in den nächsten beiden Jahren zu verordnen, und damit auch den Arbeitern und Angestellten eine Grenze zu ziehen, politisch zu bekämpfen. Statt dessen reicht es nur zum Lamento über Tarifautonomie und zu der Beschwörungsformel, man werde keine Lohnpause hinnehmen.

Da gibt es den „Tarifpolitischen Ausschuß“ des DGB. In ihm sitzen die „Tarifexperten“ aller Einzelgewerkschaften. Sie sollen die Tarifpolitik koordinieren. Es ist ihnen noch nicht gelungen, ein einheitliches Vorgehen in Sachen Arbeitszeitverkürzung

Auftakt mit Dissonanzen — und tarifpolitisches Durcheinander

*Gegen die „Nullrunde“ sind alle Gewerkschaften,
aber danach beginnen die Unsicherheiten*

abzustimmen, aber Anfang November wurde eine einheitliche Argumentation für die Begründung der Lohnforderungen 1982/83 vereinbart:

Preissteigerungsrate plus Produktivitätszuwachs gleich Lohnforderung. Konkret sollte dies heißen 4,5 bis 5% Preissteigerungsrate und 2% Produktivitätszuwachs, macht ein Forderungsvolumen von 6,5%

Die IG Bergbau ließ sich bei 5,5% nie der Nach oben wichen einige Tarifbezirke der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ab, die 7,5% verabschiedeten. Die vereinbarte Formel bot anderen Gewerkschaften ein weites Feld für Auslegungen. Wie schon im Vorjahr die NGG und die IG Chemie keine konkrete Lohnforderung aufstellten, kündigte der Vorstand der NGG wiederum einen Verzicht auf konkrete Festlegung bei der Lohnforderung an. Tarifrunden sollten sich „an der Steigerung der Lebenshaltungskosten, minus Mehrwertsteuer- und Transferabgabenerhöhungen plus die Produktivitätssteigerung orientieren“ Ohne eine eigene konkrete Forderung in die Auseinandersetzung zu gehen, ist schon aus Gründen der Mobilisierung und der Selbstachtung gegenüber dem Gegner so eine Sache. Noch eine andere Angelegenheit sind die Abzüge, wie sie die NGG in Rechnung stellt. Bei der zu erwartenden Preissteigerungsrate werden die angeführten Positionen die bedeutendsten Einzelpositionen sein. Mit der NGG-Rechnung wird die Forderung um mindestens einen Prozentpunkt heruntergerechnet. Damit das nicht so auffällt, stellt man natürlich besser keine konkrete Forderung auf

Es bestehen also schon auf der oberen DGB-Ebene kaum zu verbergende Differenzen selbst darüber welcher Weg beim Lohnkampf eingeschlagen werden soll.

Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, wieviel man den Kapitalisten zumuten könne, ohne daß weitere Arbeitsplätze gefährdet werden. Andere messen der Stärkung der Kaufkraft der Lohnabhängigen eine reale Rolle bei der Ankurbelung der Wirtschaft zu.

Einfluß hat auch, wie die Rollenverteilung zwischen Gewerkschaften und SPD zwischen politischem und ökonomischem

Kampf jetzt gewertet wird. Vor dem Regierungswechsel sollte alles tariflich geregelt werden: Lebensarbeitszeitverkürzung, dann Tarifrunde. Der ÖTV Vize Mertens wollte alle Kosten der Regierungsmaßnahmen im Lohnkampf wieder reinholen. Aus der IG Metall kamen ähnliche Stimmen. Damit sollte die SPD-Bundesregierung möglichst entlastet und der Konflikt zur Bundesregierung möglichst begrenzt werden.

Jetzt ist alles wieder anders. Der Politik, was der Politik ist; man muß eben politisch was ändern. Vogel und sein Drei-Punkte Programm werden das bei einem Wahlsieg der SPD schon machen. Wenn wir diese Punkte im Lohnkampf nicht in Rechnung stellen, wird der Druck für die SPD bei der Wahl um so größer. So scheint das Kalkül zu sein.

Sicher man kann die Mehrwertsteuer nicht im ökonomischen Kampf wegstreiken. Vielleicht kann man die Kosten im Lohnkampf auch nicht voll reinholen. Unter anderem deshalb führt man ja auch als Gewerkschaft den politischen Kampf gegen die Rechts-Koalition. Aber von vornherein auf dieses Ziel zu verzichten, ist eine fatale Taktik.

Die besonders „schlaue“ Überlegung, wenn man keine Forderung aufstelle, könne hinterher auch der Abschluß nicht an der Forderung gemessen werden, findet immer mehr Anhänger. Selbst bei der IG Metall haben diesmal drei Bezirke mit Billigung des Vorstands diesen Weg eingeschlagen: Bayern, Niedersachsen, Westberlin und VW (wobei die letzten drei aber dennoch Strukturelemente fordern). Als Ziel wurde die Erhöhung der Löhne und Gehälter um die zu erwartende Preissteigerungsrate festgelegt.

In der Presse hat es großes Aufsehen erregt, als die baden-württembergischen Tarifkommissionen eine die IG Metall-Vorstandsempfehlung überschreitende Forderung aufstellten. Die nach unten abweichenden Forderungen (nach der Formel immerhin um 2%) haben dagegen kaum Aufmerksamkeit gefunden. Sie haben jedoch vielleicht die größere Bedeutung. Die Kapitalisten haben die „vernünftige Haltung“ sehr lobend angemerkt.

Nun hat auch der IG Metall-Vorstand selber die Erhaltung des Reallohns als das eigentliche Ziel bezeichnet. Die Produktivitäts-Prozente sind auch nur eine andere Bezeichnung für „Verhandlungsspielraum“ Insofern noch kein Unterschied. Jedoch haben unterschiedliche Formulierungen Signalwirkungen, die sich unabhängig von oder neben dem genauen Wortlaut entfalten.

Natürlich glaubt niemand, die IG Metall-Führung wolle nicht unter der von ihr angenommenen Preissteigerung von 4,5 bis 5% abschließen. Vielmehr wird die 6,5%-Forderung gegenüber der 7,5%-Forderung im letzten Jahr so verstanden, daß damit der IG Metall-Vorstand bereit sei, um 1%, oder doch deutlich unter dem letzten Abschluß zu bleiben.

Loderer hat zwar in der *Welt der Arbeit* die niedrigere Forderung damit begründet, daß „es ja keinen Sinn hat, wenn eine Gewerkschaft hinterher mehr Kraft braucht, ein Mißverhältnis zwischen Forderung und Ergebnis darzustellen, als sie Kraft gebraucht hat, den Tarifvertrag überhaupt abzuschließen“

Aber Loderer und den Widerspruch löse wer will sagt im gleichen Interview: „Das kann mit Sicherheit gesagt werden. Die IG Metall wird nicht wie die Kommentatoren belieben darzustellen mit weniger Konsequenz und mit weniger Bereitschaft und mit weniger Initiative in die Tarifverhandlungen gehen, nur weil sie 1982 ein Prozent weniger gefordert hat als 1981“ Allerdings wurde in der IG Metall die Bereitschaft und Initiative schon im letzten Jahr bemängelt. Der Umgang mit der Forderung aus Baden-Württemberg liefert denn auch die Bestätigung für ein niedrigeres Ziel. Die Begründung für die 7,5%-Forderung der drei Tarifkommissionen war ja, daß man keine niedrigere Forderung als im letzten Jahr aufstellen dürfe. Dies signalisiere einen niedrigeren Abschluß als im letzten Jahr. Der Frankfurter Vorstand kassierte diese 7,5% und stützte sie auf die vorgegebenen 6,5% runter. Der Sinn ist eindeutig.

Was mag die Tarifkommission in Niedersachsen, Westberlin und bei VW bewegen haben, sich von den anderen nochmal nach unten abzusetzen? Vielleicht die Annahme, daß bei ihnen ohnehin der Pilotabschluß übernommen werde. Sie hätten dann den Lohnkampf am „erfolgreichsten“ geführt, mit der geringsten Differenz zwischen proklamierter Absicht und Ergebnis.

Abgesehen davon, daß eine solche Haltung auch einen Pilotabschluß drückt, ist noch nichtmal sicher ob eine solche „Mitnehmer“ Spekulation aufgeht. Das *Handelsblatt* mit gutem Draht nach Gesamt-

metall, schreibt, die Metallkapitalisten hätten verabredet, daß ein Pilotprojekt über einer bestimmten Marke – in Baden-Württemberg beispielsweise – für die anderen Bezirke nicht übernommen werden solle. Stimmt das und können sie es auch durchsetzen, wäre die vom Sachverständigenrat geforderte „differenzierte Lohnpolitik“ zum besonderen Nachteil der schwächeren Bezirke Wirklichkeit geworden.

Bei den Metallkapitalisten hat es Streit gegeben, ob man eine „Null-Runde“ anstreben solle oder nicht. Dem Vernehmen nach hat sich bei ihnen folgende Auffassung durchgesetzt: Ökonomisch sei eine Null-Runde zwar angebracht, doch dann müsse man im nächsten Jahr eine Revanche-Forderung erwarten oder eventuell gleich mit Nachschlagaueinandersetzungen rechnen. Deshalb sei ein „moderater Kurs“ die beste Lösung. Da wirkt die Erinnerung an die Tarifrunde 1980/81. Der Versuch der Kapitalisten, einen „produktivitätsorientierten“ Abschluß durchzusetzen, wirkte damals provozierend und scheiterte. Man solle nicht wieder den zweiten

fen. Die IG Metall-Führung wird sich noch weniger als im vorigen Jahr diesem Druck zur Schlichtung durch einen „neutralen Mann“ entziehen wollen, der sie vielleicht etwas von der Kritik am schlechten Abschluß entlastet.

Nachgiebigkeit auf der einen Seite, Kurs auf „moderaten Abschluß“ auf der anderen steht eine ruhige Lohnrunde mit einer Erhöhung so um die 3,5% bevor? Da sind noch Unwägbarkeiten.

Vielleicht ist auch ein „moderates Angebot“ so niedrig, daß es nach Ansicht der Gewerkschaftsführung nicht „verkaufbar“ ist.

Vielleicht entwickeln sich Auseinandersetzungen um die Übernahme eines „guten“ Tarifabschlusses für andere Bezirke.

In den Fabriken drängt es – zumindest im Augenblick nicht zum Streik für einen Abschluß, der den Reallohn erhält. Da wirkt dumpf die immer weiter ansteigende Zahl der Arbeitslosen, die zunehmende Zahl der Kurzarbeiter. Das ständige Predigen der Opfer die alle tragen müßten, führt vielleicht zur Ansicht daß die Lohn-



Schritt vor dem ersten tun. Langfristig bleibt also weiterhin das Ziel, die Entwicklung der Löhne weitgehend unter die der Lebenshaltungskosten zu drücken.

Mehrmals haben die Kapitalisten ihre Absicht betont, einen schnellen Abschluß zu erreichen, nachdem sie im November bei einem Spitzengespräch bei der IG Metall-Führung mit ihrem Vorschlag, die Verhandlungen hinter die Bundestagswahlen zu verschieben, nicht durchgekommen sind. Bis zum Ende der Friedenspflicht Ende Februar sind noch sechs Wochen Verhandlungszeit. Die wollen sie nutzen. Mit Hilfe der Friedenspflicht hoffen sie, die heiße Phase des Tarifkampfes hinter den Wahlkampf zu ziehen. Dann, so steht zu vermuten, wollen sie das Scheitern der Gespräche erklären und die Schlichtung anru-

abhängigen um Opfer nicht herumkommen werden.

Die Höhe der Forderungen wirkt genauso wenig mobilisierend wie ihre Struktur in den meisten Bezirken. Jetzt, wo im letzten Jahr die Effektivlöhne der unteren Lohngruppen erstmals nominal nur unterdurchschnittlich zugenommen haben, wäre ein Abschluß, der nachhaltig die Stellung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen verbessert, wichtiger denn je. Aber es ist nicht abzusehen, wie so etwas durchgesetzt werden könnte. Die Metallkapitalisten haben jedenfalls ihren „unerbittlichen“ Widerstand gegen solche „nivellierende Elemente“ angekündigt. Statt eine eigene Unerbittlichkeit zu entwickeln, haben einige Tarifkommissionen gleich jeden Anflug in diese Richtung unterbunden. G. Heinemann

Arbeitskampfrecht wird peu à peu geändert

Die IG Metall hat eine Reihe von Klagen vor dem Bundesarbeitsgericht zurückgezogen. Sie befürchtete, aufgrund von Äußerungen und vorangegangenen Urteilen des 1. Senats des BAG, daß im Urteil den Betriebsräten bei arbeitskampfbedingten Fällen von Kurzarbeit das erst 1980 ihnen vom BAG zugestandene Mitbestimmungsrecht wieder aberkannt würde. Um dieses auch andere Entscheidungen auf unteren Ebenen präjudizierende Urteil zu verhindern, empfahl die IG Metall den klagenden Betriebsräten die Rücknahme der Klage. – In einer Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Aussperrung im Druckerstreik 1978 hat das Landesarbeitsgericht Hamm entgegen der bisherigen Rechtsprechung des BAG aus 1980 die Aussperrung für verhältnismäßig und damit rechtmäßig erklärt. Das BAG hatte damals die Auffassung geprägt, daß bei einem auf weniger als 25% aller Arbeitnehmer beschränkten Streik eine Aussperrung nur dann als verhältnismäßig und erlaubt angesehen werden dürfe, wenn ebenfalls weniger als 25% ausgesperrt werden. Das LAG entschied nun, daß man alle Druckbetriebe berücksichtigen müsse und nicht nur die im engeren Sinne betroffenen Betriebe mit Satztechnik; und außerdem seien die vom BAG aufgestellten Beurteilungsregeln keineswegs besonders praktikabel. Damit ist das BAG, in dem sich die Verhältnisse aufgrund von Richterwechseln geändert haben, in der Lage, seine 80er Rechtsprechung zu „präzisieren“

Sozial nützliche Produkte gesucht!

50 IG Metall-Vertrauensleute haben die „Fördergemeinschaft Arbeitsplätze in Leer“ gegründet. Ziel des Trägervereins ist „die Erkundung von Ansatzpunkten für sozial nützliche Produkte sowie deren Planung, Entwicklung und Vorbereitung aller notwendigen Maßnahmen, um eine Übernahme der Betriebsstätten der Olympia-Werke durch eine noch zu gründende Aufgangsgesellschaft zu ermöglichen“. Der Sozialplan für das Werk, das am 30.6. geschlossen werden soll, sieht u.a. folgendes vor:

– Bereitstellung einer Geldsumme, damit dem Betriebsrat sachverständige Berater für die Suche nach „sozial nützlichen Produkten“ zur Seite stehen. Eine erste Idee für eine solche Produktion ist die „Wieder aufbereitung alter Olympia-Schreibmaschinen für Entwicklungsländer“

– Olympia stellt Gebäude und Anlagen für eine Nachfolgeproduktion zur Verfügung und vergibt nach der Werksschließung Aufträge an die Gesellschaft (Kunststofffertigung, Werkzeugbau und Ersatzteilfertigung)

– Mit Unterstützung des Landesarbeitsamtes soll eine berufliche Umschulung für etwa 200 Beschäftigte, vor allem ungelernete, mit den Schwerpunkten Werkzeugmacher, Schlosser, Elektriker und Bürokräft im Werk ermöglicht werden.

Arbeitszeitverkürzungs- programm: mehr Schichtarbeit, ohne Lohnausgleich

Ende Dezember hat die EG-Kommission ein „Memorandum über die Verkürzung und Neuordnung der Arbeitszeit“ beschlossen. In ihm spricht sich die Kommission für eine Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der Wiederbelebung der Wirtschaft aus. „Es besteht Raum für Preissenkungen und/oder Rentabilitätsverbesserungen, wo-

bei gleichzeitig Produktivitäts- und Beschäftigungssteigerung und ganz allgemein positive Wirkungen in mittelfristiger Sicht wahrscheinlich sind“ wenn eine „Anpassung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung der Produktionszeit eines Unternehmens und zu einer intensiveren Nutzung der Produktionskapazität führt“. Dies will die Kommission durch „flexiblere Arbeitsorganisation“ erreichen. Das wäre Schichtarbeit oder Zusammendrängen der Arbeitszeit in kürzeren Blöcken als der bisherigen 5-Tage-Woche. Lohnausgleich sollen die Kapitalisten nicht zahlen, auch sollen Lohnerhöhungen nicht die „Produktivitätsgewinne“ mindern, die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehen, statt dessen soll eine umgekehrt proportional zur Einkommenshöhe entlastende Steuererleichterung erfolgen.

Die Miteigentümer unserer Wirtschaft

Norbert Blüm, umtriebiger wie er ist, hat gegen Ende der Amtszeit der Noch-Bundesregierung erneut einen „Stein ins Wasser geworfen“. Mit einer „Vermögenspolitischen Initiative“ der Bundesregierung, so verspricht er im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU, „werden die Arbeitnehmer zu Miteigentümern und Mitträgern unserer Wirtschaft“

Eine der Lieblingsideen früherer CDU-Regierungen, die Vermögensbildung, hatte zu den 312- und 624-Mark-Gesetzen geführt. Statt nun aber zu Kleinkapitalisten zu werden oder zumindest sich so zu fühlen und nur auf das Wohlergehen „ihres Kapitals“ zu achten, hatten die Lohnabhängigen zum großen Teil diese Gesetze genutzt, um notwendige Anspannungen für langlebige und teure Gebrauchsgegenstände, z.B. Autos und Wohnungen, durch Zuschüsse der Kapitalisten und des Staats zu erleichtern.

Im Jahr 1981 liefen so 13 Mrd. DM auf Sparkonten nach dem Prämien- und Vermögensbildungsgesetz auf, das waren immerhin 4,2% aller Spareinlagen. Insgesamt befanden sich auf solchen Konten im selben Jahr 51 Mrd. DM. Aber Wertpapiere wurden kaum gekauft. Nur für 0,96 Mrd. DM fest angelegte Wertpapiere nach dem Vermögensbildungsgesetz befanden sich in den Depots.

Um dies zu ändern soll nun der Anlagekatalog des Gesetzes „produktiv“ erweitert werden. Bei Belegschaftsaktien sollen Beteiligungswerte mit einem Unterschiedbetrag zum Börsenkurs bis zu 300 DM jährlich steuerfrei bleiben. „Arbeitnehmerdarlehen“, „Stille Beteiligungen“, bei denen

die Inhaber zwar an Gewinn und Verlust beteiligt sind, aber nicht am Wertzuwachs, und „Aktienfonds“, die neben frei notierten Aktien auch „Stille Beteiligungen“ verwalten, sollen in den Anlagekatalog aufgenommen werden. Mit letzterem soll der DGB geködert werden, der bisher betriebliche Beteiligungen abgelehnt hat und über betriebliche Beteiligungsfonds forderte.

Weil nun aber die Freunde der Vermögensbildung in Bonn, wie auch ihre Zuarbeiterin, die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel, ahnen, daß damit bei den Lohnabhängigen kein Run von Sparkonten hin zu Beteiligungswerten zu erwarten ist, soll ein wenig nachgeholfen werden.

Da soll die staatliche Förderung der Beteiligungen wie bisher bei 23% liegen. Die Bausparverträge sollen im Rahmen dieses Gesetzes nur noch mit 16% unterstützt werden. Den Kontensparern geht es an den Kragen. Hier soll die Förderung auf Null gebracht werden. Überlegt wird hier, ob vielleicht als Übergang eine 9%-Förderung bestehen bleiben soll, oder ob sie nur für die bis zu 30- bis 35jährigen zugelassen bleibt, damit die sich einen „Grundstock für spätere größere Beteiligungen“ ansparen können. Ob dann die Mittel in die Beteiligungen fließen?

Immerhin, es ist „Risikokapital in Arbeitnehmerhand“, schreibt der Sachverständigenrat ebenso treffend wie über den Sinn der Vermögensbildung: „Den Unternehmern würde eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kapitalbildung das Investieren leichter machen, und den Arbeitnehmern könnte eine Beteiligung an den Unternehmenserträgen viel von der Sorge nehmen, bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen zu geraten, wenn sie bei den Lohnabschlüssen mehr als kleine Schritte zur Verbesserung der Ertragslage zulassen.“ Nur zahlen müssen beidemale die Lohnabhängigen. gh

Was Neues aus dem Osten?

Was die Sowjetunion in der Andropow-Rede und der Prager Erklärung vorschlägt und was davon zu halten ist

Die jüngste Abrüstungsinitiative der Sowjetunion und der übrigen Warschauer Pakt-Staaten unterscheidet sich von früheren vor allem dadurch, daß sie *Wirkung* verspricht. In der nächsten Zeit geht es der Sowjetunion in erster Linie darum, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern. Das ist auch das Interesse der meisten westeuropäischen Staaten, denen es aber gleichzeitig um die Beendigung der sowjetischen Raketenandrohung gegenüber Westeuropa geht. Die USA wiederum scheinen an der Aufstellung ihrer Pershing II und Cruise Missiles stärker interessiert zu sein als am Abbau der sowjetischen SS-20. Dieser Interessenkonstellation muß die sowjetische Politik gegenüber Westeuropa Rechnung tragen, wenn sie die Widersprüche in der westlichen Allianz zu ihrem politischen Vorteil verschärfen will. Darum geht es im Kern auch den jüngsten Abrüstungsinitiativen.

Andropow-Rede und Prager Erklärung

Zunächst hatte Andropow in einer Rede zum Jahrestag der Gründung der Sowjetunion den Vereinigten Staaten und der Nato vorgeschlagen,

- eine Vereinbarung darüber zu treffen, nukleare aber auch konventionelle Waffen nicht als erste einzusetzen;
- die strategischen Potentiale (hauptsächlich Interkontinentalraketen) einzufrieren und eine drastische Reduzierung zu vereinbaren;
- die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Zahl der britischen und französischen Raketen zu reduzieren.

Zur Situation in Europa wird dann in der *Prager Erklärung* ein weitreichendes Konzept vorgestellt:

- „Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sehen in einem von Kernwaffen mittlerer Reichweite wie von taktischen Kernwaffen vollständig freien Europa die beste Lösung.“ Bis dahin treten sie für eine „radikale Reduzierung der Kernwaffenarsenale auf europäischem Boden und für ein von chemischen Waffen freies Europa“ ein. Sie sehen die Gefahr, die von der „Konzentration einer großen Menge konventioneller Waffen auf dem Kontinent für

den Frieden in Europa ausgeht“ Damit aber bloß niemand auf den Gedanken kommt, hier sei vielleicht kritisch an die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa erinnert, wird sogleich erläutert, eine besondere Gefahr seien „Pläne zur Anhäufung neuester konventioneller Waffenarten in Westeuropa“

- „Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages treten seit langem dafür ein, die beiden Bündnisse – und als ersten Schritt ihre militärische Organisationen – aufzulösen.“ Schließlich wird vorgeschlagen, ein Gewaltverzichtsabkommen abzuschließen. „Herzstück des Vertrages könnte die gegenseitige Verpflichtung der Teilnehmerstaaten beider Bündnisse sein, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden.“ (Nichtangriffspakt)

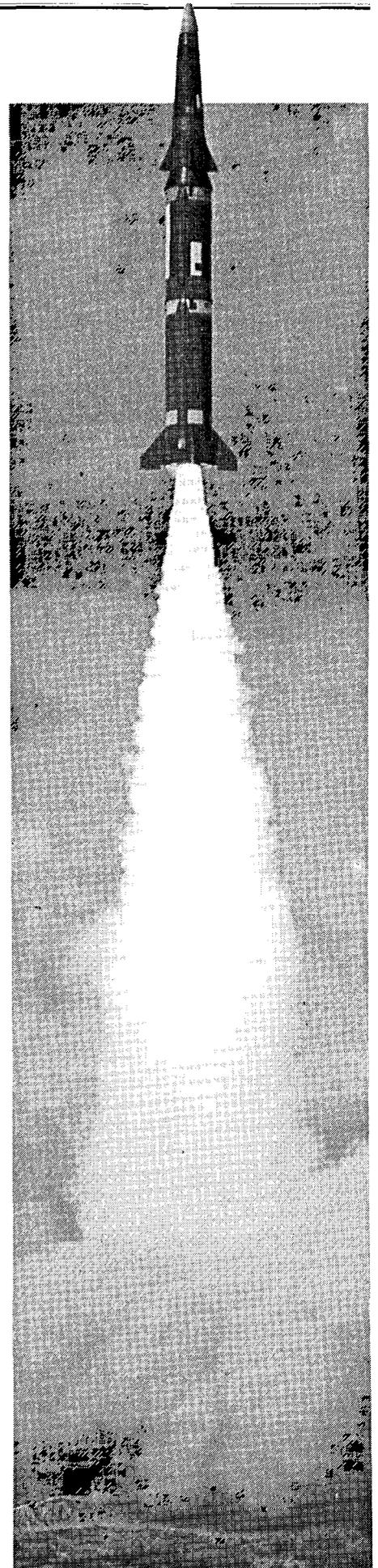
Garniert ist das Abrüstungspaket mit einer Vielzahl einzelner Abrüstungsvorschläge nach dem Prinzip: für jeden etwas.

Was ist von den Abrüstungsvorschlägen zu halten?

Die sowjetische Initiative kommt zu einem Zeitpunkt, da die Unstimmigkeiten in der Nato über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen sich auf den offenen Konflikt zubewegen. Die Wintertagung der Nato Anfang Dezember war ein Fehlschlag. Das Bekenntnis zum Doppelbeschuß und zur Null-Lösung Reagans war lediglich noch eine „Demonstration verbaler Festigkeit“ (*FAZ*). Dänemark hat erklärt, die Kosten für die Aufstellung der Mittelstreckenraketen nicht mehr mitzutragen. Ähnliche Unlust hat die belgische und niederländische Regierung ergriffen, von Griechenland und Spanien ganz zu schweigen. In der Bundesrepublik beginnt sich die Allparteienkoalition aufzulösen und sucht die Sozialdemokratie Wege, sich vom Doppelbeschuß abzusetzen.

Was ist von dem Angebot Andropows zu halten, „daß die Sowjetunion in Europa nur so viele Raketen behält, wie Großbritannien und Frankreich besitzen, und nicht eine einzige mehr“?

Erstens. Ich halte diesen Punkt für den interessantesten Teil im gesamten Vor



schlag. Er ist das einzig wirklich *Neue* und er zielt auf die Genfer Verhandlungen. Als *Kompromißangebot* ist er so bemessen, daß er das Nato-Lager fein säuberlich differenzieren dürfte, um so der Reagan-Regierung langsam den europäischen Rückhalt für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu entziehen.

Zweitens. Der Vorschlag hat *einige Haken*, und die nächsten Monate werden zeigen, ob die Sowjetunion tatsächlich bereit ist, ihre Drohpotentiale gegenüber Westeuropa spürbar abzurufen. Der Vergleich mit den britischen und französischen Mittelstreckenraketen ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig:

○ Die sowjetischen SS-20 sind modernste *Kriegführungswaffen* (wie Pershing II und Cruise Missile) und Bestandteil der atomaren Feuerkraft der sowjetischen Supermacht mit x-fachem Overkill. Nicht nur mit ihren Interkontinentalraketen kann sie Europa bedrohen, sondern auch jede ihrer Interkontinentalraketen vermag beliebige Ziele in Europa zu treffen. Anders ist das mit den französischen und britischen Nukleartreitreibern. Insbesondere für die französische Force de frappe gilt nach Strategie und Bewaffnung, daß es sich um Vergeltungswaffen zur Abschreckung eines gegnerischen Angriffs handelt. Sie eignen sich nicht zur *Kriegführung* und schon gar nicht zum Angriff. Allein deshalb ist Andropows Aufrechnung „Rakete gegen Rakete“ in diesem Fall nicht seriös.

○ Während französische und britische Mittelstreckenraketen über jeweils einen Sprengkopf verfügen, also jeweils ein Ziel treffen können, sind die SS-20 mit je drei Sprengköpfen, die einzeln lenkbar sind, ausgerüstet. Das „Raketengleichgewicht“ mit Frankreich und Großbritannien brächte der Sowjetunion also immerhin noch eine dreifache Überlegenheit.

○ Andropow läßt offen, was mit den abgebauten Raketen passieren soll. Die Forderung nach *Verschrottung* ist vollständig berechtigt und ist von der SU jetzt zumindest teilweise aufgegriffen worden. Eine bloße Verlegung in den asiatischen Teil der Sowjetunion ließe im Krisenfall zu, die hochmobilen SS-20-Systeme rasch wieder so aufzustellen, daß sie Westeuropa erreichen können. Eine bloße Verlegung würde ferner darauf hinauslaufen, daß die Raketen dann auf Japan, China und andere asiatische Staaten gerichtet werden könnten. Interessant ist ohnehin der Hinweis von Andropow, die Sowjetunion sei bereit, „*Hundert Raketen* abzubauen, darunter *mehrere Dutzend* der modernsten Raketen, die im Westen als SS-20 bezeichnet werden.“ Offenbar schwebt ihm der Abbau veralteter SS-4 und SS-5 vor, während die SS-20, um

die es ja in der Auseinandersetzung hauptsächlich geht und von denen die Sowjetunion bereits über 300 Stück in Stellung gebracht hat, um einige lumpige Dutzend reduziert werden sollen.

Die innenpolitische Diskussion über den Nato-Doppelbeschluß hat auch Andropows Raketenofferte neuen Stoff bekommen. Von der Bundesregierung ist eine eigenständige Position kaum zu erwarten, betont sie doch in jeder Stellungnahme, daß sie sich damit „in völliger Übereinstimmung mit den amerikanischen Freunden“ befinde. Immerhin sprach Genscher aber davon, es gebe „unbestreitbare substantielle Fortschritte in der sowjetischen Haltung zur atomaren Abrüstung“. In der SPD wird der Andropow-Vorschlag sehr hoch bewertet; er habe die Situation „zum Positiven verändert“. Die Berücksichtigung französischer und britischer Mittelstreckenraketen ist für die SPD – im Gegensatz zur CDU – sowieso klar. „Wenn die Genfer Verhandlungen mangels Verständigungswillens einer Seite kein Ergebnis erzielen sollten, so würde dies unsere Entscheidung über die Mittelstreckenstationierung wesentlich beeinflussen“, heißt es im SPD-Programm für die März-Wahlen.

Der sowjetische Vorschlag, die beiden Bündnisse aufzulösen, mag teilweise Überraschung auslösen. Neu ist er nicht. Die Sowjetunion müßte da schon konkreter werden. Will sie ihre Truppen aus den osteuropäischen Staaten abziehen und die Breschnew-Doktrin der „unbegrenzten Souveränität“ aufgeben? Dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkte! Die Tatsachen zeigen, daß die SU nicht im Traum daran denkt, die Vorherrschaft über die osteuropäischen Staaten aufzugeben. Dafür braucht sie aber keinesfalls den Warschauer Pakt. Zweiseitige Verträge tun es auch. Brüderliche Hilfe, das wissen wir spätestens seit der Besetzung Afghanistans, ist an Bündniszugehörigkeit nicht gebunden. Die osteuropäischen Staaten sind der Sowjetunion geografisch direkt vorgelagert und in den dort herrschenden Klassen findet die Sowjetführung allemal treue Vasallen, die notfalls um brüderliche Hilfe ersuchen.

Ein Nichtangriffspakt zwischen den Blöcken hilft nichts gegen den drohenden Krieg. Das haben derartige Abkommen in der Geschichte, besonders vor dem II. Weltkrieg, ausreichend bewiesen. Und auch die Sowjetunion hat sich z.B. 1968 von solchen Vereinbarungen nicht vom Überfall auf die CSSR abhalten lassen.

Friedensbewegung, sowjetischer Vorschlag und Genfer Verhandlungen

Das Ziel der Genfer Verhandlungen ist vollkommen unterschieden vom Ziel der Frie-

densbewegung. Bei den Genfer Verhandlungen sitzen sich zwei imperialistische Supermächte gegenüber, deren Kräfte sich etwa die Waage halten. Keine der Mächte wird Zugeständnisse machen, bei der sie mehr als der Gegner verliert. Jede versucht aber schlitzohrig, das vom anderen zu erreichen. So ist der amerikanische Vorschlag einer Null-Lösung darauf ausgerichtet, die eigene Position in Europa zu stärken und die der SU zu schwächen. Nicht anders verhält es sich mit der SU. Wenn die Sowjetunion die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen verhindern kann, gleichzeitig aber ihrerseits so viele SS-20 behält, um gegenüber den Atomwaffen der Nato, die gegen die sowjetische konventionelle Überlegenheit gerichtet sind, ein genügend hohes Drohpotential zu haben, so hätte sie ihre Position langfristig gestärkt.

Die Friedensbewegung hat vollkommen andere Ziele. Ihr geht es um die Bannung der Kriegsgefahr, was nur gelingen kann, wenn sowohl die USA als auch die SU im Kern ihrer europäischen Macht geschwächt werden. Gegenüber den USA heißt das, die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu verhindern, wie überhaupt die amerikanische *atomare* Macht über und in Europa zu brechen. Aus der konventionellen Überlegenheit der SU in Europa, die die Nato nie und nimmer ausgleichen kann, resultiert die atomare Bewaffnung als einzige militärstrategische Option der USA.

Diese Forderung ist in der Friedensbewegung formuliert. Anders verhält es sich gegenüber der SU. Die SS-20 sind nicht der Kern ihrer europäischen Machtposition, vielmehr ist es die konventionelle Bewaffnung. Die SS-20 wie die anderen Atomwaffen sind ein Kriegführungspotential, das die Atomwaffen der Nato soweit neutralisieren soll, um die *konventionelle* Überlegenheit ausspielen zu können. Die sowjetische Stellung kann also nur wirksam geschwächt werden durch Maßnahmen im konventionellen Bereich, was sich für Europa zuspitzen müßte auf den Abzug der sowjetischen Truppen aus den osteuropäischen Ländern, zeitlich dann z.B. gekoppelt an den Abzug der amerikanischen Truppen aus Westeuropa.

Ein Teil der Friedensbewegung dürfte jetzt eine Einheitsfront mit der SU bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen anstreben. Er würde sich dabei aber von der unterschiedlichen strategischen Situation der beiden Supermächte in die Irre führen lassen und die Friedensbewegung in der Verfolgung ihres Ziels schwächen. Ein eigener Abrüstungsvorschlag der Friedensbewegung müßte gerade gegenüber beiden Supermächten ein wirksames Konzept haben.

Willi Preßmar

Neben den militärstrategischen Differenzen zwischen Westeuropa und den USA sind in den letzten Monaten angesichts des amerikanischen Technologieembargos, der Verschuldungskrise Mexikos und anderer Länder der Dritten Welt und des Streits um protektionistische Maßnahmen, z.B. im Stahlbereich, die ökonomischen Widersprüche in den Vordergrund gerückt. Die Frage stellt sich, inwieweit sich aus dieser erfreulichen Entwicklung Ansätze für Fortschritte im Kampf um ein blockfreies Westeuropa ergeben.

Von Theo Mehlen

Starker Seegang im atlantischen Wirtschaftsbündnis

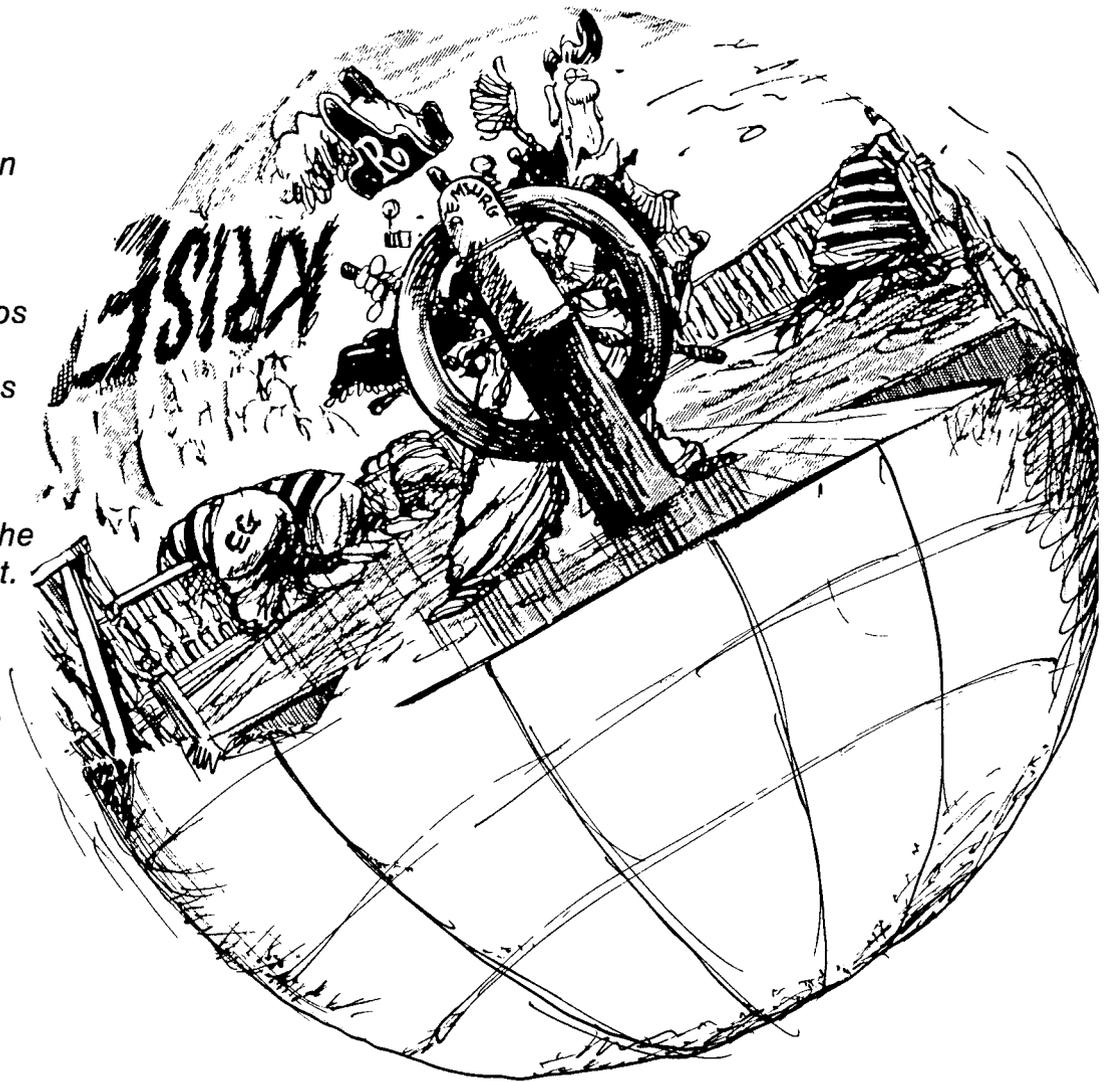
Sicher hat Gilbert Zibura recht, wenn er schreibt: „Die Zeichen mehren sich, daß die gegenwärtigen Divergenzen inner halb der atlantischen Allianz weit über das hinausgehen, was das Bündnis an Krisen in seiner Geschichte erlebt hat. Es scheint, als handele es sich nicht mehr um einen der zahllosen „normalen“ Interessenkonflikte, wie sie in der Vergangenheit unvermeidlicherweise aus der sicherheitspolitischen und ökonomischen Abhängigkeit Westeuropas von den USA entstanden sind, sondern um etwas Neues, viel Grundsätzlicheres: eine wachsende Uneinigkeit über weltpolitische und weltwirtschaftliche Prioritäten des Westen, was die Bewältigung der sich verschärfenden politisch strategischen wie ökonomischen Herausforderungen betrifft.“¹

Allerdings bestehen Gemeinsamkeiten zwischen Westeuropa und den USA, die eine Aufhebung dieses Systems aufgrund solcher Widersprüche nicht gerade nahelegen. Dazu gehört die Aufrechterhaltung einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung

mit der Dritten Welt. Dazu gehört die Gegnerschaft zum sowjetischen Block. Und die wesentliche Rolle spielt weiterhin die Dominanz der USA, die ein Ausscheren einzelner Länder praktisch unmöglich macht. Allerdings: „Es geht gerade darum, die Tragfähigkeit dieser Gemeinsamkeiten zu prüfen und nach Möglichkeiten ihrer Sprengung zu suchen. Nicht, daß die EG-Staaten zerstritten sind, ist erstaunlich und entscheidend, sondern daß sie trotz verschärfter Wirtschaftskrisen Gemeinsamkeiten gegenüber den USA herausbilden. Die nationalen Interessen der jeweiligen Stahlkonzerne in der Auseinandersetzung mit den USA sind bekanntlich sehr verschieden, doch trotz amerikanischer Ausnutzung dieser Widersprüche hat die mühsame Einheitsfront gegenüber den USA gehalten. Und wenn so unterschiedliche Regierungen wie die britische, französische und italienische dem US-Präsidenten in der Embargo-Frage eine so schroffe Abfuhr erteilen, so liegt dem nicht die zufällige Koalition zugrunde, sondern eben sich noch zaghaft äü-

ßernde andere Interessen. Und das kann genutzt werden.“²

„Militärische Bündnisse und politische Kooperationen heben kapitalistische Konkurrenz – auf der Ebene des Einzelkapitals, der Branchen, Sektoren und Kapitalgruppierungen wie auf der Ebene staatlich vermittelter Konkurrenz im metropolitänen „Zentrum“ des kapitalistischen Welt-systems wie in den Peripherien nicht auf.“³ Diese Feststellung stellt sich als Frage umgekehrt interessanter und weniger banal: Hebt die kapitalistische Konkurrenz im Fortgang der jetzigen Krise das atlantische (politische und ökonomische) Bündnis auf? Der SPD-Bundestagsabgeordnete Steger droht, daß ökonomische Konflikte und Interessengegensätze „ – vor allem bei anhaltend rezessiver Wirtschaftsentwicklung – das westliche Bündnis in seiner Funktionsfähigkeit stärker gefährden können als alle Meinungsverschiedenheiten in politisch-strategischen Fragen.“⁴ Die Funktionsfähigkeit ist tatsächlich jetzt schon eingeschränkt. Das geht von der Abstimmung zwischen den Bündnismitgliedern in einzelnen Fragen über die Gefährdung der Stationierung der Mittelstreckengewaffen bis dahin, daß keine gemeinsame Strategie zum Aufbrechen des sowjetischen Blocks existiert. Man achte allerdings darauf, daß Steger die Funktionsfähigkeit,



nicht Existenz des Bündnisses in Frage stellt. Welchen Stellenwert soll man solchen Bemerkungen eines SPD-Politikers und von welcher anderen bürgerlichen Partei ist sonst eine Hinwendung zu blockfreien Positionen zu erhoffen – beismessen?

Protektionismus

Die Krise Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts leitete eine Abschottungspolitik der führenden Industrienmächte ein, an deren Ende eine in monopolisierte Wirtschaftsgebiete aufgeteilte Welt stand. Die ungleichmäßige Entwicklung der Industrieländer mußte zwangsläufig zum Weltkrieg führen, in dem die aufstrebenden Weltmächte gezwungen waren, den ihrem Entwicklungsstand angemessenen Spielraum auf dem Weltmarkt gewaltsam zu erobern. Die Wirtschaftskrise 1929/1933 führte zu einem erneuten Aufschwung der Abschottungstendenzen mit dem Versuch Deutschlands, Italiens und Japans, ein neues Imperium herzustellen. Die Krise seit 1980 steht im Weltmaßstab unter anderen Entwicklungsbedingungen als vor dem I. und II. Weltkrieg. Das muß berücksichtigt werden, wenn im folgenden die aktuellen Hauptstreitpunkte zwischen EG und USA aufgezählt werden.

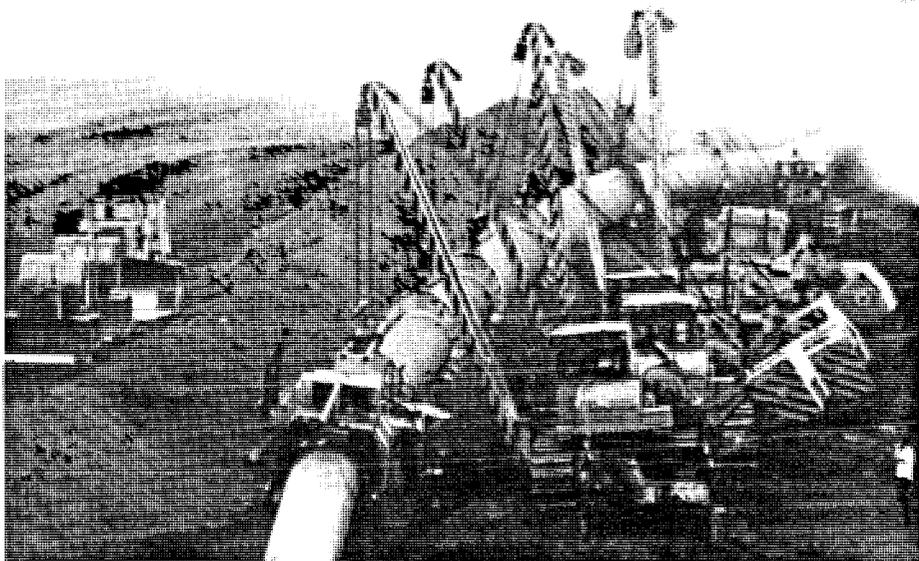
Die EG sieht sich vor wachsenden Handelsdefiziten und einem Zurückbleiben in der Entwicklung fortgeschrittener Technologien gegenüber den USA. Betrug das Handelsdefizit der EG gegenüber den USA 1973 noch keine 2 Mrd. Dollar so erreichte es 1980 über 20 Mrd. Dollar 1981 bezog die EG für 9,1 Mrd. Dollar landwirtschaftliche Produkte, lieferte dorthin aber nur landwirtschaftliche Produkte für 2,3 Mrd. Dollar In der EG machen sich vor diesem Hintergrund verstärkt protektionistische Tendenzen breit, an vorderster Front Frankreich, weshalb die allgemein geübte Kritik an der EG auf der letzten GATT⁵-Konferenz im November 1982 auch nicht von ungefähr kommt. Die USA ihrerseits zeigen starke Bestrebungen, ihre traditionellen Industrien (Stahl, Textil) protektionistisch abzuschotten und andererseits die Öffnung fremder Märkte für ihre konkurrenzfähigsten Produkte, hochentwickelte Technologie und landwirtschaftliche Produkte, zu fordern. Einige Hauptpunkte der Auseinandersetzung innerhalb des GATT seien genannt. So wurde der Streit um die prohibitiven Ausgleichsabgaben der US-Regierung an die US-Stahlhersteller gegen europäische Stahlimporte bis Anfang 1984 beigelegt. Spätestens dann wird der Streit wieder hochkommen, und jetzt schon benutzt die amerikanische Leder- und Textilindustrie die gleiche Strategie. Dann haben die USA bestimmte Produkte der EG mit

höheren Zöllen belegt. Die steuerliche Förderung von amerikanischen Exporten wurde vom GATT verurteilt, woran sich die USA aber nicht stören. Daneben gibt es andere Formen des Protektionismus wie z.B. Einschränkungen der Importe bei Regierungskäufen und vor allem vom Verteidigungsministerium unterstützte Technologieentwicklungen mit Abschottungen beim Technologietransfer

Die EG beantragte ein GATT Verfahren über amerikanische Ausfuhrpraktiken bei Maiskleber und Stahl. Sie will die USA wegen ihrer restriktiven Agrarpolitik z.B. bei Zucker angreifen. Frankreich fordert, die Einleitung von Gegenmaßnahmen gegen „unfaire Handelspraktiken“ zu erleichtern.

Die USA schießen ihrerseits vor allem gegen die EG-Agrarpreispolitik. So haben die

5 Mrd., 1981 über 10 Mrd. Dollar Die Hauptursache liegt im Scheitern der Versuch einer kreditfinanzierten Industrialisierung. Die vorläufige Bereinigung der Zahlungsschwierigkeiten einiger wichtiger Entwicklungsländer hängt entscheidend an den USA. Die geben sich aber bedeckt. So blockierten sie Anfang September die achte Quotenanpassung im Internationalen Währungsfonds (IWF), worüber die Mittel für Stützungsmaßnahmen und Kreditvergaben hätten erweitert werden sollen. Ebenfalls in größere Schwierigkeiten kam die IDA⁷ durch zeitweilige Zahlungsvorenhaltungen der USA. Schwerpunkt der europäischen Kritik bleibt aber die amerikanische Hochzinspolitik, zum Teil bewirkt durch die Reagansche Wirtschaftspolitik, die überhaupt zu wenig Rücksichten auf Auswir



USA Streitverfahren im GATT bei einer großen Anzahl von EG-Agrargütern eingeleitet, ebenso gehen sie gegen EG-Zollpräferenzen für Zitrusfrüchte aus dem Mittelmeerraum an. Hauptziel ist, die EG-Konkurrenz auf Drittmärkte durch Erhöhung ihrer Preise auszuschalten.

Steger beschwert sich. „Beunruhigend ist, daß praktisch in allen potentiellen Konfliktbereichen, die lange Zeit unter Kontrolle gehalten werden konnten, die Vereinigten Staaten einen Kurs eingeschlagen haben, der zu einem handelspolitischen Frontalzusammenstoß mit der Europäischen Gemeinschaft führen könnte.“⁶

Finanzkrise

Weitere Widersprüche ergeben sich auf kredit- und währungspolitischer Ebene. Die Verschuldung der Dritten Welt hat einen Stand von 850 Mrd. Dollar erreicht. 1982 mußten Umschuldungen von 40 Mrd. Dollar vorgenommen werden, 1978 lagen sie noch unter 1 Mrd. Dollar 1980 noch unter

kungen auf den Weltmarkt nehme und dadurch auch die EG in große Schwierigkeiten bringe. Wiederum beschwert sich Steger: „In dieser labilen Situation spielen die USA nicht die ökonomische Führungsrolle, die ihnen als dominierender Wirtschaftsmacht auch in den internationalen Währungsinstitutionen zufällt.“⁸

Ost-West-Handel

Der Ost-West-Handel war bis in die 60er Jahre hinein gering und dementsprechend waren die Differenzen von untergeordneter Bedeutung. Selbst als Ende der 60er Anfang der 70er Jahre dieser Handel einen Aufschwung nahm, kam es nicht zum Streit. Erst mit dem Vordringen der SU entwickelte sich eine unterschiedliche Einschätzung der SU durch USA und EG und ein Streit über die angemessene Reaktion. Diese Differenzen haben ihre Ursache in der Weltmachtstellung der USA und ihren Bestrebungen, diese erneut auszubauen, in

der relativen ökonomischen Schwäche der EG-Länder, für die der Ost-Markt eine größere Rolle spielt, sowie in der exponierten Lage Europas bei einem eventuellen Zusammenstoß der beiden Supermächte. Die USA wollen mit einer restriktiven Handelspolitik die SU zu einer Öffnung ihres Systems und zu einem Verzicht auf Weltmachtambitionen zwingen.

Bis Ende der 70er Jahre machten die USA im Rahmen des COCOM⁹ zwei Vorschläge, mit denen sie bisher aber beide Male nicht durchkamen. Einmal sollte der Export von schlüsselfertigen Anlagen im Wert von über 100 Mio. Dollar kontrolliert werden. Das andere Mal ging es um die Einführung der Kategorie „kritische Technologie“ als Kriterium der Handelskontrolle. Gegenüber der bisherigen Benutzung eines konkreten Produktkatalogs würde diese Änderung aufgrund ihrer verschwommenen Definition möglicherweise zu einer generellen Kontrolle sämtlicher Technologieexporte führen. Das Technologieembargo gegen das Erdgas-Röhrengeschäft vom vergangenen Jahr mußten die USA aufheben. Kaum dürfte es ihnen gelingen, die EG von ihrer erreichten Handelsverflechtung mit dem Ostblock abzubringen. 80% des OECD-Handels mit dem Ostblock wird von Westeuropa bestritten, darunter sind 80% Industriegüter 80% der US-Exporte in den RGW sind Weizen und andere Rohstoffe. Der Streit um eine gemeinsame Osthandelsstrategie wird sich weiter fortsetzen, vor allem in den COCOM-Verhandlungen.

Eine kapitalistische Abkoppelung ist nicht absehbar

Die beschriebenen Widersprüche werden nicht zu einer erneuten Abschottung monopolistisch beherrschter Wirtschaftsgebiete führen wie vor dem I. Weltkrieg. Hierzu ist die Weltmarktverflechtung der kapitalistischen Welt aufgrund der Herstellung des freien Welthandels seit dem II. Weltkrieg schon zu weit fortgeschritten. Vor allem aber gibt es gegenüber den USA keine zweite kapitalistische Macht, die dies durchsetzen, bzw es sich erlauben könnte. Hildegard Hamm-Brücher Koordinatorin der deutsch-amerikanischen Beziehungen in der alten sozial-liberalen Regierung, machte dazu folgende Aussage vor dem Industrieclub in Düsseldorf: „Das westliche Europa der Nachkriegszeit und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland verdanken Freiheit und Sicherheit den Amerikanern. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein! Diesen ersten *Merksatz* sollten wir uns immer einprägen – zumindest solange sich die europäischen Demokratien nicht aufraffen können, den unterbrochenen politischen Einigungsprozeß entschlossen wie-

deraufzunehmen – nicht um sich von den USA zu lösen, sondern um für diese ein geschlossener Partner zu sein!“¹⁰ Damit spricht sie die Grundbedingung für eine kapitalistische Abkoppelung von den USA an, nämlich die Schaffung eines eigenständigen homogenen Wirtschaftsraumes Westeuropa. Die Perspektiven hierfür werden allgemein als unrealistisch angesehen.

„Die Perspektiven der EG der zweiten Generation, die im Programm der EG-Kommission angelegt sind, widerspiegeln letztlich die Vision eines ideellen Euro-Kapitalisten. Sie postulieren die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines eigenen und eigenständigen (west-)europäischen Gesellschaftsmodells mit einer unabhängigen westeuropäischen Akkumulationsbasis. Sie schließen explizit eine Abkoppelung von der amerikanischen Strategie in wirtschafts-, sozial- und währungspolitischer Hinsicht ein. Schon jetzt (ist) abzusehen, daß die überfällige Restrukturierung und Reorganisation der EG unter den Bedingungen der verschärften Weltmarktkonkurrenz, der wachsenden ungleichen Entwicklungen auf nationaler Ebene und zunehmender struktureller Ungleichheit der westeuropäischen Arbeitsteilung blockiert bleibt.“¹¹

Angesichts dieser Situation in den Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern erhalten die beständig sich ergebenden und mit der Krise sich schärfer und grundsätzlicher stellenden Konflikte zwischen den USA und der EG die Bewegungsform von Explosionen innerhalb eines Stahlmantels, der nicht gesprengt werden kann und soll. Somit das ständige Bemühen, „ die politischen Auseinandersetzungen durch Ausklammern und zeitliche Streckung kleinzuarbeiten“¹²

Günstige Ansatzpunkte für blockfreie Positionen

Eine ökonomische Abkoppelung von den USA ist überhaupt nur in einer revolutionären Umwälzung der Stellung Europas auf dem Weltmarkt und der kapitalistischen Ökonomie in den westeuropäischen Ländern denkbar. Die oben beschriebenen Widersprüche können sich unter den gegebenen Bedingungen nicht zur Bildung eines neuen imperialistischen Blocks in Westeuropa fortentwickeln. Da eine Wiederholung der Geschichte vor 1914 und 1939, natürlich unter anderen Voraussetzungen, nicht zu erwarten ist, können die Widersprüche auch hauptseitig ausgenutzt und als erfreuliche Entwicklung begrüßt werden und wäre es verfehlt, jetzt das Hauptgewicht auf den Kampf gegen die Gefahr des Protektionismus und der Bildung eines dritten impe-

rialistischen Blocks zu legen.

Die ökonomischen Widersprüche führen zu einer Schwächung der Handlungsfähigkeit des atlantischen Bündnisses und erleichtern somit den Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen wie überhaupt gegen alle Maßnahmen der Nato. Die Differenzen zwischen EG und USA führen zu erheblicher Bewegung in den Köpfen der Menschen und zur bewußten Auseinandersetzung mit der Politik eines im Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte stehenden und ökonomisch von den USA abhängigen Westeuropa. Daß die Krise zwar nicht von den USA hervorgerufen, aber in ihrem Gang und in ihrer Schärfe erheblich von der amerikanischen Wirtschaftspolitik beeinflusst wird, daß die wirtschaftliche Macht der USA die westeuropäischen Ökonomien erheblich unter Druck setzt und dort protektionistische Tendenzen begünstigt, während die USA sich selber einigen Protektionismus herausnehmen, daß die USA sich in Weltmachtmanier in die handelspolitischen Entscheidungen der westeuropäischen Staaten einmischen, all dies schafft einige Turbulenzen in den Auseinandersetzungen um eine gegen die USA gerichtete Politik. Der Grundkonsens der bürgerlichen Parteien in der Außenpolitik gegenüber Nato und USA, der eben darauf beruht, daß es gegenüber der kapitalistischen Integration in der atlantischen Allianz nur eine revolutionäre Alternative gibt, wird dadurch trotz aller Meinungsverschiedenheiten noch lange nicht aufgehoben.

Anmerkungen

- 1 Zibura, Gilbert: Die Krise des transatlantischen Systems und die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Weltpolitik: Jahrbuch für internationale Beziehungen, Frankfurt/M. (Campus) 1982, S. 15
- 2 Bleicher, Friedemann: Ein Aufstand der Junioren, in: Kommunistische Volkszeitung, 1982 (10. Jg.) Nr. 36
- 3 Schlupp, Frieder: Amerika, Amerika oder das Elend der BRD, in: links, 1981 (13. Jg.) Nr. 138/139
- 4 Steger, Ulrich: Gefährden wirtschaftspolitische Konflikte das westliche Bündnis? in: Europa-Archiv, 1982 (37 Jg) Nr. 24, S. 737
- 5 GATT General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, abgeschlossen 1947
- 6 Steger, Ulrich, a.a.O., S. 739
- 7 IDA. International Development Association, Internationale Entwicklungsgesellschaft, Tochterorganisation der Weltbank, vergibt praktisch zinslose Kredite mit fünfzigjähriger Laufzeit an die ärmsten Entwicklungsländer
- 8 Steger, Ulrich, a.a.O., S. 741
- 9 COCOM: Koordinationsausschuß für Ost-West-Handel, wurde 1949 eingerichtet und koordiniert die sicherheitspolitische Kontrolle des Westens über Exporte fortgeschrittener Technologien
- 10 Hamm-Brücher, Hildegard: Die transatlantischen Beziehungen: Bedeutung, Gefährdung, Chancen. Rede vor dem Industrieclub Düsseldorf, 28.1.1982, in: Der Bundesminister des Auswärtigen informiert, Nr. 1 004 B/82
- 11 Schlupp, Frieder: Innerkapitalistische Konkurrenz Option Europa? in: links, 1982 (14. Jg.) Nr. 147
- 12 Schlupp, Frieder: Amerika, Amerika a.a.O.

USA und Südafrika blockieren Unabhängigkeit Namibias

Ein neuer Anlauf in den Bemühungen um eine Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit schien vor einigen Monaten so gut wie sicher Erfolg zu haben. Es folgten jedoch zwei Einschnitte. Erneut führten südafrikanische Truppen Angriffe gegen SWAPO-Kräfte bis zu 200 km weit auf angolanischem Gebiet durch, die heute praktisch zu einer Okkupation der angolanischen Cunene-Provinz geführt haben. Zweitens hatten die USA und Südafrika den gleichzeitigen Abzug der Kubaner aus Angola mit einem Abzug Südafrikas aus Namibia gefordert, ohne den sie keine Lösung der Namibia-Frage zulassen würden. Diese Koppelung ist für die USA das Herzstück der Bemühungen um eine Neuordnung des südlichen Afrika mit der Eliminierung der sowjetischen Position in Angola und Mosambik. Der Abzug der kubanischen Truppen würde die MPLA-Regierung angesichts der erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wegen der Kämpfe mit den Guerilla der oppositionellen UNITA an den Rand des Sturzes bringen. Für Südafrika bietet sich ohne kubanische Truppenpräsenz und mit einer angeschlagenen angolanischen Regierung viel eher die Chance, bei Wahlen in Namibia den erwarteten unangefochtenen Sieg der SWAPO zu verhindern. Erst recht, wenn der UNITA ein Sieg über die MPLA-Regierung gelingt. Nach amerikanischen Angaben sollen die kubanischen Truppen von 10000 auf 30000 Mann verstärkt worden sein. Seit 18 Monaten führen die USA mit der SU geheime Gespräche über das südliche Afrika. Im Dezember trafen sich zum ersten Mal eine angolansische und südafrikanische Delegation alleine auf ministerieller Ebene. Demnächst sollen Gespräche zwischen Angola und den USA stattfinden.

tm

Keine Änderung in sowjetischer Position zu Afghanistan

Der nach sowjetischer Definition „von Anfang an zeitlich begrenzte“ Einsatz der inzwischen auf über 105000 Mann aufgestockten Sowjetarmee in Afghanistan geht ins vierte Jahr. Die verschiedenen Organisationen des Widerstands nutzten den Jahrestag zu einigen spektakulären Angriffen: auf den wichtigen Stützpunkt der Sowjettruppen Jalalabad, auf den Flugplatz Bagram nahe Kabul, und am 27. Dezember fiel abends in einigen Stadtvierteln der Hauptstadt, insbesondere in den Quartieren der „Militärberater“ der Strom aus. Verschiedene Quellen berichten immer wieder von der Unterstützung, die die Guerilla von sowjetischen Soldaten, die aus den angrenzenden zentralasiatischen Sowjetrepubliken, vor allem aus Usbekistan stammen, erhält. Ein weiterer Schwachpunkt der so-

wjetischen Strategie, nachdem die Stärke der afghanischen Armee in den letzten drei Jahren von rund 90000 Mann auf 25000 bis 30000 zurückgegangen sein soll. – Doch die neue Führung in Moskau scheint nicht bereit, ihre Truppen abzuziehen und den Weg für eine politische Lösung freizumachen. *Prawda* und *Tass* wandten sich jüngst in scharfen Erklärungen gegen alle Spekulationen und Ratschläge dieser Art, wie sie nach dem Tode Breschnews vor allem in US-Regierungskreisen und in der amerikanischen Presse aufgetaucht waren. Unter dem Titel „Wer tritt gegen eine politische Regelung des afghanischen Problems auf?“ bekräftigt ein *Prawda*-Artikel nochmal die Berechtigung der Invasion: Hilfe für „demokratische Veränderungen“ gegen die „externe Konterrevolution“ und Sicherung der eigenen Südgrenze. Als werde die Karmal-Regierung allseits als legitim akzep-

tiert, wird von der Bereitschaft zum unverzüglichen Truppenabzug auf der Basis einer Vereinbarung mit der afghanischen Regierung gesprochen, *sobald die äußere Einmischung aufgehört habe und Garantien gegen ihre Wiederaufnahme gegeben seien* – die unveränderte Grundposition. Und die *Tass* hält allen Vertretern und Organen „vor allem der Länder, die einen nicht erklärten Krieg gegen Afghanistan führen“ entgegen: „Die UdSSR wird ihrer internationalistischen Pflicht bis zum Ende nachkommen beim Schutz Afghanistans gegen fremde militärische Intervention.“ – Das Ende Dezember in Paris zum zweitenmal mit Afghanistan befasste „Ständige Tribunal der Völker“ hat aufgrund zahlreicher Aussagen sowie einer eigenen Untersuchungskommission erneut die sowjetische Kriegführung als Verstoß gegen das Völkerrecht und das Kriegsrecht verurteilt. cf

Langwieriges Gerangel um israelischen Truppenabzug

Im Tagesordnungspoker bei den libanesisch-israelischen Verhandlungen hat die libanesische Delegation einem amerikanischen Kompromißvorschlag zugestimmt. Die libanesische Delegation hatte den Auftrag, lediglich über die „Beendigung des Kriegszustandes“ zu verhandeln, während von israelischer Seite vor allem Verhandlungen über die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen beiden Staaten als Tagesordnungspunkt gefordert wurden. Dem Kompromißvorschlag zufolge soll das Problem der „zukünftigen Normalisierung“ gleichberechtigt mit dem libanesischen Anliegen auf den Tisch kommen. Warum dieses langwierige Gerangel? Israel hat die mit der Operation „Frieden für Galiläa“ verfolgten Kriegsziele nicht erreicht: die PLO konnte zwar geschwächt, aber nicht zerschlagen, nicht einmal vollständig aus dem Libanon vertrieben werden. Die „Neuordnung“ des Libanon hat nicht stattgefunden; ein Friedensvertrag ist vorerst nicht in Sicht. Nicht einmal die Rolle der selbsternannten Ordnungsmacht kann Israel im Libanon spielen, wie Kämpfe zwischen den verschiedenen Milizen in der vergangenen Zeit zeigen. Vielmehr entwickelt sich der Widerstand gegen die *Besatzer*, dem die Israelis mit erstaunlicher Passivität begegnen; man denke etwa an den Explosions„unfall“ in Tyrus. Armee und Regierung brauchen dringend vorzeigbare Beutestücke, um im Nachhinein die materiellen und politischen Kosten des Krieges zu legitimieren. Die Gefangenen, die Israel gemacht hatte, eignen sich nicht recht als Faustpfand, sondern

sind zum Tauschobjekt mit der PLO geworden, zum Anlaß, den Bruch des nationalen Konsenses in den Reihen der Armee womöglich zu vertiefen.

Eine Art „kleiner Friedensvertrag“ mit dem Libanon müßte schon herauskommen für Israel. Daher das Interesse, nicht nur über den Abzug der Truppen aus dem Libanon zu verhandeln, wobei auch die Reihenfolge noch strittig ist: erst die israelischen und dann die syrischen und palästinensischen Verbände. So wird es von der libanesischen Delegation verlangt, die ausschließlich die Beendigung des Kriegszustandes besiegeln will, gestützt auf das 1949 geschlossene Waffenstillstandsabkommen. Dem Wortlaut gemäß soll es „bis zur Verwirklichung einer friedlichen Lösung zwischen den beiden Parteien in Kraft bleiben“, verändert oder revidiert werden kann es nur mit gemeinsamer Zustimmung. Von libanesischer Seite wird auf die Gültigkeit des Abkommens gepocht; von der israelischen Verhandlungsdelegation wird sie in Frage gestellt. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß das gemeinsame Abkommen nach Auffassung des israelischen Delegationsleiters Kimche wegen der „de-facto-Kriegserklärung“ des Libanon 1967 und des Kairoer Abkommens von 1969 mit der PLO „null und nichtig“ ist.

Welcher Art der Frieden zwischen den betroffenen Völkern sein kann und wird, hängt nicht zuletzt von der Haltung der israelischen Opposition zur Souveränität des Libanon und den Rechten der Palästinenser ab. Jutta Löwe □

Landschaft nach der Schlacht



Polen nach einem Jahr Kriegsrecht

Wie man's dreht und wendet: Im nachhinein erscheint der Gewaltstreik des 13. Dezember 1981 noch zwangsläufiger als im ersten Augenblick schon. So etwas gibt es in der Geschichte: Niederlagen, die für den Augenblick unvermeidlich sind. Entscheidend ist letztlich, wie sie verdaut werden und was die siegreichen Machthaber mit dem gewonnenen Spielraum anfangen.

Darüber läßt sich jetzt schon mehr sagen. War die *Solidarność* als gesellschaftliche Bewegung stark gewesen durch ihren visionären Bezug auf das weite Ziel der selbstverwalteten Republik, aber in einer blockierten Situation als Organisation zunehmend politikunfähig geworden – so sind ihre Bezwingler fern davon, der Gesellschaft irgendein Ziel zeigen zu können oder auch nur zu wollen. Aber eines muß man Jaruzelski, seinem Vize Rakowski und den übrigen Mitgliedern dieses militärisch-zivilen Direktoriums, das als graues Kabinett außerhalb jedes Verfassungsrahmens die Zügel in der Hand hält, lassen: Sie sind als Politiker mit allen Wassern politischer Reaktion gewaschen.

Dabei entbehrt die Szenerie dieser „Landschaft nach der Schlacht“ nicht der surrealen Züge:

Zwecks Aussetzung des Kriegsrechts werden Formen des Zwangs institutionalisiert, die es so zuletzt in der Stalin-Ära gegeben hatte. Gesetzliche Arbeitspflicht, keiner kann von sich aus kündigen in einem „volkswirtschaftlich wichtigen Betrieb“ aber jederzeit gekündigt und mit einem „Marschbefehl“ im Arbeitsbuch abkommandiert werden; Koalitions- und Streik

recht sind aufgehoben. Aber durchgesetzt wird dieser despotische Arbeitszwang vor allem mit Methoden kapitalistischer Vogelfreiheit: der planmäßigen Schaffung einer Arbeitslosenarmee aus allen renitenten und unzuverlässigen Elementen der Gesellschaft. Natürlich fehlt der Terror nicht, wo immer es zu Zusammenrottungen kommt. Aber der Terror wird sozusagen rechtsstaatlich korrekt geübt, Blut so sparsam wie möglich vergossen. Tausende sind in Schnellgerichten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt – aber in Prozessen gegen prominente Mitglieder der „Solidarität“ kann sich die Justiz mit der Aura einer gewissen milden Unabhängigkeit umgeben. Maßvolle Urteile gegen den populären Wladyslaw Frasiński, Mitglied der Untergrundleitung von „Solidarität“ aus Wrocław, und seinen Nachfolger Piotr Bednarz. Vier Jahre für einen Umsturzversuch, da sag was!

Während ein kleiner Kern von Gewerkschaftsführern und ehemaligen KOR-Mitgliedern als Staatsverbrecher ausgesondert worden ist, kamen andere frei. Auch Lech Walesa, der nichts unterschrieben und nichts zugesagt hat. Er darf sich als zwangsweise in den Ruhestand versetzter Arbeiter general am Fenster zeigen, sich „privat“ mit westlichen Korrespondenten unterhalten. Will er öffentlich sprechen, wie am 17. Dezember auf einer Gedenkfeier vor der Lenin-Werft, wird die Szene zum schlechten Film: Eine schwarze Limousine der Staatssicherheit holt ihn ab, fährt ihn stundenlang durch die Gegend, bis die Zusammenrottung vor der Werft mit Tränengas aufgelöst ist. Von der Pressepolitik könnten abgebrühte *BILD*-Schreiber noch lernen: Man gibt zu verstehen, daß Walesa je-

derzeit zur Zusammenarbeit eingeladen bleibe, sie eigentlich auch zugesagt habe – allerdings gäbe es da Photos, die den Mann als schlimmen Sex-Maniak zeigten; auch müsse die Prüfung der Gewerkschaftskasse erst einmal abgewartet werden.

Ein Firnis westlicher Modernität wurde selbst dem Kriegsalltag 1981 aufgetüncht: plötzlich Erscheinen schwedischer Nuditäten-Kalender an den staatlichen Zeitungskiosken; plötzlich Rockfestivals für die Jugend; plötzlich lauter solche Dinge, die vorher verpönt waren. Alles für einen ruhigen Pöbel und einen starken Staat.

Aber das ist natürlich inoffiziell. Offiziell gibt sich das Regime spartanisch, patriotisch bis zum Exzeß. Nicht die absolute wissenschaftliche Wahrheit des Marxismus-Leninismus gilt als die Legitimitätsbasis, sondern die zu einem übergeschichtlichen Postulat erhobene polnische Staatsraison, die über jedem „Gruppeninteresse“ stehe. Die Avancen, die der Kirchenführung gemacht werden, prominente katholische Laien in die „Patriotische Bewegung zur nationalen Errettung“ (PRON) zu schicken, sind in ihren Zielen so durchsichtig wie dennoch ernsthaft und beharrlich. Jaruzelski sucht seine Version eines nationalen Kompromisses. Dafür hat er nicht nur die Partei als ganze ins zweite Glied gerückt, jedenfalls bis auf weiteres; er hat in letzter Zeit direkte Disziplinierungsmaßnahmen gegen einige Häupter der Orthodoxie ergriffen. So ist das frühere Politbüro-Mitglied Grabski mit einem Disziplinarverfahren überzogen worden. Er hatte in einem „Offenen Brief“ an die Parteimitglieder eine absolute negative



Bilanz des Kriegsrechts gezogen, eben weil die Partei nun vollends ruiniert sei, den Arbeitern verhaßt und entfremdet, ohne Ideologie und Ziel.

Die Bedenken Grabskis (als Attaché an die Botschaft in Ost-Berlin abgeschoben) sind auch ganz offensichtlich die der Verbündeten. Man betrachtet das Warschauer Direktorium mit größtem Mißtrauen. Aber Jaruzelski seinerseits kann die Kühle, mit der er in Moskau zuletzt behandelt wurde, innenpolitisch brauchen. Eine Alternative zu seinem Regime hat man dort nicht. Dasselbe gilt für die westlichen Gläubigerstaaten und Bankiers, die ohnehin ebensoviel Erpresser wie Erpreßte sind. So sitzen diese Virtuosen der Machterhaltung, die Fanatiker der polnischen Staatsraison, momentan relativ sicher im Sattel – während das Land noch tiefer im Morast versinkt.

Die polnische Industrieproduktion dürfte 1982 um ca. 12% gesunken sein, das Sozialprodukt um 5–6%. Wenigstens ein Drittel der Bevölkerung ist unter jedes soziale Minimum gedrückt. Die Einbrüche der Industrieproduktion konzentrieren sich auf die Konsumgüterindustrien und die Bauwirtschaft sowie auf die für die künftige Produktivitätsentwicklung entscheidenden Branchen, die Maschinen- Elektro- und Elektronikindustrie. Die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 48 Stunden oder mehr (vor allem in den Grundstoffindustrien) stößt bereits auf absolute Schranken: physische Erschöpfung, Raubbau am technischen Material, sprunghaftes Ansteigen der Unfallziffern, über 100 Tote allein im Kohlebergbau. Und selbst mit den gewaltsam gesteigerten Kohleexporten ist nur ein Bruchteil der Zinsen im Westen und der dringendsten Gegenlieferungen im Osten zu zahlen. Ohne Exporte aber keine Importe. Es ist ein Teufelskreis. Ebenso wie es ein Teufelskreis ist, daß ohne jedes Angebot städtischer Industriegüter die Bauern nicht dazu gebracht werden können, für „Affengeld“ (wie die Zloty genannt werden) ihre Produkte an die staatlichen Handelsgesellschaften zu verkaufen. Sowenig wie die Arbeiter für diese Löhne und unter regelrechten Zwangsbedingungen zu großen Anstrengungen bereit sind. Aber die größten Produktivitätsverluste entstehen ohnehin wie eh und je im bürokratischen Wirtschaftschao selbst. Das Regime hat die Selbstfinanzierung der Betriebe verfügt, während zugleich ein Großteil der Produktion zwangsbewirtschaftet wird. Es scheint eben der Fall eingetreten zu sein, vor dem die Ökonomen in der Wirtschaftsreformdebatte 1981 am meisten gewarnt haben: administrative Reformen von oben, denen alle Voraussetzungen fehlen.

Die Betriebsgewerkschaften, die an die Stelle der aufgelösten „Solidarität“ treten

sollten, waren ein wichtiges Element dieser Reform von oben. Dem ungarischen Vorbild abgeschaut, sollten sie als Korrektiv wirken, ehrgeizigen Elementen aus der Arbeiterschaft wieder einen gesunden Weg der Karriere eröffnen, die Erstarrung lösen. Das entwickelte sich zum Fiasko: Zum Jahresbeginn gab es, statt in den vorgesehenen 10000 Pilotbetrieben (von 60.000 Betrieben insgesamt) nur in 2500 Betrieben tatsächlich Gewerkschaftsgruppen. Aber in allen entscheidenden Großbetrieben waren es gerade 100, 200 oder 300 Leute bei Belegschaften von 30000, 60000 oder 80000. So in der Lenin-Werft, so in den Ursus-Traktorenwerken, so in der Huta Katowice und der Nowa Huta – überall. Man kann über schlagen, daß nach offiziellen Angaben bisher maximal 300000 Leute diesen Regimegewerkschaften beigetreten sind – nicht einmal die Parteimitglieder. Der Boykott der neuen Gewerkschaften durch die „Solidarität“ trifft sich mit dem abgrundtiefen Abscheu, aber auch der Resignation und dem reinen Desinteresse der breiten Mehrheit.

Dies ist sicher heute eine wichtige Ebene der Auseinandersetzung mit dem Regime. Aber auf dieser Ebene kann sie nicht entschieden werden. Auf längere Sicht ist es noch ganz unabsehbar welche sozialpsychologischen und politischen Folgen der reale Zerfall des ganzen gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs in einem so entwickelten, hochorganisierten Gemeinwesen letztlich haben wird. Welche gesellschaftlichen Kluften werden sich da auf tun? Etwa zwischen einer physisch und moralisch erschöpften Kriegsgeneration, die nun auch im dritten oder vierten Anlauf keine wesentliche Verbesserung ihrer Lage erreicht hat, und einer Jugend, in der sich Desperado-Mentalität breitmacht? Oder sind es die Männer die kämpfen, und die Frauen sind nur die Packesel ihrer historischen Schlachten? Was ist mit dem Gegensatz von Landbevölkerung und Städten – muß der allgemeine Mangel, der Rückfall in Naturaltausch nicht die alten Gehässigkeiten wieder aufleben lassen? Die Intellektuellen flüchten sich zur Not in die „innere Emigration“ – wohin können die Arbeiter flüchten? Alkoholismus, Kriminalität, ziellose Aggressionen werden zur Massenerscheinung. Schon kurz vor dem 13. Dezem-

ber kam es in einer polnischen Kleinstadt zu einem regelrechten Pogrom gegen Zigeuner – in einer Situation sozialer Verzweiflung kann sich auch Obskurantismus, Chauvinismus, kann sich alles mögliche breitmachen.

Sicher sind das nur Teilphänomene. Sicher ist die Aufgeklärtheit, die Organisiertheit, die „Masse an Bewußtsein“ (in Lenin-scher Terminologie) in der polnischen Gesellschaft heute ungleich größer als vor dem August 1980. Es gibt eine „Gesellschaft im Untergrund“ die die Sache der Solidarność weiterführt. Nur, welchen Umfang haben diese Teilphänomene, in welchem Umfang repräsentiert die „Gesellschaft im Untergrund“ die wirkliche Gesellschaft?

Auf diesen Tatbestand eines tatsächlich zersetzten gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs reagiert die katholische Kirche – wobei allerdings im Innern dieser monolithischen Körperschaft eine offene Auseinandersetzung entbrannt zu sein scheint. Um reine Nachgiebigkeit gegenüber dem Regime geht es in jedem Falle nicht so sehr. Eher könnte sich schon eine Auffassung durchsetzen, die die im Korporatismus erstarrten Gesellschaftsformen dieses realen Sozialismus für ein gar nicht so ungeeignetes Feld einer katholisch-konservativen „Erneuerung“ hält.

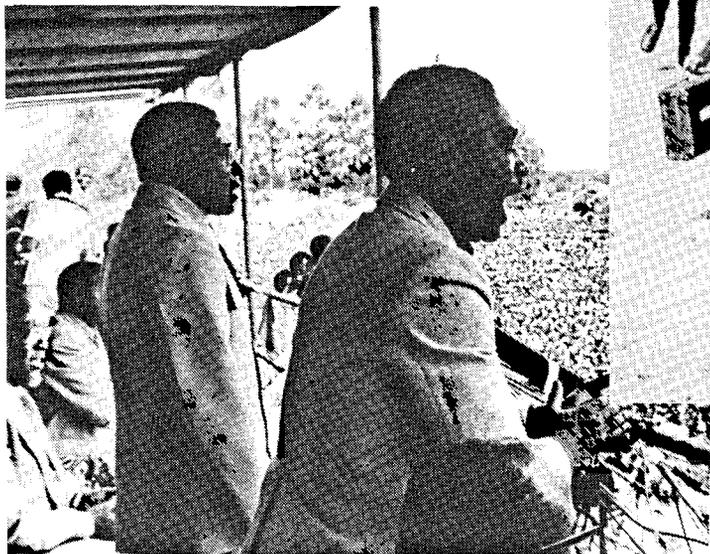
Reagieren aber muß auch die Untergrund-Leitung der „Solidarität“ Was da von Zbigniew Bujak, dem wohl einflußreichsten Mitglied, entwickelt wird als Resümee der Lage und als Perspektive des Widerstands (vgl. das Interview mit Bujak auf Seite 53 in diesem Heft), läßt hoffen. Daß die Organisation im Untergrund wieder aufgebaut werden und überleben konnte, sagt Bujak, sei schon eine entscheidende neue Erfahrung und ein Erfolg gewesen. Jetzt gehe es darum, den Boykott der Regime-Gewerkschaften zu verbinden mit dem Kampf um legale Betätigungsspielräume und die Erkämpfung eines Feldes konstruktiver Arbeit, um aus der Wirtschafts- und Sozialkatastrophe herauszukommen. Die Untergrund-Leitung will ein positives Programm ausarbeiten, um das sich die Gesellschaft zusammenschließt, auf dem sie tätig werden kann.

Mir scheint dies eine richtige Reflexion dessen, daß eine revolutionäre Bewegung in den Gesellschaften des Staatsmonopols von vorneherein eine noch entwickeltere, alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende, in noch vollere Sinne „gesamtgemeinschaftliche“ Alternative sein muß als in den Gesellschaften des Westens, wo – trotz der Ausbildung staatsmonopolistischer Strukturen – das dominierende Produktions- und Eigentumsverhältnis, das Kapital, dennoch nur ein Element in dieser Gesellschaft bildet.

Gerd Koenen

Zimbabwe

fast drei Jahre unabhängig



Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?

Thomas Frank, der uns diesen Artikel aus Zimbabwe schickte, arbeitet seit eineinhalb Jahren in einer Druckerei der ZANU in der Hauptstadt Harare (vormals Salisbury) und bildet dort einheimische Schriftsetzer aus. In dieser Zeit konnte er die Bemühungen der neuen Regierung um die Umgestaltung der Gesellschaft in einem für afrikanische Verhältnisse hoch entwickelten Land beobachten — entwickelt im Sinn einer relativen Industrialisierung und einer sehr produktiven Landwirtschaft im Besitz der Weißen, mit allen Muttermalen der jahrzehntelangen rassistischen Unterdrückung, Erniedrigung und Entmündigung der Schwarzen, die von ihrem Boden verdrängt wurden. Arbeit, Freizeit und verschiedene Reisen quer durchs Land boten dem Autor zugleich Gelegenheit, Erfolge wie Probleme der Reformen, vor allem die Erwartungen und Reaktionen der Bevölkerung, ob Arbeiter oder Bauern, ehemalige Guerillakämpfer oder zurückgekehrte Intellektuelle, ob Hausangestellte oder Kriegerwitwe mit einem Stückchen Land, kennenzulernen. Der Bericht untersucht einen Teil der Schwierigkeiten, auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen.

Drei Jahre ist es nun her daß die Patriotische Front (der Zusammenschluß der beiden Befreiungsorganisationen ZANU und ZAPU) mit ihrer Zustimmung zu einem politischen Kompromiß den Guerillakrieg in Zimbabwe, damals von den Siedlern noch Rhodesien genannt, beendete. Seit fast drei Jahren ist Zimbabwe unabhängig, die ZANU ist die größte Partei im Parlament und stellt den Kern der Regierung Ergebnis der in dem Kompromiß vereinbarten Wahlen.

Weiter beinhaltet der Kompromiß die Garantie des Eigentums unter dem Abschnitt „Menschenrechte“ in der Verfassung; die Zulassung von Nationalisierungen nur gegen „angemessene Entschädigung“ und bei Vorliegen definierter Gründe (Änderung dieses Teils der Verfassung ist nur per einstimmigem Parlamentsvotum möglich); den Weißen werden auf 10 Jahre 20 von 100 Parlamentssitzen garantiert (ihr Bevölkerungsanteil liegt bei 2,5%).

Die ZANU hat diesem Kompromiß zugestimmt, obwohl sie noch kurz vorher in ihrer Zeitung alle diese Punkte als unzumutbar zurückgewiesen hatte. Ausschlaggebend dafür war schließlich, daß die Frontstaaten, unter denen Mosambik, Sambia und Tansania von zentraler Bedeutung für den Guerillakrieg waren, wirtschaftlich ausgeblutet auf Annahme drängten. Die ZAPU hätte das Abkommen auch alleine abgeschlossen, was ein international anerkanntes Regime herbeigeführt und aus verschiedenen Gründen der ZANU auf unabsehbare Zeit eine wirkungsvolle Fortführung des Kampfes unmöglich gemacht hätte.

Erste Auswirkungen hatte das Abkommen unverzüglich: Die Guerillatruppen wurden in Sammelpunkten zusammengezo-

gen und damit die größten Teile des Landes jeglicher ZANU-Präsenz entblößt. Neben der Guerilla besaß die ZANU keine wirkliche Organisation in Zimbabwe. Durch die Ausgliederung von 800 politischen Kommissaren aus der Guerilla und deren Verteilung über das Land versuchte die ZANU zu retten, was zu retten war das scheiterte u.a. aber an finanziellen Problemen. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne wechselte damit nicht nur personell, sondern auch klassenmäßig der Personenkreis, der in Zimbabwe für die ZANU stand. Waren es vorher die jungen Leute, für die ihre beschränkten Ausbildungsmöglichkeiten und die drängende Landnot entscheidende Gründe waren, sich der Guerilla anzuschließen, so wurde der Wahlkampf von heimgekehrten Exilanten, Politikern und Intellektuellen geführt. Auf örtlicher Ebene wurde die Partei von nun an häufig durch Geschäftsleute repräsentiert. In der Folge verloren auch die Bauernkomitees die Befugnisse, die sie in den von der ZANU kontrollierten Gebieten hatten, weil alle Strukturen in einem verfassungsmäßigen parlamentarischen Prozeß zu reformieren waren und somit die alten rhodesischen zunächst wieder Gültigkeit besaßen.

Die gesellschaftlichen Probleme, zu deren Lösung die Regierung antrat, waren gewaltig. Über 1 4 Mio. Menschen strömten auf das Land zurück, das sie als Flüchtlinge oder Zwangsumgesiedelte verlassen hatten. Sie mußten auf dem Land erst mal wieder unterkommen, obwohl die afrikanischen Landesteile hoffnungslos überfüllt waren. 780000 Familien (vier Millionen Menschen) waren hier von den Siedlern auf dem schlechtesten Boden zusammengehalten worden. Die Überbeanspruchung des Bodens hat in diesen Gebieten teilweise ökolo-

gisch verheerende Folgen gezeitigt wie Versteppung und Verwüstung.

Demgegenüber ist die weiße Landwirtschaft hochentwickelt. Vom Staat bis dahin in jeder erdenklichen Weise gefördert, produzierte sie 1980 13% des Bruttosozialprodukts und kamen 42% der Devisen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Diese Quoten steigen seitdem noch. Einige wenige der weißen Farmen sind bis zu 500000 ha groß. Im Jahresschnitt werden auf den Farmen 52 Arbeiter beschäftigt, aber auf 14 Farmen sind es 1800 Arbeiter. Der weitaus größte Teil der Lohnabhängigen arbeitet somit auf den 5400 Farmen, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit fast genau soviel Land wie die afrikanischen Bauern zur Verfügung hatten. Die Farmarbeiter waren in einer besonders elenden Lage. Ohne Transportmittel nur sehr beschränkt beweglich, waren sie völlig ihrem Farmer ausgeliefert. Es gab kaum Schulen für die Kinder, kaum medizinische Versorgung, und ihre Kinder waren in der Regel unterernährt.

Wohl fand die Regierung eine relativ entwickelte Industrie vor (nach Südafrika die entwickeltste auf dem afrikanischen Kontinent, sie liefert über ein Viertel des Bruttosozialproduktes und hier sind nach der Landwirtschaft die meisten Menschen beschäftigt), doch sind die sozialen Widersprüche in der Industrie nicht weniger schroff. Nahezu die gesamte Facharbeiterschaft, wie auch große Teile der Verwaltung, bestand aus Weißen. Ihre Löhne waren und sind wahrscheinlich immer noch zehnmal so hoch wie die der schwarzen Arbeiter, die wegen der geringen Löhne und auch als Rückversicherung für alle Fälle auf dem Land oftmals noch einen kleinen Acker hatten, der von Frau und Kindern bestellt wurde.

Zu mehr als zwei Dritteln ist die Industrie in ausländischer Hand, und trotz ihrer Vielseitigkeit ist sie in einigen Bereichen stofflich ebenfalls stark von Lieferungen aus dem Ausland abhängig, die zum großen Teil aus Südafrika kommen. 40% der industriellen Chemikalien werden zum Beispiel eingeführt. Schätzungen zufolge sollen 22% des industriellen Wertproduktes lediglich die Übertragung des Wertes der aus dem Ausland eingeführten Halbfertigwaren und anderer Zutaten in das neue Produkt verkörpern.

Angeführt werden muß hier auch, daß die drittgrößte Gruppe der Beschäftigten die Hausangestellten bildeten, was sich noch als hartnäckige gesellschaftliche Blockade für den Aufbau des Landes erweisen wird. Die Arbeitslosigkeit war und ist hoch, genauere Zahlen liegen nicht vor. Aber vermutlich liegt sie eher bei 30 als bei 20%. Allein in der Hauptstadt fehlten schätzungsweise 50000 Wohnungen, obwohl die eigentliche Landflucht nach Wegfall der rassistischen Gesetze erst noch zu erwarten ist.



Reformen verbesserten die Lebensbedingungen, doch der Spielraum für durchgreifende Veränderungen ist eng

Die Antwort der Regierung auf diese Probleme war zunächst sehr pragmatisch. Gleich nach dem Wahlsieg hielt Premierminister Mugabe eine Rede, in der er zur Versöhnung aufrief. Jeder, gleich welcher Rasse und Partei, sollte eine Rolle beim Aufbau des Landes zu spielen haben. Diese taktisch zweifellos geschickte Politik brachte die gewünschten Resultate: Es gab keine panikartige Flucht der Weißen (es gibt allerdings einen beständigen Strom von Auswanderern, 1982: 20500), es gab keinen Einbruch in der Ökonomie, ganz im Gegenteil: Die Aufhebung der Sanktionen führte insbesondere in der Farmwirtschaft zu einem Aufschwung. Das schuf Raum für einige soziale Reformen: Medizinische Versorgung ist kostenlos für alle, die unter 150 Dollar (ungefähr das Dreifache in DM) verdienen, Grundschulausbildung wurde schulgeldfrei mit dem Effekt der Verdreifachung der Schülerzahlen in zwei Jahren; Mindestlöhne wurden gesetzlich festgelegt (sie betragen heute bei Farmarbeitern und Hausangestellten 50 Dollar und bei Industriearbeitern 105 Dollar); Frauen erhielten das Recht auf dreimonatigen (allerdings noch unbezahlten) Urlaub nach der Entbindung; seit kurzer Zeit werden afrikanische Frauen volljährig, d.h. mündig; Betriebsräte wurden geschaffen und ein betriebliches Komitee, in dem sich Betriebsräte und Management zu treffen haben (wobei bis jetzt wirklich definierte Rechte und Einflußmöglichkeiten fehlen). Für Hausangestellte wurden Mindestbedingungen festgelegt wie zwei Wochen Jahresurlaub und der neunehalb-Stunden-Tag.

Diese Reformen konnte die Regierung vornehmen, obwohl anfangs im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit die Übernahme des Staatsapparates und die Bildung einer nationalen Armee aus den beiden Guerillaarmeen und der rhodesischen stehen mußte. Eine Aufgabe, die, behutsam angepackt, ebenfalls im großen und ganzen erfolgreich gelöst wurde.

Es wäre zynisch, die Bedeutung solcher Veränderungen für viele Millionen Men-

schen geringzuschätzen, obwohl auch in bezug auf diese Reformen wesentliche Maßnahmen noch ausstehen (z.B. was die Schulhalte angeht, die Erwachsenenbildung oder auch die medizinische Versorgung, die, obwohl frei, für die große Mehrheit auf dem Lande wegen fehlender Ärzte nur auf dem Papier steht). Geringschätzung ist nicht der Grund, warum diese Reformen hier nur kurz skizziert wurden, vielmehr soll untersucht werden, in welche Richtung diese und andere Veränderungen zielen.

Der Spielraum für Veränderungen ist durch die besondere Konstellation von Widersprüchen für einige Zeit recht eng. Der rhodesische Staat unter Smith war insbesondere Vertreter der rassistischen Interessen der weißen Arbeiter und des Bedürfnisses der Farmer nach billigster Arbeitskraft. Das große Kapital war von Anfang an mehr an einer Form „innerer Lösung“ interessiert, d.h. ruhig eine schwarze Regierung, aber keine grundlegenden sozialen Umwälzungen. Wenngleich das Smith-Regime natürlich unter den wirtschaftlichen Zwängen politisch auch einiges für das große Kapital regeln mußte, gerieten die Interessen der Siedler und die des Kapitals doch immer wieder dort in Widerspruch, wo rassistische Privilegien der Verwertung des Kapitals im Wege standen.

Der afrikanischen Gesellschaft wurde der Kapitalismus aufgepfropft. Er hat sich nicht in ihr entwickelt, mit dem Ergebnis, daß einige seiner revolutionären Potenzen nie wirkten (bzw. erst jetzt sich entwickeln): Er hat nie als Gleichmacher gewirkt; der Lohn der afrikanischen Arbeiter lag unter dem physischen Existenzminimum. Solchen Lohn zu ermöglichen war ja der Zweck der Zwangsansiedlung der Afrikaner auf dem unfruchtbaren Boden. Dort konnten sie nicht als Bauern leben, in der Stadt konnten sie nicht als Lohnarbeiter leben, beides mußte zusammenkommen. So entwickelte sich kein historisches Element in dem Wert ihrer Arbeitskraft, und es konnte sich kein einheitliches Interesse der gesamten Arbeiterklasse herausbilden. Die kapitalistische Siedlergesellschaft ist auch nicht an Widersprüchen zerbrochen, die sich in den modernen Bereichen entwickelt



hätten. Das rhodesische Regime ist am Landhunger hunderttausender Subsistenzbauern gescheitert.

Für heute hat das weitreichende Konsequenzen: Eine einfache Umverteilung des Landes von den Farmern, die mechanisierte, hoch produktive Landwirtschaft betreiben, an afrikanische Bauern mit noch sehr unentwickelten Formen des Ackerbaus würde direkt in eine Hungersnot münden. Der städtische Sektor ist zu weit entwickelt, um von einer Landwirtschaft ernährt werden zu können, die gerade die Überschüsse auf den Markt trägt. Die weiße Gesellschaft hält als solche auch noch zusammen, so daß ein härteres Vorgehen gegen die Farmer zu weiterer Flucht des qualifizierten Personals aus den Städten führen würde. Das bedeutet auch, daß sich die Regierung nicht auf den fachkundigsten Teil der Arbeiterschaft stützen kann.

Fast drei Jahre nach der Unabhängigkeit stoßen die durch den wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichten Reformen an die Grenzen des Machbaren. Mit Verzögerung hat die weltweite Krise des Kapitals auch Zimbabwe erfaßt. Ernste Devisenknappheit bei gleichzeitiger Notwendigkeit, den Produktionsapparat zu erneuern, hohe Inflation, sinkende Wachstumsraten usw.. Die Symptome taugen schon zur Begründung von Bedenken daran, ob sich die erreichten Maßnahmen halten lassen. Die Entwicklung ist an einen Punkt gekommen, an dem eine Auflistung geplanter Reformen nicht mehr als Programm taugt. Alle Regierungspapiere zeichnen sich durch ein Vielerlei und Nebeneinander aus, ohne daß eine eindeutige Richtung erkennbar wäre.

Zur Illustration der Gefahr für die Regierung, in solcher Lage zur Vollstreckerin von „Sachzwängen“ zu werden, mag das Heinze-Geschäft dienen. Nach zweijährigen Verhandlungen hat dieser große amerikanische Konzern die Regierungserlaubnis erhalten, den zimbabweschen Betrieb Olivine Industries zu 51% aufzukaufen. In beiden Fällen handelt es sich um lebensmittelverarbeitende Gesellschaften. Nun ist gerade dieser Industriezweig in Zimbabwe weit entwickelt. Fast 25% des industriellen Wertproduktes werden in der Lebensmittelindustrie erzeugt. Dieser Industriebereich

hat auch die niedrigste Rate in bezug auf die Verarbeitung ausländischer Materialien, ist also stofflich recht unabhängig vom Ausland. Der einzig kurzfristig ersichtliche Vorteil ist, daß das Land über 20 Mio. US-Dollar mehr an Devisen verfügen wird und über das Versprechen des Konzerns, weitere 30 Mio. anzulegen. Diese Anlage könnte dann aber auch, wie oft genug geschehen in anderen Ländern, im Kauf zweitklassiger oder gebrauchter Maschinerie bestehen. Um Vermittlung von notwendiger hochwertiger Technologie geht es dabei jedenfalls nicht. Warum stimmt die Regierung dann einer solchen Verletzung ihrer ansonsten schon großzügigen Leitlinien für ausländische Investitionen zu? Der Preis ist m.E. zu hoch: Nach Steuerabzug werden in Zukunft 50% der Profite in die USA fließen können (an diesem Punkt verspricht die Regierung in ihren Leitlinien gar noch Liberalisierung), neben all den sonst noch möglichen und üblichen Transferschiebungen innerhalb eines solchen internationalen Konzerns.

Als Anreiz für andere potentielle Investoren, die dann Arbeitsmöglichkeiten schaffen könnten, (als das er wohl gedacht ist), dürfte dieser Handel allein wegen der internationalen Wirtschaftslage kaum dienen. Das kann auch nicht der Weg sein, die nötigen Ressourcen zu mobilisieren, um die Reformen durchführen zu können. (Oder hat hier die Tatsache, daß Zimbabwe unter den afrikanischen Empfängerländern amerikanischer Entwicklungshilfe ganz oben steht, schon bei der Entscheidung geholfen?)

Die Bauernfamilien brauchen dringend Land. Wird das Umsiedlungsprogramm ihre Hoffnungen erfüllen?

Auch das sowieso schon bescheidene Umsiedlungsprogramm steht mit einer krisenhaften Entwicklung auf der Kippe. 15000 Familien sind von der Regierung auf aufgekauft weißes Farmland umgesiedelt worden. 162000 sollen es in jetzt noch 2¼ Jahren sein. Diese Versprechungen sind gemacht worden, obwohl die Kosten um das Fünffache die Gelder übersteigen, die von Großbritannien und den USA für das Umsiedlungsprogramm zugesagt worden sind. (Diese Zusagen waren ebenfalls eine Voraussetzung des Lancaster-House-Kompromisses.) Legt man den im laufenden Haushalt zur Umsiedlung ausgewiesenen Posten zugrunde, wird das Umsiedlungsprogramm länger als das Doppelte der ursprünglich geplanten drei Jahre dauern.

Mit der krisenhaften Entwicklung werden andere Bedingungen, unter denen dieses im ganzen unzureichende Umsiedlungsprogramm nur sein Ziel – nämlich daß jeder Bauer in der Lage sein soll, ein Jahreseinkommen von 400 Dollar zu erwirtschaften – erreichen kann, höchst fraglich, ja hoffnungslos. Eine dieser Bedingungen ist, daß ungefähr 230000 Arbeiter die jetzt noch ei-

nen Acker haben, ganz von einem Lohneinkommen leben können, damit ihr Land von anderen, im afrikanischen Land verbleibenden Bauern genutzt werden kann. Aber selbst in den beiden Aufschwungjahren hat es für 130000 neu auf den Arbeitsmarkt Kommende keine Stellen mehr gegeben. Mit jeder Erhöhung der Mindestlöhne werden mehr Hausangestellte arbeitslos. Der Wirtschafts- und Finanzminister hat denn auch angekündigt, daß in bezug auf die Mindestlöhne keine gesetzlichen Initiativen mehr zu erwarten seien. Aber selbst nach zweimaliger gesetzlicher Erhöhung liegen alle Mindestlöhne noch unter dem Existenzminimum. Auch die geplanten industriellen Wachstumspunkte auf dem Land entwickeln sich womöglich langsamer: sie haben sowieso schon kaum kurzfristige Wirkung. 400000 Familien müssen aber zur Erreichung des gesteckten Zieles aus anderen Mitteln ihr Leben fristen als durch Landwirtschaft in den afrikanischen Gebieten. Alle drei Kanäle, über die Menschen aus diesen Gebieten abgezogen werden sollen, scheinen damit aber nicht zu arbeiten. Dies ist ohne Frage sehr gefährlich.

Es war der Landhunger der die Bauern veranlaßte, die Guerilla zu unterstützen. Weit über 100000 Bauern betreiben Landwirtschaft auf besetztem Boden. Ein Mißerfolg der Regierung in dieser Frage muß verheerende Folgen haben. Schon jetzt speist sich die Unterstützung des Bandenwesens ehemaliger ZAPU-Guerillas durch die Bauern im Matabeleland aus diesem



Widerspruch, auch wenn am Ausgangspunkt Putschpläne und -vorbereitungen von Teilen der ZAPU mit sowjetischer Unterstützung gestanden haben mögen.

Elemente eines Entwicklungsprogramms

Von einigen Autoren (u.a. Roger Ridell) sind Vorschläge gemacht worden, wie auch unter diesen sehr spezifischen Bedingungen grundlegende Probleme angepackt werden könnten. Den weißen Farmern sollte z.B. eine zehnjährige Übergangsfrist gesetzt werden, an deren Ende das Aufkaufen ih-

erwähnten Maßnahmen noch vorhandenen ausländischen Kapitals sicher genügend Manövrierraum. In Teilbereichen wäre eine stärkere Abkoppelung von internationalen Märkten eine Bedingung, um sich in Zimbabwe besser zu entwickeln. Es wäre zu überlegen, wie gerade die handwerklichen und ähnliche Betriebe, die sich vielfach bilden, geschützt werden könnten. Zur Bildung der Arbeiter wäre es von Nutzen, sie mit festgelegten Kontroll- und Einspruchsrechten auszustatten. In allen Bereichen wären vorteilhaft arbeitende genossenschaftliche Zusammenschlüsse zu propagie-

dann noch weniger erlauben, daß auf die Aussagen, die sie während des Krieges gemacht hat, Bezug genommen wird, insbesondere was die Landfrage angeht. Eine gründliche politische Debatte gibt es ohnehin nicht, obwohl die Minister die unterschiedlichsten Ansichten äußern. Ohne ein überzeugendes Entwicklungskonzept für die ganze Gesellschaft kann dann als kitternde Masse für die ZANU schnell das soziale Interesse der in den Staatsapparat und in die staatlichen Organisationen geschwemmten Kader übrigbleiben. Blicke das besondere Interesse dieser Leute als einigendes Band, würden sich politisch schnell die „Sachzwänge“ durchsetzen. In der zerfallenden Allklassenkoalition, die die ZANU bis jetzt dargestellt hat, hätte die Arbeiterbewegung damit von vornherein eine schlechte Ausgangsposition.

Wesentlich werden wahrscheinlich jetzt schon Initiativen aus zwei Bereichen der Gesellschaft sein: Erstens, inwieweit und wie schnell intellektuelle Kreise die sehr besonderen Probleme Zimbabwes theoretisch zu würdigen und aufzuarbeiten in der Lage sind. Solch eine Diskussion kann sich eigentlich nur in Universitätskreisen entwickeln. Und zweitens wird wichtig sein, inwieweit sich die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung als Machtfaktor ausbildet. Dafür gibt es mit den geschaffenen Mindestlöhnen, den Betriebsräten, dem Ausbildungsschub, dem Fall des Rassismus usw. einigen Raum, auch wenn es heute schon so ist, daß einigen Ministern nicht mehr dazu einfällt, als auf solche Bewegungen draufzuhauen. Nach dem Busarbeiterstreik im Frühling letzten Jahres ist die Arbeiterbewegung sozusagen offiziell von verschiedenen Ministern verwarnt worden. Die Busfahrer hätten eine Söldnermentalität bewiesen (obwohl der Streik in der Stadt Zustimmung fand), und die Arbeiter müßten aufpassen, daß sie nicht zum Hindernis im zweiten Stadium der Revolution würden, wobei sich dieses zweite Stadium immerhin noch auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit bezieht.

Eine zügige Entwicklung in diesen Bereichen könnte den Bekenntnissen einiger Minister zum „wissenschaftlichen Sozialismus“ die ja von Zeit zu Zeit vorgetragen werden, insofern wieder mehr Inhalt geben, als positive Vorschläge für grundlegende, machbare Veränderungen entwickelt werden könnten und auch der notwendige gesellschaftliche Druck vorhanden wäre. Außerdem könnte das verhindern, daß Initiative und Fähigkeit der Linken in leeren Dogmen, in Opposition oder in Enttäuschung verpuffen, und auch die ehemaligen Guerillas könnten damit politisch anders mobilisiert und weitaus nützlicher eingesetzt werden. □



rer Farm durch die Regierung steht. Der Preis könnte sich dann danach richten, inwieweit sie in der Übergangsphase die Produktion gehalten oder gar gesteigert haben, inwieweit sie die Arbeiter auch in die Verwaltung einbezogen haben, wieviel Land sie unverzüglich für ein Umsiedlungsprogramm zur Verfügung gestellt haben. (1976 waren überhaupt nur 15% des weißen Ackerlandes unter dem Pflug.) Ähnlich könnte in einigen Bereichen der Industrie vorgegangen werden. Im Augenblick kauft sich die Regierung nur in ganz kleinem Maßstab in Betriebe ein, tatsächlich steht ein höherer Haushaltsposten für Subventionen und Kredite zur Verfügung als für Regierungsbeteiligungen in der Industrie. (Nur im Medienbereich hat die Regierung südafrikanische Anteile an Zeitungen aufgekauft und in einen Medienkonzern überführt.)

Auch im Bankwesen ist die Regierung noch sehr vorsichtig gewesen, bis auf eine Ausnahme sind die großen Banken noch in ausländischem Besitz. Bei stärkerer Regierungsbeteiligung hier ließen sich ebenfalls einige Ressourcen gezielter mobilisieren. Dafür gäbe es gerade wegen des nach allen

ren. Insbesondere in der Landwirtschaft wird mit dem bunten Nebeneinander und dem Propagieren teilweise utopischer Projekte keine klare Richtung gegeben – vorrangige Bekanntmachung von Formen der Nachbarschaftshilfe, von Vertriebsgenossenschaften usw. wäre der Produktivität mit Sicherheit dienlicher

Wenn diese möglichen Elemente eines Programmes und einer Strategie hier in der Weise aufgereiht werden, soll das nicht unterstellen, daß in all diesen Bereichen nichts geschähe. Überall gibt es positive Projekte und Ansätze, nur: Solange diese sich nicht zu einem Entwicklungskonzept zusammenfügen, besteht die Gefahr daß die ZANU die Fähigkeit zu größeren gesellschaftlichen Initiativen zunehmend verliert.

Die Konsequenzen einer weiteren Verzögerung des Umsiedlungsprogrammes lassen sich nur ahnen. Gerade in den Städten würde die ZANU an Glaubwürdigkeit verlieren. Hier entwickelt sich politisches Bewußtsein, das der ZANU den Populismus nicht einfach abnimmt. Die politische Debatte, soweit sie von der ZANU geführt wird, müßte sich noch mehr der Inhalte entleeren, denn die ZANU könnte es sich

Willfried Maier

Mehr-Produkt kostet Lebenssteigerung

Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung

Der Artikel ist als Beitrag für einen Arbeitskreis „Ökologie und Arbeit“ entstanden. Er stützt sich auf die dort geführten Diskussionen und ist ein Resultat gemeinsamer Arbeitsprozesse, obwohl seine Thesen und Argumentationen vom Verfasser verantwortet werden. — W.M.

Unübersehbare ökologische Schäden und die Verknappung einiger Rohstoffe haben den Blick auf das Naturmoment und seine zentrale Rolle im Produktionsprozeß gelenkt. Die Kritik der Ökologiebewegung an der Zerstörung, welche die kapitalistische Industriegesellschaft an den naturgegebenen Produktivkräften (Boden, Wasser, Luft, Pflanzen, Tiere) anrichtet, hat allmählich das Bewußtsein entstehen lassen, daß „mit dem Wachstum der gesellschaftlichen Bedingungen (Kräfte) des Produktionsprozesses auch die Bedeutung des Naturmoments (wächst).“ (Wittfogel, 1929, S. 698) Sie hat damit den heimlichen Idealismus auch der gängigen linken Debatte überwunden, die sozialistische Neuorganisation der Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit zu planen, ohne das materielle Substrat des Arbeitsprozesses, den Naturstoff und seine eigenständige Dynamik überhaupt der Betrachtung zu würdigen.

Freilich leidet die gängige ökologische Kritik an dem Mangel, die natürlichen Bedingungen des Lebens und der Arbeit nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Begrenztheit und als Schranken für die menschliche Tätigkeit zu behandeln. Das führt notwendig in das Dilemma, den vielbeschworenen Zusammenklang von ökologischen und sozialen Krisenlösungsstrategien vom Prinzip her ausschließen zu müssen und günstigstenfalls die Gleichverteilung von Magersuppen für möglich zu erklären. Die pragmatischen Versuche, Harmonie zwischen beiden Zielen zu demonstrieren durch staatliche Investitionsprogramme zum Ausbau von Umweltschutzindustrien, die zugleich Arbeitsplätze schaffen sollen, lösen das tiefere Problem nicht. Gegen derartige Harmonisierungsversuche greift die Kritik, damit würde nur eine weitere Industrie nach Art der bekannten aufgestockt, während im ruinösen Naturverhältnis der gegenwärtigen Zivilisation keine wirkliche Änderung eintrete. (Bahro) Das aktive Verhalten der Menschen zur Natur wie es in der Technologie sich enthüllt (Marx), wird dann im Kern gar nicht mehr zum Gegenstand der Kritik, und entsprechend greifen auch die Lösungsvorschläge zu kurz. Politisch werden wesentliche An-

triebsgründe der Ökologiebewegung verfehlt, und man landet bei linkskeynesianischen Beschäftigungsprogrammen, die von denen der linken SPD kaum mehr unterscheidbar sind und die sowohl ökonomisch als auch stofflich/energetisch fragwürdig sind. Ökonomisch: Bisher hat der propagierte Linkskeynesianismus sein Funktionieren auch nur für die Beseitigung von Arbeitslosigkeit noch nirgends unter Beweis stellen können. Und stofflich/energetisch überschritt die Lösung nicht die gegenwärtige Technologie mit ihrer Tendenz zur Zerstörung natürlicher Produktivkräfte und zur Erschöpfung von Ressourcen, sondern würde allenfalls bremsend wirken, was aber nicht einmal sicher ist. Selbständig kann sich die politische Bewegung nur entfalten, wenn sie zum Kernpunkt der Produktivkraftentwicklung eigene Vorstellungen gewinnt.

Die gängige Ökologiekritik mündet gerne in die Aufforderung, dem Gedanken an weitere Produktivkraftentwicklung endgültig abzuschwören und lieber auf Eindämmung der Konsumerwartungen, auf eine Art innere Umkehr zu setzen, um die menschliche Existenz zu stabilisieren. Die Meinung hat sich ziemlich festgesetzt, daß in der Fesselung der Produktivkräfte durch die herrschenden Produktionsverhältnisse heute keineswegs mehr das entscheidende Problem gesehen werden könne. Vielmehr sei umgekehrt heute die hemmungslose Entfesselung von Produktivkräften durchs Industriekapital (Beispiel AKWs) zu befürchten. Wenn noch eine Fesselung von Produktivkräften zugestanden wird, dann allenfalls subjektiv in den Produzenten, deren Entfaltungsmöglichkeiten durch Unterordnung unter eine immer weitergehende Arbeitsteilung beschnitten werden. Daß die Lösung gerade auch der ökologischen Krise nur in einer qualitativ neuen Entfaltung von Produktivkräften und damit einhergehender Entfaltung von Bedürfnissen gefunden werden kann, die von der Fabrik- und Bürogesellschaft heute verhindert wird, das ist in der Ökologiebewegung ein eher fremder Gedanke.

Und doch sprechen dafür jüngere Entdeckungen und Entwicklungstendenzen in den Naturwissenschaften und ansatzweise auch in den Technologien. Dabei muß zur Klarstellung der Begriffe gesagt werden, was Entfaltung der Produktivkräfte heißt: die Entfaltung neuer Naturmomente in ihrer spezifischen Struktur und Dynamik durch den produzierenden Menschen, der selber Naturwesen ist, also mitten in dem Prozeß steht, den er als interner Faktor der natürlichen Realität mitgestaltet. Entfaltung von Produktivkräften bedeutet damit in der von Moscovici eingeführten Begrifflichkeit: Schaffung eines neuen Naturzustandes, einer neuen Verbindung zwischen Naturmaterie und Mensch, in der die Evolution dieser Materie, durch menschliche Tätigkeit vermittelt, fortgesetzt wird. (Moscovici, S. 50 f.) Entfaltung der Produktivkräfte enthält damit immer zwei untrennbar miteinander verbundene Momente gleichzeitig: die Entwicklung neuer Fähigkeiten und neuen Verständnisses im Menschen und Entbindung und Aktualisierung neuer bislang unbekannter Potenzen der Naturmaterie. Ob in einem qualitativen Sinn von Entfaltung von Produktivkräften geredet werden kann, läßt sich daher mit Blick auf gesteigerten Produktionsausstoß bzw. gestiegene Arbeitsproduktivität allein nicht sagen. Dafür muß untersucht werden, was mit dem Natursubstrat, dem „Mitproduzenten“ eines menschlich gestalteten Naturzustandes in diesem Prozeß geschieht.

Drei Klassen physikalischer Systeme

Das Programm der klassischen Naturwissenschaften bestand in dem Versuch, universale und ewige Naturgesetze zu erforschen und

auf dem Weg dahin alle komplexen Erscheinungen auf einfache Bewegungen kleinster Teilchen zu reduzieren. Alle natürlichen Phänomene sollten „auf *eine* Erklärungsebene (reduziert werden) und diese (wurde) im Mikroskopischen, in der Grundstruktur der Materie“ gesucht. (Jantsch, S. 54) Von empirischen Naturforschern wird heute formuliert, was früher als spekulativer Einwand von Naturphilosophen erhoben wurde: „Welche sind die Annahmen der klassischen Wissenschaft, von denen wir glauben, daß die Wissenschaft sich heute von ihnen befreit hat? Sie gehen im wesentlichen auf die grundlegende Überzeugung zurück, das *Mikroskopische* sei einfach und von einfachen mathematischen Gesetzen beherrscht. Das erscheint uns heute als eine irreführende Idealisierung. Ähnlich würde man verfahren, wenn man Gebäude auf Konglomerate von Ziegelsteinen reduzierte; dabei können wir aus denselben Ziegelsteinen eine Fabrik, einen Palast oder eine Kathedrale bauen. Nur auf der Ebene des Gebäudes als Ganzem erkennen wir die Wirkung der Zeit, des Stils, in dem das Gebäude entworfen wurde.“ (Prigogine/Stengers, S. 17) Mit dem Eindringen einer nicht-reduktionistischen, auf Ganzheiten und Systeme blickenden Betrachtungsweise in die Naturwissenschaften aber ändert sich das Bild der Natur grundlegend: „hin zum Mannigfaltigen, zum Zeitbedingten, zum Komplexen.“ (Prigogine/Stengers, S. 10)

An die Stelle eines Forschungsprogramms, in dem alle natürlichen Phänomene auf einfache mikroskopische Bewegungen kleinster Teilchen zurückgeführt werden sollten, tritt bei Prigogine heute die Unterscheidung dreier verschiedener aufeinander nicht reduzierbarer Betrachtungsebenen in der Physik, wobei jede dieser Ebenen unterschiedliche natürliche Systeme und ihre Dynamik thematisiert.

Prigogine nennt als erstes die Betrachtungsebene der klassischen oder Newtonschen Dynamik. Diese beschreibe in Begriffen der Mechanik wie Position und Geschwindigkeit von Teilchen Bewegungen, die prinzipiell reversibel sind. Zwar trete die Zeit in ihren Gleichungen in Erscheinung, aber ohne ausgezeichnete Richtung. Sie ist mit der Bewegung selbst in der Richtung prinzipiell umkehrbar. Der Impuls für die Bewegung solcher Systeme muß von außen kommen, es gibt keine innere Selbstorganisationsdynamik. Der innere Zustand derartiger Systeme befindet sich im Gleichgewicht. Sie weisen keine erkennbare Entwicklung auf, lediglich statistische Schwankungen in sich wiederholenden Abläufen. Jantsch nennt derartige physikalische Systeme deshalb statische strukturbewahrende Systeme. Der klassische Modellfall dafür ist die Gravitation der Himmelskörper deren Beschreibung ja auch den Siegeszug der klassischen Physik eingeleitet hat.

Im 19. Jahrhundert wurde dann mit der Thermodynamik eine neue Betrachtungsebene erschlossen. Die Thermodynamik ist eine makroskopische Betrachtungsweise. Im Zentrum steht nicht mehr die Bewegung einzelner Teilchen, sondern rücken Prozesse, die ganze Populationen von Teilchen erfassen. Diese werden beschrieben in Begriffen wie Druck und Temperatur die Mittelwerte darstellen aus Bewegungen einer großen Anzahl von Molekülen.

Damit findet in die Physik Eingang die Untersuchung irreversibler Prozesse, und wie die Bewegung solcher Prozesse nicht umkehrbar ist, ist es auch die Zeit nicht. Natur bekommt Geschichte. Der Modellfall für solche gerichteten, irreversiblen Prozesse waren die Wärmeausgleichsprozesse in der Dampfmaschine. Die Ordnung solcher gerichteten Ausgleichsprozesse und damit die Evolution der durch sie charakterisierten Systeme „fand 1850 ihre erste gültige Formulierung in dem bekannten *zweiten Hauptsatz der Thermodynamik* (Clausius, aufbauend auf Carnot): Die sogenannte Entropie

eines isolierten Systems kann nur zunehmen, bis das System sein thermodynamisches Gleichgewicht erreicht hat. Es mag hier genügen, den komplexen Begriff der Entropie als Maß für jenen Teil der Gesamtenergie zu verstehen, der nicht frei verfügbar ist und nicht in gerichteten Energiefluß oder Arbeit umgesetzt werden kann.“ (Jantsch, S. 56) In der Klasse physikalischer Systeme, welche die Thermodynamik beschreibt, herrscht Selbstorganisation, freilich verläuft der selbstorganisierte Prozeß zwischen den verschiedenen Molekülen unwiderruflich in einer Richtung (linear) und auf einen Gleichgewichtszustand des Wärmeausgleichs hin, in dem der Prozeß zum Stillstand kommt. Der Selbstorganisationsprozeß hat insofern konservative Struktur neue evolutive Möglichkeiten werden nicht eröffnet. Jantsch zählt beide bisher benannten Systemtypen zusammen zu den „strukturbewahrenden Systemen“ die also entweder ohne Entwicklungsdynamik im Gleichgewichtszustand beharren oder in konservativer Selbstorganisation auf ihn zustreben, und er unterscheidet von ihnen einen dritten Systemtypus, die Klasse der evolvierenden Systeme.

Diese dritte Betrachtungsweise, die Ebene der sogenannten nichtlinearen oder Ungleichgewichts-Thermodynamik, zielt auf Systeme, die nicht strukturbewahrend sind, sondern über Instabilität und Fluktuationen hinweg spontane Neubildung von Strukturen hervorbringen. Solche Systeme sind im thermodynamischen Ungleichgewicht und erhalten dieses Ungleichgewicht durch Offenheit gegenüber ihrer Umgebung, mit der sie im Stoffwechsel stehen, Materie und Energie austauschen. Prigogine hat für diese Klasse von Systemen den Begriff der dissipativen Strukturen geprägt, Systeme, die Energie zerstreuen und darüber neue Ordnungen bilden. Der Modellfall für dissipative Strukturen oder evolvierende Systeme sind Lebensprozesse, von den dissipativen Prozessen innerhalb einzelner Zellen bis zur Funktion von Organismen und ganzen Ökosystemen. Aber dissipative Strukturen sind nicht auf organische Lebensprozesse beschränkt. Ähnliche Phänomene der Bildung neuer Ordnungen aus der Dynamik lassen sich in der Strömungslehre (Hydrodynamik) und bei bestimmten chemischen Reaktionen beobachten. Und Jantsch hat den wichtigen Versuch unternommen, den gesamten Prozeß der Evolution des Universums und der Organisation von Materie auf makroskopischer und mikroskopischer Ebene, bis zur Bildung des Selbstbewußtseins, als einen Prozeß unabgeschlossener dissipativer Selbstorganisation darzustellen.

Charakteristisch für solche Systeme, die sich fern vom thermodynamischen Gleichgewicht zu erhalten vermögen, ist ihre Eigenschaft, sich im zeitlichen Verlauf ständig selbst zu erneuern und diesen Prozeß so zu regeln, daß die Integrität ihrer Struktur gewahrt bleibt oder über eine Fluktuation hinweg eine neue Struktur ausgebildet wird. Es ist das eine Eigenschaft aller lebenden Systeme. „Während eine Maschine für einen bestimmten Ausstoß produziert und dafür gebaut ist, produziert zum Beispiel eine Zelle vor allem sich selbst.“ Sie ist – wie Jantsch es nennt *autopoietisch*, während die Maschine produktbezogen, *allopoietisch* funktioniert. Die Bewegungsform dissipativer Strukturen ist zyklisch, wobei die Drehrichtung dieser Zyklen nicht umkehrbar ist. Sie sind selbstorganisierend, aber diese Selbstorganisation ist nicht konservativ und auf ausschließlichen Gleichgewichtszustand gerichtet, sondern evolutiv selbstüberschreitend.

Technologien mit Systemcharakteristika der Mechanik und der linearen Thermodynamik

Den drei verschiedenen Betrachtungsebenen der Physik und den

natürlichen Systemen, die sie beschreiben, entsprechen bestimmte technologische Entwicklungen und Systeme, die jeweils im Zentrum der Produktivkraftentwicklung standen. Prigogine selber gibt darauf einen Hinweis: „Jede große Epoche der Wissenschaft hat ein bestimmtes Modell der Natur entwickelt. Für die klassische Wissenschaft war es die Uhr für die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts, der Epoche der industriellen Revolution, war es ein Motor der irgendwann nicht mehr weiter läuft.“ (S. 29) Und etwas später: „Warum wurde die Uhr fast unmittelbar zum Symbol der Weltordnung? Die Uhr ist als *Vorrichtung* von einer außerhalb ihrer liegenden Rationalität bestimmt, von einem Plan, der durch das Räderwerk blind vollzogen wird. Das Bild von der Welt als Uhrwerk verweist auf Gott den Uhrmacher den rationalen Beherrscher einer roboterhaften Natur“ (S. 53) Die frühen Physiker übernahmen das Weltbild der Uhr von den spätmittelalterlichen Maschinenbauern: „Galilei und seine Nachfolger warfen die gleichen Probleme auf wie die mittelalterlichen Maschinenbauer, lösten sich jedoch von deren Einsicht, die allzu eng an der empirischen Komplexität haftete, und behaupteten mit Gottes Hilfe, daß die Welt einfach sei, daß die Idealisierungen, die der experimentellen Methode zugrunde lagen, eine universelle Gegebenheit seien.“ (S. 58) Die Methode bewährte sich bei der Beschreibung der Bewegung der Himmelskörper und die Mechanik als Physik strukturbewahrender statischer Systeme setzte sich als Welterklärungsmodell durch. Sie bewährte sich auch technisch bei der Entwicklung der menschlichen Maschinenteknik im 18. Jahrhundert. Marx erwähnt beiläufig: „In der Tat besteht jede Maschine aus jenen einfachen mechanischen Potenzen, wie Hebel, schiefe Ebene, Schraube, Keil usw. wie immer verkleidet und kombiniert.“ (Kapital I, S. 392) Jede Werkzeugmaschine, jeder Transmissionsmechanismus fällt die Abnutzung vernachlässigt unter diese Kategorie von strukturbewahrenden statischen Gleichgewichtssystemen. Sie empfangen ihren Bewegungsimpuls und ihre Konstruktionsmerkmale von außen, und ihre Funktion besteht nicht wie bei biologischen Systemen in der Selbsterhaltung (Autopoiese), sondern im Ausstoß von Gütern (Allopoiese). Die Optimierung derartiger Maschinensysteme liegt darin, die gewünschte mechanische Wirkung möglichst reibungs- und widerstandslos zu erreichen, eine Bewegung nach dem Ideal der Himmelskörper

Noch deutlicher liegt die Verbindung zwischen menschlicher Maschinenteknik und linearer Thermodynamik zutage. Ihre erste Formulierung fand die Thermodynamik direkt aus der Untersuchung der Wärmeumsetzungsprozesse in der Dampfmaschine. Nahezu alle derzeit genutzten menschlichen Energieumwandlungssysteme und -transportmittel fallen unter die Systemcharakteristika der strukturbewahrenden Systeme mit konservativer Selbstorganisation, ob es sich nun um die Dampfmaschine, die Turbine, den Explosionsmotor oder um ein Atomkraftwerk handle. Die Optimierung solcher technischen Systeme geht dahin, die eingesetzte Primärenergie möglichst maximal zu nutzen und Entropie möglichst gering zu halten. Auch ein Gutteil der alternativen Energie sparprogramme, z.B. zum Fernwärmeausbau, ist auf dieser Ebene angesiedelt.

Beide Systemtypen zusammen, die strukturbewahrenden statischen Systeme mechanischer Art und die strukturbewahrenden thermodynamischen Systeme mit konservativer Selbstorganisation, bestimmen die Technologie der klassischen kapitalistischen Fabrik. In der Beschreibung von Marx: „Alle entwickelte Maschinerie besteht aus drei wesentlich verschiedenen Teilen, der Bewegungsmaschine, dem Transmissionsmechanismus, endlich der Werkzeug-

maschine oder Arbeitsmaschine.“ (Kapital I, S. 393) Dabei unterliegt die Werkzeugmaschine vorwiegend den Systemcharakteristika strukturbewahrender thermodynamischer Systeme, während an die Stelle eines Transmissionsmechanismus heute durchweg die Elektrizität getreten ist mit stärker thermodynamischen Systemcharakteristika beim Energietransport.

Wie in der Wissenschaftsgeschichte die Newtonsche Mechanik der Thermodynamik voranging, so in der Technik die Entwicklung der Werkzeugmaschine der Bewegungsmaschine: „Die Werkzeugmaschine ist es, wovon die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert ausgeht.“ (Kapital I, S. 393) Wobei unter Werkzeugmaschine verstanden wird: jeder „Mechanismus, der nach Mitteilung der entsprechenden Bewegung mit seinen Werkzeugen dieselben Operationen verrichtet, welche früher der Arbeiter mit ähnlichen Werkzeugen verrichtete“ (Kapital I, S. 394) Das Bedürfnis nach der Bewegungsmaschine folgt auf die Entwicklung der Werkzeugmaschine: „Es war die Schöpfung der Werkzeugmaschine, welche die revolutionierte Dampfmaschine notwendig machte. Sobald der Mensch, statt mit dem Werkzeug auf den Arbeitsgegenstand, nur noch als Triebkraft auf eine Werkzeugmaschine wirkt, wird die Verkleidung der Triebkraft in menschliche Muskel zufällig und kann Wind, Wasser Dampf usw. an die Stelle treten.“ (Kapital I, S. 396)

Ihre kapitalistische Eignung und die ökologische Kritik an ihnen

Eine Technik, die sich diesen beiden strukturbewahrenden physikalischen Systemen einordnet, weist spezifische Eignung auf für den kapitalistischen Produktionsprozeß speziell bzw. für fremdbestimmte Arbeit generell. Die kapitalistische Produktionsweise ist die erste fremdbestimmte, die sich den Arbeitsprozeß in großem Umfang nicht nur formell, sondern reell unterordnet, die ihn technisch umwälzt und nach ihren Gesichtspunkten neu konstruiert. „Die Maschine, wovon die industrielle Revolution ausgeht, ersetzt den Arbeiter der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit einer Masse derselben oder gleichartiger Werkzeuge auf einmal operiert und von einer einzigen Triebkraft, welches immer ihre Form, bewegt wird.“ (Kapital I, S. 396) Der Arbeiter wird als Bediener der Funktion der Maschine untergeordnet. Konstruktion sowie Kombination dieser Maschinen in der Fabrik sind nicht das Werk der unmittelbaren Produzenten, sondern eine Unterfunktion des Managements, das den Produktionsprozeß unter Einfluß der Arbeiter von außen handhabt, was ohne Einsatz dieser Maschinensysteme so nicht möglich wäre. Die Trennung zwischen Planung und Konstruktion des Gesamtprozesses der Produktion und der Verrichtung einer Detailfunktion darin wird schroffer als in jeder früheren Produktionsweise. Der Zweck des so gestalteten Produktionsprozesses besteht keineswegs in der kollektiven Selbsterhaltung bzw. in der genossenschaftlichen Ausgestaltung des guten, vielseitig entfalten Lebens der gemeinsam Produzierenden, sondern der stoffliche Zweck ist Ausstoß möglichst großer Menge Produkte in möglichst kurzer Zeit, was die Unterlage abgibt für den gesellschaftlichen Zweck der optimalen Verwertung der eingesetzten Kapitale. In der kapitalistischen Fabrik kehren also alle Systemcharakteristika strukturbewahrender Systeme wie der Bewegungsimpuls und Steuerung von außen, Produktorientierung statt Autopoiese, permanente Wiederholung derselben Abläufe, wobei die unmittelbaren Produzenten diesem statischen Gleichgewichtssystem eingeordnet sind.

Die ökologische Krisenwahrnehmung entzündete sich zunächst

am ständig wachsenden Energiebedarf der Bewegungsmaschinerie. Mit der Ausdehnung des mechanischen Systems wird die Anforderung an Bewegungsmaschinerie immer größer. Hinzu kommt der Energiebedarf der stoffumwandelnden Industrien, die den mechanischen Rohstoff liefern (Stahl, Chemie). Die ökologische Kritik bediente sich deshalb vorwiegend des thermodynamischen Argumentationsmusters über die auslaufenden nutzbaren Energievorräte auf der Erde. Erst rückgreifend wurde die Kritik auf das mechanische System der Fabrik ausgeweitet mit seiner Unterordnung des Produzenten, der Parzellierung der Tätigkeiten und dem Raub am Inhalt der Arbeit. Im Schlaglicht: Der Club of Rome veröffentlichte erst die „Grenzen des Wachstums“ und fast zehn Jahre später die Schaffsche Automatisierungsstudie über Mikrocomputerverwendung.

Beide Kritik motive zusammen eröffnen indes noch keine Gestaltungsperspektive für den gesellschaftlichen Stoffwechselprozeß. Häufig nähren sie nur den Wunsch, hinter die kapitalistische Fabrikproduktion und die sie notwendig begleitende Ausweitung der Bürokratisierung zurückzugreifen auf eine bäuerlich-handwerkliche Produktionsweise. Die kapitalistische Fabrikgesellschaft einschließlich der ihr entsprechenden Wissenschaften erscheinen dann bloß als Fehlgriff in der Evolution der Gattung, der rückgängig gemacht werden müsse. Die Kritik wird also geführt nicht vom Standpunkt *neuer* Natur und Menschenpotenzen an einer Gesellschaft, die unfähig ist, sie zu entfalten, sondern sie wird geführt vom Standpunkt schon zur Entfaltung gekommener Potenzen, über welche die Evolution der Menschheit zerstörend hinweggegangen ist. Letzlich handelt es sich um den Versuch, den Pfeil der Zeit umzudrehen und so etwas wie Reversibilität in der Geschichte zu erreichen. Was als betont antimechanistische und antiindustrielle Kritik gemeint ist, entpuppt sich so ironischerweise als Anleihe beim mechanistischen Weltbild von der Reversibilität aller Bewegung.

Die menschliche Gesellschaft selbst als ein physikalisches System

Die klassischen Motive sozialistischer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft lassen sich verkürzt so zusammenfassen: schroffere Entgegensetzung von Reichtum und Armut, zyklisch-krisehafter Verlauf des wirtschaftlichen Lebens mit Unsicherheit als Normalzustand, Erschöpfung und gesellschaftliche Degradation des Arbeiters, Tendenz zur Entrechtung und zu weltweiten Kriegen. Die ökologische Kritik geht darin über diese sozialistische hinaus, daß sie die immer heillosere Zerrüttung des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur anprangert. Sie ist insoweit nicht nur Kritik an der inneren Verfassung der Menschengesellschaft vom Standpunkt der Erniedrigten und Beleidigten in dieser Gesellschaft, sondern zugleich eine Kritik an der industriellen Gesellschaft als an einem physikalischen System, das die Bedingungen seiner eigenen Reproduktion und Entwicklung vernichtet.

Die Betrachtung auch der menschlichen Gesellschaft als ein physikalisches System in einer physikalischen Umgebung ist dem Materialismus nicht fremd. Marx spricht auf dieser Betrachtungsebene nicht zufällig vom „Stoffwechsel“ des Menschen mit der Natur. Freilich war er der Meinung, daß damit über das Eigentümliche der Menschengesellschaft und über ihre, historisch unterschiedlichen Formen, diesen Stoffwechsel zu vollziehen, noch wenig gesagt sei. Insofern hielt er eine derartige Betrachtungsweise für „abstrakt“ d.h. die konkrete, unendlich bestimmungsreichere gesellschaftliche Realität ist allein von einer solchen physikalischen Begriffsebene

her nicht zu erfassen. Wenn aber gerade das weitere Funktionieren des Stoffwechselprozesses fragwürdig wird, ist es durchaus angebracht, sich mit der physikalischen Charakteristik menschlicher Gesellschaft näher zu befassen, denn gerade darin tritt ja die gesellschaftlich verursachte Reproduktionsstörung auf.

Zieht man die Charakteristiken der unterschiedlichen physikalischen Systeme durch Prigogine und Jantsch heran, so fällt jede Menschengesellschaft in die Klasse der Systeme mit dissipativer Selbstorganisation. Menschliche Gesellschaften unterhalten sich durch Energie und Materieaustausch mit ihrer Umgebung. Sie sind in ihrer Funktion nicht auf die Herstellung bestimmter Produkte, sondern auf die Produktion und Reproduktion ihrer selbst bezogen, also autopoietisch. Sie werden nicht von außen gesteuert, sondern entwickeln sich aufgrund ihrer inneren Dynamik und über Fluktuationen hinweg, in denen alte Ordnungen von neuen abgelöst werden. Und schließlich. Das Leben der menschlichen Gesellschaft insgesamt und jedes einzelnen Individuums ist nur aufrechtzuerhalten, solange das thermodynamische Ungleichgewicht erhalten bzw. ständig durch Stoffwechsel wiederhergestellt wird. Menschen und ihre Gesellschaften sind Systeme, die sich thermodynamisch gesprochen – im Ungleichgewicht befinden. Thermodynamisches Gleichgewicht bedeutet Bewegungslosigkeit und Tod.

Noch einmal: Mit den angeführten Kategorien lassen sich menschliche Gesellschaften nicht positiv begrifflich fassen. Es sind nur diejenigen Momente abgedeckt, die menschliche Gesellschaften mit anderen natürlichen Systemen teilen. Ihr Charakteristisches und erst recht ihre Geschichte und die darin ausgebildeten Formen sind mit diesen Kategorien nicht zu beschreiben. Allerdings: Keine menschliche Gesellschaft kann der Notwendigkeit entgehen, diese allgemeinen Funktionsbedingungen lebender Systeme bzw. dissipativer Strukturen sicherzustellen. Und genau das will den Gesellschaften kapitalistischen Zivilisationstyps immer schlechter gelingen.

Widersprüche zwischen kapitalistischer Gesellschaftsorganisation und der Fähigkeit zur stofflichen Selbstreproduktion menschlicher Gesellschaften.

Für das Auseinanderklaffen zwischen allgemeinen Funktionsbedingungen lebender Systeme und dem kapitalistischen Vergesellschaftungstyp lassen sich auf dieser elementaren Ebene die folgenden Gründe anführen.

1 Die kapitalistische Form der Gesellschaftsorganisation umschließt nicht den gesamten Stoffwechselprozeß, der für die stoffliche Reproduktion der Gesellschaft unentbehrlich ist. Von Marx stammt der Versuch, den Gesamtproduktionsprozeß kapitalistischer Gesellschaften in Schemata für die Fälle der einfachen und der erweiterten Reproduktion zu fassen. Er demonstriert darin, unter welcher komplizierten Bedingungen von Wertverteilung zwischen den großen Abteilungen der Produktion (Investitions- und Konsumgüterproduktion) und zwischen den Hauptklassen eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft reproduktiv sein kann. Der dabei verwendete Begriff von Reproduktion bezieht indes ganz auf die Ebene der gesellschaftlichen Formen. Es wird untersucht, ob die kapitalistische Gesellschaftsform in sich schlüssig ist, also letztlich ob die kapitalistisch produzierten Waren am Ende realisiert (verkauft) werden können. Nicht untersucht wird, ob diese Gesellschaftsform stofflich reproduktiv ist, also in der Lage, den gesamten Stoffwechselprozeß einschließlich seiner natürlichen Voraussetzungen und der historisch gebildeten Arbeitsvermögen zu reprodu-

zieren. Ökologische und feministische Kritik laufen von unter schiedlichen Ansatzpunkten auf diese These hinaus: Sie ist es nicht.

Für die Herstellung der Arbeitsvermögen ist die kapitalistische Gesellschaft auf nicht-kapitalistisch organisierte Zuarbeit bei der Produktion von Menschen mit entsprechender physischer und psychischer Disposition angewiesen. Diese Zuarbeit wird weitgehend von Frauen in der Form von Hausarbeit verrichtet. Die kapitalistische Gesellschaft tendiert dazu, diese Quelle von Zuarbeit zu ver schütten und zu zerstören, ohne dafür freilich andere, gemein schaftliche Formen entwickeln zu können. Sie erzeugt so psychi sche Krisen, die Auflösung der die Gesellschaft tragenden Werthal tungen in den Personen, ist also nach der subjektiven Seite nicht selbstreproduktiv (vgl. dazu: C. Meillassoux: Die wilden Früchte der Frau), Negt/Kluge: Geschichte und Eigensinn).

Wie jede Gesellschaft bleibt auch die kapitalistische angewiesen auf die Reproduktion ihrer natürlichen Voraussetzungen. Diese aber – Boden, Luft, Wasser Pflanzen und Tierwelt – haben bei uns ihre spezifische, das menschliche Leben bis heute tragende Symbiose durch bäuerliche Arbeit erfahren. Die kapitalistische Produktionsweise löst diese Symbiose auf, einmal durch das Wu chern der Industrieregionen und auf dem Land durch Zerstörung der alten, vielseitigen bäuerlichen Landwirtschaft und ihre Unter ordnung als hochspezialisierte Abteilung unter die chemische Indu strie. Eine eigenen Form der Symbiose von Naturproduktivkräften bringt die kapitalistische Industriezivilisation nicht hervor ist also auch nach der objektiven Seite nicht selbstreproduktiv, sondern aufzehrend und zerstörerisch.

2. Die kapitalistische Form der Gesellschaftsorganisation zerstört gesellschaftliche Subsysteme, die weitgehend selbstreproduktiv wa ren (die geschlossene Hauswirtschaft, das traditionelle Dorf, die mittelalterliche oder auch frühbürgerliche Stadt/Land-Symbiose) zugunsten immer weiter gespannter allseitiger Abhängigkeit. Die neuen sozialen Untereinheiten, die der Kapitalismus schafft – die Fabrik, das Unternehmen auf der einen Seite, den davon getrenn ten Haushalt auf der anderen – sind jede für sich nicht selbstre produktiv (autopoietisch). Fabrik bzw Unternehmen haben in der Betrachtung der bürgerlichen Ökonomie das Monopol auf Pro duktion und als Stätten der Produktion sind sie produktbezogen (allopoietisch), während der Haushalt, der die autopoietischen Prozesse der Individuen und Gruppen vermitteln muß, gesell schaftlich zur abhängigen Größe zweiter Instanz wird, abhängig von der allopoietisch strukturierten Fabrik.

Die kapitalistische Produktion entwickelt sich aus der Waren produktion und diese setzt gesellschaftliche Arbeitsteilung voraus. Unter Voraussetzung der Warenproduktion findet die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit wesentlich im ein zelnen Betrieb oder Unternehmen statt. Durch das Wachstum indi vidueller Kapitale wird die innerbetriebliche „Teilung und Kombi nation der Arbeit organisiert, (werden) Produktionsmittel durch massenhafte Konzentration ökonomisiert, schon stofflich nur ge meinsam anwendbare Arbeitsmittel, z.B. System der Maschinerie usw., ins Leben gerufen, ungeheure Naturkräfte in den Dienst der Produktion gepreßt und die Verwandlung des Produktionsprozesses in technologische Anwendung der Wissenschaft vollzogen“ (Kapital I, S. 652) Die Produktivkraftentwicklung setzt also regel mäßig an der schon durch Arbeitsteilung spezialisierten besonderen Produktion unter Kommando eines besonderen Kapitals an und nicht beim zweckmäßigsten Verbund aller Tätigkeiten und natürli chen Prozesse im Stoffwechsel. Auf die allopoietische Struktur der industriellen Subsysteme und der industriekapitalistisch organisier

ten Gesellschaft insgesamt verweist unmittelbar das Meßkonzept, mit dem das Funktionieren jeweils überprüft werden soll. Bei der Fabrik wird gemessen die Menge an ausgestoßenem Produkt, ihre Produktivität ermittelt als Stück pro Arbeitzeiteinheit. Bei der An wendung desselben Meßkonzepts auf die gesamte Gesellschaft taucht dann das vorher verdrängte Problem auf, daß sich das Funktionieren eines autopoietischen Systems nicht allopoietisch messen läßt. Genau das aber wird in der Sozialproduktrechnung versucht. Ermittelt wird das Wertprodukt pro Jahr wobei z.B. die unentbehrlichen Reparatur und Ausgleichsprozesse, die z.B. über staatliche Sozial- und Infrastrukturpolitik vorher erzeugte Schäden nur flicken, als wertproduktsteigernd addiert werden (vgl. dazu: Alois Steiger: Sozialprodukt oder Wohlfahrt?).

Auflösung weitgehend selbstreproduktiver gesellschaftlicher Subsysteme betrifft vor allem das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Von Marx stammt die Bemerkung: „Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land. Man kann sagen, daß die ganze ökonomische Geschichte der Gesellschaft sich in der Be wegung dieses Gegensatzes resümiert.“ (Kapital I, S. 373) Der Wi derspruch zwischen Stadt und Land hat sich heute nicht etwa abge schwächt, sondern ist radikalisiert zum Gegensatz zwischen indu strieller und agrikoler Arbeit, wobei die agrikole Arbeit auch stoff lich der industriellen untergeordnet ist. Industrialisierung und Che misierung der Landwirtschaft ersetzt in wachsendem Umfang die symbiotische Nutzung dynamischer selbstorganisierender Systeme durch den Einbau von industriellen Gleichgewichtssystemen, die natürliche Produktivkräfte zerstören. Die Unterordnung des Lan des unter die Stadt geht bis zur Zerstörung der allgemeinen Lebens grundlagen und wird damit zu einem Widerspruch nicht mehr zwis chen hier Land- und dort Stadtbewohner sondern geht durch die Leute hindurch und im Prinzip jeden an. Lösung der ökologischen Krisentendenz bedeutet deshalb vor allem: Wiederherstellung eines symbiotischen Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher und in dustrieller Produktion in jedem gesellschaftlichen Subsystem. An ders läßt sich z.B. eine Rezirkulationswirtschaft nach biologischen Prinzipien kaum vorstellen. Die weitere Entfaltung der Produk tionskräfte erfordert so Veränderungen in den Basiseinheiten der Vergesellschaftung. Diese müßten insoweit selbstreproduktiv sein, daß sie Grundfunktionen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion sowie der Konsumtion, des Recyclings, kurz: der Ge staltung eines lokalisierbaren Lebenszusammenhangs umfassen. Veränderung in den Basiseinheiten der Vergesellschaftung kann natürlich nicht heißen, alle komplexeren und letztlich weltweit ver netzten Zusammenhänge zugunsten selbstgenügsamer Dorfge meinschaften aufzugeben, vielmehr geht es darum, der wachsen den Komplexität menschlichen Naturverhältnisses überhaupt gestaltungs- und regulierungsfähige gesellschaftliche Subjekte zu verschaffen.

3. Weil der kapitalistischen Gesellschaft die unmittelbare Verge sellschaftungsform selbstreproduktiver Einheiten fehlt, liegt es na he, daß der Fortschritt im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß wesent lich als Ausbau einer Gleichgewichtstechnologie strukturbewahrender Systeme betrieben wird, deren Funktion produktbezogen ist und nicht selbsterhaltend. Die Ausdehnung dieser technischen Gleichgewichtssysteme wird aber zusehends kontraproduktiv Und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen werden Selbstorganisations- und Evolutionsmöglichkeiten der Materie buchstäblich verbaut und zerstört. Das schließt abgeschnittene, weil vereinseitigte geisti ge Tätigkeiten der eingemauerten Menschen mit ein. Zum anderen

wird ständig höherer Energieeinsatz für das Funktionieren dieses Systems erforderlich, und die Beschaffung der dafür erforderlichen Energiemenge frisst selbst immer mehr Energie auf. Der Kapitalismus hat so die Tendenz, die menschliche Naturaneignung auf der Ebene strukturbewahrender Gleichgewichtssysteme zu blockieren und gleichzeitig die natürlichen Voraussetzungen zum Betrieb dieser Systeme zu erschöpfen. Er steuert so die menschliche Produktivkraftentwicklung in eine Sackgasse. Der qualitative Sprung zu einer Technologie, die auf die Gestaltung symbiotischer Beziehungen zwischen evolvierenden Selbstorganisationssystemen nach dem Modell natürlicher Organismen oder Ökosysteme setzt, ist ihm kaum möglich, weil ihm dazu die auf stoffliche Selbstreproduktion im unmittelbaren Verbund ausgerichtete Vergesellschaftungsform fehlt, die er angesichts der Schranken, die das Privateigentum setzt, auch nicht entwickeln kann. Für bürokratisch verwaltetes Staatseigentum sind diese Entwicklungsschranken übrigens noch schroffer, da auch die spontanen Vermittlungsmöglichkeiten der lokalen und regionalen Märkte entfallen. So sucht die kapitalistische Produktivkraftentwicklung ihren Ausweg regelmäßig durch quantitative Ausweitung und durch Erhöhung des Effizienzgrades in Technologien, die nach den Grundsätzen strukturbewahrender Systeme konstruiert sind.

Technologien, die sich auf Symbiose selbstorganisierender Systeme stützen

Was wären nun die Merkmale einer Produktivkraftentwicklung, die Symbiosen mit selbstorganisierenden, evolvierenden Systemen anstrebt, ohne auf die Nutzung von Gleichgewichtstechnologien zu verzichten? Gibt es Beispiele dafür? Das traditionelle Beispiel, zu dem seit Beginn der Industrialisierung und der romantischen Reaktion darauf viele Sehnsüchte zurückgehen, ist die weitgehend selbstversorgende alte Bauernwirtschaft, welche die natürliche Umwelt den Bedürfnissen des menschlichen Stoffwechselprozesses gemäß umgestaltete und – von Epochen des Raubbaus abgesehen – dabei vielfältige Mitproduktivität der Naturmaterie zur Entfaltung brachte. Der Landschaftstypus, der dabei in Europa entstand, wurde zum Inbegriff des Naturschönen in den Pastoralen und Idyllen.

Diese Produktionsweise ist heute nicht wieder belebbar. Die Kräfte, Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gesellschaft sind darüber hinausgewachsen. Und bei aller Bewunderung über hier und da gelungene symbiotische Beziehung zwischen der Produktion des menschlichen und des natürlichen Lebens darf nicht vergessen werden, daß der Preis, der dafür von den Produzenten gezahlt werden mußte, lebenslange Fesselung an ein Stück Boden war: feudale Ausbeutung und intensive zwar, aber auch enge und bornierte Beziehungen. Die Produktionsweise unseres Lebens muß auf der Grundlage heutigen Wissens, der historisch entwickelten Möglichkeiten und Bedürfnisse geschehen und neue Entfaltungschancen öffnen. Immerhin läßt sich am traditionellen Wirtschaften die generelle Möglichkeit symbiotischer Arbeitsbeziehungen zur Umwelt in Ausnutzung von und in Analogie zu biologischen Lebensprozessen belegen.

Maßstab für Techniken, die natürliche Systeme dissipativer Selbstorganisation nutzen bzw. in Analogie zu ihnen gebildet sind, müßte sein, ob sie dazu dienen, den Evolutionsprozeß der menschlichen Gattung, des Lebens, der Materie überhaupt zu höher organisierten, komplexeren Formen fortzuführen, oder ob sie diesen Prozeß blockieren bzw. gar Regression zu weniger intensiven und autonomen Formen des Lebens nach sich ziehen. Zugänglich ist uns eine derartige Betrachtungsweise durch die jüngere Entwick-

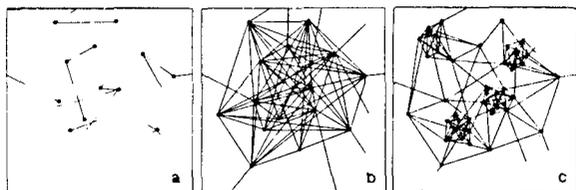
lung jener Wissenschaften, die sich mit der Erforschung komplexer selbstorganisierter Systeme beschäftigen und die die Möglichkeit eines neuen menschlichen Naturzustandes in sich bergen: Biologie, Kybernetik und Mikroelektronik. Den meiner Kenntnis nach weitgespanntesten, wenngleich etwas geschwätzigem und selbstgefälligen Überblick über Techniken in Analogie zu oder in Verbindung mit lebenden Systemen gibt F. Vester in seinem Buch „Neuland des Denkens“. Er berichtet dort über eine Vielzahl von Verfahren in allen Bereichen der Technik, die gegenwärtig diskutiert bzw. erprobt werden. So z.B. vom Einsatz ausgewählter Bakterien, um aus Erzen freies Metall zu gewinnen, ohne Rauch, Lärm und Großenergieeinsatz heutiger Verhüttungsverfahren, über biologische Verfahren zur Sortierung von metallischen Abfällen, die dann der Wiedernutzung freistünden. Er erwähnt Mikroorganismen, die „bei 28° Celsius und unter atmosphärischem Druck fertigbringen was die Chemie z.B. beim Haber-Bosch-Verfahren zur *Ammoniak-Synthese* bei hohem Druck und unter sehr hohen Temperaturen macht“ (S. 215). Vester spricht von einem „ganz beachtlichen Spektrum biotechnischer Verfahren“, die heute schon zur Verfügung stünden, wozu auch die gesamte biologische Schädlingsbekämpfung gezählt werden müsse.

Er betont, daß es sich nicht einfach um andere Verfahren handle, „etwa so, wie sich ein Dieselmotor von einer Dampfmaschine unterscheidet, sondern (um) Technologien, die vom Grundsatz her etwas völlig anderes als die herkömmlichen sind“ (S. 215). Freilich faßt er nicht genau, worin denn nun das völlig Andersartige bei derartigen Biotechniken zu sehen ist. In all den von ihm geschilderten Beispielen wird die Selbstorganisationsdynamik natürlicher lebender Systeme nicht aufgelöst, sondern gezielt eingesetzt und so untereinander und mit dem menschlichen Lebensprozeß kombiniert, daß in einer Symbiose selbstorganisierter Prozesse auch die Entfaltung des menschlichen Lebens sich neue Möglichkeiten eröffnen kann. Eine derartige Entfaltung vielfältiger symbiotischer Beziehungen paßt nicht hinein ins Fabrikprinzip. Sie muß den gesamten menschlichen und außermenschlichen Stoffwechselprozeß einer räumlichen Gemeinschaft umfassen. Sie widerspricht damit der Spezialisierung der Fabrik und ihrer Isolierung vom Konsumtionsprozeß. Sie widerspricht aber auch der Zeitstruktur, die für die Fabrik charakteristisch ist. Am Beispiel der Forstwirtschaft hatte Marx dargelegt, daß jede Produktion, bei der Produktionszeit und Arbeitszeit auseinanderfallen, indem z.B. natürliche Reifungsprozesse sich dazwischenschieben, für die kapitalistische Produktionsweise ungünstig ist. Für die Verwertung zählt die Arbeitszeit, die möglichst gleichmäßig verausgibt und kommensurabel gemacht werden muß. Die eher pflegemäßige Bearbeitung symbiotischer Beziehungen muß sich zwangsläufig der Zeitstruktur der biologischen etc. Prozesse anpassen, mit denen sie zu tun hat. Die Vergesellschaftungsform, von der aus das geleistet werden kann, ist nicht die ausstoßfixierte Fabrik, sondern der Arbeits- und Lebenszusammenhang etwa einer Kommune.

Diese Konsequenz zieht Vester aus seinen Beispielen nicht selber. Allerdings kommt er der Sache ziemlich nahe, wenn er beständig betont: „Symbiosen in der Wirtschaft verlangen zunächst einmal Interesse an der Kommunikation mit *anderen* Branchen des betreffenden Standorts.“ (S. 68). In einem etwas weiter ausgeführten Beispiel werden die Möglichkeiten solchen Verbunds demonstriert: „Solange man nur branchenorientiert denkt, wird man solchen (symbiotischen) Lösungen gegenüber blind sein, selbst wenn man sie vor Augen hat. All dies ändert sich, sobald man die Probleme im Verbund angeht. So lassen sich in einer Art ‚Abfallkarussell‘

Kombinationen finden, die, wählt man für die entsprechenden Betriebe den richtigen Standort, schlagartig mehrere Probleme lösen. Die Klärwerke könnten ihr Phosphat- und Nitratproblem mit Hilfe von Algen lösen, da diese von den Massentierhaltungen abgenommen würden, um dort wiederum den zu scharfen und bakteriellen Mist aerob zu verrotten und zu hygenisieren – und man könnte wieder Stroh in die Ställe einführen. Die Holzabfälle der Sägewerke und geeigneter Siedlungsmüll und Klärschlamm könnten kompostiert werden und würden zu dem verrotteten Mist das nötige organische Strukturmaterial und reichhaltig Mikroben zur Revitalisierung der Böden liefern. Die *nicht* verkompostierbaren Siedlungsabfälle wiederum würden der Bauindustrie Müllsteine liefern, der Papierindustrie Zellulose und, als neue Energieträger, Biogas oder durch Pyrolyse gewonnene Produkte. Die Nahrungsmittelfabriken könnten ihre Abfälle ebenfalls verkompostieren und wertvolle Humusstoffe beitragen, so daß man ein profitables, marktfähiges Endprodukt herstellen könnte, gegebenenfalls unter Zumischung von Mineralstoffen, Kalk oder Gesteinsmehlen, das genauso streufähig ist wie Kunstdünger jedoch Bodenstruktur und Wasserhaltung verbessert, eine langsam wirkende Düngung sichert, den Boden belebt und gesündere, giftfreie Pflanzen erzeugen hilft. Der gesamte Circulus vitiosus (in unserem Beispiel würden ohne diese Kombination sechs verschiedene Abfallprobleme trotz teurer Beseitigungsverfahren zu sechsfacher Umweltbelastung führen) könnte so ohne zusätzliche Kosten ein Ende finden.“ (S. 258 f.) Vester hält als gesellschaftliche Voraussetzungen, die solche Verbundnutzungen in Gang setzen können, nur „umsichtige Landesentwicklung durch geschickte Standortvorschläge für die verschiedenen Betriebe“ für erforderlich bei fortbestehender Marktwirtschaft, woran erhebliche Zweifel geboten sind. Wichtiger aber ist die Demonstration stofflicher und energetischer Verbundnutzungen selbst und die strukturelle Konsequenz, die daraus gezogen wird: „Gemessen an unserem hohen Durchsatz an Energie und Material ist selbst in der Wirtschaft die Vernetzung noch um Zehnerpotenzen zu gering.“ (S. 68)

Über den anzustrebenden Vernetzungstyp werden die folgenden Überlegungen angestellt: „An lebenden Systemen können wir beobachten, daß Stabilität und Überlebensfähigkeit – vor allem, wenn ein solches System größer wird – nicht zu einem blinden mengenmäßigen Wachstum mit chaotischer Weitervernetzung führten (mittleres Bild), sondern zur Bildung von Teilsystemen mit einer übergeordneten Struktur (rechts).



Ein unvernetztes System ist nicht stabil (a). Mit wachsender Vernetzung steigt die Stabilität zunächst an, bis sie ab einem bestimmten Vernetzungsgrad wieder absinkt (b). Es sei denn, es bilden sich Unterstrukturen, dann bleibt das System auch bei hoher Vernetzung lebensfähig (c).

Offensichtlich ist also ein System mit einer bestimmten Komplexität nur stabil, wenn es Subsysteme und sich selbst regelnde Unterstrukturen bildet. Einer der Gründe mag sein, daß nur diese ein effizientes Wirtschaften ermöglichen durch eine gewisse Kleinräumigkeit, kurze Transportwege und die für die Bildung von profitablen Wechselwirkungen so wichtige Diversität (Vielfalt). Nach einer solchen Umwandlung oder Differenzierung sind dann einzelne Bereiche intern stark verknüpft, während der Vernetzungsgrad

zwischen diesen Bereichen nur aus wenigen, ausgewählten Beziehungen besteht. Die beiden Formen der Vernetzung: die chaotische und die mit einer übergeordneten Struktur finden wir in eindrucksvoller Weise etwa beim Vergleich eines gesunden und eines krebsartigen Darmgewebes durch das Mikroskop.“ (S. 40 f.)

Marktvermittelte kapitalistische Systeme bringen ökonomische Beziehungen nach dem Muster (b) typischerweise hervor. Jedes Unternehmen ist im Idealfall unmittelbar zum Weltmarkt und zu allen anderen Unternehmen und Konsumenten. Real stofflich muß sich dieser ökonomische Vernetzungsprozeß dann allerdings unter Bedingungen der Erdgeographie vollziehen, ist also angewiesen auf Verkehrswege, Bodenschätze, Klima, Ressourcen, Menschen. Eine Konsequenz dieses Widerspruchs: Die Verkehrswege können den Bedürfnissen solcher Vernetzung nach Muster (b) nie genügen.

Es sind indes nicht nur die kürzeren Transportwege und die „profitablen“ Wechselwirkungen zwischen verschiedenen industriellen Branchen, die für kleinräumige Subsysteme sprechen. Unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung symbiotischer Nutzungen von aufeinander bezogenen dissipativen Prozessen in den menschlich organisierten Stoffwechselprozeß sind vor allen Dingen biologische und das heißt durchweg landwirtschaftliche Produktionsprozesse unverzichtbar als Basis jeder selbstreproduktiven Einheit. Qualitativ neue technologische Lösungen unter Maßgabe der Sonnenenergienutzung, der Entwicklung von Niedrigenergiotechnologien, der Gestaltung von Recyclingprozessen und der Symbiose mit selbstorganisierten Naturproduktivitäten setzen engen Verbund insbesondere zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion voraus und eine veränderte Raumstruktur. Symbiotische Technologien verlangen eine andere Nutzung der Erdrinde und der einfallenden Sonnenenergie als die mit der Vorherrschaft der Gleichgewichtstechnologien ausgebildeten riesigen städtischen Ballungen auf der einen Seite und verarmende landwirtschaftliche Zonen hier vor allem aber in der Dritten Welt auf der anderen. Sie können nicht länger gleichgültig sein gegen die konkreten stofflichen Bedingungen des Standorts, eine Gleichgültigkeit, welche die offizielle kapitalistische Standortlehre sogar als Doktrin verkündet, wenn sie Raum auf Transportkosten reduziert.

Widersprüche zwischen den Organisationsprinzipien selbstregulativer Einheiten und kapitalistischer bzw staatsmonopolistischer Produktivkraftentwicklung

Neben die direkte Nutzung biologischer Prozesse im Verbund setzt Vester Verfahren, die versuchen, Konstruktionsprinzipien der natürlichen Technologie, also der Pflanzen und Tierwelt, nachzubilden. Das geschieht in der Annahme, daß der seit Milliarden Jahren laufende Evolutionsprozeß geeignete Verfahren für den Stoffwechsel hervorgebracht hat als die noch ziemlich junge menschliche Technik. Dabei legt Vester Gewicht nicht so sehr auf das Studium einzelner biologischer Strukturen und Funktionen, sondern auf die Organisation biologischer Abläufe, also auf die „spezielle Dynamik ihres Auf- und Abbaus, ihres Wachstums, ihrer Kommunikation und Selbstregulation“ (S. 227) Er nennt acht sogenannte biokybernetische Grundregeln, denen überlebensfähige biologische Systeme entsprechen und denen deshalb auch menschliche Gesellschaften auf einer elementaren Ebene Rechnung tragen sollten:

1 Ihre Steuerung kann nicht von außen, durch eine Zentralinstanz etwa, erfolgen, sondern nur innerhalb der jeweiligen Subsysteme selber nach Modellen negativer Rückkoppelung, wodurch Störungen, die auftreten, nicht potenziert werden (der Fall positiver Rückkoppelung), sondern unmittelbar ausgeglichen werden.

2. Die Funktion des Systems darf nicht auf Mengenwachstum angewiesen sein.
3. Die Funktion des Systems darf nicht an die Herstellung eines bestimmten Produkts gebunden sein, ausgleichende Steuerung bedeutet gerade auch Wechsel im Produkt, bzw Unabhängigkeit vom Produkt. Das System muß also funktionsorientiert sein statt produktorientiert.
4. Niedriger Energieumsatz durch Nutzung vorhandener Kräfte, oder wie Vester es plastisch nennt – Jiu-Jitsu statt Boxerprinzip. Mehrfachnutzungen von Energie durch Energiekoppelungen und Energiekaskaden.
5. Mehrfachnutzungen von Produkten, Verfahren und Organisationseinheiten.
6. Recycling unter Kombination von Einwegprozessen zu Kreisprozessen, also Wiedereinführung alles Produzierten und Verbrauchten in einen neuen Kreislauf.
7. Prinzip der Symbiose, das enge Zusammenleben artfremder Organismen zum gegenseitigen Nutzen, was nur gelingt beim Zusammenleben verschiedener Arten, also bei kleinräumiger Diversität.
8. Vereinbarkeit aller von Menschen geschaffenen Strukturen, Funktionen und Organisationsformen mit der biologischen Natur insbesondere auch der des Menschen selbst. (Vester S. 81 – 86)

All diese zu einer Art Checkliste geordneten „biokybernetischen Grundregeln“ sind mit kapitalistischer Form der Gesellschaftsorganisation im Konflikt. Marktvermittelte Unternehmens- aber auch Konsumententscheidungen von Haushalten, sind charakteristische Fälle von positiver Rückkoppelung. Läuft z.B. die Autokonjunktur d.h. der Markt sendet sogenannte positive Signale aus, so werden die Automobilkonzerne im Durchschnitt noch mehr Gas geben, neue Kapazitäten schaffen und massiv in die Überproduktion steuern. – Die Funktion der einzelnen Subsysteme, also der Unternehmen, wie auch der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt, ist stark auf Mengenwachstum angewiesen. Ohne Akkumulationsdynamik geht die Ordnung verloren. – Schließlich ist die Bindung an ein bestimmtes Produkt für das einzelne Unternehmen, aber auch für die ganze Gesellschaft die Bindung an eine bestimmte Produktionsstruktur nur sehr schwer überwindbar wie gegenwärtig an der Krise der Atomwirtschaft, im Verkehrswesen faßbar ist. Solche Bindungen an eine bestimmte Produktionsstruktur sind bisher überhaupt nur überwindbar gewesen durch langanhaltende Strukturkrisen, die dann eine neue lange Welle der industriellen Entwicklung einleiteten. – Vom Fehlen einer Energieverbundwirtschaft, der Mehrfachnutzung und des generellen Recyclings als Organisationsprinzip war schon die Rede. Und das Prinzip der Vernetzung, das der Kapitalismus hervorbringt, ist gerade nicht die kleinräumige Diversität und Symbiose, sondern der Tendenz nach ein Weltmarktgeflecht von Beziehungen mit chaotischer Vernetzung nach Art des Krebszellenbeispiels. – Die technischen Einrichtungen aber welche die kapitalistische Industriegesellschaft hervorbringt, sind wie wir sahen – durchweg Gleichgewichtsstrukturen, die immer stärker biologische Natur und dissipative Prozesse überdecken und ersticken – auch und gerade im Menschen selber

Diese Kritik Momente an der kapitalistischen Gesellschafts- und Eigentumsform sind entlang der Vesterschen Checkliste rasch zu geben. Dennoch bleibt die klassisch sozialistische Formel von der notwendigen Enteignung und Vergesellschaftung demgegenüber leer. Herkömmlicherweise hat sich in diese Leerstelle ja der Staat als Vergesellschaftungshebel bzw der von der kommunistischen Partei noch einmal um- und überformte Staat eingefügt. Was da-

bei herauskommt, ist eine Produktionsweise, deren Konfliktpunkte zu diesem Satz an Regeln noch schwerer wiegen, die also noch unproduktiver und zerstörerischer ist als die kapitalistische Zentralverwaltung, fehlt bei der Steuerung auch noch das zu spät einsetzende negative Rückkoppelungssignal der eintretenden konjunkturellen Krise und des Preismechanismus. Positive Rückkoppelung wird verstärkt bis zur lebhaften Produktion von definitiv Unnutzen und zum regelmäßigem Mangel an gewünschten Gütern. Die schließlich auch eintretende Krise hat in Polen Zusammenbruchscharakter angenommen, weil die Disproportionalitäten grotesk geworden sind. Gesucht wird im Staatsmonopolismus fast ausschließlich Mengenwachstum, zudem mit ganz enger Bindung ans einmal hergestellte Produkt, weil die Fähigkeit zu Innovation und damit zum Strukturwandel noch geringer ist als unter dem Druck der Konkurrenz im Kapitalismus. Alle Elemente aber der kleinräumigen Verbundwirtschaft fehlen so gut wie ganz, weil häufig nicht einmal lokale Märkte die zentralstaatlich organisierte Arbeitsteilung unterlaufen können. Resultat sind extreme Fabrikgrößen, keineswegs ein Zeichen besonderer gesellschaftlicher Produktivität, sondern von mangelnder Vernetzung. Die Durchschnittszahl von Arbeitskräften pro Industrieunternehmen lag 1973 in Rumänien bei 1480, in Bulgarien bei 520, in der Sowjetunion bei 712, der DDR bei 197, der BRD bei 149 (Welzk, S. 118) Man kann hier entgegen der unter vielen Sozialisten verbreiteten Annahme – die Durchschnittsgröße der Fabriken eher als Hinweis auf Rückständigkeit denn auf Fortschrittlichkeit nehmen. Der Ausbau einer solchen Struktur liegt im Staatsmonopolismus nahe, weil sich Riesetriebe leichter durch zentrale Kommandostrukturen leiten und miteinander in Beziehung setzen lassen. Die staatsmonopolistischen Gesellschaften haben so in gewisser Weise das zerstörerische Fabrikprinzip bei der unmittelbaren Vergesellschaftung der Arbeit auf die Spitze getrieben, und in ihrer notorisch unproduktiven Landwirtschaft haben sie es einem Produktionszweig aufzuerlegen versucht, der ihm wegen seiner Angewiesenheit auf Symbiose mit selbstorganisierten Prozessen am weitestgehendsten widerspricht. Die Formel von der Enteignung und von der Vergesellschaftung führt also nicht weiter, wenn sich darunter die Anhänger der unproduktivsten und zerstörerischsten Form von Industriesystem mit strikten Gegnern desselben treffen können. Es geht vielmehr darum, positiv die möglichen Formen der Aneignung der Produktionsmittel durch assoziierte Produzenten zu entwickeln, in der sich sowohl ihre subjektiven Produktivitäten wie auch die der Naturmaterie in Allianz miteinander entfalten können.

Gesellschaftliche Voraussetzungen für technischen „Dialog mit der Natur“

So viel läßt sich sagen: Es müssen Formen sein, in denen die charakteristischen gesellschaftlichen Trennungen zwischen dem Produzenten und der Naturmaterie, die er bearbeitet, sowie zwischen dem Zusammenwirken und -leben der Menschen durch Assoziationen überwindbar sind. Da schon die Basisassoziationen Grundfunktionen des Lebenszusammenhangs umgreifen sollen, können sie nicht entlang einzelner Betriebe, Gewerbe oder Branchen verlaufen, also auch nicht in erster Linie über betriebliche Selbstverwaltung. Wenn die Basisassoziation in ihrer Umwelt selbstbewußt den menschlichen Naturzustand und ihren eigenen Vergesellschaftungszusammenhang gestalten können soll, wird sie nicht hauptsächlich funktionell, sondern räumlich begrenzt sein. Die naheliegendste Basisform für die Gestaltung eines Lebenszusammenhangs und die Aneignung der Naturbedingungen des menschlichen Le-

bens ist deshalb wohl die kommunale. Aber in dieser Basisform geht weder der menschliche Vergesellschaftungsprozeß noch der von Menschen gestaltete Naturzustand auf. Die Basiskommunen müßten teilnehmen an einem übergeordneten System und dessen übergreifenden Bezügen und Funktionsdifferenzierungen. Komplexität des gesellschaftlichen und des Naturzustandes bedeuten Ausbildung einer hierarchischen Organisation, in der die unteren Ebenen jedoch ihre Autonomie so weit wie möglich behalten und durch Föderation ihre übergeordneten Bezüge kontrollieren.

Ich habe in diesem Aufsatz die subjektiven Bedürfnisse, wie sie heute produziert werden, und die darin möglicherweise liegenden Anknüpfungspunkte für kommunale Vergesellschaftungsformen nicht behandeln können. Das macht den Zugang zum Thema im politischen Sinn abstrakt. Nur so viel dazu:

Es liegt eine besondere Problematik darin, wenn Mitglieder einer Gesellschaft, die innerhalb ihres Arbeitsprozesses gegen die Entfaltungsmöglichkeiten von Naturproduktivitäten und gegen ihre eigenen subjektiven Potenzen vergesellschaftet sind, die Schranken dieser Vergesellschaftungsform sprengen müssen, um kommunale Assoziation zu entwickeln. Sie können das dann weder erreichen durch Kritik an ungerechter Verteilung des Produktionsergebnisses noch durch Kritik an krisenhaften Stockungen im Gesamtprozeß. Und selbst eine Kritik an einzelnen Elementen des konkreten Arbeitsprozesses greift zu kurz. Bislang hat die europäische Arbeiterbewegung mit Ausnahme vielleicht der Pariser Commune und einiger anarchistischer Strömungen eine Kritik an der Fabrikgesellschaft und zugunsten kommunaler Vergesellschaftung auch kaum hervorgebracht. Kommunale Assoziation anzustreben liegt nicht auf dem spontanen Weg von Gewerkschaften, die auf dem gesamten nationalen Markt die Konkurrenz der Arbeiter untereinander gering zu halten versuchen und Verbesserungen in der bestehenden Vergesellschaftungsform, in Fabrik und Büro, gegenüber dem Kapital durchzusetzen haben. Das Ziel liegt auch nicht auf dem Weg des klassischen Reformismus, der im Bündnis mit Gewerkschaften per Staat Ausgleichsprozesse und Regulierungen zugunsten der Lohnabhängigen zu erreichen sucht. Es liegt erst recht nicht auf dem Weg des bisher historisch aufgetretenen Kommunismus = Staatsmonopol. Gegenwärtig liegt es eher auf dem von Bürgerinitiativen spontan eingeschlagenen Weg, die Kritik an bestimmten Produktionen und bestimmten Maßnahmen der Infrastrukturpolitik vor dem Hintergrund der dadurch eingeleiteten Kommunal- und Regionalentwicklung zu formulieren. Diese Kritik findet durchweg statt unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung, seltener der wünschenswerten weiteren Gestaltung einer ganzen Lebenswelt.

Es reicht nicht aus, bei der Verweigerung gegenüber einem bestimmten Industrieprojekt stehen zu bleiben. Es ist aber auch keine Lösung, aus der bestehenden Gesellschaft räumlich und institutionell ausziehen zu wollen, um auf freiem Feld neue Gemeinden und Musterkolonien zu bauen. Es gibt dieses freie Feld nicht, und der von 1939 – 1945 gemachte Versuch, nach einer „Volk ohne Raum“ Propaganda sich solches Feld auf Kosten anderer Völker zu beschaffen, sollte vor jeder Gedankenspielerei in der Richtung „Auszüge“ zurückzucken lassen. Gemeindebeziehungen müssen innerhalb der heute bestehenden Strukturen ausgebaut und verstärkt werden. Jede Investitionsmaßnahme, jede Infrastrukturplanung, der Wohnungsbau, aber natürlich auch juristische, fiskalische, kulturelle Institutionen müssen der Gestaltung einer gemeinsamen, kommunalen Welt dienen. Dabei dürfte das stofflich schwierigste Problem darin bestehen, überall die Rückbindung an landwirtschaftliche Produktionen zu erreichen. Das wird ohne Verwirkli-

chung der alten sozialistischen Überlegung von der Auflösung der großen Städte nicht möglich sein. Die privaten Verfügungsmöglichkeiten und -rechte der Kapitale, aber auch der Konsumenten (z.B. von Bauherren), müssen stofflich durch Verbund, ökonomisch und rechtlich durch Auflagen bzw die Schaffung oder Verbesserung gemeinschaftlicher Rechtsinstitute ein- bzw überbaut werden, damit sie schließlich abgelöst werden können. Dabei dürfte die Tendenz zur Auslösung ökologischer Krisen zentraler politischer Ansatzpunkt sein für die Entwicklung einer kommunalen stofflich-energetischen Verbundwirtschaft in Symbiose mit lebenden Systemen. Umweltprobleme – namentlich in Zusammenhang mit ökonomischen Krisenerscheinungen werden auch innerhalb der Betriebe einer der wichtigsten Entstehungsgründe für Konversionsüberlegungen sein. Im Fortschreiten der Auseinandersetzung wird es unumgänglich sein, auch die Änderung der Rechtsverhältnisse und der ökonomischen Gesellschaftsform (d.h. der Eigentumsverhältnisse) auf der Ebene des Gesamtstaates (und darüber hinaus) zu erzwingen. Auch Kampf um Kommunismus kommt um gesamtgesellschaftliche Zusammenfassung nicht herum.

Kritik am industriellen Arbeitsprozeß und der durch ihn angeordneten Schäden kann nicht nur geführt werden in der Perspektive der Befreiung der Arbeit von ihrer Unterordnung unter fremdes Kommando, von arbeitsteiliger Zerstückelung und von dem ihr fremden Zweck der Vermehrung von Kapital. Kritik ist gleichermaßen erforderlich aus der Perspektive der Befreiung von Naturproduktivität, die der gegenwärtige industrielle Produktionsprozeß fesselt und zerstört. Eines ist ohne das andere nicht möglich, Befreiung der Arbeit nicht ohne Befreiung von selbständigen und selbstorganisierten Naturpotenzen. Kritik der kapitalistischen Industriegesellschaft ist deshalb ohne die Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung, die sie hervorbringt, unvollständig.

Wenn es aber um *Befreiung* der Menschen und der Naturpotenzen zugleich geht, dann kann der leitende Gesichtspunkt der Kritik nicht sein, wie das menschliche Naturverhältnis stabilisiert werden, sondern in welcher Form es sich in Allianz *bewegen*, entwickeln kann. Es geht um die Struktur einer Dynamik, eines Prozesses, nicht um Gleichgewicht. Die Alternative heißt auch nicht „Haben oder Sein“ wie der vielzitierte Frommsche Best-Seller nahelegt. Es geht ums *Werden*, um den un abgeschlossenen Prozeß der Evolution von Menschen und Welt. „Tausend Pfade gibt es, die noch nie gegangen sind, tausend Gesundheit und verborgene Eilande des Lebens. Unerschöpft und unentdeckt ist immer noch Mensch und Menschenerde.“ (Nietzsche, Zarathustra) □

Angeführte Literatur

Jantsch, Erich: Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist, München (dtv 4387) 1982
 Marx, Karl: Das Kapital, MEW Bd. 23 – 25, Berlin, DDR (Dietz) 1962 1964
 Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt (Syndikat) 1976
 Moscovici, Serge: Versuch über die menschliche Geschichte der Natur, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1982
 Negt, Oskar/Kluge, Alexander: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt (2001) 1981
 Prigogine, Ilya/Stengers, Isabelle: Dialog mit der Natur Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens, München Zürich (Piper) 1981
 Steiger, Alois: Sozialprodukt oder Wohlfahrt? Kritik am Sozialproduktkonzept. Die sozialen Kosten der Umweltzerstörung, Diessenhofen (Verlag Rüegger) 1979. (= Reihe Ökologie, Bd. 2)
 Vester, Frederic: Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter, Stuttgart (DVA) 1980
 Welzk, Stefan: Entwicklungspolitische Lernprozesse: Rumänische Erfahrungen, in: Befreiung, Nr. 19/20, S. 70 – 118
 Wittvogel, Karl August: Geopolitik, geographischer Materialismus und Marxismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1929, S. 17 51, 485 – 522, 698 – 735

Joscha Schmierer

Genossenschaften – politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals

Genossenschaftliche Produktion auf Basis gesellschaftlich entwickelter Produktivkräfte ist bis heute eine Ausnahmeerscheinung geblieben. Im Westen herrscht das kapitalistische Privatunternehmen vor – wenn auch meist in Form von Aktiengesellschaften. Unternehmen in Staatseigentum verhalten sich im großen und ganzen wie die vorherrschenden Aktiengesellschaften. Im Osten herrscht das zentralgelenkte Staatsunternehmen vor – und auch die landwirtschaftlichen Kolchosen sind der Sache nach nichts anderes als Staatsunternehmen. Lediglich in Jugoslawien wird mit der Selbstverwaltung in gesellschaftlichem Maßstab in Richtung auf Ausbildung genossenschaftlicher Produktionsformen experimentiert. Doch bleibt der Staat wohl auch dort noch entscheidende Instanz der gesellschaftlichen Produktion. Also ist der Genossenschaftsgedanke als Assoziation der Arbeiter der grundlegende Gedanke der Arbeiterbewegung – durch den Gang der industriellen Entwicklung erledigt und nur noch in Nischen der gesellschaftlichen Produktion zu verwirklichen? Dann wäre der Abschied vom Proletariat wohl unvermeidlich, Kapital und Staat wären unumstößliche Tatsachen, und das Individuum könnte sich gegenüber beiden bestenfalls einen gewissen Freiraum sichern.

In diesem Aufsatz wird dagegen die These vertreten: daß die politische Ökonomie des Kapitals gerade auf dem Feld der Ökonomie der Zeit in immer schroffere Widersprüche führt; dann wird entwickelt, daß diese Widersprüche die Notwendigkeit einer politischen Ökonomie der Arbeit hervorrufen, deren genossenschaftliche Form das kapitalistische Unternehmen ablöst. In gesellschaftlichem Maßstab setzt das die Ersetzung des Staates durch die politische Form der Kommune voraus. In einem letzten Abschnitt werden die Ansätze genossenschaftlichen Wirtschaftens unter den gegenwärtigen Bedingungen kurz gestreift. Bei der Behandlung des Gegensatzes von politischer Ökonomie des Kapitals und politischer Ökonomie der Arbeit beschränke ich mich auf die Frage der Ökonomie der Zeit. Das gegensätzliche Verhältnis zur Natur – die unterschiedliche Struktur des materiellen Reichtums entsprechend den gegensätzlichen Triebkräften der politischen Ökonomie des Kapitals und der Arbeit wird nur angedeutet, wie auch die Frage der Überwindung der verknöcherten Arbeitsteilung und der Anpassung der sachlichen Produktivkräfte an den Arbeiter als reelle Emanzipation der Arbeit nicht behandelt wird. Auf Anmerkungen habe ich aus Platzgründen weitgehend verzichtet.

„Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus“

Die Ökonomie der Zeit wird in jeder ökonomischen Formation Bedingung des Produzierens bilden, aber in unterschiedlicher Form und mit unterschiedlichem Inhalt. Die kapitalistische Produktionsweise ist relativ stark in der Verkürzung der Arbeitszeit, die notwendig ist, um ein bestimmtes Produkt herzustellen. Unter dem Druck der Konkurrenz entwickeln die einzelnen Kapitale die Produktivkraft der Arbeit. In derselben Zeit werden mehr Produkte hergestellt als vorher. Solange ein Kapital einen Vorsprung bei der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit hat, macht es einen Extraprofit, daher sein Antrieb. Dieser Extraprofit bildet Abzug bei den anderen Kapitalen. Daher ihr Antrieb, die Produktivkraft der Arbeit zu entwickeln. Sobald sich eine neue durchschnittliche Arbeitszeit für die Herstellung des betreffenden Produktes herausgebildet hat, sinkt der Wert dieses Produktes entsprechend. Wurde ein Produkt früher in zwei Stunden hergestellt und jetzt in einer halbiert sich sein Wert. Wird nach wie vor auf die Gesamtproduktion dieser Produktenart gleichviel Arbeitszeit wie früher angewandt, so verdoppelt sich die Anzahl der Produkte. Ihr Gesamtwert bleibt gleich, weil eben in der verdoppelten Zahl der Produkte genausoviel Arbeit steckt wie früher in der Hälfte. Der materielle Reichtum der Gesellschaft hat sich dem Gebrauchswert nach verdoppelt, der Wert des einzelnen Produkts hat sich halbiert, und das Wertprodukt der Gesamtproduktion ist gleichgeblieben.

Für den Kapitalisten wird der sinkende Wert der einzelnen Waren ausgeglichen, kompensiert durch den wachsenden Umfang der Waren, die er produzieren läßt und verkauft. Dehnt er aber das Arbeitsvolumen seiner Produktion nicht aus, dann bleibt der Wert der Warenmasse gleich, auch wenn er ihren Umfang verdoppelt oder vervielfacht hat. Dies gilt jedenfalls für die Kapitalisten als Klasse. Daher hat die kapitalistische Produktionsweise notwendig die Tendenz, das gesellschaftliche Arbeitsvolumen auszudehnen, während sie die Arbeitszeit, die in der einzelnen Ware steckt, verkürzt. Ausdehnung des Arbeitsvolumens ist auf dieser Stufe der Analyse die einzige Möglichkeit, den materiellen Reichtum, kapitalistisch bemessen, auszudehnen, obwohl die Produktion der jeweiligen Bestandteile dieses materiellen Reichtums ständig weniger Arbeit kostet.

Der Kapitalist ist nicht einfach Warenproduzent, sondern kapitalistischer Warenproduzent. Seinen Reichtum mißt er deshalb weniger in den Werten der von seinen Arbeitern produzierten Warenmasse, sondern vielmehr in dem in dieser Warenmasse steckenden Mehrwert. Also gibt es für den Kapitalisten eine weitere Kompensationsmöglichkeit für die wachsende Produktivkraft der Arbeit und der damit Hand in Hand gehenden Entwertung der Ware als nur die Ausdehnung des Arbeitsvolumens. Selbst wenn das gesellschaftliche Arbeitsvolumen gleichbleibt oder sinkt, kann dies für die Kapitalistenklasse ausgeglichen werden, wenn die Mehrarbeit wächst oder schneller wächst, als das gesellschaftliche Arbeitsvolumen sinkt. Kapitalistisch gemessen würde dann der Reichtum immer noch steigen, auch wenn das gesellschaftliche Wertprodukt gleichbleibt oder gar sinkt. Aber diese Kompensationsmöglichkeit nimmt mit Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und steigender Ausbeutung der Arbeitskraft nicht zu, sondern ab.

Nehmen wir den gesamten gesellschaftlichen Arbeitstag mit 80000 Stunden an. Er sei in 40000 Stunden für die Reproduktion der Arbeiterklasse notwendige Arbeit und 40000 Stunden Mehrarbeit für die Kapitalisten geteilt. Die Ausbeutungsrate der 10000 Arbeiter bei achtstündigem Normalarbeitstag betrüge also 100 Prozent. Würde eine Verkürzung des gesellschaftlichen Arbeitstages um eine Stunde eintreten, dann könnte die Kapitalistenklasse das damit verbundene Sinken des Wertprodukts um 12,5 Prozent durch eine Verkürzung der notwendigen Arbeit um eine Stunde ausgleichen. Die Mehrarbeit betrüge dann wieder 4 Stunden. Die Ausbeutungsrate wäre auf 133 Prozent gestiegen. Bei gleichem Reallohn setzte das eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in der Konsumtionsmittelindustrie von 25 Prozent voraus.

Nehmen wir jetzt ein der heutigen Ausgangslage angemessenes Beispiel. Der achtstündige Arbeitstag sei in zwei Stunden notwendige Arbeit und in sechs Stunden Mehrarbeit geteilt.¹

Aufgrund der gegenüber dem vorherigen Beispiel gesteigerten Ausbeutungsrate von jetzt 300 Prozent stellen sich die Kompensationsmöglichkeiten viel schwieriger dar und schwinden dahin. Wir nehmen wiederum eine Verkürzung des Arbeitsvolumens um 12,5 Prozent an, das heißt von 80000 auf 70000 Stunden. Im Fall von Entlassungen könnte der Verlust an Mehrarbeitsvolumen nur durch eine Steigerung der Ausbeutungsrate um 100 Prozent ausgeglichen werden. Im Fall einer Verkürzung der Arbeitszeit könnte der Verlust an Mehrarbeit durch eine Erhöhung der Ausbeutungsrate von dann 5/2 auf 6/1 das heißt um 140 Prozent, ausgeglichen werden. In beiden Fällen müßte die notwendige Arbeit halbiert und bei gleichbleibendem Reallohn die Produktivkraft in der Konsumtionsmittelindustrie verdoppelt werden, obwohl, wie in dem obigen Beispiel auch, das Arbeitsvolumen nur um ein Achtel gesenkt worden wäre. Wegen teurerer Maschinerie und mehr Materialeinsatz wäre der Kapitalvorschuß jedoch gestiegen und deshalb die Profitrate trotz Kompensation beim Mehrwert gesunken. Je höher also die Ausbeutungsrate bereits ist, desto schwieriger sind Verkürzungen des Arbeitsvolumens durch Steigerung der Ausbeutungsrate auszugleichen.

Der relativen Stärke der kapitalistischen Produktionsweise in der Verkürzung der Arbeitszeit pro Produkt – steht ihre immanente Tendenz gegenüber die Arbeitszeit pro Arbeiter und das gesellschaftliche Arbeitsvolumen insgesamt auszudehnen. Arbeitszeitverkürzung pro Arbeiter ist, ohne den Rahmen der inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitals zu sprengen, nur möglich, wenn sie durch Ausdehnung des Arbeiterkörpers und damit des Arbeitsvolumens und/oder insbesondere durch Ausdehnung der gesellschaftlichen

Mehrarbeitszeit überkompensiert wird. Die Möglichkeiten dieser Kompensation nehmen aber mit Entwicklung des Kapitalismus und der Ausbeutungsrate ab während die wachsende industrielle Reservearmee und die Arbeitslosigkeit immer drastischer vor Augen führen, wieviel frei verfügbare Zeit aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte an sich bereits vorhanden wäre.

Für eine Gesellschaft von assoziierten Arbeitern sähe die Angelegenheit dagegen ganz anders aus. Der Einfachheit halber sehen wir von Änderungen der Arbeiterbevölkerung ab. Wenn das Arbeitsvolumen durch eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde um 10000 Stunden insgesamt gesenkt würde, dann könnten die assoziierten Arbeiter den damit verbundenen Verlust an materiellem Reichtum schon durch eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit um 14,3 Prozent vollständig ausgleichen, weil sie dann in den 70000 Arbeitsstunden die gleiche Menge Gebrauchswerte produzieren könnten wie vorher in 80000 Stunden.

Eine Arbeitszeitverkürzung wird aber immer und selbst bei gleichbleibender Technologie und Maschinerie, eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nach sich ziehen.

Im übrigen wird sich die Entwicklung im allgemeinen umgekehrt ergeben: Die Produktivkraft der Arbeit steigt und läßt bei steigendem materiellen Reichtum eine Verkürzung der Arbeitszeit zu, die wiederum eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nach sich zieht usw

Gehen wir von den Beispielen zur Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus über. Bis Anfang der 60er Jahre zog der westdeutsche Kapitalismus immer mehr Arbeiter in die kapitalistische Industrie und Bauproduktion. Abgesehen von dem Einbruch mit der Krise 1966/67 stagnierte dann die Zahl der Industrie- und Bauarbeiter auf hohem Niveau, auf dem sie bis Anfang der 70er Jahre blieb. Mit Beginn der 70er Jahre und verstärkt durch die Krise 1974/75 wird in der Entwicklung der Zahl der Industrie- und Bauarbeiter die Trendwende sichtbar die in dieser Zeit auch unter anderen Aspekten eintrat. Arbeitszeitverkürzungen, tarifvertragliche Vereinbarung der 40-Stunden-Woche und Verlängerung des Jahresurlaubs bewirkten aber daß dieser Trendwechsel bei der Entwicklung des in der Industrie und im Baugewerbe verausgabten gesellschaftlichen Arbeitsvolumens bereits schon früher nämlich mit Beginn der 60er Jahre, eintrat. Das konnte die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise solange nicht einschneidend behindern, solange sich das Mehrarbeitsvolumen auf hohem Niveau hielt, was wiederum bis zu Beginn der 70er Jahre der Fall war. Seither sinkt in Industrie und Bauwirtschaft auch das Mehrarbeitsvolumen, obwohl die Mehrwertrate weiterhin steigt, in den letzten Jahren sogar mit wachsender Tendenz. Mit sinkendem Mehrarbeitsvolumen kommt aber die Profitrate von beiden Seiten des Verhältnisses, von der Mehrwertmasse wie von der Masse des Kapitalvorschusses her unter Druck, statt nur von der Seite des Kapitalvorschusses. Der Rückgang des verausgabten Arbeitsvolumens durch Reduktion des Arbeiterkörpers wie der Arbeitszeit kann von der Kapitalistenklasse trotz steigender Mehrwertrate nicht mehr kompensiert werden. Die Entwicklung der Profitrate wird abschüssig. Wertproduktion, kapitalistisches Maß des materiellen Reichtums, und wachsende Produktivkraft der Arbeit, die sich in immer größerer Warenmasse niederschlägt, lassen sich nur noch unter Krämpfen und schreienden Widersprüchen miteinander vereinbaren. Warenmangel und Verelendung, die doch ein für allemal überwunden schienen, treten mit den Zusammenbrüchen der Produktion wieder hervor

Was für eine Krise sich in der kapitalistischen Industrie und Bauwirtschaft seit Beginn der 70er Jahre abzeichnen begann, bliebe einerseits dadurch verborgen, daß sich im Bereich der Dienstleistungen die kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise noch ausdehnte, und vor allem dadurch, daß der Kapitalismus den materiellen Reichtum nicht *direkt* an der in der Produktion aufgewandten Arbeitszeit mißt, sondern *indirekt* und *relativ* durch den Wertausdruck in Geld. Dieser relative Wertausdruck der produzierten Warenmasse und selbst der meisten einzelnen Waren ist jedoch stets gestiegen und steigt immer noch.

Stagnation und Rückgang des Arbeitsvolumens und des Mehrarbeitsvolumens konnten aus verschiedenen Gründen mit einem anhaltenden Steigen ihres relativen Wertausdrucks Hand in Hand gehen und können dies weiterhin tun: einerseits durch schlicht inflationäre Tendenzen, insofern sich mehr Wertrepräsentanten (Noten, Wechsel, etc.) in der Zirkulation befinden, als tatsächlich Werte zur Zirkulation nötig wären. Mit inflationären Tendenzen kann sich die Kapitalistenklasse jedoch auf die Dauer nicht über ein sinkendes Arbeits- oder gar Mehrarbeitsvolumen hinwegtrösten. Andererseits durch anhaltenden Vorsprung in der Intensität und Produktivität der Arbeit gegenüber dem Durchschnitt der Weltproduktion. Zunächst: Wenn die Arbeit in der westdeutschen Industrie und Bauwirtschaft intensiver und produktiver ist als die Arbeit in der Produktion des Weltgeldes (Gold), dann wird der relative Wertausdruck in Gold steigen können, auch wenn der Wertinhalt, die auf die Produktion verausgabte Arbeitszeit, rückläufig ist. Weiter: Wenn das Weltgeld unter durchschnittlichen Bedingungen produziert wird, die westdeutsche Industrie und Bauwirtschaft aber überdurchschnittlich intensiv und produktiv arbeiten, dann werden sich die Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt in einem höheren Wertausdruck deutscher Waren widerspiegeln. Wie sich dies über die Währungsrelationen von Gold und untereinander vermittelt, kann hier nicht weiter verfolgt werden.

Ähnlich können sich im Inneren produktivere und intensivere Arbeit in Industrie und Bauwirtschaft gegenüber Landwirtschaft oder anderen Bereichen der Wirtschaft dahin auswirken, daß der relative Wertausdruck ihres Arbeits- und Mehrarbeitsvolumens noch steigt, während diese selber bereits sinken.

Die Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus gerät in ein durch die politische Ökonomie des Kapitals unlösbares Dilemma: Die durch die wachsende Produktivkraft bei wachsendem materiellem Reichtum sinkende Arbeitszeit pro Produktionseinheit ist bereits innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse in einen Rückgang des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens in Industrie und Bauwirtschaft umgeschlagen, der durch eine Steigerung des Mehrarbeitsvolumens nicht mehr ausgeglichen wird, obwohl sich die Ausbeutungsrate der lebendigen Arbeit immer weiter verschärft. Im Gegenteil, alle Bemühungen, die Ausbeutungsrate zu steigern, setzen eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit voraus, die wie Entlassungen das verausgabte Arbeitsvolumen weiter senkt, so daß die Anstrengungen der Kapitalisten, den Rückgang des verausgabten Arbeitsvolumens durch eine Steigerung des Mehrarbeitsvolumens auszugleichen, sich wenigstens auf absehbare Zeit in den Schwanz beißen.

Innerhalb des Kapitalismus wäre dies Dilemma bloß dann vorübergehend lösbar, wenn ganz neue Bedarfsstrukturen entstünden, und zwar von *zahlungsfähigem Bedarf* auf dessen Befriedigung ein *wachsendes Arbeitsvolumen* bei *weiterhin steigender Ausbeutungsrate* geworfen werden könnte. Darauf setzen einige Analyti-

ker die von einer zweiten, dritten oder vierten industriellen Revolution ausgehen, die gegenwärtig bereits in Gang sei.² Das Problem scheint aber darin zu bestehen, daß die in Gang befindliche Umwälzung der Produktivkräfte gerade dort die Arbeitskräfte freisetzt und damit das Arbeitsvolumen verkürzt, wo sie in der bisherigen industriellen Entwicklung massenhaft nachgefragt wurden, in der mechanischen Produktion, während die Industriezweige, von denen diese Umwälzung der Produktion ausgeht, relativ wenig lebendige Arbeitskraft nachfragen. Es spricht also wenig für eine neue lange Welle in kapitalistischer Form.

Arbeitszeitverkürzungen können dem Kapital aufgezwungen werden, ohne daß seine Expansionsfähigkeit gebrochen wird, wenn die Arbeitszeitverkürzung pro Arbeiter durch Ausdehnung des gesamten gesellschaftlich verausgabten Arbeitsvolumens oder wenigstens durch Ausdehnung des Mehrarbeitsvolumens kompensiert wird, am ehesten, wenn beide Kompensationsfaktoren zusammenwirken. Bei den bisherigen mehr oder weniger epochalen Arbeitszeitverkürzungen, der Einführung des 10-Stunden-Tags und der schließlichen Durchsetzung des 8-Stunden-Tags und der 40-Stunden-Woche war dies auch jeweils der Fall.

Heute nicht, ist deshalb der Kampf um Arbeitszeitverkürzung illusionär oder unzeitgemäß? Man muß sich darüber im klaren sein, daß heute mehr denn je die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen nur der unerläßliche Schritt bei der Ablösung der politischen Ökonomie des Kapitals durch die politische Ökonomie der Arbeit sein kann und mit der Entwicklung von Formen der politischen Ökonomie der Arbeit Hand in Hand gehen muß.

Genossenschaftliche Produktion – eine höhere Form der Ökonomie der Zeit

Die genossenschaftliche Produktion ist eine höhere ökonomische Formation als die kapitalistische Produktionsweise, insbesondere weil sie in der Lage ist, eine höhere Form der Ökonomie der Zeit zu entwickeln als die kapitalistische Produktionsweise. Ökonomie der Zeit ist aber der Inhalt jeder politischen Ökonomie.

Die Ökonomie der Zeit wirkt in der kapitalistischen Produktionsweise nur vermittelt über die Verwertung des Werts. Die Verwertung des Werts wird zur entscheidenden Triebkraft der gesellschaftlichen Produktion, wenn Eigentümer und Arbeiter die in der einfachen Warenproduktion idealiter noch identisch sind, sich spalten und der Eigentümer den Arbeiter unterwirft. Dem Nicht-Arbeiter kommt es nicht darauf an, daß *seine* Arbeit durchschnittlich oder überdurchschnittlich produktiv ist, um seinen Verbrauch auszudehnen oder wenigstens zu sichern. Dem Nicht-Arbeiter kommt es darauf an, sein als Wert vorgeschossenes Eigentum durch Ausbeutung *fremder* Arbeit zu verwerten. Da sich Eigentum als Wert bloß quantitativ unterscheidet, kommt es in der kapitalistischen Produktionsweise auch notwendig zur Umwandlung des Werts der Ware in ihren Produktionspreis. Der Maßstab, in dem der *Eigentümer* an dem durch die Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert teilnimmt, kann nicht seine *eigene Arbeit* oder auch nur die *speziell* von ihm ausgebeutete fremde Arbeit, sondern nur die Größe *seines* als Wert vorgeschossenen *Kapitals* sein. Der Produktionspreis der Waren bildet sich auf Basis der Klassenspaltung in Eigentümer und Arbeiter notwendig als Summe des Kostpreises und der Durchschnittsprofitrate bezogen auf den als Kapital vorgeschossenen Wert. In der einfachen Warenproduktion heißt Ökonomie der Zeit immer noch Einsparung der *eigenen* Arbeit, um mit den Früchten der Arbeit die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. In

der kapitalistischen Produktionsweise heißt Ökonomie der Zeit lediglich, die *Kosten* zu senken, die einem fremde Arbeit schafft. Die kapitalistische Ökonomie als Ökonomie der Nicht-Arbeiter befreit sich mit der Bildung des Produktionspreises anstelle des Wertes, was den einzelnen Kapitalisten betrifft, auch von der verausgabten Arbeit als Maß des materiellen Reichtums. Das Maß des Reichtums wird der auf das vorgeschossene Kapital bezogene Profit: Mehr als die in gesellschaftlichem Maßstab verausgabte fremde Mehrarbeit können die Kapitalisten allerdings nicht unter sich verteilen und insofern bleiben sie der aufgewandten Arbeitszeit als Maß des materiellen Reichtums verhaftet, aber weder der aufgewandten eigenen Arbeit noch der vom eigenen Kapital ausgebeuteten Arbeit, sondern nur insofern, als sie nach Maßgabe ihres vorgeschossenen Eigentums über nicht mehr verfügen können als über das, was andere über ihren Verbrauch hinaus produziert haben.

Der einfache Warenproduzent hat ein Interesse, die eigene Arbeit möglichst produktiv zu gestalten und damit mit möglichst wenig eigener Arbeit im Austausch über möglichst viele Produkte fremder Arbeit zu verfügen. Der Kapitalist hat Interesse daran, die Arbeitszeit für das einzelne Produkt einzuschränken, weil das seine Kosten und seinen Kapitalvorschub senkt, ansonsten aber hat die Kapitalistenklasse und der einzelne Kapitalist das Interesse, die Arbeit möglichst auszudehnen, weil es ja nur fremde Arbeit ist. Daher sind die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise keinesfalls zufällig.

Die genossenschaftliche, kommunistische Produktionsweise stellt in bestimmter Weise die einfache Warenproduktion auf höherer Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Arbeit zunächst wieder her. Es tauschen kooperierende Arbeiter die Produkte ihrer Arbeit untereinander. Weil sie Arbeiter sind, können sie die Produkte ihrer Arbeit entsprechend der in ihrer Produktion aufgewandten Arbeit tauschen. Die Trennung zwischen Arbeitern und Eigentum bleibt aber insofern erhalten, als die jeweiligen Arbeiter eines kapitalistischen Unternehmens dieses Unternehmen ja nicht als einzelne Arbeiter oder als Kollektiv von Arbeitern in ihr besonderes (privates) Eigentum überführen können. Ist das Unternehmen zwar keineswegs das Produkt der Arbeit ihres Kapitalisten oder seiner Vorfäter, so ist es doch auch nicht das Produkt der jeweiligen Belegschaft oder ihrer Väter, das sie via Erbrecht beanspruchen könnten. Die Produktionsmittel können nur über die Produktion, ihre Nutzung und die genossenschaftliche Verfügung und Selbstverwaltung angeeignet werden, aber nicht als Gruppeneigentum der Belegschaft. Erstens haben etliche Arbeiter am Aufbau des Unternehmens mitgewirkt, die mit der jetzigen Belegschaft, die das Unternehmen nutzt, nichts unmittelbar zu tun haben; zweitens entsteht durch die Verteilung des Mehrwerts auf die verschiedenen Kapitale entsprechend dem vorgeschossenen Kapital und nicht etwa der in diesem Unternehmen aufgewandten Arbeit, und das ist das Wesentliche, ohnehin bereits im Kapitalismus potentielles Eigentum der Arbeiter als *Klasse*.

In gesellschaftlichem Maßstab kann genossenschaftliche Produktion aus der kapitalistischen Produktionsweise deshalb nicht auf Basis des genossenschaftlichen oder Gruppeneigentums entstehen, sondern nur auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums der Arbeiter, über das die Genossenschaften im Rahmen allgemeiner Richtlinien in Selbstverwaltung verfügen. Damit bleibt ein Widerspruch zwischen Eigentümern der Produktionsmittel und den Arbeitern mit diesen Produktionsmitteln bestehen, aber nun nicht mehr als Gegensatz von eigentumslosen Arbeitern und Nicht-Arbeitern als Eigentümern, sondern als Widerspruch zwischen der

Gesamtheit der Arbeiter und den Arbeitern, die mit den Produktionsmitteln in den jeweiligen Unternehmen genossenschaftlich arbeiten. Die Frage bleibt, ob dies einen Einfluß auf Austauschverhältnisse und Preisbildung haben muß entsprechend dem kapitalistischen Austausch nach Produktionspreisen. Die Gesamtheit der Arbeit schießt den Genossenschaften die Produktionsmittel als Kapital vor und verlangt dementsprechend einen Zins. Die Arbeiter ziehen auf das ihnen geliehene und von ihnen angewandte Kapital einen Durchschnittsprofit, von dem sie einen Zins an die Gesamtheit der Arbeiter (sage den Staat, die Kommune oder den Bund) zahlen. Entsprechend zahlen sie für den Grund und Boden eine Rente. Ihnen bleibt der Unternehmerprofit, den sie teils akkumulieren, teils ihrem Verbrauch, kollektiv oder individuell, zuführen. So könnte man sich das durchaus vorstellen. Die Gesamtheit der Arbeiter (sprich der Staat) hätte dann obendrein über Zins und Rente die Genossenschaften gehörig zu steuern oder auch zu zwicken und zu zwacken, um sie zu mehr oder besserer Arbeit anzuspornen.

Sinnvoller erscheint mir auf den Wert und damit auf die Arbeit direkt zu rekurrieren und einen Austausch der Produkte nach der in ihnen enthaltenen Arbeit anzustreben, wobei diese Arbeit, solange Genossenschaft und Gesellschaft nicht identisch, immer noch Wertform annehmen wird. Die Produkte werden dann noch Warenform haben, und in der Zirkulation werden noch Ware-Geld-Verhältnisse herrschen. Der Austausch der Produkte nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, und sei es in Warenform, würde dazu führen, daß in die weniger produktiven Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit, im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise, der Wert ihrer Arbeitsprodukte zurückfließen würde. In der kapitalistischen Produktionsweise würde dies auf die Entwicklung der Produktivkräfte hemmenden Einfluß haben, weil es in dieser Gesellschaft, in der die Nicht-Arbeiter über Produktion und Akkumulation verfügen, den Anreiz zur Entwicklung der Produktivkräfte schwächen würde. In einer genossenschaftlichen, kommunistischen Produktionsweise, in der die Arbeiter das Sagen haben, dürfte es dagegen die umgekehrte Wirkung zeitigen. Da die Arbeit in den zurückgebliebenen Bereichen im allgemeinen am schwerlichsten sein wird, und es nun um die Ersparung und Erleichterung der eigenen Arbeit geht, dürfte sich dort auch das Interesse an Entwicklung der Produktivkräfte schwunghaft entwickeln. Gleichzeitig liefern aber auch die Mittel an, um diese Entwicklung der Produktivkräfte zu ermöglichen.

Im Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise ist einer genossenschaftlichen Produktion wie der einfachen Warenproduktion Austausch zu Werten erstmal angemessen und wird sich auch einspielen, beruht doch auch die einfache Warenproduktion auf eigener Arbeit und werden die Genossenschaftsarbeiter zunächst noch eine ganze Reihe von Entwicklungen der gesellschaftlichen Arbeit erst nachträglich in gesellschaftlichem Umfang durchschauen. Die genossenschaftliche Produktionsweise hätte aber im Gegensatz zur einfachen Warenproduktion aufgrund der viel höheren Produktivkraft der Arbeit, der viel höheren Kooperation in den Unternehmen und der viel besseren Bedingungen, gemeinschaftliche Interessen in der ganzen Gesellschaft zu entwickeln, die Möglichkeit, relativ rasch zum „sozialistischen Produktentausch“ überzugehen, der der Warenform der Produkte und der Wertform der aufgewandten Arbeit entraten könnte. Dazu wäre nicht viel mehr vorausgesetzt, als daß die Informationen über die Produktion zwischen den Genossenschaften frei fließen und sich eine durchschnittlich notwendige Arbeitszeit pro Produkt direkt über diese

wechselseitige Information herstellt. Dafür aber würde das gemeinschaftliche Eigentum der Gesamtheit der Arbeiter an den genossenschaftlichen Produktionsmitteln die Basis legen.

Damit entfällt nämlich die Basis für Betriebsgeheimnisse, Patentrecht, Lizenzen und die Abgeschlossenheit der Unternehmen überhaupt, damit auch die Beschränkung der wissenschaftlichen Information und Kooperation, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln mit sich bringt. Der im Kapitalismus an den Rand gedrängte Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitern kann zu einem Zentrum der Selbstverständigung der Gesellschaft werden.

Der Austausch der Produkte zwischen den Genossenschaften und zwischen den Genossenschaften, den Konsumenten und den Kommunen entsprechend der aufgewandten Arbeit, der zunächst noch die Wert- und Warenform nicht ablegen wird, schließt natürlich Wettbewerb und Durchschnittsbildung der Produktivität der Arbeit weiter ein, aber nicht mehr in der Form einer gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate, vermittelt über die Konkurrenz um Extraprofite, sondern in Form des Strebens nach Ersparnis *eigener* Arbeit und des Wettbewerbs zwischen den Genossenschaften, um durch Steuerung der Produktivkraft der eigenen Arbeit zur Senkung des *gesellschaftlich notwendigen* Arbeitsvolumens beizutragen. Damit in diesem Wettbewerb die Gesamtinteressen die Richtung angeben, sind auf Basis des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln neben gesetzlichen Regelungen von Informationsrechten und -pflichten der Genossenschaften untereinander der Arbeitsbedingungen und des Umgangs mit der Natur vor allem Arbeitszeitregelungen notwendig. Über gemeinsame Arbeitszeitregelungen entwickeln die einzelnen Belegschaften und Branchen, gerade die produktivsten unter ihnen, das Interesse der gegenseitigen Unterstützung, und zwar vor allem der Unterstützung der zurück gebliebensten Belegschaften und Branchen. Eine ganze Reihe von Wundern, die man dem Markt bei der Ausgleichung der besonderen und der allgemeinen Interessen zuschreibt und die im Kapitalismus durch den Inhalt der politischen Ökonomie zum Trugbild werden, können mit Hilfe des Marktes und allgemeiner Regelungen durch die politische Ökonomie der Arbeit durchaus bewerkstelligt werden. Spart die Produktionsmittelindustrie Arbeit und liefert mehr und bessere Produktionsmittel an die Konsumtionsmittelindustrie, dann wird eine Steigerung der Produktivkraft dort wie hier eine Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, und zwar nur auf diesem „Umweg“

Betriebe und Branchen, die unterdurchschnittlich produktiv arbeiten, erwecken in der genossenschaftlichen Produktionsweise nicht weniger das Gesamtinteresse der Genossenschafter als im Kapitalismus das der Gesamtheit der Kapitalisten, aber nun nicht, weil sie sich dort durch produktiveren Kapitaleinsatz einen Extraprofit versprechen, sondern weil sie den Engpaßbereich als Schranke der Bedürfnisbefriedigung und der Ausdehnung der frei verfügbaren Zeit erkennen und zu überwinden suchen. Innerhalb der Branchen wie zwischen den Branchen kann das auch durchaus mit Betriebsfusionen, Ausbildungs- und Unterstützungsverträgen verbunden sein, nur daß am Ende solcher Verflechtung nicht einige Überstunden klopfen und andere stempelten, sondern daß sich die Bedingungen für allgemeine Arbeitszeitverkürzungen verbessern, die bei aller angestrebten Verbesserung der Gebrauchswertproduktion das Ziel bleiben, um für alle eine allseitige Entwicklung ihrer Individualität zu ermöglichen, die jetzt nur wenige, und die nur einseitig, entwickeln können. All das sind keine leeren Wunschvorstellungen, eher Gesetzmäßigkeiten, sobald die politische Ökonomie der Arbeit etabliert ist und das Bedürfnis nach frei

verfügbarer Zeit im Massenumfang Spielraum erhält. Daß die materiellen Vorbedingungen dafür bereits weitgehend vorhanden sind, zeigt sich in den schroffen Widersprüchen des Kapitalismus.

Die Kosten der gemeinschaftlichen Aufgaben aber sollten die Kommune und der Bund in Form von Steuern auf die Unternehmen erheben, die sich nach Zahl der Arbeiter und Einkommen richten. Der Widerspruch zwischen Gesamtheit der Arbeiter Genossenschaft und einzelnen Arbeitern würde sich so am durchsichtigsten darstellen und wäre am leichtesten zu behandeln.

Bis jetzt ging es um eine genossenschaftliche Produktionsweise, das heißt um eine ökonomische Formation, die in gesellschaftlichem Maßstab genossenschaftlich produziert. Sinn der Überlegungen war zu zeigen, daß die genossenschaftliche Produktion als Form der politischen Ökonomie der Arbeit eine viel direktere und umfassendere Ökonomie der Zeit ermöglicht als die kapitalistische Produktionsweise, und zwar einfach deshalb, weil in ihr nicht Nicht-Arbeiter die Ökonomie der Zeit betreiben, sondern Arbeiter die deshalb auch aus dem Widerspruch zwischen Reduktion der Arbeitszeit pro Produktionseinheit und Zwang zur Ausdehnung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit herauskommen, während die Arbeitszeit insgesamt mit der notwendigen Arbeitszeit in eins fällt, da keine Nicht-Arbeiter via Eigentumsmonopol an den Früchten der Arbeit teilhaben.

Ansätze genossenschaftlicher Produktion

Innerhalb des Kapitalismus sind Genossenschaften nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und kulturelle Kampforganisationen, oder sie verlieren selbst ihre spezifischen wirtschaftlichen Charakteristika als Formen der politischen Ökonomie der Arbeit. Es handelt sich wohl oder übel um Pionierunternehmen auf einem Feld, das der Feind besetzt hält. Als vereinzelte Genossenschaften treten sie nach außen als kollektive Warenproduzenten auf in ihren Binnenverhältnissen werden die kollektiven Arbeiter im allgemeinen auch die kollektiven Eigentümer sein, es sei denn, Stiftungen, Gewerkschaften oder politische Organisationen sind Eigentümer der Produktionsmittel, über die die Genossenschaften in selbstverwalteter Produktion verfügen.

Gegenwärtig gibt es hauptsächlich folgende Ansätze praktischer Genossenschaftsbildung: Bildung von genossenschaftlichen Betrieben aus der politischen Bewegung heraus, allerdings durch politische Verfolgung oft sozial erzwungen, Versuche von Arbeitslosenkollektiven, sich selber Arbeitsplätze zu schaffen, und Versuche von Belegschaften, ihre Betriebe weiterzubetreiben, wenn die Kapitalisten sie in den Ruin geführt haben. In Westdeutschland sind letztere fast nie über Debatten und Pläneschmieden hinausgekommen, weil die kollektive Übernahme von pleite gegangenen Betrieben ohne Unterstützung durch die Gesamtheit der Arbeiterbewegung fast ausgeschlossen ist. Innerhalb der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sind die genossenschaftlichen Erfahrungen aber weitgehend verschüttet und kommen obendrein aus einer begrenzten Tradition, hauptsächlich der Tradition der Konsumgenossenschaften.

Wie im 19. Jahrhundert die Genossenschaftsbewegung eher von Handwerkern getragen wurde, die sich dagegen wehrten, dem Kapital unterworfen zu werden, so kommen die heutigen Träger von Genossenschaften im allgemeinen nicht aus der Fabrikarbeiterschaft, sondern aus solchen Gruppen der Gesellschaft, die dem Kapitalverhältnis noch nicht unterworfen sind und sich ihm nicht unterwerfen lassen wollen. Hauptzweck der Genossenschaften ist im

allgemeinen die erweiterte Reproduktion der Bewegung selber sei es, daß sie ihr direkt durch den Charakter ihrer Produkte dienen, sei es, daß sie experimentieren, um für die Bewegung Erfahrungen zu sammeln und praktisch auszuwerten. Die Reproduktion der Mitglieder der Genossenschaften wird demgegenüber oft hintangestellt, was die Relevanz der Experimente und ihre Ausstrahlungskraft empfindlich beeinträchtigt. Ebenso wird oft die Reproduktion der sachlichen Produktionsmittel der Genossenschaft zurückgestellt, beides, um in den Preisen auf dem Markt mithalten zu können.

Trotz alternativer Betriebe und ähnlicher Ansätze genossenschaftlicher Produktion oder Dienstleistung kann von einer Genossenschaftsbewegung heute noch kaum gesprochen werden. Dazu müßte die Genossenschaftsidee wenigstens von Teilen der Arbeiterbewegung wieder direkt aufgegriffen werden, in erster Linie auch, um die nach wie vor vorhandenen und aus früheren Experimenten stammenden Ressourcen genossenschaftlichen Experimenten wieder zugänglich zu machen. Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft und Coop bilden gegenwärtig eher eine Hypothek für Bemühungen, die Genossenschaftsidee erneut in der Arbeiterbewegung zu verankern, so daß diese immer nur sporadisch und in Einzelfällen bei Pleiten und Betriebsschließungen auftaucht, wo sie isoliert natürlich nicht in die Tat umgesetzt werden kann. Schon aus wirtschaftlichen Gründen wären bei solchen Betriebsübernahmen meist größere Umstellungen, also Investitionen vorzunehmen, wäre Zeit zu überbrücken, wozu billige Kredite notwendig sind, zinslose Darlehen oder Schenkungen aus Sammlungen.

All das setzt nicht nur bewußte Solidarität voraus, sondern auch Instrumente, um diese Solidarität auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam zu machen. Solche Instrumente waren die Konsumgenossenschaften, die Bank für Gemeinwirtschaft und die Neue Heimat einmal, sind es aber nicht mehr. Kein Wunder daß sich Gewerkschafter dagegen wehren, aus ihren Mitgliedsbeiträgen die Neue Heimat zwischenzufinanzieren, obwohl es durchaus sinnvoll bleibt, einen Teil der gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge für genossenschaftliche Bemühungen zu verwenden. Aber darum geht es bei der Sanierung der Neuen Heimat nicht.

Ohne Unterstützung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften wird es auch kaum gelingen, Gelder aus der Arbeitslosenversicherung, statt sie wie Stingl in windige Projekte zu stecken, genossenschaftlichen Experimenten von Arbeitslosenkollektiven, die bestimmte Ausgangsbedingungen erfüllen, zur Verfügung zu stellen.

Es gibt zahlreiche Gründe, warum genossenschaftliche Experimente gegenwärtig zwar vielleicht ideologisch und politisch eine gewisse Ausstrahlungskraft entwickeln, praktisch aber kaum. Zum Teil liegt es an dem Charakter der Experimente selber. Sie begreifen sich antiindustriell und schränken damit den Rahmen genossenschaftlicher Arbeit von vornherein auf Nebenlinien der Produktion, der Dienstleistung oder der Zirkulation ein. Da die genossenschaftlichen Experimente teils direkt aus der politischen Bewegung heraus gebildet wurden und von Leuten, die sich eine entsprechende Vorbildung erst im Verlauf des Experiments erwerben müssen, arbeiten sie weit unter Durchschnittsstandard vergleichbarer Produktionen, was entweder auf die Arbeitsbedingungen durchschlägt oder in den schnellen Ruin führt. Da es an Kapitalvorschub mangelt, Kredite entweder überhaupt nicht zu haben oder zu teuer sind, bleibt auf jeden Fall der technische Standard weit unter Durchschnitt, was wiederum auf die Arbeitsbedingungen durchschlägt. Über die niedrigen Löhne, die die Genossenschafter unter sich zu

verteilen haben, sind sie weitgehend von den Solidarsicherungen der lohnabhängigen Bevölkerung für Arbeitslosigkeit und Alter ausgeschlossen.

Unter diesen Bedingungen können die genossenschaftlichen Betriebe auch nicht zu einer Preisbildung nach Werten oder gar nach der bei ihnen aufgewandten Arbeitszeit übergehen. Sie würden sonst in den Preisen ganz konkurrenzunfähig. Zu einer Preisbildung nach Werten, die gleichzeitig in der Lage ist, die vergleichbaren Produktionspreise zu unterbieten, könnten in einer kapitalistischen Umgebung nur solche Genossenschaftsbetriebe übergehen, die mit überdurchschnittlicher Kapitalzusammensetzung und entsprechend überdurchschnittlicher Produktivität arbeiten. Mal ganz abgesehen von der Ideologie der Alternativbewegung liegen für die Bildung solcher Genossenschaftsbetriebe gegenwärtig noch kaum Bedingungen vor was nicht immer so war. Die Eigenbetriebe der Konsumgenossenschaften in den 20er Jahren waren zu solcher Konkurrenz durchaus in der Lage, obwohl sie vorbildliche Arbeitsbedingungen boten. Owen war in New Lamarck in der Lage, den 10-Stunden-Tag einzuführen, lange bevor er gesetzliche Norm wurde, und die Fabrik dennoch wirtschaftlich zu führen. Gegenwärtig aber haben die vorhandenen genossenschaftlichen Betriebe als Quelle der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit oft nur den guten Willen zur Verfügung, und der droht unter schlechten objektiven Bedingungen auch zu versiegen, so daß die Möglichkeiten der besseren Kooperation nicht zur Wirkung kommen und in Reibereien untergehen.

Kurz und gut, geht man einfach von der existierenden Genossenschaftsbewegung aus, dann kann man kaum absehen, wie durch sie die Überlegenheit der politischen Ökonomie der Arbeit über die Überlegenheit der politischen Ökonomie des Kapitals zur gesellschaftlichen Geltung kommen könnte. Aber die Genossenschaftsbewegung hat sich bisher noch immer an äußeren Zwangslagen entzündet. Es hätte also wenig Sinn, über den jetzigen Stand genossenschaftlicher Produktion die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und die Genossenschaftsidee wieder ad acta zu legen, wie dies der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung und in ihrer Nachfolge wir selber gemacht haben, statt umgekehrt zu fragen, wie man selbst die wenigen Erfahrungen nutzen kann, um der Krise der politischen Ökonomie des Kapitals nicht mehr oder weniger hilflos ausgeliefert zu sein und ökonomische Anhaltspunkte und Formen zu finden, in denen die politische Ökonomie der Arbeit erprobt werden kann, bevor ihr die soziale Revolution Möglichkeiten in gesellschaftlichem Maßstab eröffnet. Die Gewerkschaftsbewegung zum Beispiel wird sich was einfallen lassen müssen gegenüber den Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist seinerseits unter den heutigen Bedingungen nur eine bestimmte Seite des Kampfes für die Ablösung der politischen Ökonomie des Kapitals.

Von einer Seite, von der Verankerung der Räteidee in der Alltagspraxis der Arbeiterbewegung her bestehen sogar gute Bedingungen, um der Arbeiterbewegung Zugang zur genossenschaftlichen Produktion zu eröffnen. Aber verbunden mit der spezifischen Mitbestimmungskonzeption deutscher Tradition wird dieser Zugang über die Betriebsrätebewegung und ihre Erfahrung gleichzeitig versperrt. Diese der Absicht der Gewerkschaften nach paritätische Mitbestimmungskonzeption ist auf die wenn auch widerspruchsvolle Zusammenarbeit zwischen Belegschaften und Gewerkschaften auf der einen Seite und Kapitaleignern auf der anderen Seite bezogen und bestätigt insofern ausdrücklich die nichtarbeitenden Eigentümer als Faktor der Produktion. Man kann sich

wohl kaum an der Forderung nach Mitbestimmung als solcher reiben, das Problem scheint mir daß sie auf der falschen Ebene ansetzt, auf der Ebene des unversöhnlichen Gegensatzes von Eigentümern und Arbeitern – hier wie im ganzen Artikel verstehe ich das unter allen, die ihr Einkommen aus Verkauf der Arbeitskraft und nicht aus Eigentum beziehen –, statt auf der Ebene des nicht unbedingt antagonistischen Widerspruchs zwischen der Masse der Belegschaft und den leitenden Angestellten, dem Management also. Die Betriebsrätepraxis verbunden mit einer solchen „Mitbestimmungs“-Konzeption würde sowohl die Widersprüche zwischen den Kapitalisten und ihren Agenten, die ja nicht ohne weiteres selber Kapitalisten sind, fördern können, wie auch die Möglichkeit der Wiederaneignung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses durch die Arbeiterbewegung erleichtern. Insgesamt wäre es eine Mitbestimmungskonzeption, die bei Enteignung der Kapitalisten in eine selbstverwaltete genossenschaftliche Produktionsweise hinüberführen könnte und bereits vorher den Gedanken der Übernahme des Unternehmens durch die Belegschaft und genossenschaftliche Selbstverwaltung nahelegen würde. Jedenfalls werden die Betriebsräte und die Gewerkschaften nicht nur durch Gesetz, sondern auch durch die herrschende Mitbestimmungskonzeption der Gewerkschaften kastriert. All das ändert nichts daran, daß der Betriebsrat bei jeder Betriebsstillegung zum Zentrum der Bestrebungen der Belegschaft und oft auch ihres Widerstandes wird bis hin zu Betriebsbesetzungen und Debatten über die Möglichkeit der Fortsetzung der Produktion. Es wäre also verfehlt, die Tendenzen in Richtung Genossenschaft auf die bestehenden Ansätze genossenschaftlicher Produktion einzuschränken und die Voraussetzung für eine solche Entwicklung in der Arbeiterbewegung traditionellen Sinns zu übersehen.

Ein Springpunkt wird sein, ob es gelingt, die verfahrenere Debatte über Plan und Markt aus ihrer theoretischen und politischen Sackgasse herauszuführen. Diese verfahrenere Situation entspringt nicht den Köpfen, sondern aus harten ökonomischen und politischen, aus historischen Tatsachen, der staatsmonopolistischen Entartung der Arbeiterbewegung, die wiederum mit den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zusammenhängt. Die Genossenschaftsidee ist auf wirtschaftlichem Gebiet ein Schlüsselgedanke der sozialen Revolution wie die Kommune auf politischem Gebiet, um die staatsmonopolistische Entartung zu überwinden, eine Entartung, die beide Flügel der Arbeiterbewegung erfaßt hat. Plan und Markt sind nur dann Gegensätze, wenn man sie auf die Pole Unternehmen und Staat bezieht und diese wiederum als Gegensatz begreift. Der Staat wäre dann das Element der Ordnung, des Plans und der allgemeinen Interessen, während die Unternehmen für die Privatsphäre und Anarchie stehen.

Es handelt sich bei dieser Auffassung nur um eine Umkehrung der Wertung gegenüber der liberalen Auffassung des Gegensatzes von Staat und Gesellschaft, der auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise mit Notwendigkeit entspringt. Er entspringt aus der kapitalistischen Eigentumsordnung, wo der Staat gegenüber den Interessen der Privateigentümer das Interesse der Allgemeinheit (der Privateigentümer) vertritt. Diesem kapitalistischen Widerspruch ist die Arbeiterbewegung aufgesessen und hat sich damit in denselben bürgerlichen Gegensätzen verheddert wie die Ideologen der Bourgeoisie, aber nicht nur in der Ideologie. Genossenschaften und Kommune sind die wirtschaftliche und politische Form, um diese Gegensätze von ihrer Wurzel her zu überwinden, damit aber auch den abstrakten Gegensatz von Plan und Markt, der in ökonomischen Kategorien nur den Gegensatz von Staat und Gesellschaft,

von Allgemeininteresse und Privatinteresse widerspiegelt. Plan ist dann Staatsplan und Planwirtschaft ist Staatswirtschaft. Daß die Dinge in der Wirklichkeit anders liegen müssen, zeigt sich schon daran, daß die „Marktwirtschaft“ nirgendwo ohne den Staat auskommt und selbst im sowjetischen Staatsmonopolismus immer wieder Märkte entstehen, die sich der Staatskontrolle entziehen. Der Widerspruch von Plan und Markt ist in Wirklichkeit ziemlich untergeordnet und auf jeden Fall nicht dem Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus gleichzusetzen.

Die Frage ist vielmehr, wer, mit welchen Zielen, nach welchen ökonomischen Gesetzen und unter welchen politischen Rahmenbedingungen sich auf dem Markt bewegt. Der Markt enthält bloß die Bedingungen für kapitalistische Anarchie und Krisen, diese aber entspringen nicht aus dem Markt, sondern aus der Tatsache, daß er im Kapitalismus nichts anderes ist als eine Sphäre der Gesamtbewegung des Kapitals, der Verwertung des Werts. Diese Bewegung beruht auf dem sozialen Gegensatz von nichtarbeitendem Eigentümer der über die Produktionsmittel verfügt, und eigentumslosem Arbeiter der von den Produktionsmitteln und damit den Verwirklichungsbedingungen seiner Arbeit getrennt ist. Ist dieser Gegensatz im Inneren des Unternehmens aufgehoben und das in gesellschaftlichem Maßstab dann bewegen sich auf dem Markt in Genossenschaften kooperierende Arbeiter die ihre Arbeitserzeugnisse austauschen. Die politische Ökonomie der Arbeit und ihre Gesetze, die Entwicklung der Produktivkräfte im Zusammenwirken von Mensch und Natur um die Natur dem Menschen und den Menschen der Natur anzupassen, entsprechend den entwickelten Bedürfnissen des assoziierten Individuums, können dann die Unternehmensführung wie die politischen Regelungen von der Kommune an aufwärts bestimmen.

Austausch von Produkten zwischen den Unternehmen wird es immer geben, die Frage bleibt, wann diese Produkte den Warencharakter vollends abstreifen und die Arbeit endgültig aufhört, Maß des gesellschaftlichen Reichtums zu sein. Mit Marx kann man davon ausgehen, daß dies dann der Fall sein wird, wenn alle Quellen des genossenschaftlichen Reichtums fließen, die gesellschaftliche Arbeitszeit insgesamt so reduziert ist, daß die frei verfügbare Zeit statt der Arbeitszeit den Tag bestimmt, wodurch auch die Arbeit bereichert und verändert wird, und damit der starre Gegensatz von Arbeit und Nichtarbeit durch die assoziierten Arbeiter überwunden werden kann, wozu sie durch die Enteignung der Kapitalisten und die Aneignung der Produktionsmittel den ersten Schritt tun. Denn der Klassengegensatz ist nur der zur Eigentumsordnung erstarrte Gegensatz von Arbeit und Nichtarbeit.

Die Arbeiterassoziation ist dabei die notwendige Form der Verwirklichung der politischen Ökonomie der Arbeit, durch die sich die Arbeiter systematisch und entsprechend der Entwicklung der Produktivkraft frei verfügbare Zeit eröffnen. Zunächst bleibt die Arbeiterassoziation hauptsächlich Form des Kampfes, ob nun als Gewerkschaft, Produktiv- oder Konsumgenossenschaft. All diese Formen der Genossenschaft können sich nur im Gegensatz zum Kapital herausbilden und nicht als Idylle. Die Gewerkschafts- und Konsumgenossenschaften werden bis auf weiteres die wichtigste Form bleiben, auch wenn sie nicht unbedingt die anregendste und zukunftsreichste sind. □

1 vgl. zum empirischen Gehalt dieser Annahme *Kommunismus und Klassenkampf* 3/1980 (8. Jg.), S. 22, wo eine Mehrwertrate zwischen 150 und 250% je nach Betrachtungsweise für die westdeutsche Industrie nachgewiesen wird. Auf die dortigen Untersuchungen stützen sich auch die folgenden empirischen Angaben hauptsächlich.

2 So etwa Joseph Huber: *Die verlorene Unschuld der Ökologie*, Frankfurt/M. 1982

Zbigniew Bujak

Die Bilanz eines Jahres

Das folgende Interview, das Zbigniew Bujak — früher Vorsitzender der Solidarność in der Region Warschau, heute Mitglied der Provisorischen Koordinierungskommission der Solidarność — der polnischen Untergrundzeitung Tygodnik Mazowsze gab, zieht die Bilanz aus einem Jahr Kriegsrecht in Polen. Das Interview erschien in der Nr. 37 der besagten Zeitung zwischen dem 10.11. und 13.12.1982, nach der Freilassung von Lech Wałęsa. Eigene Übersetzung aus dem Bulletin d'Information der Solidarność in Frankreich.

Wie sieht Deiner Meinung nach die Bilanz des letzten Jahres aus?

Was in Polen am 13. Dezember passiert ist, läßt sich mit den Ereignissen in Ungarn und der Tschechoslowakei vergleichen. Gegenüber der Anwendung einer solchen Gewalt und angesichts der Art ihres Einsatzes ist eine Gesellschaft, und sei sie noch so gut organisiert, ohnmächtig. Das ist unvermeidlich. Um dagegen anzugehen, hätte es militärischer Vorbereitung bedurft. Die Ungarn haben das ja versucht, und sie sind damit nicht durchgekommen. Es ist unmöglich zu entkommen, solange Moskau dahintersteht.

Um zu verstehen, worin unsere Erfolge im vergangenen Jahr bestanden, muß man diesen Vergleich mit Ungarn und der Tschechoslowakei ziehen. Dann sieht man, daß es uns gelang, eine ganze Menge zu verteidigen und zu bewahren. Dort unten wurden alle Bereiche, in denen sich Meinungen herausbildeten und die eine politische Reflexion ermöglichten, zerstört. Dort gab es keine Alternative mehr. Bei uns war es möglich, eine solche Alternative, wenn auch unvollkommen, zu entwickeln.

Es läßt sich unmöglich vorhersagen, ob es den Kräften im Untergrund gelingen wird, ein politisches Alternativprogramm vorzuschlagen, das geeignet ist, für längere Zeit Menschen um sich zu sammeln und in Aktionen zu vereinen. Die Tätigkeit der Provisorischen Koordinierungskommission und von Solidarność besteht eher darin, die Diskussion über ein solches Programm zu organisieren als selber ein Programm zu entwerfen. Dieses Programm gilt es erst noch auszuarbeiten. Persönlich bin ich überzeugt, daß wir etwa Anfang nächsten Jahres ein Programm vorlegen können. Das stellt einen Wert für sich dar. Denn ein Programm wird nicht von heute auf morgen geboren. Niemand wird es eines schönen Tages aufgrund seiner Eingebung schreiben. Es muß die Frucht einer ganzen Reihe von Aktionen und Überlegungen sein. Wenn wir am Ende eines Jahres des Kampfes gegen die Junta imstande sind, ein Programm zu repräsentieren, das den Leuten einen Ausweg aus der aktuellen Situation aufzeigt, vielleicht nicht sofort, aber in einer bestimmten Perspektive, als Aufbau einer Alternative, wäre das meines Erachtens ein großer Erfolg.

Man muß das Kriegsrecht auch unter dem Blickwinkel einer Konfrontation mit der Macht betrachten. In der Tschechoslowakei haben sie es voll und ganz geschafft, das Ehrgefühl, den Geist, alles Streben und alle Wünsche auf dem Umweg von Erklärungen, die der Macht huldigen, zu ersticken. Bei uns haben sie sehr schnell

auf diese Strategie verzichtet. Den Boykott der Selbstverwaltungskomitees kann man nicht als Sieg ansehen, da ja die Selbstverwaltung kaum funktionierte, auch vor dem Dezember 1981 nicht. Aber wenn es nicht solche alternativen Zentren wie die Provisorische Koordinierungskommission oder andere Gliederungen von Solidarność gegeben hätte, dann hätte die Staatsmacht einen viel größeren Manövrierspielraum gehabt, um die Selbstverwaltungskomitees zu manipulieren und zu beweisen, daß sie tatsächlich auf dem Weg einer Reform voranschreitet.

Unseren größten Erfolg aber macht der Boykott der neuen Gewerkschaft aus. Und ich denke nicht, daß man behaupten kann, dieser Wille zum Widerstand sei im Schwinden. Ich glaube nicht, daß die Herrschenden in der Lage sein werden, wirtschaftliche Druckmittel oder andere ausreichende Maßnahmen zu finden, um die Leute zu zwingen, sich den neuen Gewerkschaften anzuschließen. Wir müßten schon wirklich ohne jedes Programm sein, ohne irgendwelche Unterstützung, und wir müßten alle Aktivitäten eingestellt haben, damit aus ihren aufgeblasenen Gewerkschaften wirkliche Strukturen würden. Ich denke nicht, daß das eintreten kann. Allge mein gesprochen legten es die Arbeiter vor dem August 1980, selbst wenn sie Gewerkschaftsmitglieder waren, nicht gerade darauf an, in den Genuß gewerkschaftlicher Leistungen zu kommen. Sie müßten schon auf besonders perfide Methoden zurückgreifen (zum Beispiel Lebensmittel und Kleidung durch die Gewerkschaften ausschließlich an ihre Anhänger verteilen), um das allmählich aufzubrechen. Die Unterwerfungserklärungen, die Selbstverwaltungskomitees, die Reform und die neuen Gewerkschaften, all diese Schlappen, die halte ich für unsere größten Erfolge des letzten Jahres.

Die direkten Aktionen hatten nach meinem Verständnis eine andere Bedeutung. Keine davon ist soweit geglückt, daß man von einem Erfolg sprechen könnte. Selbst die Demonstrationen vom 31. August waren zu schwach für eine Gewerkschaft mit zehn Millionen Mitgliedern. Aber es war nützlich, ja unvermeidlich, all diese Aktionen durchzuführen, um in anderen Bereichen voranzukommen. Die Demonstrationen und Streiks waren ein Anhaltspunkt für die Bevölkerung, sie bildeten eine Art maximale Reizschwelle: Was kann man in Polen tun, wenn man für die Gesellschaft kämpfen will? Man kann z.B. streiken und riskieren, entlassen zu werden, und man kann demonstrieren und riskiert, eingelocht zu werden. Im Vergleich zu diesen Risiken ist es ein banaler Akt, die Unterschrift unter eine Huldigungserklärung zu ver-

weigern oder sich nicht den neuen Gewerkschaften anzuschließen, was wirklich leicht ist.

Ich denke, daß die Demonstrationen und Streiks eine sehr wichtige Rolle gespielt haben, gerade im Sinn solcher Markierungspunkte auf einer Werteskala. Die Demonstrationen vom 31. August waren meiner Meinung nach bedeutend genug, um eine breitere Unterstützung für den Untergrund darzustellen, dagegen zu schwach, um die Legalität der Gewerkschaften zu bewahren. Mir scheint der 31. August die letzte Möglichkeit gewesen zu sein, das Recht von Solidarność auf eine legale Tätigkeit zu retten. Da es nun so ausgesehen hat, daß sich auf den Straßen nicht 150000, sondern 15 oder 50000 einfanden, war es für die Herrschenden zehnmal leichter den Entschluß zu fassen, die Gewerkschaft außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Als wir den 10. November vorbereiteten, waren wir uns eines möglichen Mißerfolges bewußt. Die Hauptargumente für eine Aktion waren politischer Natur: zu prüfen, ob eine solche Aktion bis zu einem gewissen Grad eine Gefahr darstellt, die den Gegner zu einer Entgegnung zwingt. Und genau das ist passiert.

Ich glaube, daß es noch zu früh ist, um sagen zu können, in welchem Maß die Aktion vom 10. November erfolgreich war und inwieweit sie mißlungen ist. Wenn es sich in Zukunft erweisen sollte, daß die Veröffentlichung einer wohl durchdachten Liste von Protestaktionen für den 10. November eine Wirkung auf die Entscheidung hatte, Lech freizulassen, den Papst einzuladen, die baldige Aufhebung des Kriegsrechts anzukündigen, dann könnte man sagen, daß der Aufruf zum Streik nützlich war wengleich ich natürlich genau weiß, was der Preis dafür war und was es einen Arbeiter kostet, entlassen zu werden.

Man hört oft, daß Massenaktionen nicht erfolgreich durchgeführt werden können ohne eine gute Leitung.

Ich möchte mich keinesfalls als Leitung verstanden wissen. Wir können nichts dirigieren, wir können Empfehlungen aussprechen, bestimmte Dinge anregen. Vor dem Dezember hatten wir die Möglichkeit, die Gewerkschaft zu leiten. Seitdem existiert diese Möglichkeit nicht mehr und daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen. Die Briefe, die wir erhalten, in denen man uns das Fehlen einer Leitung, den Mangel an Organisation oder das schlechte Funktionieren der Provisorischen Koordinierungskommission vorwirft, erklären sich aus der Tatsache, daß man in uns eine Leitung gesehen hat, die im voraus Anweisungen ausgibt, alles organisiert und aus der Ferne leitet. Doch das war nicht unsere Absicht.

Was ist denn nun die Provisorische Koordinierungskommission?

Man könnte sie eine politische Leitung nennen, wengleich eine solche Bezeichnung gefährlich ist. Bestimmt ist es keine technische Leitung, denn so etwas ist völlig ausgeschlossen. Im Untergrund zu arbeiten, legt uns bestimmte Schranken auf, vor allem auf organisatorischem Gebiet, die wir nicht durchbrechen können.

Warum nicht?

Hauptsächlich aufgrund der Kader. Die „Armee im Lande“ (Armia Krajowa, die reguläre Widerstandarmee unter der Nazi-Okkupation, d. Übers.) konnte sich zu einem guten Teil auf Pro-

fessionelle stützen, auf Offiziere der polnischen Armee. In der Gewerkschaft haben wir keine solchen berufsmäßigen Aktivisten. Die Befreiungsarmee hatte ein eigenes Gerichtswesen, dort gab es einen Begriff wie Befehlsverweigerung; bei uns in der Gewerkschaft kann das nicht so sein, man kann niemanden aus dem Untergrund entlassen. Alles geschieht hier je nachdem, ob jemand dazu bereit ist oder keine Lust dazu hat, und dann tut er etwas, oder er tut es nicht. Es gibt keine Anweisung, die mit völliger Sicherheit durchgeführt würde, alles ergibt sich hier auf der Basis einer Diskussion und schließlich des Einverständnisses, und das verzögert natürlich vieles auf der organisatorischen Ebene. Darüber hinaus war da eine lange Spanne der Auslese und Differenzierung, des natürlichen Ausschlusses jener, die nicht tätig werden können oder wollen, und solchen, die aus verschiedenen Gründen sich erst bewähren müssen. Es genügt hier, sich anzusehen, wie sich das in unserer Region (Warschau, d. Übers.) entwickelt hat: Die Zahl der Aktiven wächst regelmäßig, aber daß sich die Leute dazu bereitfinden und sich organisieren, hängt eng mit dem Ausmaß der Kontaktaufnahme zusammen.

Und ich möchte noch etwas hinzufügen. Während der ersten Tage, als wir gerade anfangen, uns zu verstecken, waren wir alle überzeugt, daß die Zeit, über die wir verfügen, sehr kurz sei, daß es, wenn wir bis zum Frühjahr durchhalten würden, schon ein Erfolg wäre. Und dann hat sich das hingezogen bis zum Sommer zum Herbst und dann das ganze Jahr.

Ich glaube, im Verlauf dieses ganzen Jahres ist der Mythos der Allgegenwärtigkeit und der Allmacht der Sicherheitsdienste zerstört worden. Nicht völlig, denn es hat ja nicht wenige Verhaftungen gegeben. Aber die am Anfang weit verbreitete Vorstellung, daß ihnen nichts und niemand entgehen könne, ist verflogen.

Das beweist, daß man nicht auf Formen von Untergrundaktionen zu verzichten braucht und daß man sich eben in kritischen Momenten in den Untergrund zurückziehen muß. Wenn es uns gelungen ist, uns ein Jahr lang zu verbergen und dabei aktiv zu bleiben, liegt das größtenteils daran, daß die Zahl der Leute, die bereit sind zu kollaborieren, sich als sehr begrenzt erwiesen hat. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wenn es in Warschau einen bedeutenden Prozentsatz von Menschen gäbe, die uns loswerden wollen, würde es nicht lange dauern, bis wir entdeckt und festgenommen wären. Daß das nicht stattgefunden hat, zeigt, daß es den Absichten der Bevölkerung entsprach, daß wir nicht gefaßt würden.

Um auf die Bilanz des vergangenen Jahres zurückzukommen: Auf viele Fragen können wir noch keine Antwort geben. Wir wissen zum Beispiel nicht, welchen Einfluß die Aktivitäten des Untergrundes und der Provisorischen Koordinierungskommission auf die anderen Länder in Mitteleuropa haben. Man muß wissen, daß die Ungarn, die Tschechen, die Russen sich klar darüber sind, daß wir es geschafft haben, ein Jahr lang weiterzuarbeiten und uns Ausdruck zu verschaffen. Das kann eine enorme Bedeutung gewinnen. Aber es ist noch zu früh, um davon zu sprechen. Im übrigen sei hier an den Boykott unserer Intellektuellen und Künstler erinnert. Von der Bevölkerung bei uns wird das sehr gut aufgenommen. Aber ich denke, daß dieser Boykott

noch größere Bedeutung in der Weltarena hat. Die Erklärungen verschiedener Intellektueller, daß wir das erste Land sind, wo alle Ebenen und Kategorien von Künstlern sich mit solcher Kraft einer Junta, einer totalitären Macht, widersetzen, setzen da Maßstäbe. Mir scheint die Wut, mit der die Staatsgewalt diese Kreise im Fernsehen attackiert, ein Zeichen dafür daß der Boykott einen bedeutenden Erfolg darstellt.

Wie wird es nach dem 13. Dezember 1982 weitergehen?

Als wir über das Ende des Kriegsrechts sprachen, erwarteten wir davon nicht viel Neues. Nichts, was an einen radikalen Wandel denken ließe. Und darauf haben wir die ganze Zeit immer hingewiesen. Erst letzthin sind wir in den Diskussionen in der Provisorischen Koordinierungskommission darauf gekommen, daß es falsch ist, das Problem so aufzuwerfen. Nach dem Ende des Ausnahmezustandes müssen wir alle unsere Rechte fordern, sagen, daß es vorbei ist, daß das entsprechende Dekret nicht mehr in Kraft ist. Neue Aktionsformen müssen gefunden werden. Es ist z.B. denkbar daß die Schauspieler den Boykott weiterführen können, aber sie werden sich dafür schlagen müssen, um herauszukriegen, nicht ob sie im Fernsehen auftreten müssen oder nicht, sondern was sie spielen und wie sie es spielen sollen.

Was uns erwartet, ist der Kampf um die Möglichkeit einer legalen Betätigung. Es ist an uns, die Formen, die uns das erlauben werden, herauszufinden: die Schießscharten besetzen und

das Feld legaler Aktionen erweitern. Vielleicht in der Selbstverwaltung oder in der Kooperativbewegung. Vielleicht auch in verschiedenen Formen von Vereinigungen und Clubs. Das wird man sehen. Was die Betriebe angeht, denken wir vor allem an das Funktionieren der Gewerkschaften. Aber das ist im Moment in legaler Form nicht möglich. Wenn Solidarność weiterhin in den Betrieben als Gewerkschaft funktionieren will, muß sie sich darauf einrichten, vorerst im Untergrund weiterzumachen.

Was kannst Du über das Programm sagen, das die Provisorische Koordinierungskommission vorbereitet?

Wenn die Provisorische Kommission soweit kommt, ein ganzes Programm zu formulieren, wird dies ein auf die Legalität angelegtes Programm sein mit dem Ziel, einen Ausgleich zu erreichen, eine anders verstandene Übereinkunft, in anderen Begriffen gefaßt, aber gleichwohl eine Übereinkunft. Es handelt sich um eine Aktion zugunsten einer Wirtschaftsreform, die gesamte Wirtschaft muß wieder auf die Füße gestellt werden; für eine Ausweitung der Presse und Meinungsfreiheit; für die Entwicklung von Initiativen der gegenseitigen Hilfe. Das sind alles Tätigkeiten, für die man die Leute nicht einfach ins Gefängnis stecken kann, ohne daß sich das System kompromittierte. Anders gesagt: Es geht nicht um ein Programm eines bewaffneten Untergrundes, der einen Umsturz vorbereitet, sondern um ein Programm. Ein Programm mit dem Ziel einer Evolution des Systems.

P O L E N

Gesellschaftliche Selbstverteidigung 1977 - 1982 Aufsätze angeklagter KOR-Mitglieder

In Polen drohen den führenden Mitgliedern des ehemaligen Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KSS-KOR) Gesinnungsprozesse. Da die Gedanken dieser polnischen Oppositionellen in der BRD wenig bekannt und auch kaum greifbar sind, haben SR und das Komitee „Solidarität mit Solidarność“ Köln wichtige und interessante Aufsätze von Kuroń, Michnik und Lipski in einer Sammlung herausgegeben.

Die ausgewählten Aufsätze behandeln grundlegende Themen innerhalb der polnischen Strategiediskussion:

- Evolution der Freiheit
- Gesellschaftliche Selbstorganisation
- Widerstand der Gesellschaft gegen den Staat
- Selbstverständnis des polnischen Patriotismus

Broschüre, 84 Seiten Umfang, geheftet - Preis DM 3,50.

Zu beziehen gegen Vorkasse bei STADT-REVUE Verlag GmbH & Co.KG, Zugweg 10, 5 Köln 1, Tel. 02 21 / 32 90 09

Was heißt: Aktion für eine Wirtschaftsreform?

Mindestens die Bemühungen der Staatsmacht zu diskreditieren, die nichts mit einer solchen Reform gemein haben. Die erste Etappe dieser Auseinandersetzung haben wir bereits abgeschlossen. Von der Arbeiterselbstverwaltung, so wie sie bis jetzt definiert war ist man abgegangen. Aber wenn das System dezentralisiert würde und alle wichtigen Entscheidungen auf der Ebene der Unternehmen getroffen würden, hätte die Gewerkschaft und jede Form einer verdeckten Selbstverwaltung ein Wort mitzureden. Alles hängt davon ab, wie die Lage nach dem 13. Dezember aussehen wird. Wenn das Gesetz über die Selbstverwaltung zurückgehalten wird und jenes, das wir vor dem 13. Dezember 1981 hatten, in Kraft bleibt, wird es möglich sein, wirklichen Einfluß auf eine Wirtschaftsreform zu nehmen, mindestens auf die Funktionsweise der Unternehmen. Ich rechne mit einer Situation, wo man versuchen muß, innerhalb der Selbstverwaltungskommissionen zu arbeiten. Jedoch werden die Aktionen in den Betrieben im wesentlichen darin bestehen, eine Änderung des Gewerkschaftsgesetzes zu erkämpfen.

Wie erkämpfen?

Die wichtigste Waffe wird nach wie vor der Boykott der Gewerkschaften sein. Wirksame Strukturen der Untergrundgewerkschaft im Innern der Unternehmen sind ebenso geeignet, den Staat zur Suche nach einer Lösung zu animieren.

Was wären die Aufgaben solcher Strukturen?

Als wir vor dem August 1980 kämpften, fehlte es nicht an Motiven dafür. Die Fragen, die direkt mit der Produktion zusammenhängen, die Arbeitsbedingungen, das Werkzeug. Man kann sich auch Kämpfe vorstellen etwa um das Recht, eine mißliebige Meinung zu äußern, oder man kann nachteilige Entscheidungen der Direktion boykottieren. Mit einer eventuell bestehenden Selbstverwaltungskommission kann man bei der Organisation der Produktion und der Verteilung der Gewinne, bei der Modernisierung des Maschinenparks usw. zusammenarbeiten. Für all das existieren bereits schriftliche Regelungen. So ist es gar nicht so schwer, sie in die Tat umzusetzen. Man muß ihnen nur Leben einhauchen, darauf bestehen und darf nicht lockerlassen.

Der Kampf um die Revision des Gesetzes, Boykott der offiziellen Gewerkschaften, das ist das eine, das andere ist die Auseinandersetzung auf internationaler Ebene, in erster Linie im Hinblick auf die ILO, auf andere Gewerkschaftsorganisationen im Westen, im Rahmen der Menschenrechtskommission der UNO. Von diesen Instanzen erwarten wir starken Druck zugunsten einer Änderung des Gesetzes.

Am schwersten fällt es mir, über Massenaktionen zu sprechen, die gleichzeitig in allen Betrieben organisiert werden. Auf jeden Fall müssen wir über Demonstrationsformen nachdenken, vielleicht müssen es andere sein als die, wie sie zuletzt stattgefunden haben. Wir alle müssen uns mit diesem Problem befassen.

Inwiefern ändert die Freilassung Lech Walesas die Situation?

Die Machthaber haben mit der Freilassung von Lech einen Gewinn für ihre Politik erzielt. Jaruzelski hatte einen neuen Trumpf in der Tasche, als er sich zum Begräbnis von Breschnew begab.

Es hatte eine der schwierigsten Angelegenheiten erledigt, etwas, was sie sehr gefürchtet hatten. Er hatte Lech freigelassen, und siehe da, nichts ist passiert, die Ordnung regiert. Wer weiß, ob das nicht der Hauptgrund für all diese Geschichten war. Sie konnten zugleich darauf setzen, daß die Freilassung von Lech zu einer Art Fraktionierung, Spaltung in den Reihen der Gewerkschaft führen würde. Daß sie verschiedene Kontroversen und Diskussionen auslösen würde. Und sie machten sich große Hoffnungen in dieser Richtung. Es ist kein Zufall, daß sie einen solchen Zirkus um seinen Brief im Fernsehen veranstaltet haben. Ich denke, daß all diese Spekulationen über einen Konflikt, über eine Spaltung zwischen Lech und der Provisorischen Koordinierungskommission jeder Grundlage entbehren und daß uns nichts dergleichen droht. Wir verstehen die Situation, die Position von Lech und welche Grenzen ihm dadurch auferlegt sind, sehr gut. Umgekehrt versteht er die Lage der Kommission und ihre Möglichkeiten, über die er nicht verfügt.

Was erwartet Ihr von Walesa?

Im Augenblick ist es schwierig, unsere Erwartungen zu präzisieren. Genauso schwierig wie die Lage, in der wir uns gegenwärtig bewegen müssen. Das Wichtigste ist, daß die Freilassung Walesas Verhältnisse schafft, in denen es leichter ist, zu offenen Aktionen zu gelangen, bestimmte Möglichkeiten, auf verdeckte Aktionen verzichten zu können. Ich glaube, daß wir noch Zeit haben, Formen offener Aktionen zu erarbeiten ebenso wie die Ziele, die wir auf diesem Weg erreichen wollen. Die Mitglieder der Provisorischen Kommission gehen davon aus, daß sie ihre Tätigkeit weiterführen, bis alle Verhafteten frei sind. Vorher gedenken wir weder uns aufzulösen noch unsere Untergrundaktivitäten einzustellen. Wir verbinden mit dem Datum des 13. Dezember keine besonderen Hoffnungen. Wir glauben nicht, daß alle Internierten freigelassen werden in dem Moment, wo das Kriegsrecht aufgehoben wird. Auch sind wir fast sicher, daß es keine Generalamnestie für alle Gefangenen geben wird. Alles andere eher als eine solche Amnestie.

Und dann, was bedeutet die Herstellung einer Atmosphäre, die zum Besuch des Papstes paßt? Was sind die Bedingungen, die man mit der Kirche ausgehandelt hat? Die Behörden können z.B. sagen, daß sie den Papst nicht empfangen können, solange der Untergrund existiert und handelt. Die Kommission wird sich vielleicht mit einer Forderung der Kirche konfrontiert sehen, daß sie den Untergrund verlassen soll. Ich glaube, daß die Machthaber nach Mitteln suchen, um auf einfachste Weise diesen Besuch absagen zu können. Obwohl er offiziell angekündigt wurde, glaube ich nicht, daß die Behörden ihn stattfinden lassen. Ich denke, sie haben ihn angekündigt, um ein weiteres Druckmittel gegenüber der Kirche und der Solidarność, gegenüber dem Untergrund und den Gewerkschaftsaktivisten in der Hand zu haben. Ich fürchte, daß die Leute im Untergrund nur eine Karte in der ganzen Feilscherei um diesen Besuch sind und daß sie irgendwann vor der Alternative stehen: Sie machen sich an ihre Auflösung und geben den Untergrund ohne jede Bedingung auf, und man hält an dem angekündigten Besuch fest oder, wenn die Untergrundaktivitäten fortgesetzt werden,

dann sind die Bedingungen für einen Papstbesuch nicht gegeben. Das alles wäre korrekt, wenn die Forderung, den Untergrund zu verlassen, seitens der Kirche mit der Bedingung verknüpft wäre, daß alle Gefangenen freigelassen werden müssen. Ich kann leider nicht glauben, daß die Machthaber die Bedingung bereitwillig akzeptieren werden. Wir wissen nicht einmal, ob die Kirche eine solche Bedingung stellt. Und im Moment weiß ich auch nicht genau, was die Provisorische Koordinierungskommission in einer solchen Situation tun soll, auf was für Gegenleistungen man sich einlassen muß.

Was Lech betrifft das wird man sehen. Er hat angekündigt, daß er in einem Monat seine Position darlegen wird. Was wir mit Recht von Lech erwarten und verlangen können ist, daß er trotz aller Schwierigkeiten den Ideen des August treu bleibt. Das kann man in einigen Punkten präzisieren: Erstens ist da die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften, der Kampf um eine pluralistische und unabhängige gewerkschaftliche Bewegung einschließlich des Streikrechts. Und hier gilt es zu unterstreichen, daß wir neue, in der übrigen Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Welt unbekannt wertvolle Strukturen und Ideen geschaffen haben: Solidaritätsstreiks oder Stellvertreterstreiks, und ganz allgemein örtliche bzw regionale gewerkschaftliche Strukturen. Diese Struktur ist Ausdruck der Vorstellung, daß es zuallererst wir, die Arbeiter, sind, die untereinander darüber diskutieren, was wem zukommt, und daß wir erst dann mit den Behörden verhandeln, wenn wir zu einem Entschluß gekommen sind. So hat Solidarność die Möglichkeit eröffnet, daß verschiedene Branchen und Berufsgruppen die Situation in anderen Zweigen und Berufen kennen- und verstehenlernen und gegenseitig ihre Bedürfnisse berücksichtigen.

Dann ist die Forderung nach Außerkraftsetzung des Zensurgesetzes zu erwähnen, eine Forderung nach der Freiheit des Wortes und der Meinung. Die Forderung nach der Übertragung der Gottesdienste in Radio und Fernsehen betrifft ebenfalls die Meinungsfreiheit. Ein Mindesteinkommen, das den ärmsten Bevölkerungsschichten einen gewissen Lebensstandard garantiert. Schließlich die Kontrolle des Miliz- und Justizapparats, Ausdruck des Kampfes um die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten.

Wenn wir in diesem Moment sagen, daß es diese Vorstellungen zu verteidigen gilt, daß wir ihnen treu bleiben müssen, dann ist das auch eine verschleierte Botschaft an Walesa: Man eröffnet ihm bestimmte Möglichkeiten, Gebiete auf denen er handeln kann.

Jetzt gerade gehen verschiedene Gerüchte um über christlich-demokratische Gewerkschaften, über eine Konzeption der Umgruppierung der verschiedenen katholischen Verbände zu einer Partei und einen Platz, den man ihr im Sejm zugestehen will. Das sind schon Wege, Orte, wo man eingreifen muß. Man muß sich nur immer die Frage stellen, ob so nicht die Werte und Ideen, die dank des August und Solidarność ans Tageslicht kamen, verraten werden. Und wenn andere überhaupt das Recht haben, dann muß man von den aktiven Solidarność-Leuten und von Lech Walesa verlangen, daß sie den Vorstellungen von Solidarność und dem August 1980 treu bleiben. □

Fliegender Brief

an die Freundinnen und Freunde

Immer noch möchten wir in einer Welt ohne Kapital leben. Leider müssen wir immer noch in dieser Welt ohne Kapital überleben.

Uns ist das Geld zu teuer geworden — keine Frage. Die Frage ist jetzt, wie teuer wir Euch sind.

Kreditwürdig sind wir bei den Banken, die uns noch nicht kennen. Ob wir Euch, die Ihr uns kennt, kreditwürdig sind, darauf kommt es an.

Lieber Bücher an Euch, als Zinsen an die Bank! Mit diesem Vorschlag möchten wir Euch betroffen machen, wir sind es schon.

Leiht Ihr dem *Roten Stern* tausend Mark, zahlen wir Euch 200 Mark jährlich in Büchern — im voraus.

Diese 20% Zinsen werden Euch gut tun, und uns nicht leid. 15% an die Banken tun unseren Preisen — also Euch und uns — nur weh.

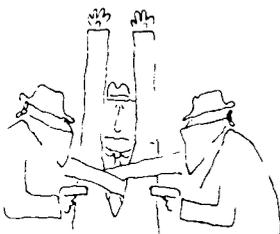
Die Bücher sucht Ihr aus unserer Liste* selber aus. Die tausend Mark bleiben, Jahr für Jahr, Euer Eigentum. Als Kapital bleibt uns Euer Vertrauen.

(Tausend Mark: das mag vielen viel vorkommen — unseren Finanzen nicht. Aber keine Sorge: auch einem Bruchteil davon gilt unser 20%-Dank. Und denen, die nicht mehr als 10 Mark in Bewegung setzen können, schenken wir die 'Studentenbewegung'.)

Danke.

Traute Hensch, Michel Leiner, KD Wolff

* Das Gesamtverzeichnis mit über 100 lieferbaren Titeln findet sich in unserem Almanach.



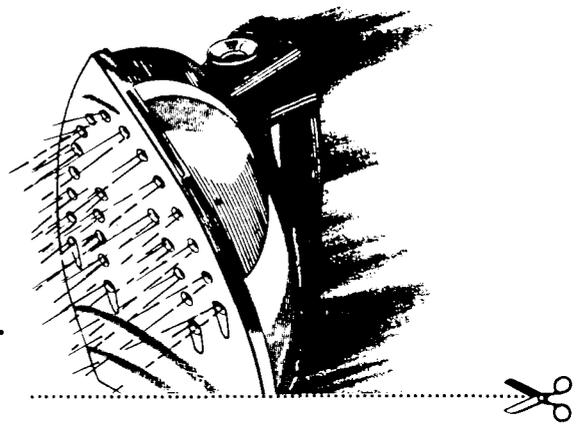
Jetzt kommt das Kleingedruckte:

Kreuzt bitte Bücher für mehr als 200 Mark an — einige Titel sind nur noch begrenzt lieferbar.

Wählt Ihr nicht genügend Titel aus, ergänzen wir, wenn Ihr einverstanden seid.

Denkt bitte, wenn Ihr den nächsten Almanach bekommt, daran, uns Eure neue Auswahl zu schicken. Wenn nicht, stellen wir ein Paket zusammen (es sei denn, Ihr weist ausdrücklich darauf hin, daß Ihr eine Gutschrift fürs nächste Jahr wollt).

Wenn es sein soll, erfolgt die Rückerstattung bei dreimonatiger schriftlicher Ankündigung.



- Ich bin mit DM 1.000.— Darlehen dabei.
- Ich bin mit DM Darlehen dabei.
- Mehr als 10.— geht leider nicht. Hier sind sie. Die 'Studentenbewegung' erhalte ich postwendend
- Scheck über DM liegt bei.
- Ich überweise gleichzeitig DM auf Euer Postscheck-Konto PSchA Ffm 83071-603. Bestätigung & Quittung erhalte ich postwendend.
- Schickt mir als Zinsen fürs erste Jahr die angekreuzten Bücher aus Eurer Titel-Auswahl.
- Ich will die Bücher-Zinsen aus Eurem Gesamtverzeichnis auswählen. Schickt mir gleich den Almanach mit der Liste. Kostenlos.
- Informiert mich auch über die historische-kritische Frankfurter Hölzlerin-Ausgabe.
- Informiert mich auch über die religions-philosophischen 'Dahlemer Vorlesungen' von Klaus Heinrich
- 151 Mathieu Carriere
Für eine Literatur des Krieges, Kleist 16.
- 143 Roque Dalton
span. dt. Gedichte aus El Salvador 19.80
- 152 Frauenalltag und Frauenbewegung 1890 1980
Hist. Museum Frankfurt, Katalog 25.
- 101 Carol Hagemann-White
Frauenbewegung und Psychoanalyse 28.
- 169 Klaus Heinrich
Über die Schwierigkeit nein zu sagen 24.—
- 180 Friedrich Hölderlin
Hyperion. Reprint der Orig.Ausg. 1797/99 19.80
- 162 Brigitte Hunter
KITTY Autobiographie 28.—
- 163 Lektüre zu de Sade (Deleuze, Klossowski ua.)
Hg. v. B. Dieckmann / F. Pescatore 28.—
- 140 P. M.
Weltgeist Superstar SF-Roman? 25.
- 145 manuskripte. Zeitschrift für Literatur 1960-1980
Auswahl, Hg. v. A. Kolleritsch/Sissi Tax 42.
- 037 Jan Raspe
Zur Sozialisation proletarischer Kinder 9.80
- 130 Die italienische Renaissance
L. M. Batkin, m. 4-farb. Bildteil 48.
- 137 Art Spiegelman, BREAKDOWNS
Comics m. Beiheft v. Langbein/Theweleit 38.
- 082 Klaus Theweleit, Männerphantasien
Bd. 1 Frauen Fluten Körper Geschichte 25.—
- 108 Klaus Theweleit, Männerphantasien
Bd. 2: Männerkörper zur Psychoanalyse des
Weissen Terrors 25.
- 119 Brigitte Wormbs
Über den Umgang mit Natur 28.
- 093 Frank Wolff / E. Windaus (Hg.)
Studentenbewegung 1967 69, Restex. 4.

Datum, Unterschrift

Name

Straße

PLZ, Ort

einsenden an:

Verlag Roter Stern GmbH, Holzhausenstr. 4, 6 Ffm 1
Tel. 0611 59 99 99

Stroemfeld / Roter Stern

Noch immer deutsche Schuld?

Nicht Bewältigung
der Vergangenheit,
aber Aneignung
und Verarbeitung

Als Gefangene in der Festung Wronke schreibt Rosa Luxemburg am 16.1.1917: „Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen?

Mir sind die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo ebenso nahe. Weißt Du noch die Worte aus dem Werk des Großen Generalstabs über den Trothaschen Feldzug in der Kalahari: Und das Röcheln der Sterbenden, der Wahnsinnschrei der Verdurstenden verhallen in der erhabenen Stille der Unendlichkeit.

O diese erhabene Stille der Unendlichkeit, in der so viele Schreie ungehört verhallen, sie klingt in mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Ghetto habe: ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschenträume gibt.“

(An Mathilde Wurm)

Von Fritz Güde

Wir können heute den Standpunkt der Rosa Luxemburg in dieser Frage nicht ohne weiteres einnehmen. Uns müssen die Juden wegen der besonderen Verflechtung in eine gemeinsame Vergangenheit noch lange besondere Schmerzen bereiten. Unmöglich scheint es, ohne Rücksicht auf diese Vergangenheit sich mit der Politik des heutigen Staates Israel überhaupt zu befassen.

Wer erinnert sich nicht an die lärmende Zustimmung zum Sieg Israels im Sinaikrieg 1967? Ja, da baten tausend Stammtische es den Juden ab, daß sie sie einst in Bausch und Bogen für Laschsäcke und Feiglinge gehalten hatten. Die Springer-Zeitungen fanden, das sei erst die eigentliche Wiedergutmachung gewesen. Wirklich?

Lähmend schiebt sich aber die Vergangenheit auch zwischen alle Diskussionen über die Vernichtungspolitik des Generals



Scharon und der israelischen Armee im kürzlich beendeten – oder besser unterbrochenen – Libanon-Krieg.

„Dieses Gerede vom Holocaust an den Palästinensern, von der Endlösung der palästinensischen Frage, da bewältigen die Deutschen ihre eigene Geschichte. Wenn sie meinen, den Juden vorwerfen zu können, sie seien so schlimm wie die Nazis, dann müssen sie sich für Auschwitz nicht mehr schämen.“ (stern-Interview mit Henryk M. Broder, 30. September 1982)

Daß es solche Entlastungsversuche gibt, ist unbestreitbar. In guter Erinnerung ist noch der deutschnationale Geschichtslehrer, der über die deutschen Konzentrationslager einen Satz verlor, um sich anschließend in hundert Sätzen über die der Engländer im Burenkrieg zu verbreiten. Bedeutet das aber, daß Deutsche ihre Stimme nun gar nicht mehr erheben können, wenn es um Israels Politik geht? Offensichtlich steckt der heimliche Gedanke an die eigene Schuld so gut im lärmenden Philosemitismus der Stammtischler wie in der bloßen Gleichsetzung der deutschen und israelischen Behandlung fremder Völker

Es wird nötig sein, sich dieser Schuld selbst zu stellen, bevor ein unbelastetes Urteil über die Politik der heutigen Juden in Israel abgegeben werden kann.

Schuld – die Vergangenheit als Last

Wie läßt sich aber von Schuld sprechen im Jahre 1983 an Verbrechen, die von 1933 bis 1945 begangen wurden? Die Mehrzahl derjenigen, die heute die zionistische Politik besonders verurteilen, waren zur Zeit der „Endlösung“ noch Kinder oder noch häufiger gar nicht geboren. Und war nicht für die meisten von ihnen gerade der Abscheu vor den Eltern und Großeltern, die bei den Verbrechen der Nazis nur weggeschaut hatten, das Motiv gewesen, sich einzumischen, sich – zumindest moralisch – zu beteiligen am Befreiungskampf der Völker gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker? Wer gegen die Versuche der USA demonstriert hatte, in Vietnam einem ganzen Volk die eigenständige Lebensmöglichkeit zu nehmen,

wie sollte der die Vertreibung der Palästinenser und das unbarmherzige Morden in den libanesischen Flüchtlingslagern teilnahmslos mitansehen?

Aber „das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd“ (Christa Wolf, Kindheitsmuster). Wie können wir uns dieses Vergangene wieder aneignen? Als Schuld bleibt es undurchdringliche Last. Wie kann ich als Einzelner teilhaben an einer Schuld, von der jedes Gericht mich freisprache?

Zur Frage der Schuld der juristisch Unschuldigen ist in den ersten Jahren nach dem Krieg viel geschrieben worden. Damals, als die Volksgemeinschaft in Zerknirschungsinigkeit und Bußgesinnung aus den Fluten wieder auftauchte, zeigte sich schnell, daß die umstandslose Rede von einer Kollektivschuld aller Deutschen einigen Trägern des Nazisystems lediglich dazu diente, ihre höchst individuelle Verantwortlichkeit hinter der Sündhaftigkeit des ganzen Volkes zu verstecken.

1946 gab Eugen Kogon, der selbst lange Jahre unter der SS-Herrschaft im KZ verbracht hatte, als eine der ersten Zeitschriften im Nachkriegsdeutschland die *Frankfurter Hefte* heraus. Dort wurde von Anfang an leidenschaftlich über die Schuldfrage diskutiert. In Heft 4/47 kam ein Heinrich Scholz zu folgender Lösung:

„Ein Volkscharakter ist mehr als ein Hirngespinnst. Er ist der Inbegriff von Tendenzen oder auch von Ausfallerscheinungen, die aufgrund von vergleichenden Beobachtungen zur Charakterisierung eines Volkes gegenüber anderen Völkern verwendet werden können. Der deutsche Mensch ist im allgemeinen auf eine ungewöhnliche Art davon abhängig, wie er geführt wird. Es wird gesagt werden dürfen, daß er unter einer guten Führung immer wieder einmal das Beste leistet, was unter einer solchen Führung geleistet werden kann. Dafür hat er in den zwölf Jahren gezeigt, daß das Schlimmste aus ihm herauszuholen ist, wenn er in schlechte Hände gerät. Er hat gezeigt, daß er zu allem fähig ist, wenn ihm auf eine gewisse Weise befohlen wird. Und erst recht, wenn eine Obrigkeit mit ihrer Befehlsgewalt sich seiner bemächtigt. Dann fragt er nicht nach Gut und Böse, sondern er gehorcht, und wenn er zum Teufel geschickt wird oder dem

Teufel auf seinem Weg begegnet Er hört fast auf, ein Mensch zu sein. Er ist beinahe nur eine Maschine. Und schließlich protestiert er auch noch auf eine drastische Art, wenn er zur Rede gestellt wird.“ (S.366)

Wieviele sind dieser Deutung gefolgt, zuletzt noch Pohrt in „Ausverkauf“ (Rotbuch 1979) oder Lea Fleischmann in „Das ist nicht mein Land“ (1980), um nur zwei zu nennen. Es ist ja eigentlich das bis zum Varieté-Witz heruntergekommene Bild, das viele Deutsche von sich selbst haben und das viele Ausländer mit ihnen teilen.

Dennoch ist diese Lösung unannehmbar Lea Fleischmann sieht z.B. in der unmenschlichen und mit Recht angegriffenen Ordnung der deutschen Schulen eine direkte Analogie zur Unmenschlichkeit der Ordnung in den Vernichtungslagern. Fährt eine Straßenbahn an einem frierenden einsteige willigen Passanten vorbei, weil da keine Haltestelle ist, so ist die Ungerührtheit des Wagenlenkers für sie dasselbe wie die Erstarrung eines Lagerkommandanten im Dritten Reich. Es muß da einen geheimnisvollen Seelenzwang geben.

Zwingt mich aber ein vorgegebener Charakter in einer gewissen Weise zu handeln, wo bleibt da meine Schuld? Alles, was geschieht und geschah, bleibt dann zwar falsch, aber es verliert seine Verwerfbarkeit. Wie soll einer aus seinem Charakter springen? Schuld bleibt nach wie vor ungreifbar

Vereinzelung als Ausweg?

Trotzdem bestimmte die Vorstellung von einem festgelegten Nationalcharakter das erste Jahrzehnt nach 1945. Hatten die Nazis die ganze deutsche Geschichte in ihrem Tausendjährigen Reich münden und gipfeln lassen, so erschienen nun viele Aufsätze und Bücher die noch einmal denselben Gedankengang nachzeichneten – nur jetzt nicht im Jubel, sondern in der Zerknirschung. Strittig blieb nur, ob alles mit Hermann dem Cherusker angefangen hatte oder doch erst mit Luthers Abfall von der universalen Einheit der Kirche. Am Anfang war jedenfalls ein Fehler gemacht worden. Geschichte blieb damit versperrt.

Es schien sich nur eine Konsequenz zu bieten: Wer schuldlos bleiben wollte, mußte aus der Geschichte ausziehen, ja, alle Kollektivbegriffe überhaupt vermeiden. Es sollte nur noch den Einzelnen in seiner einsamen Existenz geben.

Als Studenten in den 50er Jahren schweiften wir aus in der Zerschlagung aller Gruppenbegriffe. Es gab in der Literatur wissenschaft nicht mehr Barock oder Romantik, es gab nur den einzelnen Dichter strenggenommen nur das einzelne Buch, ja schließlich nur noch den alleinstehenden Satz. Klassen gab es natürlich auch nicht.

Nie erlaubten wir uns, *die Arbeiter, die Franzosen, die Menschen der Antike* zu sagen (beziehungsweise wurden wir von den inzwischen auftauchenden Vorurteilstheoretikern so lange verwarnt, bis wir es uns abgewöhnt hatten).

Wir erkannten nicht, daß wir als kleine Existenzialisten diejenige Atomisierung der Massen bloß überhöhten, die schon am Beginn des Naziregimes gestanden hatte. Die Arbeitslosigkeit hatte viele Menschen aus allen Zusammenhängen herausgelöst. Die tausend Organisationen, in die der Einzelne in der Nazizeit dann eingefüllt wurde, waren alle so konstruiert, daß nicht Menschen gleicher Interessen sich auf gleichem Niveau organisieren sollten, sie sollten vielmehr alle mit Blick auf den jeweiligen Gruppenführer nebeneinander stehen und nach oben schauen. Das Kommando von vorn nicht zu verpassen war dann immer wichtiger, als sich mit dem Nebenmann zu beschäftigen.

Ungewollt wiederholte unsere geschichtsflüchtige Isolierung die Ausgangslage dessen, was wir hinter uns lassen wollten.

Genauer gesagt: Die abstrakte Abstoßung vom vergangenen Faschismus wiederholte der Struktur nach die Bestimmung des eignen Bildes vom Feind her. Im Faschismus lieferte der Jude die Gestalt des Feindes, der das äffende Gegenbild all dessen darstellte, was die eigne Gruppe anzustreben hatte. Das angebliche Zusammenspiel des bolschewistischen und plutokratischen Juden zur gemeinsamen Erringung der Weltherrschaft lieferte die Karikatur der eigenen Bestrebungen. Der Jude als Feind, der alle taktischen Wendungen und wechselhaften Bündnisse überdauert, war dasjenige Wesen, das zu vernichten war, sollte das eigene Volk überdauern. Der Feind war der unerreichbare Andere. Daß einer nicht dieser Andere war, daraus gewann er das Gefühl der Selbstgewißheit und der Unzerstörbarkeit.

Hilflos wiederholte der geläufige Antifaschismus dieses Muster. Der Feind war jetzt nicht der Jude, aber der Faschist. Antifaschismus war die Prämisse ausnahmslos aller politischen Einstellungen. (Als dann die NPD aufkam, mußten selbst ihre Redner mit einer Distanzierung von Hitler beginnen.)

Das war auf jeden Fall gut. Nur – was war der Faschist, von dem man sich abstoßen hatte? Wo war er noch gegenwärtig?

Zunächst (unter dem Oberbegriff „Totalität“) einfach im Kommunisten. Das war am einfachsten. Sonst wurde Faschismus zunehmend Projektionsfläche alles Bösen. Schuld entfiel auch hier: die hatte ja der Andre. Ihm wies ich sie zu, indem ich ihn verurteilte.

Bis dann nach 1967 der Faschismus reih-

um ging. Habermas spendete den Begriff des Linksfaschismus: Den hatten wir fallweise auf uns anzuwenden. Die Chinesen erkannten den Faschismus im Sozialimperialismus der UdSSR. Allmählich erkannte ihn jeder in jedem.

Es gab nichts mehr, von dem wir uns abstoßen konnten.

Hilfloses Kreisen also. Unmöglich, aus der eigenen Vergangenheit auszusteigen – unmöglich, sich einfach aus dem Widerspruch und Gegensatz zu ihr zu definieren. Mit der Schuld, die wir abzuschütteln suchten, verloren wir auch die Möglichkeit, ein Bild von uns selbst zu gewinnen.

Es müßte ein neuer Ansatzpunkt gefunden werden.

Tucholskys Lösung

1932 hatte einer schon einmal den Versuch gemacht, sich abzusetzen und auszusteigen. Er hatte damals schon unsere späteren Versuche radikal überholt. Es war Tucholsky Sein letztes Buch „Deutschland, Deutschland über alles“ endet so:

„Nun haben wir auf 225 Seiten Nein gesagt. Nein aus Mitleid und Nein aus Liebe, Nein aus Haß und Nein aus Leidenschaft. Und nun wollen wir auch einmal Ja sagen. Ja zu der Landschaft und zu dem Land Deutschland. Das Land, in dem wir geboren sind und dessen Sprache wir sprechen.

Der Staat schere sich fort, wenn wir unsere Heimat lieben. Warum gerade sie? Warum nicht eins von den andern Ländern? Es gibt so schöne!“ (S.226)

Ausbruch ins Geschichtslose? Scheinbar verbindet sich hier der jüdische Schriftsteller der „ewigen“ deutschen Erde. Heraus-treten aus dem leeren Gegensatz ist also möglich. Seine Zeitlosigkeit allerdings scheint trügerisch. Stellen wir sie auf die Probe.

Tucholskys Blick folgend betrachte ich die osthessische Landschaft, zwischen Fulda und Bad Hersfeld, nahe der Zonengrenze. Friedlich scheint sie, wohlthuend nahe, unberührt. Geschichte entfällt.

Wirklich? Dieser besondere Friede hat sich erst nach 1945 hier ausgebreitet: Früher ging hier die Straße von der Frankfurter Messe zur Leipziger. Dieser Friede ist auch ein Stück Verödung. Geschichte hat sich in ihr niedergeschlagen. In meiner Nähe liegt das Dorf Rhina, einst die größte geschlossene jüdische Gemeinde im ländlichen Hessen. Erschrocken stoße ich auf ein Photo: Vorbei an den wohlbekanntesten alten Häusern wird 1933 ein Jude geführt, hin zum Pranger, mit dem bekannten Schild der Selbstbezeichnung um den Hals. (*siehe Bild*) Heute spricht keiner mehr davon – und doch war es hier. Es hat sich eingegraben in den Ort, bestimmt fortan das Bild des Dorfes.

Ich trete mit den Leuten in Kontakt, die da wohnen. Ich muß auf die festgelegten Gedankengänge eingehen, um sie zu erreichen. Meine mitgebrachten Vorstellungen, ihre vorhandenen verknüpfen sich. Da ist z.B. das Katholische. Ist es dasselbe wie in Polen, wo die Menschen sich seit Jahrhunderten mittels der abweichenden Konfession von der Orthodoxie der Russen und ihrer Kirche abgrenzten und untereinander zusammenschlossen? In Fulda ist der Katholizismus nicht kämpferisch: Er bedeutet weißes Kleid zur Erstkommunion und drei

nale Geschichte steht uns auch keineswegs beliebig und jederzeit zur Verfügung. Wir bekommen sie zu fassen bloß im Streit. Goethe verwarf die wütenden Haufen des Bauernkrieges im „Götz“, um den wackeren Selbsthelfer, den unabhängigen Ritter zu erheben, Vorbild des bürgerlichen Einzelkämpfers. Die Revolution 1848 und die sich auf sie berufende Bewegung eignete sich die Volksbewegung von 1525 ganz anders an: Sie sah in ihr den Vorläufer. Den Wählern oder den Gegnern der Teststrecke von Mercedes-Benz bei Boxberg wird der

chen Gags aus der Erfindungskraft? Das Kapital zehrt auf und entstellt, was es doch selbst nicht geschaffen hat.

Der analoge Verzehr und die Entstellung durch den Staat müssen hier nur angedeutet werden. Aus Heimatliebe stimmen wir den Oberen zu. Sie aber reißen durch Gesetz und Grenzziehung das eigentümlich Nationale vom Allgemeinen los, dem es doch eigentlich zustrebt. Gerade die staatliche Organisation erzwingt die Definition meiner selbst aus dem Gegensatz zum Anderen.

Schuld, wenn es denn eine gibt, ist das Dulden dieses Zustands, die Überlassung der prägenden Vergangenheit an Staat und Kapital. So hieße es also zurücknehmen, was diese uns entwendet haben. Alles, worauf wir unser Auge werfen, erweist sich aber als entstellt durch den bisherigen Gebrauch. Wir nehmen zunächst nur seine Besetzung wahr durch fremde Gewalt. Es ist abgesperrt und kam doch einmal von weiter

Damit erweist sich aber auch, daß das Nationale nicht wie Eichberg in seinem Aufsatz „Balkanisierung für jedermann“ in der Zeitschrift *Befreiung* (Nr 19/20) will – bloß als geruhsamer regionaler Selbstgenuß zu verstehen ist. In den regionalen Kämpfen tritt es freilich zutage, aber entstellt. Wir können es uns auch als regionales Besitztum nicht unmittelbar zu eigen machen. Bis hin zur Religion muß alles umgewälzt, seiner Funktion innerhalb des bisherigen Systems von Herrschaft und Produktion entrissen werden. Der erste Schritt dazu, der im Augenblick mögliche und notwendige, wäre allerdings der die Spuren der Funktionalisierung daran überhaupt einmal wahrzunehmen.

Eichmann – unser Schuldner

Beklommen, aber ohnmächtig verfolgten wir vor 20 Jahren den Prozeß gegen Eichmann. Hätten nicht die Deutschen selbst nach ihm fahnden und ihn richten sollen? Aber hätte nicht ein Prozeß in Deutschland mit seiner Suche nach einer individuellen Schuld und einem besonderen bösen Willen uns genauso um die Vergangenheit betrogen wie die Israelis? Diese hatten den Prozeß wohl geplant als revolutionären: So wie den chinesischen Bauern, die ihren ehemaligen Grundbesitzer zur Rechenschaft zogen, oder den Kubanern, die im „Verhör in Habana“ nach dem Überfall auf die Schweinebucht mit der alten Ausbeuterkaste abrechneten, sollte die eigene Geschichte aus der Verdrängung herausgesprengt und wieder zugänglich werden. Denn im Prozeß der erwähnten Art gibt der Schuldige das zu Unrecht Angeeignete preis: Den Anklägern wird es jetzt möglich, die erlittenen Missetaten beim Namen zu nennen, an die sie un-

Bundschuh zum Inbegriff des Trotzes, welcher sich in den eigenen Boden stemmt.

Die Schuld wahrnehmen – die Einstellung ins Auge fassen

Gefangengenommen sind gegenwärtig die heimatlichen Verkehrsformen durch Kapital und Staat.

Wie wäre das zu verstehen? C. Offe hat schon 1970 in „Leistungsprinzip und industrielle Arbeit“ nachgewiesen, daß – in brutalster Vereinfachung gesagt – die herkömmlichen Mittel von Zuckerbrot und Peitsche in der Fabrik nicht mehr ausreichen. Sie könnten die Produktion für sich allein nicht mehr sichern, wenn nicht im Sozialisationsprozeß erworbene Eigenschaften und Fähigkeiten gratis zugeschossen würden.

Sozialisation – das läßt dem gängigen Sprachgebrauch nach nur an die Prägung durch die Familie denken; tatsächlich ist aber die Familie keine unbretbare Insel im Meer der Geschichte. Alle vorhandenen und umgreifenden Verkehrsformen der Gegend wirken in Wirklichkeit an der Herstellung des Arbeitsvermögens mit. Man denke etwa an die frühere Notwendigkeit der Heimarbeit in der Schwäbischen Alb oder im Schwarzwald. Die uhrmacherischen Fähigkeiten der Bewohner, die erworbene Geduld, das Tüftlertum trugen die besondere (feinmechanische) Industrialisierung dieser Region. Blieben diese Fähigkeiten aber unter dem Kommando des Kapitals, was sie vorher waren? Mußte nicht (in der Konkurrenzangst) Geheimniskrämerei aus der Selbständigkeit werden, aufgesetzte Effekthascherei auf der Suche nach gutverkäufli-

Hände Erde zum Begräbnis und Leichentuch über das Leben. War er immer so? Um das Jahr 800, 900 nach Christus haben sie hier versucht, stammelnd, mit Höllenangst um ihr Seelenheil, lateinisch gefaßte Gedanken an das heimische Idiom zu heften. Das System der verschiedenen Zeitformen in der deutschen Sprache ist hier erst her ausgebildet worden, erfunden, in gewissem Sinn produziert. Genug der Beispiele. Das Nationale kann ich nicht im ganzen fassen, nicht als ewiges Wesen, das mich bestimmte und das allem Streit vorausläge.

Es ist einmalige Verknüpfung eines Allgemeinen. Das Katholische z.B., gerade an diese Stelle gebracht, verbindet sich in Polen oder Irland mit ganz anderen vorhandenen Haltungen als in Fulda. Auch Verwaltung ist etwas Allgemeines. Trotzdem hat in Deutschland der vielen Landesherren das Beamtentum mit seinen Treueverpflichtungen einer Person gegenüber Anknüpfungsmöglichkeiten geschaffen, die der Organisation des Zusammenlebens der Deutschen eine unverwechselbare Prägung gaben.

Das Nationale – so gefaßt – zwingt uns nicht. Wir können es aufgreifen – oder beiseite lassen. Im zweiten Fall bleiben wir dann freilich allein. Beamtentum oder Katholizismus werden wir uns nicht umstandslos als Erbe zuschlagen können. Die natio-



ter dem Überdruck des lastenden Leidens gar nicht mehr zu denken wagten.

Hannah Arendts Buch „Die Banalität des Bösen. Eichmann in Jerusalem“ machte dann klar, warum mit den Mitteln der bürgerlichen Gerichtsbarkeit die gestohlene Vergangenheit nicht zurückzugewinnen war. Die Anklage suchte den Verursacher, den Täter: Sie traf immer nur auf ein fast unsichtbar gewordenen Wesen. „Schwungrad“ der Judenvernichtung sollte er nach Meinung des Vernehmungsbeamten gewesen sein – er sah sich immer nur als Zahnrad in einer riesigen Maschine. Ein Monster hatte man beschworen, eine Marionette erschien.

Es kann hier nur skizziert werden, wie von den Deutschen her die Wiederaneignung der Vergangenheit durch und an Eichmann hätte begonnen werden können. Als typische Anteile deutscher Geschichte zeigen sich an ihm zum Beispiel, um etwas „Niedereres“ zu nennen, die Begeisterung für den Verein – und etwas „Hohes“ die Berufung auf „unseren“ Kant.

Beim Verhör, in der Isolierung, da der umhüllende Verein SS ihm genommen ist, erscheint Eichmann nur als das arme Würstchen, als Getriebener. Aber aus verstreuten Stellen des Verhörs kann man noch genau heraushören, wie ihn Zugehör-

rigkeit zum Verband einmal getragen hat, wie sie ihm erlaubte, der Besondere zu sein, der sich im Dienst des Staates abgrenzte von allen übrigen und Gewalt über sie ausübte.

Also: Deutsche Vereinsmeierei führt zum Faschismus? Ein solcher Schluß würde nicht zur Rückgewinnung des Geraubten führen, nur immer neu zu Selbsthaß und Abstoßung. Ein kürzlich erschienenen Büchlein „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“ (Rotbuch 242) zeigt gerade, wie es den Arbeitern in Mössingen auch und gerade über die Vereine gelang, zum 31. Januar 1933 in ihrem Dorf einen Generalstreik zu organisieren. Hier erscheinen die Vereine – Arbeitersportvereine, Konsumverein usw. – als Organe der diffusen Dorföffentlichkeit, durch die sie überhaupt erst eingreifen und handeln kann. In den Vereinen binden sich die Arbeiter an die Handwerker und Bauern im Dorf: Sie schaffen eine handelnde Einheit. Ist der Verein (natürlich in weiterer Verknüpfung mit den Ideen des Ordens und des Beamtentums) für Eichmann ein Mittel der gruppenartigen Absonderung, wird er für die Mössinger ein Organ des Zusammenschlusses, das ausgreift, andere miteinbeziehen will.

Ebenso Kant. Hannah Arendt weist ein-

dringlich darauf hin, wie Eichmann tatsächlich aus der Lehre Kants eine Rechtfertigung seiner Unbarmherzigkeit schöpft. Gerade weil er kein Antisemit ist, ist Selbstüberwindung, Unterdrückung des eigenen Willens verdienstvoll. Tun, was man nicht will, ist Pflicht und damit auch schön.

Also weg mit Kant? Walter Benjamin hat in seinem Kommentar zu einem Brief Kants gerade auf die asketische Strenge Kants in seiner karg möblierten Wohnung hingewiesen, im öden Königsberg. Muß der nicht terroristische Selbstüberwindung an den Tag legen, der aus solcher Enge sich erheben will? „Bis an den Himmel reichte einst ein Zwerg/ Sein irdisches Reich war nur ein Königsberg“ ruft Karl Kraus dem Philosophen nach. In der Rückbindung an den bestimmten historischen Ort, in der Anpflückung an die noch heute zu besichtigende armselige Stelle, verliert das Denken Kants seine beliebige Verwendbarkeit. Es läßt sich nicht mehr jederzeit verwerten. Fügen wir Armut und Enge hinzu, der diese Gedanken entsprangen, so sind wir auch fähig, die Schönheit in der Entstellung zu erkennen. den unbeugsamen Willen, sich dem Druck des bloß Vorhandenen, des einfach Bestehenden nicht zu ergeben. Von dieser Verankerung im Boden Königsbergs aus können wir dann auch die Schritte Schillers und Fichtes und Hegels und Marx' über Kant hinaus noch einmal gehen: im lebendigen Gang sie uns wieder aneignen.

BRD und Israel – zwei Staaten ohne Geschichte

Schuld in einem faßbaren Sinn: Das hieße dann, die Vergangenheit in ihrer Entstellung zu belassen. Es heißt aber auch, sie dem gegenwärtigen Staat zu überlassen.

BRD und Israel als Staaten verdanken sich einem Akt der Losreißung von der Vergangenheit. Der heutige Staat Israel wird zwar nicht müde, auf die Geschichte der Bibel zu verweisen, um sich die Westbank unter dem Namen Galiläa und Samaria anzueignen. Nur daß bei dieser Art der Verknüpfung mit dem Boden alles, was in den letzten zweitausend Jahren geschah, ausgelassen wird. Geschichte, auf die die Lander greifung sich da beruft, wird in Wirklichkeit der Erde ausgerauft.

1921 rief Einstein die Zionisten auf:

„Das Gemeinwesen in Palästina soll sich dem sozialen Ideal unserer Vorfahren nähern, so wie es in der Bibel niedergeschlagen ist, und gleichzeitig eine Stätte modernen geistigen Lebens werden, ein geistiges Zentrum für die Juden der ganzen Welt.“ (Ansprache in Berlin)

1931 fügt er hinzu:

„Die Herstellung einer befriedigenden Kooperation der Juden und Araber ist nicht Englands Problem, sondern unser Problem. Wir, das heißt die Juden und die Araber, müssen uns selbst ei-



Die Hitler im Kopf

nigen über die den Bedürfnissen beider Völker genügenden Richtlinien für ein ersprißliches Zusammenleben. Eine gerechte und beider Völker würdige Lösung dieser Aufgabe bedeutet für uns ein nicht minder wichtiges und schönes Ziel als die Förderung der Aufbauarbeit selbst.“

Einstein bezieht sich in seiner Mahnung auf diejenigen Traditionen, mittels derer das jüdische Volk sich durch zweitausend Jahre als Volk erhalten hat. In vielfältiger denkerischer Bemühung verstand es sich selbst als Menschengruppe, die dazu bestimmt sei, alle Ereignisse der Geschichte daraufhin zu betrachten, was sie über das Kommen des Messias, also über Erlösung und Gericht für die ganze Menschheit auszusagen hätten. Das Zusammenleben mit anderen war Voraussetzung dieser Haltung. Das war die besondere Verknüpfung des Allgemeinen mit der Geschichte des jüdischen Volks. Auf diese Weise verbanden sich aber die größten jüdischen Denker mit dem, was die Deutschen dachten: Der besondere Weg einer Nation sollte in Beziehung treten zum Entwicklungsgang der gesamten Menschheit. Das kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Mit Vorbedacht aber wurden im ganzen Aufsatz jüdische Autoren deutscher Sprache herangezogen: Hannah Arendt, Rosa Luxemburg, Tucholsky, Benjamin, Kraus und Einstein führten einst den lebendigen Beweis, daß die Verknüpfung mit einer Nation und ihrer besonderen Geschichte nicht Abschließung bedeuten muß von anderen Völkern, sondern vielmehr die einzige Möglichkeit einer genauen und konkreten Hinwendung zu ihnen eröffnet.

Die vertriebene Dichterin Else Lasker-Schüler schickte ihrem letzten, 1943 in Jerusalem erschienenen, Gedichtband folgende Widmung voraus:

„Meinen unvergeßlichen Freunden und Freundinnen in den Städten Deutschlands und denen, die wie ich vertrieben und nun zerstreut in der Welt. In Treue.“

Der inständige Blick der Dichterin umfaßt beide: Angehörige des Volkes der Verfolger und der damals Verfolgten. Folgt daraus nicht, daß derjenige, der sich die geschuldete und entstellte Vergangenheit neu aneignet, notwendig an die fremde stoßen muß und darf? Weiter ergibt sich dann, daß die Erinnerung an die Hoffnungen und Versprechungen der Geschichte, die inzwischen ausgeschlagen und verspielt wurden, zur Kritik an der gegenwärtigen Gestalt der beiden Staaten führen muß, die sich recht eigentlich auf den Stillstand und die Verdrängung der Vergangenheit gründen. Eine Bewegung, die sich die Fülle und Gewalt bisheriger Geschichte tatsächlich aneignen wollte, müßte notwendig den Bestand beider Staaten in ihrer gegenwärtigen Starre erschüttern. Billiger ist sie nicht zu haben! Wäre es das aber nicht wert? □

Es war zu erwarten und zeigt sich bereits: anlässlich des 50. Jahrestages der „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus am 30. Januar wird es zu einem großen staatsbürgerlichen Erziehungsakt in Sachen Demokratie und Faschismus, Schuld und Sühne in den Medien der herrschenden Meinungen kommen. Aber die eingetretenen Pfade werden kaum verlassen werden. Der *Spiegel* markiert bereits den Weg der geschichtlichen Erklärung, der eine Sackgasse ist.

Augsteins Versuch, die faschistische Terrorherrschaft aus den „knabenhaften Omnipotenzgelüsten“ Hitlers und Mussolinis zu ergründen, oder die gegenwärtige *Spiegel*-Serie von Heinz Höhne, die in dem „Verlangen der Massen nach Gefolgschaftstreue und unmittelbarer Führung“ eine entscheidende Grundlage für das Aufkommen des Faschismus sieht, sind so abgeschmackt wie falsch, und sie werden nicht allein stehen. All die Verdrängungsmuster, die in den vergangenen 38 Jahren die Geschichts- und vor allem die Schulgeschichtsbuchschreibung beherrschen, werden mit neuem Zierat wieder aufgewärmt werden. Es wird vom „Betriebsunfall“ deutscher Geschichte, vom Hochschaukeln der Extremisten von links und rechts, dem Fehlen einer wehrhaften Demokratie, der Dummheit und Verführbarkeit der Massen etc. die Rede sein und ist es schon.

Allein der Begriff „Machtergreifung“ ist irreführend. Er legt einen Putsch, zumindest einen Willkürakt nahe. Aber Adolf Hitler wurde am 30. Januar 1933 vom Reichspräsident Hindenburg zum Kanzler ernannt. Er bekam diesen Auftrag zur Regierungsbildung als Führer der stärksten Reichstagsfraktion und Vertreter der einzigen Partei mit Masseneinfluß, die direkt und offen Bourgeois-Interessen vertrat und nicht in den politischen Rankünspielen der letzten Jahre der Weimarer Republik verschlissen war und von daher das ausgesprochene Vertrauen und die finanzielle Pöppelung der führenden Vertreter des deutschen Kapitals hatte.

Für die meisten Faschismusdarstellungen aus bürgerlicher Feder ist an dieser geschichtlichen Entwicklung höchstens der Masseneinfluß der Nazis von Interesse. Der Zusammenhang zwischen Kapitalinteresse und Politik der Nationalsozialisten bleibt, wenn er überhaupt Erwähnung findet, ein Randphänomen. Wo nicht die zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945 am liebsten verschwiegen, verdrängt und vergessen gemacht werden konnten, wurden Erklärungsmuster pro-

pagiert, die vor allem darauf bedacht waren, mehr oder weniger offen den Massen die Schuld am Faschismus zu geben: Angefangen von der Kollektivschuldthese und der Totalitarismustheorie bis zu den verschiedenen Einzelansätzen, die in der Psyche der Masse, der Seele der Deutschen, der Autoritätsgläubigkeit, dem Hitler in unseren Köpfen, dem Hang zum Extremismus, den zaghaften Demokratien die Grundlagen des Faschismus sahen. Diese Schuldzuweisung an die Massen geht häufig einher mit einer „wissenschaftlich seriös abgesicherten“ Beschönigung der faschistischen Herrschaft, wo dann gerade noch die Personifikation des Bösen in Gestalt des Dämon Hitler übrigbleibt.

Der Chor der Rückschauenden zum „50. Jahrestag“ wird vielstimmig sein, aber gleichzeitig auch so einheitlich, daß der Zusammenhang zwischen der damaligen Krise der kapitalistischen Gesellschaft und dem faschistischen Ausweg verborgen bleibt.

Aber auch die Linke ist gegenwärtig nicht vor diesem Fehler gefeit. Nach den Debatten am Anfang der 70er Jahre, wo es um die Erklärung des Faschismus aus der ökonomischen Krise und der Klassenkampfssituation ging, wird dies heute schnell mit dem Etikett der Vulgarität, sei es nun vulgärökonomisch oder vulgärmarxistisch, abgetan. So notwendig Untersuchungen über das Alltagsleben im Faschismus, die Massenpsychologie faschistischer Demagogie, die Ästhetisierung des Politischen, die subjektiven Anknüpfungspunkte der Nazis sind, so führen diese kaum weiter, wenn der Gesamtzusammenhang von faschistischem Herrschaftssystem und kapitalistischer Gesellschaftsordnung fehlt, und es besteht die Gefahr daß hinter der Vielfalt der verschiedenen Aspekte das Wesen der faschistischen Gewaltherrschaft als einer bestimmten Herrschaftsform der Bourgeoisie in einer konkreten Klassenkampfphase verschwindet. Mit dem Hinweis auf die Trivialität dieser Erklärung und die Komplexität und Kompliziertheit der konkreten Geschichte wird diese dann ganz aus der Betrachtung ausgeschieden. Der gegenwärtige Beitrag von seiten der Linken zur Erklärung des Faschismus liegt häufig, nur eben „linksgewendet“ nicht weit von den bürgerlichen Ansätzen, und es wird vor allem über autoritäre Denkstrukturen, psychische Dispositionen für den faschistischen Diskurs, „Männerphantasien“ und sexuelle Verdrängung und Triebersatz gesprochen.

Bernd Wagner



„Wir haben gemerkt, was es heißt, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen“

Dem Volk von Nicaragua fehlt es an vielem, vor allem an ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten. Manche machen die Politik der FSLN für alle Probleme verantwortlich, andere zeigen Verständnis für die Schwierigkeiten und suchen die Ursachen zu ergründen. Zurück zu Somoza jedenfalls wollen die Frauen und Männer, die Hedwig Kurz während ihrer Reise im Spätsommer '82 getroffen hat, alle nicht.

Wie toll, wieder in Managua zu sein“ sagte Marianne beim Verlassen des Flughafens. Die Wärme schlägt uns entgegen, wir fahren auf einer breit angelegten Straße, die mich eher an einen nordamerikanischen Highway erinnert, vom Flughafen in die Stadt. Ich kann das Gefühl von Marianne gar nicht nachvollziehen. Ich bin enttäuscht. Managua mit seinen 260000 Einwohnern ist im Grunde eine häßliche Stadt, seit dem Erdbeben von 1972 noch relativ zerstört. Damals hatte Somoza die internationalen Spendengelder einfach privat eingesackt. Es gibt in Managua kein lebendiges Stadtzentrum mehr die einzelnen Viertel sind weit zerstreut, dazwischen liegen große, verwilderte Felder auf denen Ruinen stehen. Den riesigen Managua-See umgibt ein Zaun, man kann nicht darin baden, weil jahrzehntelang Abflüsse hineingeleitet wurden.

In einem der kleinen Stadtviertel erscheint mir dann alles viel vertrauter: die Frauen, die an den Ständen gegrillten Mais, Fleisch oder Süßigkeiten verkaufen, die kleinen Häuser der indianische Einschlag in den Gesichtern der Leute. Wie oft habe ich das schon auf Fotos von Nicaragua gesehen, trotzdem kommt es mir so vor als würde ich wieder nur durch ein Bilderbuch gehen.

Am nächsten Tag lesen wir in einer Zeitung, daß es in Masaya, einer Stadt südlich von Managua, zu bewaffneten Auseinander-

setzungen gekommen ist. Schüler des katholischen Gymnasiums Salesiano hatten aus „Protest gegen die Unterdrückung der Kirche durch die FSLN“, angestachelt von einigen Priestern, die Schule besetzt. Die Bevölkerung organisierte gegen die offensichtlich von Rechten ausgehende Provokation eine Demonstration. In die Demonstration wurde vom Gymnasium aus reingeschossen, zwei Mitglieder der sandinistischen Jugendorganisation starben.

Zwei Tage später werden im ganzen Land Protestkundgebungen organisiert, die gleichzeitig die Teilnahme an den Übungen der Volksmiliz propagieren sollen. Wir warten am Platz des 19. Juli auf den Beginn der Kundgebung. Es ist 17.30 Uhr und dämmt schon, nach und nach ziehen kleine Demonstrationzüge mit wehenden schwarz-roten Fahnen und der Nationalfahne parolenrufend auf den Platz. Es sind die Stadtteil- und Betriebskomitees, Einheiten der Volksmiliz. Keiner trägt eine Waffe, ab und zu sieht man Uniformen, die schwarzen oder roten Barett der *Comandantes*. Auch die in Nicaragua anscheinend unvermeidliche Blaskapelle spielt. Auf der Kundgebung spricht eine *Comandante Guerrillera*. Sie weist auf die ständigen Angriffe und Interventionsabsichten der USA über Honduras hin, die Sabotageaktionen im Inneren des Landes, die schwierige wirtschaftliche Situation, und fordert alle auf, sich am Aufbau und der Verteidigung Nica-

raguas zu beteiligen. Die *Companera* betont angesichts der jüngsten Vorfälle, daß die Nicaraguenser ein revolutionäres, aber auch religiöses Volk sind, und daß die Regierung nicht die geringste Absicht habe, die Religionsfreiheit zu unterdrücken. – Die Rede ist an das Volk gerichtet, aber ich habe den Eindruck, daß zu der Kundgebung nur die schon weitläufig organisierte Bevölkerung gekommen ist. Die anderen gehen fast nur noch zu wirklich außerordentlichen Anlässen auf die Straße.

In einem klapprigen, total überfüllten Bus fahren wir zu einem Fischerdorf an der Pazifikküste. Kaum Platz zum Atmen, kreischende Kinder, gackernde Hühner, die Leute fangen an, sich miteinander zu unterhalten. Leute kennenzulernen fällt in Nicaragua nicht schwer. Die Jugendlichen in San Juan del Sur, dem Fischerdorf, reden ohne Scheu. Sie erzählen, daß sie die Situation in Nicaragua beschissen finden. „Hier werden die Menschenrechte unterdrückt, die FSLN macht eine schlechte Wirtschaftspolitik, sie ist schuld an der Arbeitslosigkeit. Die Kirche wird unterdrückt, es könnte alles viel besser sein, wir haben hier überhaupt keine Möglichkeiten.“

Wir sind verwirrt. Auf unsere ernstgemeinte Frage, ob sie es unter Somoza besser fanden und was denn die FSLN wirtschaftlich anders machen müsse angesichts der riesigen Schwierigkeiten, verursacht durch die hohen Auslandsschulden, die Blockadepolitik der USA, die Sabotage der Kapitalisten in Nicaragua und die Unwetterkatastrophen, ist die Antwort klar: „Nie wieder zu Somoza, aber es müßten Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen ein System, wo es genug Arbeit für alle gibt.“ Später erfahren wir daß die Arbeitslosigkeit gerade in diesem Ort besonders kraß ist. Eine fischverarbeitende Fabrik schloß vor zwei Jahren, seitdem hängt ein großer Teil der männlichen Bevölkerung in der Luft.

Die Kirchenfürsten und rechte Kräfte nutzen diese Unzufriedenheit und machen die FSLN für alles verantwortlich. Gerade die religiösen Gefühle der Leute werden ausgenutzt, um Verfehlungen der FSLN zu beweisen – „die Unwetterkatastrophen sind eine Strafe Gottes für eine gotteswidrige Politik“ Damit einher geht ein platter Antikommunismus, wie wir ihn aus der Zeit des Kalten Krieges kennen. Die Kuba-

ner die nicht als militärische Besatzer in Nicaragua sind, sondern als freiwillige Lehrer, Ärzte, Straßenbauer werden als leibhaftige Teufel angesehen, ihre Zahl im Land oft aufs Dreifache überschätzt. „Kommst du etwa aus Kuba?“ fragen drei Besoffene in drohender Haltung einen kubanischen Arzt neben mir von dem sie gerade eine (kubanische) Zigarette geschnorrt haben. Er streitet es ab und kann sich gerade noch rechtzeitig verdrücken. Die Angst steht ihm im Gesicht, denn er weiß, daß an der Atlantikküste schon Kollegen von ihm umgebracht wurden. Als er sich damals freiwillig gemeldet hatte, hatte er sich das Ganze ziemlich anders vorgestellt.

Aber nicht überall denken die Leute so, auch wenn die schwierige wirtschaftliche Situation genug Grund zur Unzufriedenheit gäbe. Ganz viele, die wir trafen, erzählten uns, daß es trotz der mißlichen Lage und dem ständigen Krieg an der hondurenschen Grenze noch nie so viel Freiheit zur Darstellung der eigenen Meinung – trotz Zensur – soviel Möglichkeiten, sich für die eigenen Interessen zu organisieren, gab.

Mit Gladys und José, einem Lehrerehepaar aus Matagalpa, reden wir sehr lange und offen über die Zeit des Bürgerkriegs, in der sie die illegale Lehrgewerkschaft aufgebaut und die FSLN unterstützt haben. Sie haben eine sehr realistische Einschätzung der Fortschritte, die durch die Alphabetisierungskampagne erreicht wurden (die Analphabetenrate wurde innerhalb eines halben Jahres von 52 auf 12% gesenkt), der Entwicklung im Gesundheitswesen, der Umgliederung des Schulwesens, die einem immer größeren Teil der Jugendlichen den Schulbesuch ermöglicht, den Gewerkschaftsgesetzen zur Selbstverwaltung in den staatlichen Betrieben und den Kontrollrechten in den Privatbetrieben. Sie überse-

hen auch nicht Gefahren und Schwächen des Prozesses daß die weitestgehende Entfaltung der Demokratie durch die äußeren Angriffe der Konterrevolution, unterstützt von Kräften im Innern, behindert wird. Zensurmaßnahmen werden teilweise kleinlich angewandt. Der Militärapparat muß ausgebaut werden, wo doch an anderen Stellen viel dringender Geld gebraucht würde. Andererseits wurde durch Aufhebung von Zensurmaßnahmen im Rundfunk und die Erarbeitung eines Parteiengesetzes zur Vorbereitung der Wahlen einiges in die Wege geleitet.

Als Gladys noch zum Abendunterricht weg muß, fragt uns José nach der Situation in Deutschland. Welche Auswirkungen die Teilung Deutschlands hat, will er wissen. Er kann sich schlecht vorstellen, daß die Linke in der BRD der Theorie der einen großen Partei der Arbeiterklasse weitgehend abgeschworen und zur Sowjetunion ein kritisches Verhältnis hat. Auch die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Mann und Frau bei uns entwickeln, interessiert ihn brennend. Er schildert uns, daß der lateinamerikanische *machismo* auch in Nicaragua, trotz Revolution, vor allem in der Familie fortexistiert. Vorhehliche Beziehungen sind für Männer etwas Normales, aber jeder hat den Anspruch, nur eine Jungfrau zu heiraten.

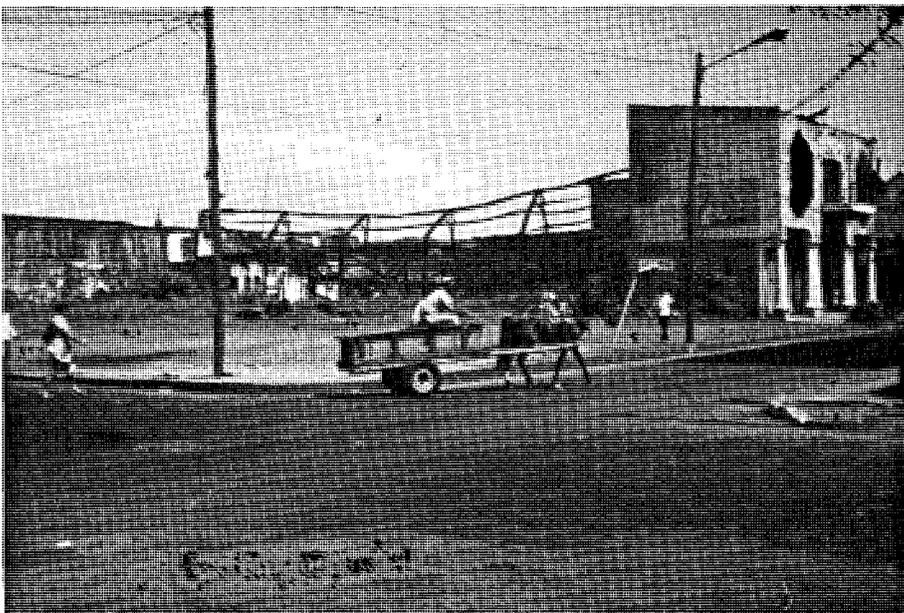
Plötzlich geht das Licht im Zimmer aus, auch auf der Straße ist es dunkel, jemand schreit. Was ist passiert, wir sind ratlos. José packt die Angst, daß es ein Anschlag von *contras* sein könnte. Er überlegt, dann entschließt er sich, seinen Revolver zu nehmen und seine Frau von der Schule abzuholen. Die Situation kennzeichnet die totale Anspannung und Unsicherheit, unter der die meisten Nicaraguenser leben. Gerade als José das Haus verläßt nach etwa zehn

Minuten – geht das Licht wieder an. Zwei Tage darauf erfahren wir daß ein Blitz in die Hauptleitung von Managua eingeschlagen hatte. Doch seitdem eine Bombe über dem Hafen von Corinto abgeworfen wurde (die glücklicherweise nicht traf), ein Anschlag auf das Elektrizitätswerk in Managua versucht wurde, ein Straßenbaudepot im Wert von zwei Millionen Dollar in die Luft geflogen ist, sind die Leute aufs Äußerste gefaßt.

Und trotzdem versichern José, Gladys, Daniela und die vielen von der Sandinistischen Jugendorganisation, die wir kennenlernten: „Wir haben gemerkt, was es heißt, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, wir wollen uns nie wieder unterjochen lassen, und wir werden, solange wir können, nicht vor den USA und den Ex-Somozisten zurückweichen.“ Ich spüre, daß es keine leere Phrase für sie ist. Sie sind stolz auf sich und ihr Land.

Nicaragua hat nach der Revolution die Prinzipien der Unabhängigkeit, der nationalen Souveränität und der Blockfreiheit postuliert. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollten zu einem Drittel mit den östlichen, zu einem Drittel mit den westlichen Ländern und zu einem weiteren Drittel mit blockfreien Staaten abgewickelt werden. Tatsächlich reißen aber die Blockade und Angriffspolitik der USA und die wirtschaftspolitische Abstinenz der meisten kapitalistischen Länder eine offene Flanke zur Sowjetunion auf. Eine differenziertere Position gegenüber der SU ist mir hier kaum zu Ohren gekommen. Gerade jetzt bietet die Sowjetunion Stipendien zur Weiterqualifizierung von Technikern; Studenten werden zum Studium nach Prag eingeladen, Gewerkschaftsdelegationen fahren nach Bulgarien, junge Kader zum Marxismus-Studium nach Ostberlin. Das muß man sich vorstellen: nach jahrelanger Entbehrung und Krieg endlich lernen zu dürfen, sich auszubilden, mal andere Länder Europa zu sehen, Länder die die nicaraguensische Revolution seit langem unterstützt haben. Natürlich bleibt das nicht ohne Folgen die Polen-Berichterstattung der *Barricada* (offizielles Organ der FSLN) war fast *Tass*-Originalton. In den meisten Buchläden ist neben neuester nicaraguensischer Literatur die dabei ist, die jüngste Geschichte zu analysieren und zu verarbeiten, nur kubanische und sowjetische Literatur zu finden dies sicher nicht *nur* aus Devisenmangel.

P.S. Gestern erfahre ich durch eine Postkarte von Gladys, daß José mit einer Evakuierungsbrigade an die hondurensische Grenze unterwegs war wo ein Hubschrauber mit 75 Kindern abstürzte. Dort kommt es ständig zu bewaffneten Auseinandersetzungen. José ist seit 18 Tagen vermißt. □



Die wirtschaftspolitische Debatte nimmt in den Zeitschriften der Linken inzwischen einen Raum ein. Der Fortgang der Krise, die Bemühungen der SPD, aus der Opposition heraus die eine oder andere Kurskorrektur vorzunehmen, und die wirtschaftspolitische Debatte der GRÜNEN in Vorbereitung der Bundestagswahlen bilden das Umfeld der einzelnen Beiträge.

Sozialismus, Heft 1-83 fragt auf dem Cover schon skeptisch „Grüne Alternativen?“ und vermeldet als Titel „SPD im Aufbruch“ Letzteres ohne Fragezeichen. Einleitend kommentiert die Redaktion:

„Die bundesrepublikanische Linke befindet sich in einer einigermaßen kuriosen Situation. Die Sozialdemokratie, statt aufgrund ihrer Regierungspolitik über längere Zeit politisch diskreditiert zu sein, erwacht zu neuer Attraktivität und eröffnet eine Offensive in allen zentralen gesellschaftlichen Problembereichen: Beschäftigungspolitik, Frieden und Abrüstung, Ökologie. Die grün-alternative Bewegung befindet sich in einer Situation, wo es der SPD nicht nur gelingt, verlorengegangenes Terrain zurück zuerobern, sondern wo die Frage ‚Wie hältst Du es mit der SPD?‘ Anlaß zu tiefen Grabenkämpfen zwischen Vertretern der Machtbeteiligung und der Fundamentalopposition ist. Die ‚Demokratischen Sozialisten‘, angetreten mit dem Anspruch, Sammlungsbewegung der zersplitterten Linken zu sein, erschöpfen sich in Diskussionen über allgemeine sozialistische Prinzipien und die Hoffnung auf eine Radikalisierung der Auseinandersetzungen in den Betrieben. Ohne konkrete und machbare Alternativen zur Überwindung der kapitalistischen Akkumulationsschwächen stolpert die Linke in die politischen Auseinandersetzungen des neuen Jahres.“

In einem „Streitgespräch“ mit Peter von Oertzen fragt die Redaktion besorgt das Mitglied des Präsidiums der SPD: „Ist die Existenz des grün-alternativen Lagers aber nicht ein Faktor, der den Prozeß der Einigung auf wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zwar nicht blockiert, aber doch schwieriger macht?“ Auch innerhalb der Sozialdemokratie müßte „eine geistige Hegemonie gegenüber dem ökosozialistischen Flügel der Partei“ errichtet werden, um einen wirtschaftspolitischen Reformkurs durchzusetzen, ermahnen die Gesprächspartner Peter von Oertzen. Der seinerseits verspricht, daß sich bis 1985 in der Partei „eine sozial ausgewogene, reformerische ‚Austeritätspolitik‘“ durchsetzen ließe. In verschiedenen Beiträgen und unter Kritik an den GRÜNEN wird gegen das „Dogma der ‚Außerstaatlichkeit‘“ Sturm gelaufen. Im Gegensatz von Plan und Markt erscheint der Staat als entscheidender Hebel gegen das Kapital.

In den *Modernen Zeiten* 1/83 antwortet Jo Müller von den GRÜNEN-Bremen auf eine Polemik Michael Stammers gegen den „Ökozialismus aus Bremen“ im letzten Heft. Die Replik Jo Müllers hat den Vorteil, daß sie Stammers Position begreift, was man umgekehrt nicht gerade behaupten kann. „Aber den Marxisten – nicht den Marxkennern – war die konkrete Arbeit nie ein Problem“ Die Kapitaleigenschaft trennt die Produktionsmittel von Arbeit und Natur und unterwirft beide. Aufhebung dieser Trennung in den Eigentumsformen und Umwälzung des Produktionsprozesses ergeben sich daraus als Programm,



statt bloße Enteignung. Schwerpunkt des Heftes ist die Kriegsgefahr. Für die Redaktion sind die sowjetischen Abrüstungsvorschläge ohne wenn und aber „eine Hilfe für uns“ Nicht jede Vereinfachung ist genial.

links 154/Januar 1983 versucht in mehreren kürzeren Beiträgen das „unbekannte Wesen“, die CDU/CSU zu ergründen. Micha Brumlik behandelt die bündische Jugend zwischen 1918 und 1933.

Schwerpunkt von *Prokla* 49/Dezember 1982 ist die Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Sozialstaates und speziell mit den zusätzlichen Schranken, die der Abbau des Sozialstaates den Frauen zieht. Im Editorial heißt es: „Positive Strategieentwürfe der marxistischen Linken, wie die eingetretene Krise des Sozialstaats überwunden und der neoliberalen Marktoffensive entgegengetreten werden könnte, die in der heutigen politischen Situation unabdingbar sind, wenn die politische Offensive ergriffen werden soll, sind noch nicht entwickelt und liegen nicht vor“

Wie in *Sozialismus* also auch hier die Klage über die Strategielosigkeit der Linken. Ob das so gerechtfertigt ist? Immerhin entwickelt sich gerade wieder eine gemeinsame strategische Debatte der Linken, die obendrein mit konkreten und taktischen Fragen enger verknüpft ist als Ende der 60er Jahre.

Künftig sollen in die *Prokla* „Probleme der Frauenarbeit und der Frauenerwerbsarbeit kontinuierlich“ aufgenommen werden. Im Schlußteil des Heftes wird von Frank Dingel eine ziemlich heftige Polemik gegen Peter Brandt und Günter Minnerups Versuche geführt, die nationale Frage ins Ge-

sichtsfeld der Linken zu rücken: „Die Nation ist nichts anderes als eine Etappe des Kapitals auf dem Wege zum Weltmarkt.“ Also kann einem die nationale Souveränität gestohlen bleiben. Brandt / Minnerup antworten im gleichen Heft. Das Problem ihres Ansatzes besteht vor allem darin, daß sie die Frage unter dem Gesichtswinkel der Einheit der Nation angehen, der sicher in die Irre führt. Die „deutsche Frage“ kann allerdings leicht rechts Antwort finden, aber die Frage der Volkssouveränität, der Demokratie in Innen- und Außenpolitik?

In den Aufsätzen zur Diskussion 20 / Dezember 1982 wird in einem längeren Artikel der Nachweis versucht, daß die GRÜNEN die FDP als Partei der Mittelklasse abgelöst hätten. Fall der FDP und Aufstieg der GRÜNEN werden aus der Ablösung der alten durch die neue Mittelklasse „abgeleitet“ Das Problem wird dadurch kompliziert, daß nach dieser Betrachtung die neue Mittelklasse bei allen Parteien das Hauptkontingent der Wähler stellte.

Nummer 26 der *Befreiung* könnte bei den Kräften in der Friedensbewegung Interesse finden, die ihre Perspektive in einem Zusammenwirken der Völker Europas gegen die beiden Militärblöcke sehen. In drei Beiträgen werden Probleme der Friedensbewegung in Ungarn dargestellt. Eine Rede von E.P. Thompson in Budapest wird dokumentiert. Mit seinem Besuch in Budapest und seiner Rede in der Privatwohnung György Konrads praktizierte Thompson seine Auffassungen vom Zusammenwirken der Friedensbewegungen von unten.

Der wohl interessanteste Artikel in diesem Heft ist Hannah Arendts Schilderung ihrer Eindrücke von einem Besuch in Deutschland 1950, „Nachwirkungen des Nazi-Regimes“ Der Artikel wird zum erstenmal in der BRD veröffentlicht. Er war ursprünglich für amerikanische Leser bestimmt. Die Zeitschrift bringt mit diesem Nachdruck etwas Bewegung in die betüchelten Jubiläumsbetrachtungen zur „Macht ergreifung“ Man kann nach der Lektüre besser erkennen, was immer noch nachwirkt. Die 68er Bewegung und ihre Folgen haben aber vielleicht doch einiges umgepflügt.

Die *gegenstimmen* 10/82 vom Dezember eine österreichische Zeitschrift, die die Solidarität mit der demokratischen und sozialistischen Opposition in Osteuropa fördern will, setzt sich mit der Legende von der angeblichen Liberalität des neuen sowjetischen Parteivorsitzenden auseinander, insbesondere seiner Rolle bei der Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt auf Ungarn mit dem zweiten Teil eines programmatischen Artikels von Janos Kiss und einem Interview mit Michály Vajda. □

**C. Offe, K. Hinrichs,
H. Wiesenthal (Hrsg.)**
**Arbeitszeitpolitik. Formen und Folgen
einer Neuverteilung der Arbeitszeit**
Frankfurt/New York (Campus-Verlag)
1982 (296 S., 34,00 DM)

Die meisten Beiträge dieses Bandes gehen auf eine Konferenz über Arbeitszeitpolitik zurück, die im Mai 1981 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld stattgefunden hat. 20 Autoren aus fast allen zum Thema „Arbeitszeit“ forschenden Instituten in der BRD und Westberlin haben in 18 Beiträgen ein breites Spektrum der verschiedensten Ansätze zu einer Arbeitszeitpolitik dargestellt.

Das ist kein Buch zur 35-Stunden-Woche, obwohl Dieter Kurz in „Absorptionswirkungen der Arbeitszeitverkürzung“ insbesondere mit dem Phänomen der „induzierten Produktivitätsgewinne“ und Werner Friedrich in „Arbeitszeitverkürzung und flexible Arbeitszeiten“ mit der Reaktion der einzelnen Kapitalisten auf Arbeitszeitverkürzungen Aspekte der verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzungen behandeln.

Die sich verändernde oder die zu verändernde Beurteilung der Arbeit in den gesellschaftlichen Wertemustern ist der Ausgangspunkt der Herausgeber und wohl auch der meisten Autoren. Die Eingrenzung der traditionellen Lohnarbeit zugunsten „freier Zeit“ und besonders, welche Rolle dabei die „Arbeitsflexibilisierung“ (Teilzeitarbeit) und die „Zeitsouveränität“ spielen kann, ist der eigentliche Schwerpunkt des Buches.

Materialreich und informativ sind die Beiträge, die den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten nachgehen. Insbesondere Gerd Heyer stellt in „Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit“ breite Wünsche nach Teilzeit fest.

Die gewerkschaftlichen Bedenken gegen die Teilzeitarbeit sind bekannt. Sie werden nochmal in verschiedenen Aufsätzen angesprochen und kritisch untersucht. Dabei klärt A. Hoff in seinem Beitrag: „Warum die Gewerkschaften gegen flexible Arbeitszeitregelungen sind“ dies zwar nicht, kritisiert aber die Weigerung der Gewerkschaften, diesen Bereich nicht tarifvertraglich regeln zu wollen. Diese Weigerung verhindere nicht, daß die Kapitalisten dort inzwischen ungestört tätig würden. Das gewerkschaftliche Argument, Teilzeitarbeit könne man nicht tarifieren, weist er zurück, denn auch beim Lohn seien differenzierte Regelungen in Tarifverträgen festgelegt worden. Vor allem argumentiert er jedoch für eine Fixierung der „Zeitsouveränität“ des einzelnen. Er versteht darunter das Individualrecht, selbst zu bestimmen, wie lange und zu welchem Zeitraum der einzelne arbeitet.

Auseinandersetzung um die Neuverteilung der Arbeitszeit

Jürgen P. Rinderspacher befürchtet, daß dieser schillernde Begriff „Zeitsouveränität“ der ursprünglich vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung geprägt worden ist, nur Anspruch bleibt, weil in unserem System der Kapitalist entscheiden kann, wer wo arbeitet, oder zumindest entscheidet, welche und wieviele Arbeitsplätze angeboten werden.

Die Schwäche des Buches wie auch der gegenwärtigen wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Diskussion ist, daß auf der einen Seite die Wünsche nach Teilzeitarbeit hochgehalten werden, auf der anderen Seite die Bedenken als Begründung für eine kategorische Ablehnung entgegengehalten werden. Der Schritt fehlt, wie den Wünschen und Bedenken entsprochen werden kann, wie verhindert werden kann, daß Teilzeitarbeit erneut die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, die zwischen Hausarbeit und Lohnarbeit, die zwischen interessanterer komplizierter

und monotoner einfacher Arbeit, zwischen besser und schlechter bezahlter Arbeit verfestigt, statt ein Moment der Lockerung dieser tradierten Arbeitsteilung zu sein.

In die Irre geht der Ansatz: „Arbeitszeitflexibilisierung als Instrument einer Beschäftigungsstrategie“ Die Herausgeber stellen diese These im Vorwort zur Diskussion, eine Reihe von Autoren greift sie mal kurz auf (ausdrücklich A. Hoff auf dem Kongreß „Zukunft der Arbeit“ in Bielefeld, 1982).

Die Rechnung ist scheinbar einfach. Mehr Teilzeitarbeit und weniger Normalzeitarbeit bedeute Reduzierung des zeitlichen Arbeitsvolumens. Tatsächlich ist Teilzeitarbeit aber erheblich produktiver Bei der Gleitzeit, die ja eine begrenzte Arbeitszeitflexibilisierung ist, rechnet man mit einer um 10 bis 20% gesteigerten Produktivität, 20 bis 30% sind keine Ausnahmen. Also begleitet ein verringertes Angebot an Arbeitsvolumen ein ebenfalls verringertes Nachfragevolumen. Das gleicht sich mindestens aus, weil auch noch ein zusätzliches Angebot heute noch nicht Arbeitender (oder nicht mehr), die bisher den Wunsch nach Teilzeitarbeit noch nicht geäußert haben, aber teilzeitarbeit wollen, hinzukommt.

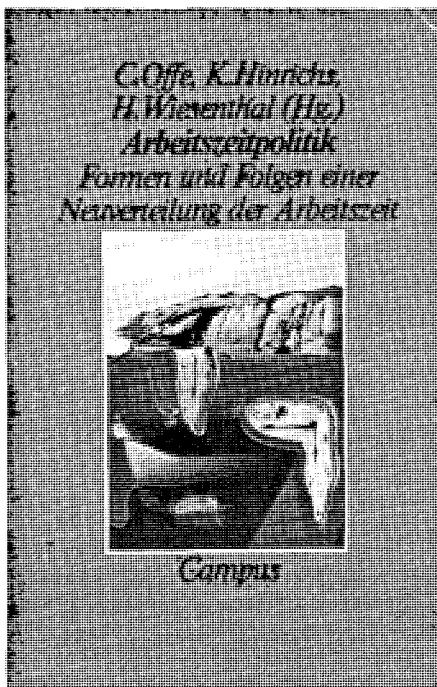
Trotz dieser zwei Schwächen ein materialreiches und interessantes Buch, das Denk und Diskussionsanreize liefert. *gh*

*

Gerade in diesen Tagen erscheint ein weiteres Buch zur Arbeitszeit:

Thomas Kutsch / Fritz Vilmar (Hrsg.)
**Arbeitszeitverkürzung – ein Weg
zur Vollbeschäftigung?**
*Opladen/Wiesbaden (Westdeutscher
Verlag) 1983 (293 S., 29,80 DM)*

Eine gemeinsame Aktion für Arbeitszeitverkürzung / Programm zur Beschäftigung von einer Million Arbeitnehmern / Arbeitslosigkeit als sozialpolitisches Problem / Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, Volumenrechnung, Auslastungsgrad und Entlastungsgrad / Neuorientierung in der Beschäftigungspolitik / Arbeitszeitverkürzung – ein Mittel der Beschäftigungspolitik? / Arbeitszeitpolitische Kontroversen / Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung: Ökonomische Analyse und empirische Evidenz / Befragung von Arbeitnehmern über Formen der Arbeitszeitverkürzung / Arbeitsmarktentlastung durch Ermöglichung freiwilliger Teilzeitarbeit / Praktische Ansätze zur Arbeitszeitverkürzung / Einkommens- und Konsumeffect der Arbeitszeitverkürzung / Fehlzeiten als Ursache von Arbeitszeitverkürzungen – Ergebnisse einer Repräsentativ-Erhebung. □



Richard Saage
Rückkehr zum starken Staat?
Studien über Konservatismus,
Faschismus und Demokratie
 Frankfurt (edition suhrkamp 1133) 1983
 (283 Seiten, 14 DM)

Fünf der neun Aufsätze in diesem Band beschäftigen sich mit konservativem und neokonservativem Denken in Deutschland bzw. Westdeutschland, einer mit dem Herrschaftssystem des Nationalsozialismus anhand von Franz Neumanns „Behemoth“ und drei Aufsätze handeln von der Politik der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen. Der Nutzen des Buches liegt vor allem in seinen Analysen zum Konservatismus und zur Reaktualisierung konservativer Argumentationsfiguren aus der Zeit der Weimarer Republik in den vergangenen zehn Jahren. In drei monographisch angelegten Studien werden Politik Partei- und Parlamentsbegriff bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz und die theoretische Entwicklung Ernst Forsthooffs zwischen 1933 („Der totale Staat“) und 1971 („Der Staat in der Industriegesellschaft“) und die Hans Freyers von „Revolution von rechts“ (1931) bis „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ (1955) untersucht. Hierbei geht es um die Darstellung von Kontinuität und Paradigmawechsel einflussreicher konservativer Staatstheoretiker nach dem Faschismus, der durch ihre Schriften zumindest ideologisch mit vorbereitet und von ihnen gestützt und gerechtfertigt wurde. Während bei einem Teil dieser Ideologen in der Frühphase der Bundesrepublik ein theoretischer Paradigmawechsel stattgefunden hat, sieht Saage seit Beginn der 70er Jahre einen erneuten teilweisen Paradigmawechsel, in dem konservatives Denken den Bezug auf den „Sozialstaat“ und den Pluralismus aufgibt zugunsten einer Reaktualisierung konservativer Argumentationsmuster aus der Weimarer Republik. Carl Schmitts Politik und Staatsbegriff, wonach „souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ dient neokonservativen Ideologen wesentlich als Begründung für die Forderung nach einer Rückkehr zum starken Staat, der sich weitgehend von sozialstaatlichen Aufgaben befreit und verstärkt die „klassischen Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen“ wahrnimmt. Wenn auch Saages Position die eines dem Pluralismus, dem Sozialstaat und dem überwundenen Klassenkampfdenken verpflichteten Demokratischen Sozialismus ist, leistet die Aufsatzsammlung einen nützlichen Beitrag zur Aufdeckung ideologischer Denkmuster und Sinngebungsversuche einer reaktionären Politik. bw

Howard K. Smith
Feind schreibt mit. Ein amerikanischer
Korrespondent erlebt Nazi-Deutschland
 Berlin (Rotbuch-Verlag) 1982
 (312 Seiten, 28 DM)

Der Autor dieses Buches war 1940/41 Berliner Korrespondent für United Press, die New York Times und die CBS. Auch in den Jahren 1936 bis 1939 befand er sich häufig in Deutschland. In seinem Buch, 1942 geschrieben, erweist sich Smith als sorgfältiger Beobachter der Verhältnisse. Interessant ist vor allem der beschriebene Ge-

buchtipp

gensatz zwischen der von ihm konstatierten Hochphase der faschistischen Macht vor 1939 und der schleichenden Zersetzung der faschistischen Ideologie und Herrschaft mit zunehmender Dauer des Kriegs „an allen Fronten“. Er spürt die Widersprüche auf im Propagandaapparat, dem gelenkten Pressewesen und in den Militär- und paramilitärischen Organisationszusammenhängen. Zudem erfaßt er aber auch die sich wandelnde Stimmung innerhalb der verschiedenen Teile des Volkes. Sein Bericht spricht vor abgründigem Haß auf die Nazis, doch er verfällt keineswegs in eine (damals vorherrschende) pauschalisierende Verurteilung aller Deutschen. Im Gegenteil, er benennt Widerstand, zunehmende Verachtung gegenüber den Machthabern und konstatiert die Zersetzung des Kleinbürgertums als einer wichtigen Basis des Faschismus. Smith ging es mit seinem Buch vor allem darum, „den Deutschen“ einen positiven Ausweg im Falle der Niederlage zu bieten. Nicht „totale Vernichtung“ der Deutschen, sondern die Chance auf eine neue und bessere Gesellschaft die „totale Demokratie“ müsse propagiert werden. Natürlich enthält das Buch einige Fehleinschätzungen und vorschnelle Beurteilungen schließlich wurde es 1942 geschrieben aber es stellt doch einen guten Beitrag zur Analyse des faschistischen Deutschland dar ma

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg)
Widerstand und Exil der deutschen
Arbeiterbewegung 1933 – 45
 Bonn (Verlag Neue Gesellschaft) 1982
 (768 Seiten, 48 DM)

Der Band behandelt den Widerstand der Arbeiterbewegung in seinen verschiedenen Erscheinungsformen auf allen Ebenen (Betrieb, Stadt, KZ, Exil), seine durch die faschistische Herrschaft vorgegebenen Rahmenbedingungen und die strategischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD im Widerstand. Das Buch versteht sich als Curriculum für alle Bereiche der politischen Bildung: Den als „Bausteine“ gefaßten Problemkomplexen sind neben einer Einleitung jeweils Lernziele, didaktische Hinweise und Leitfragen vorangestellt. Diese didaktischen Abschnitte sind sicher das Problematischste an diesem Werk, sind doch die Bedingungen in den Lernsituationen, in denen diese Thematik behandelt wird, so außerordentlich verschieden, daß die didaktischen Hilfestellungen zwangsläufig so allgemein gehalten sind, daß sie für halbwegs erfahrene Lehrer/Teamer etc. wenig Neues bringen. Der eigentliche hoch einzuschätzende Wert dieser Publikation liegt in der sehr umfangreichen *Zusammenstellung* von Quellen, Materialien und Daten, die bislang in einer solchen Fülle und Vielfalt nicht vorgelegen hat und die eine gute Grundlage zur Erarbeitung der Erscheinungen und auch des Scheiterns des Arbeiterwiderstandes bietet auch für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichtsschreibung,

die zwar große Verdienste hat, den Nachweis geführt zu haben, daß es den Arbeiterwiderstand überhaupt gegeben hat, zur Erklärung seiner Verlaufsform und seines Scheiterns doch vielfach nur Plattheiten oder Verdrehungen beige tragen hat. Zu dieser Erklärung können die einleitenden Texte zu den „Bausteinen“ einiges, letztlich aber auch nichts Hinreichendes beitragen, obwohl die Autoren sich schon bemühen, die DDR-Geschichtsschreibung nicht mit einer Beschönigung der SPD-Politik zu konterkarieren. Das liegt vor allem an den Schwächen des Einleitungskapitels über die geschichtlichen Voraussetzungen für den Aufstieg des NS, das weitgehend an der Oberfläche des politischen Zerfalls des Weimarer Parlamentarismus stehenbleibt und den Faschismus nicht in einer annähernd überzeugenden Weise in seinem Charakter begreift, so daß man zur *Beurteilung* der dokumentierten strategischen Kontroverse zwischen SPD und KPD schon auf faschismustheoretische Schriften zurückgreifen muß. gt

Karin Priester
Hat der Eurokommunismus eine Zukunft?
Perspektiven und Grenzen
des Systemwandels in Westeuropa
 München (C.H. Beck) 1982
 (236 Seiten, 36 DM)

Wenn auch das Interesse an der eurokommunistischen Diskussion über einen „dritten Weg“ gerade aufgrund der offensichtlichen theoretischen Schwächen und des zurückgehenden praktischen Einflusses in Spanien und Frankreich anscheinend abgenommen hat, kann nicht davon ausgegangen werden, daß ein Großteil der in dieser Diskussion aufgeworfenen Fragen überholt oder gelöst wäre. Karin Priester untersucht in ihrem Buch die politische Entwicklung der drei wichtigsten westeuropäischen kommunistischen Parteien, für deren Politik der Begriff Eurokommunismus steht bzw. stand: die KP Italien, die KP Frankreich und die KP Spanien. Die drei eigenständigen Parteiuntersuchungen geben einen Überblick über die Geschichte, das theoretische Selbstverständnis und die praktische Politik der Parteien auf dem Hintergrund einer Skizze der jeweiligen sozioökonomischen und politischen Entwicklung der Länder. Das Schwergewicht der Darstellung liegt auf den 70er Jahren, reicht aber bis in den Herbst 1981 und hat damit den Vorteil, daß die neuere Entwicklung vor allem der KP Frankreichs und der KP Spaniens berücksichtigt ist. Ebenso vorteilhaft gegenüber den meisten anderen Büchern zu diesem Thema, sieht man von Mandel und Claudin ab, ist, daß das Buch von einer linken Position geschrieben ist und damit das Beiseiteräumen von viel Schutz und der mannigfachen Entstellungen sozialistischer und kommunistischer Positionen weitgehend entfällt. Karin Priesters Position ist eher dem Eurokommunismus zugeneigt, eine orthodoxe Kritik wie bei Mandel oder eine kritische Sicht wie bei Claudin findet man selten, auch ist die Darstellung häufig nur deskriptiv und es mangelt an analytischen und theoretischen Einschätzungen. Trotzdem ist es vermutlich gegenwärtig gemeinsam mit dem Buch von Fernando Claudin (Zukunft des Eurokommunismus) die beste deutschsprachige Darstellung eurokommunistischer Theorie und Praxis. bw

Abo

ist *das* geflügelte Wort für uns als Herausgeber, Verlag und Redaktion. Ohne jede Menge solcher Garanten unserer und eurer Zeitschrift ist eben alles viel schwieriger und unsicherer.

Also, für uns ist *jedes*

Abo

von Bedeutung, damit wir den Start mit größtem Schub weiterführen können.

Leserinnen und Leser, die ein Probeexemplar erhielten, sollten sich jetzt für die regelmäßige Belieferung entscheiden.

Alle, die diese Zeitschrift unterstützen wollen und dies auch finanziell können, rufen wir auf, ein

Förder Abo

zu bestellen.

Und vielleicht ist ja diese erste Ausgabe das überzeugendste Argument!

Jetzt bestellen!

Kommune

Ja, ich abonniere Expl.

Wenn die folgende letzte Seite des Heftes nicht zerstört werden soll, dann erfüllt auch eine Kopie der Bestellkarte die gleiche Funktion.

Also das Absenden nicht vergessen!

Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00
 Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00
 Förderabonnement der Kommune DM 100,00
 Scheck / Bargeld liegt bei Einzugsermächtigung liegt bei
 Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEB HAGER Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Für Auslandsabos berechnen wir Portomehrkosten
Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

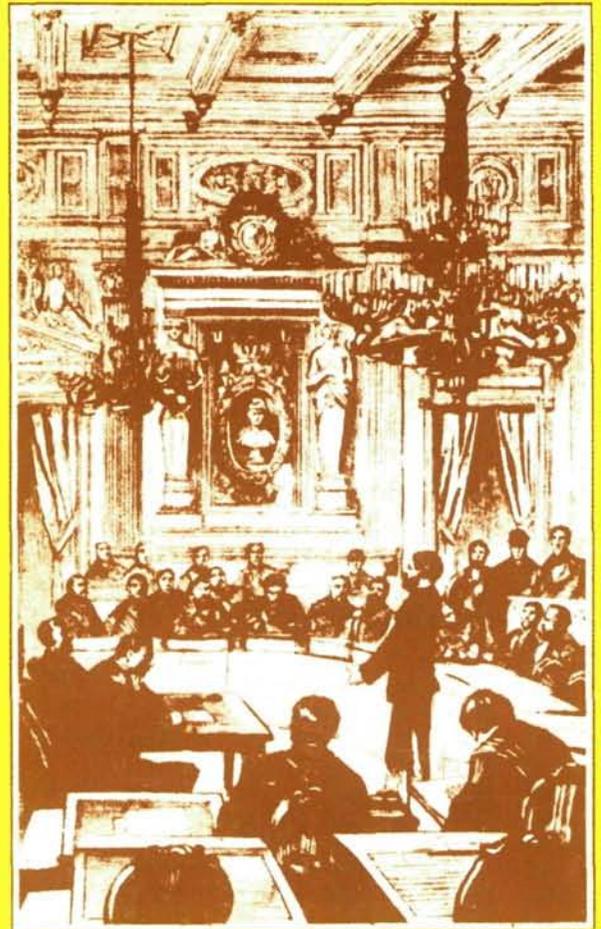
Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. —

Aber dies ist der Kommunismus, der „unmögliche“ Kommunismus! Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehn — und deren gibt es viele —, haben sich zu zudringlichen und großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion aufgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch



wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll — was wäre das andres, meine Herren, als der Kommunismus, der „mögliche“ Kommunismus?

Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich